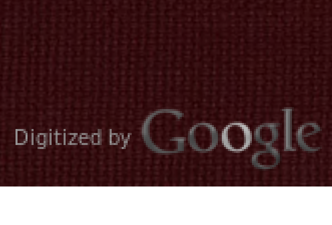



UNIVERSITY OF WISCONSIN
LIBRARY

Dr. Karl Hoeber

Der Streit um den Zentrumscharakter







Erster Band

Der Streit um den Zentrumscharakter von Dr. Karl Hoeber

Der Streit um den Zentrumscharakter

Von Dr. Karl Hoeber



Köln 1912 • Verlag u. Druck von J. P. Bachem





Verlags-Nr. 907
(seit 1900)



Einleitung.

Die Erörterungen über den Zentrumscharakter haben in den letzten Monaten einen gewissen Abschluß gefunden. Daran wird auch durch polemische Aeußerungen einzelner Personen und Preßorgane in der allerjüngsten Zeit nichts geändert. Die einmütige Stellungnahme der Fraktionen des Zentrums des Deutschen Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses hat auf das deutlichste gezeigt, daß über das Zentrum innerhalb der führenden und verantwortlichen Kreise unserer politischen Organisationen völlige Einheit und Geschlossenheit herrscht. Wenn auch einzelne Außenseiter und Quertreiber, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, ihre das Zentrum schädigende Tätigkeit in eigens dafür gegründeten Organen fortsetzen und sogar die Unterstützung ausländischer Blätter dabei suchen und wunschgemäß finden, so weckt dies doch bei allen Einsichtigen kein Echo mehr, weil in den letzten Jahren über die Berechtigung und die wahren Ziele dieser Bewegung genügend Licht verbreitet wurde. Auf der Seite der politischen Gegner des Zentrums verfolgt man freilich den Streit noch immer mit lebhaftem und tätigem Interesse, denn man hofft dabei auf eine dem Zentrum ungünstige Entwickelung.

Gerade aus dieser Ursache wurde oft der Wunsch ausgesprochen, das ganze auf diesen Streit bezügliche Material zu sammeln und es in einer geschichtlichen Uebersicht der letzten Jahre der Oeffentlichkeit zu übergeben. Die zahlreichen Zeitungsartikel über diesen Gegenstand, die in eingehenden Untersuchungen die verschiedenen Fragestellungen beantworteten und beleuchteten, enthalten so viele wertvolle, grundsätzliche und praktische Gesichtspunkte, daß eine Sammlung dieses Quellenstoffs in der Tat sehr wünschenswert ist.



Außerdem werden in den von der Gegenseite in jüngster Zeit gegründeten Organen fortwährend unrichtige und tendenziöse Darstellungen über den Ursprung und die Entwicklung der ganzen Diskussion verbreitet, so daß auch aus diesem Grund ein geschichtlicher Rückblick auf den Streit um den Zentrumscharakter nötig geworden ist. Er kann in mancher Hinsicht aufklärend wirken, und dies um so mehr, als unverkennbare Anzeichen bereits dahin deuten, daß bewußte Falschmeldungen und Märchenbildungen sich dieser Vorgänge bemächtigen wollen. Man hat in den letzten Wochen wiederholt sogar die willkürliche Behauptung ausgesprochen, daß die Bewegung der sogenannten Osterdienstagskonferenz vom Jahre 1909 nur durch den Widerspruch und die Kritik der Kölnischen Volkszeitung eine gewisse Bedeutung erlangt habe, und man meinte, das System der Nichtbeachtung und des Totschweigens wäre bei dieser Gelegenheit besser am Platze gewesen. Wie gering und oberflächlich muß nicht die Kenntnis des wirklichen Herganges der Dinge und der wahren Absichten der Vertreter und der Hintermänner der ganzen Sonderbestrebungen im Kreise der Osterdienstagskonferenz sein, um mit so billigen Redensarten über eine so ernste Situation zu urteilen!

Darum ist es an der Zeit, die Frage in ihrer vollen Entwicklung und ihrem inneren Zusammenhang offen darzulegen und besonders darauf hinzuweisen, welche geistigen und politischen Momente die Verfechter einer konfessionellen Zentrumspartei — denn darauf kommt es nach den unzweideutigen Verlautbarungen der Preßorgane dieser Richtung in Wahrheit an — benutzt haben, um ihre persönlichen Absichten und Ziele zu verwirklichen.

Der gegenwärtige Zeitpunkt ist zu einem solchen Rückblick auf diese Diskussionen ganz besonders geeignet, weil die letzten Reichstagswahlen geradezu eine Probe auf die umstrittenen Fragepunkte waren. Was nämlich Dr. Jul. Bachem vor sechs Jahren in seinem Turmartikel als politische Richtlinie der Zentrumswähler bezeichnete, das wurde tatsächlich für die letzten Wahlen praktisch durchgeführt, und zwar hatte in den einzelnen Wahlkreisen nicht etwa eine berechnende Theorie, sondern einfach der Zwang der Umstände und der Hinblick auf die nächsten Interessen der Partei dazu geführt. Dies geschah nicht nur ohne den geringsten Widerspruch innerhalb der Reihen des Zentrums, sondern vielmehr mit vollkommenster Einmütigkeit und unter allgemeiner Billigung. Das nachträgliche Verhalten der Gegner beweist aber auch, wie nötig es gerade jetzt ist, solche Tatsachen fest im Auge zu behalten und die durch die Tat bewiesene Einmütigkeit der Zentrumswähler und der Zentrumspresse gerade in dieser hochwichtigen politischen Frage festzustellen.

Wir vertrauen auf die überzeugende Kraft der Tatsachen und die zwingenden Beweismomente grundsätzlicher Erwägungen und hoffen daher, daß auch



die Kreise, von denen die Gegenbewegung ausging, im Interesse der so notwendigen Einheit, die allein auf die Dauer positive Ergebnisse und Erfolge verbürgt, nach und nach den Anschluß an die überwältigende Mehrheit ihrer Parteigenossen wiederfinden werden.

Die vorliegende Schrift soll hauptsächlich eine Materialsammlung sein für alle diejenigen, die über den Streit um den Zentrumscharakter und die damit zusammenhängenden politischen und kulturellen Fragen sich unterrichten wollen. Polemische Zwecke verfolgt sie nicht, und darum hat sie eine wesentlich historische Anlage und Richtung.

Die Veröffentlichung dieser Schrift wurde zur unumgänglichen Notwendigkeit, als in letzter Zeit vereinzelte Personen im Inland und im Ausland Anstrengungen machten, die früheren Diskussionen und Definitionsversuche aufs neue in Fluß zu bringen. Mögen sie einsehen, daß man in Zentrumskreisen es längst müde geworden ist, die alten Sätze immer wieder in gleicher eintöniger Prägung zu vernehmen. Mit Recht schreibt darum der Elsässer (Nr. 185 vom 13. April 1912): „Wer im Zentrum nicht direkt an dem Streit interessiert ist, könnte ihn langweilig finden.“ Damit jedoch nicht behauptet werden kann, man widerlege die Außenseiter der Partei nicht, und ihre Behauptungen seien so wirkungsvoll, daß man sich gezwungen sehe, sie totzuschweigen, unterbreiten wir hiermit genügendes Material zum Studium und zur sachlichen Beurteilung des ganzen Streites. Die Schrift lag schon im Oktober 1910 fast vollständig im Manuskript vor, sie wurde damals aber nicht veröffentlicht, weil der Hauptvertreter der politischen Bestrebungen der Osterdienstagskonferenz den Beschlüssen der Vorstände der Zentrumsfraktionen in Berlin sich unterwarf und man durch eine historisch-politische Behandlung der voraufgegangenen Ereignisse einer abermaligen Entfachung des Streites keinen Vorschub leisten wollte. Wenn dadurch erreicht wurde, daß dieser Rückblick eine größere Distanz zu den Ereignissen selbst gewann, so kam dies der von Anfang an erstrebten Objektivität der Darstellung nur zugute.

Ich gebe daher auch dem Wunsche Ausdruck, daß man diese Darstellung ruhig und leidenschaftslos aufnehme. Sie wird zwar nicht alle Gegner bekehren, aber wenn sie erreicht, daß der aufgeregte und gehässige Ton vieler bisheriger Erörterungen auf gegnerischer Seite um einige Grade herabgestimmt wird, so wäre dies immerhin ein willkommenes Ergebnis.

Für die Freunde der alten politischen nichtkonfessionellen Zentrumspartei soll die Schrift eine lehrreiche Erinnerung an eine ernste Episode bilden, die geeignet ist, zu gegebener Zeit den energischen Willen zur Wahrung der Einheit der Partei stets aufs neue zu beleben und zu festigen.



Freund und Gegner aber mögen aus dieser Schrift erkennen, wo und worin die wirkliche Gefahr für den deutschen Katholizismus besteht. Köln wird auf jeden Fall den Ruhmestitel zu wahren wissen, der auch in schlimmeren Zeiten stets behauptet wurde, den alten Ehrennamen:

In fide stabilis.

Köln, den 15. April 1912.

Dr. K. Hoeber.

1. Der Katholizismus ein „Fremdkörper" im deutschen Staats- und Kulturleben.

Seit einer Reihe von Jahren wird den deutschen Katholiken der Vorwurf gemacht, daß sie sich von den Nichtkatholiken absperrten und in übertriebener Weise auf die trennenden Momente im Zusammenleben mit ihren nichtkatholischen Mitbürgern hinwiesen. Diese Vorwürfe wurden mit besonderer Leidenschaftlichkeit in den Jahren 1905 und 1906 den Katholiken entgegengeschleudert, als sich an den Universitäten und Technischen Hochschulen der Proteststurm gegen die katholischen Korporationen entfesselte und der Verband deutscher Hochschulen gegen jene Korporationen gegründet wurde. Damals schrieb das Organ dieses Verbandes, Die Deutsche Hochschule, 1906, Aprilheft, die akademische Freiheit sei durch eine Erscheinung an den deutschen Hochschulen bedroht, „die einen Fremdkörper in dem lebendigen Organismus des deutschen Burschentums darstellt, durch die konfessionellen Verbindungen". Unter den Gründen, die die Studentenschaft bestimmten, den Kampf gegen die katholischen Korporationen zu führen, wurde besonders betont: „die Schädigung des nationalen Interesses, die durch die prinzipielle und systematische Pflege der trennenden Momente unseres Volkslebens in bedauerlichster Weise hervorgerufen wird". (Ebda.) Liberale Tagesblätter behaupteten, „die Absonderung der Katholiken von dem großen gemeinsamen Leben der Nation sei eine im höchsten Grade unerfreuliche Erscheinung". (Berl. Börs.-Ztg. 28. Juli 05.)

Diese Auffassung war nicht erst damals aufgekommen, sondern war althergebracht und hatte sich im 18. und 19. Jahrhundert bei den Protestanten von Geschlecht zu Geschlecht vererbt. Als Preußen im Lauf seiner Entwicklung — so schreibt die Köln. Ztg. in Nr. 876 vom 18. Aug. 09 — sich zunächst Schlesien und später die Rheinprovinz und Westfalen angliederte, da empfand das preußische Beamtentum die katholischen Bürger dieser Länder gewissermaßen als Fremdkörper im Staate.

Solche Anschauungen herrschten überhaupt in den weitesten Kreisen der gebildeten Nichtkatholiken, und es wurde ihnen in Schrift und Rede auch durch Hochschulprofessoren Vorschub geleistet. Ein Professor an der juristischen Fakultät der Universität Münster unterstützte in einem Aufruf den Kampf gegen die katholischen Korporationen, indem er behauptete: „Die Tendenz des Zentrums



und aller ihm anhängenden Kreise gehe offen dahin, das deutsche Volk in zwei Hälften zu spalten und diese Spaltung auch nach den Berufen durchzuführen. Daher die Gründung von katholischen Lehrer- und Lehrerinnen-, Juristen-, Kaufmanns-, Gesellen- und Lehrlingsvereinen usw. Daher endlich vor allem die Gründung und Förderung der katholischen Studentenvereine. Eine solche vorsätzliche Trennung des deutschen Volkes in allen seinen Schichten müsse früher oder später zum erbitterten Kampf der beiden Heerlager führen, und darum sei es mit Freuden zu begrüßen, daß die deutschgesinnten Studenten namentlich jetzt, wo die anderen Kreise noch unfähig sind, entschlossen den Kampf gegen die ultramontanen Studentenkorporationen aufnehmen." (K. V. Nr. 795, 25. Sept. 05.)

Weit über den Rahmen der Universitätskreise griff in jenen Jahren diese Bewegung dadurch hinaus, daß sie geschürt und unterhalten wurde durch den Evangelischen Bund und den Alldeutschen Verband, die in zahllosen Versammlungen und Flugschriften immer wieder darauf hinwiesen, daß die deutschen Katholiken und alle ihre Organisationen, daß besonders in politischer Hinsicht das Zentrum die Tendenz der Absonderung und Abschließung gegen die nichtkatholischen Volksteile verfolgten, daß sie dadurch aggressiv wirkten und eine „nationale Gefahr" bildeten.

Zwar ließen es die Angegriffenen nicht an Verteidigungen und Richtigstellungen fehlen, in der Tagespresse, in Zeitschriften und in eigenen Broschüren und offiziellen Kundgebungen. Doch alle Erwiderungen und Richtigstellungen waren ohne Erfolg; sie prallten an dem dreifachen Panzer der Unkenntnis, des Vorurteils und des Hasses der Gegner ab. Je deutlicher und eindringlicher ihnen das Verkehrte und Verwerfliche ihres gemeingefährlichen Treibens nachgewiesen wurde, um so mehr verbohrten und verbissen sie sich in ihre Hetzarbeit gegen die deutschen Katholiken.

Der Kampf gegen die katholischen Korporationen an den deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen war in der Tat nur eine Episode in dem allgemeinen Kampf gegen den Katholizismus in Deutschland überhaupt, und die Vorwürfe, daß letzterer sich einseitig und engherzig abschließe und dadurch seine Anhänger zur Unduldsamkeit und zum Fanatismus erziehe, kehrten immer wieder. Wie ein unaufhörlich herabrieselnder Landregen ergossen sich die Irrtümer und Hetzreden gegen die Katholiken in Zeitungen und Zeitschriften, bei Kongressen und Volksversammlungen über alle Schichten des Volkes.

Wenn auch das Maß der Vorurteile, die gegen die Katholiken und die katholische Kirche in einem konfessionell so stark gemischten Lande wie das Deutsche Reich bestehen, gewiß nicht gering ist und es an Beweisen dafür nie fehlt, so gewannen sie doch in jener Zeit eine besonders drastische Bedeutung; so wenn aus den Erinnerungen des ehemaligen preußischen Kultusministers Dr. v. Bosse bekannt wurde, welche Vorstellungen ihm in seiner Kindheit von Katholiken beigebracht worden waren: „Einem Katholiken dürfe man nicht trauen, alle Katholiken seien falsch, man könne sich nicht auf sie verlassen, sie hielten alles, auch alle Falschheit, im Verkehr für erlaubt, weil sie sich in der Ohrenbeichte hinterher für alle möglichen und unmöglichen Sünden Absolution verschaffen könnten." Solche törichte Behauptungen waren durchaus nicht vereinzelt; die

Herrschaft solcher Vorurteile aber barg und birgt die größten Gefahren für den bürgerlichen Frieden in sich.

Hatte man in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Kirche mit materieller Gewalt und mit äußeren Machtmitteln zu vernichten gesucht, so führte man den Kampf nun mit geistigen Waffen, aber um so zäher und um so erbitterter. Auf alle Weise der angeblich wissenschaftlichen Darbietung oder der polemischen Ausführung in der Presse suchte man den Nachweis zu erbringen, daß die Kirche mit ihrer „ultramontanen Weltanschauung" in die moderne Zeit und in die neuen Verhältnisse von Staat und Gesellschaft nicht mehr passe und daß der moderne Verfassungs-, Rechts- und Kulturstaat nicht mehr mit ihr auskommen könne. Der Ultramontanismus sei nun einmal eine schreckliche Gefahr für Wissenschaft, Kunst, Gewissensfreiheit, Gedankenfreiheit, modernes Leben.

So wie einzelnen katholischen Organisationen sprach man der katholischen Kirche im 20. Jahrhundert überhaupt die Existenzberechtigung ab. Man konstruierte sich — wie dies z. B. der Bonner altkatholische Professor Goetz in seinem Buch Der Ultramontanismus als Weltanschauung tat — ein förmliches Zerrbild von der katholischen Kirche, indem man das, was irgendwo, irgendwann von irgend einem katholischen Schriftsteller oder Redner über kirchliche Anschauungen und Aufstellungen, wie etwa den Syllabus, gesagt worden war, als die absolute katholische Lehre hinstellte und daraus die entsprechenden Folgerungen für die staatliche Ausnahmebehandlung der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen zog. Man gab mit Hoensbroech eine Begriffsbestimmung des „Ultramontanismus", die den Nichtkatholiken ein Gruseln verursachte und ihre Feindschaft gegen alles Katholische als berechtigt erscheinen lassen sollte, auch wenn noch so oft und so mannhaft auf katholischer Seite betont wurde, daß die Katholiken in ihren für das öffentliche Leben allein maßgebenden Faktoren einen solchen „Ultramontanismus" nicht kennen, und so weit er in den Köpfen einzelner spukt, nicht anerkennen. Und selbst dann, wenn sich die gegnerische Presse zu einer gemäßigten und sympathischen Beurteilung katholischer Kundgebungen und Veranstaltungen, wie z. B. der Katholikenversammlungen, bewogen fand, ging dies nicht ohne allerhand Einschränkungen und Verdächtigungen des „Ultramontanismus im Schafspelz" ab. Allein man hatte über den Katholizismus solche Schauermären und Karikaturen planmäßig in Umlauf gesetzt, daß man, wenn die Wirklichkeit ein ganz anderes Bild zeigte, zu der Ausrede seine Zuflucht nahm: Ach was, das ist nur trügerischer Schein und eine listige Maske! Hinter den gleißnerischen Worten steckt doch die Bosheit und Geistesknechtschaft der schwarzen Rotte des Papstes.

Von der antikatholischen Bewegung wurden auch Kreise ergriffen, die bis in die Mitte des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts von konfessionellen Streitigkeiten sich fern gehalten hatten, nämlich die protestantischen Gesellschaften für Heidenmission und die Innere Mission. Der Gegensatz zur katholischen Kirche wurde in diesen Kreisen tiefer und klaffender als je. Ein angesehener Konvertit, der durch Verwandtschaft und Verkehr in diesen Zirkeln wohl bewandert ist, schrieb damals in der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 667 vom 14. August 1905): „Meiner Erwartung gemäß hat die antikatholische Bewegung



in Pastorenkreisen jetzt derartig um sich gegriffen, daß kaum noch ein Prozent der Prediger als nicht davon ergriffen gelten kann." Ja, er glaubt feststellen zu können, daß, „nachdem jetzt auch die Heidenmission und die Innere Mission in das antirömische Fahrwasser hineinbugsiert ist, die gesamte protestantisch-kirchliche Vereinstätigkeit in dem antikatholischen Zeichen steht, selbst solche Vereine, denen das ganz fern liegen sollte. Aber es liegt im Zuge der Zeit, und ich bin überzeugt, daß selbst ein etwa zu gründender Predigerverein zur Hebung der Bienenzucht in seinen Statuten als Hauptartikel den »Kampf gegen Rom« aufnähme, und die erste Generalversammlung befaßte sich sicherlich mit dem großen Problem der Begründung einer protestantischen Imkerei." Und der evangelische Pfarrer Schiller in Nürnberg schrieb nicht lange danach in einem Rückblick auf seine Bemühungen, einen „Friedensverein" der beiden großen Konfessionen zu gründen, „der protestantische Geistliche müsse seine Glaubensgenossen zuerst durch eine Aufzählung von angeblichen Anlässen zur protestantischen Verstimmung" gewinnen und versöhnen. Ueber diese Verstimmung in Bayern sagte er folgendes: „Es zieht sich durch die nichtkatholischen Kreise unseres Bayernlandes eine tiefgehende Verstimmung. Es ist nicht das Gefühl der Niedergeschlagenheit, dazu ist die Entrüstung zu groß, es ist vielmehr eine Erbitterung und Verbitterung ohnegleichen, die sich heute nur vereinzelt Luft macht, die aber immer weitere Kreise zieht und die sehr ernste Gefahren in sich bergen kann, wenn ihr nicht beizeiten gesteuert wird. Dies sagen wir nicht als unbegründete haltlose Drohung, sondern weil wir auf Schritt und Tritt diesen Stimmungen begegnen. Es ist dies auch keine Pastorenmache, sondern eine Schwüle, die sich über alle Stände ausbreitet." (Südwestdeutsche Monatshefte, Mai 1906.)

Daß gerade die Jahre 1905 und 1906 so viele Giftblüten konfessioneller Intoleranz zeitigten, hatte seine Ursache zum Teil auch in der Ausnutzung der kriegerischen Ereignisse zugunsten des Protestantismus. Die schwere Niederlage des orthodoxen Rußland im Kriege mit Japan, der maßgebende Einfluß der geldmächtigen Vereinigten Staaten Amerikas auf die Festsetzung der Friedensbedingungen erzeugten oder verstärkten bei vielen Protestanten den teilweise aus den Jahren 1866 und 1870/71 überkommenen Dünkel von der intellektuellen und moralischen Ueberlegenheit des Protestantismus über den Katholizismus und die katholischen Völker und Staaten. Man scheute sich nicht, die Kriege von 1866 und 1870/71 gewissermaßen zu Religionskriegen zu stempeln. Schrieb doch selbst die Kreuzzeitung (Nr. 42, 1906) in einem Leitartikel mit der Ueberschrift 1806 bis 1870: „Es war Preußens Aufgabe in der Welt, die irdischen Resultate der Reformation zu retten und weiterzubilden. Mit stürmischem Angriffsgeist hatte dies Gustav Adolf im Dreißigjährigen Kriege getan, und nach ihm mußte Preußen die Arbeit weiterführen in demselben Geiste."

Hand in Hand mit dieser Auffassung ging die andere, daß Katholizismus und Deutschtum sich gegenseitig ausschließen, daß anderseits Deutsch und Protestantisch eine Gleichung seien. Der Katholik muß sich erst als guten Patrioten ausweisen, beim Protestanten wird die nationale Gesinnung ohne weiteres vorausgesetzt. Damals schrieb die Wartburg (Nr. 18, S. 174): „Der Protestant hat nur seinem irdischen Herrn, dem Könige, Treue zu halten, der Katholik dem



König und dem Papste. **Damit niemand in Versuchung kommt**, sucht der Prinzregent von Bayern die wichtigsten Aemter Männern zu geben, die nur ihm zu Treue verpflichtet sind," was natürlich die konsequente Folgerung in sich schließt, ein Katholik sei überhaupt unfähig, ein treuer und zuverlässiger Beamter zu sein. Diese Denkweise ist weiten protestantischen Kreisen so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß Otto v. Leixner in seiner Deutschen Literaturgeschichte (4. Aufl. S. 932) von Heinrich Hansjakob schreiben kann: „obwohl ehrlicher, strenger Katholik ist er ein kerngesunder deutscher Mann geworden"; — daß der Saarbezirk des Deutschen Technikerverbandes bei seinem Bezirkstag in einem staatlichen Lokale am 17. September 1905 in sein Programm ein Festlied aufnahm mit folgender Schmähstrophe:

Der Heil'ge Vater sitzt zu Rom
Auf prächtigem Statthalterthron,
Und jeder gut kathol'sche Christ
Den männlichen Pantoffel küßt.
Das Land wird kleiner immer mehr,
Der Ablaßschwindel zieht nicht mehr.
Wer weiß, von welchem Sündengeld
»Der Papst lebt herrlich in der Welt!«

Infolge der planmäßigen und rücksichtslosen **konfessionellen Verhetzung** ist weiten Kreisen des nichtkatholischen Volkes jedes Feingefühl und jedes Empfinden für die Anstandspflicht verloren gegangen, daß den religiösen Ueberzeugungen Andersgläubiger dieselbe Achtung zu zollen ist, die man für die eigene Ueberzeugung heischt. Daß solche Vorkommnisse bei ihrer Häufung und bei den besonderen Umständen, unter denen sie geschehen, nicht als bloße Einzelfälle aufzufassen seien, sondern als Symptome einer konfessionellen Irreleitung und Ausschreitung, das war die schmerzliche Ueberzeugung aller, denen der innere Friede in Deutschland am Herzen liegt.

Die Verkennung und Herabwürdigung alles dessen, was dem Katholiken heilig und ehrwürdig ist, hat ihre tiefste Wurzel in der schreienden Unkenntnis der katholischen Kirche, ihrer Lehren und Gebräuche. Der protestantische Theologieprofessor D. **Rade** in Marburg schrieb am 5. Oktober 1905 in der von ihm herausgegebenen Christlichen Welt (Nr. 40): „Ich meine, wir bemühen uns zu wenig um die **ruhige, suchende Kenntnis** des inneren Lebens im heutigen Katholizismus. Ich meine: dessen, wovon er lebt, wovon er sein Dasein unter den christlichen Konfessionen bestreitet, woher er noch immer das nimmt, was uns dazwischen auch religiös und kirchlich imponiert. Solches Studium setzt nicht nur voraus, daß man allerlei Vorurteile abstreift, sondern es ist ohne eine gewisse Sympathie, ein gewisses sich liebend Hineinempfinden nicht möglich. Diese Arbeit würde ich gern in der Christlichen Welt viel mehr pflegen, als ich kann. Es fehlt mir an Mitarbeitern dafür. Es ist bei der heutigen Spannung auch schon äußerlich schwer, in das Wesen des Katholizismus als Frömmigkeit hineinzukommen." Kein Wunder, daß dann Leute, denen es nicht so sehr darauf ankam, sich mit einer „gewissen Sympathie" in das Wesen der katholischen Kirche hineinzuversetzen, Leute wie der 1910 verstorbene Professor des Kirchenrechts an der Universität Leipzig, Dr. Emil **Friedberg**, in der Deutschen Zeitschrift für Kirchenrecht (Bd. 37, S. 476) schlankweg behaupteten, daß ein Katholik „nach



der Lehre seiner Kirche intolerant sein muß"; gemeint ist dabei nicht die dogmatische, sondern die bürgerliche Intoleranz. Schon im Jahre 1903 hatte derselbe Autor in dieser Zeitschrift (Bd. 35) die Behauptung aufgestellt: „Wollte der Staat nichts tun, was die religiöse Ueberzeugung seiner katholischen Untertanen verletzt, dann müßte er eben abdanken zugunsten der Hierarchie. Denn daß diese den Staat zu beherrschen habe, ist nicht bloß religiöse Ueberzeugung, sondern Dogma. Man kann nicht vorsichtig genug sein gegenüber der Forderung der Gewissensfreiheit einer Institution gegenüber, welche diese nur für sich in Anspruch nimmt, allen anderen Religionsgesellschaften nicht zugestehen darf und deren Freiheit schließlich darin besteht, alle Religionsgesellschaften zu vernichten und den Staat in Botmäßigkeit zu bringen." Ein solches Trugbild stellt ein im übrigen anerkannter Vertreter des Kirchenrechts auf, trotz entgegenstehender authentischer Erklärungen von höchster kirchlicher Stelle. Es sei nur an Papst Leos XIII. Enzyklika über den Staat vom 1. November 1885 erinnert; auch erinnert an die Tatsache, daß der Deutsche Kaiser am 9. August 1905 in einer Rede, die er in Posen zur Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des dortigen Bürgermeisters hielt, sagte: „Als bei meinem letzten Besuch im Vatikan der greise Leo XIII. von mir Abschied nahm, da faßte er mich mit beiden Händen und — trotzdem ich Protestant bin — gab er mir seinen Segen mit folgendem Versprechen: Ich gelobe und verspreche Euerer Majestät im Namen aller Katholiken, die Ihre Untertanen sind, sämtlicher Stämme und jeden Standes, daß sie stets treue Untertanen des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen sein werden."

Als nun am 24. Januar 1906 im Deutschen Reichstag der Toleranzantrag des Zentrums erneut beraten wurde, da wurde es allgemein offenbar, wieviel antikatholische Blockstimmung im Reiche gegen die Katholiken und gegen die katholische Kirche sich inzwischen angesammelt hatte. Die Aufnahme des Antrags durch die übrigen Parteien war viel unfreundlicher als im Jahre vorher. Das Beispiel des kirchenfeindlichen Blocks in Frankreich hatte die Parteien der Linken sogar in eine wahre Kampfeslust versetzt, und auch in diesem Falle zeigte es sich, daß man um sachliche Gegengründe gegen den Toleranzantrag sich nicht sonderlich bemühte, weil das Vorurteil gegen den Katholizismus und beim vorliegenden Antrag auch das Vorurteil gegen das „intolerante" Zentrum ausreichte, um alle Widersacher zur Ablehnung der Gewährung staatsbürgerlicher Toleranz zusammenzuschließen. Auf der Linken wurde erklärt, man wolle dem Antrag nur dann ernstlich näher treten, wenn das Zentrum einen Gesetzesantrag auf Trennung von Kirche und Staat einbringe, wie sie in Frankreich nunmehr erfolgt sei.

Eine solche brüske Behandlung des Toleranzantrags, wie sie teils aus den Instinkten des Polizeistaates teils aus denen des ödesten Kirchenhasses erwuchs, war nur möglich, weil man das Zentrum und die von ihm vertretene Weltanschauung und Staatsauffassung nicht genügend kannte, weil man auf gegnerischer Seite durch die Zerrbilder, die doch zu allermeist die Presse vom Zentrum entwarf, so verblendet war, schließlich auch den tollsten Ammenmärchen und Schauergeschichten Glauben zu schenken. Unkenntnis gebiert das Vorurteil, Vorurteil gebiert Haß und Feindschaft. Daß nicht hie und da auf katholischer Seite durch einzelne Personen der falschen Beurteilung der katholischen Lehren



oder auch des Zentrums und seiner Bestrebungen Vorschub geleistet worden sei, soll nicht bestritten werden. Jede Körperschaft, jede Richtung und Partei hat unter ihren Extremen und deren Uebertreibungen zu leiden. Auf solche Ausschreitungen einzelner wies Prof. Walter Köhler (Gießen) in der Christlichen Welt vom 10. August 1905 hin, indem er schrieb: „Es wird in der Tat auf gewisser katholischer Seite mit dem Anspruch absoluter Verbindlichkeit aus dem Syllabus eine Weltanschauung aufgebaut, die den Tod bedeutet für den modernen paritätischen Kulturstaat. Daran ist nicht zu rütteln, die Wucht der beigebrachten Quellenerzeugnisse erdrückt." Wie man sieht, betont der Kritiker, daß es sich nur um eine „gewisse katholische Seite" handelt, also um Ansichten einzelner Personen. Diese aber sind nicht die katholische Kirche!

Andere protestantische Theologen gehen freilich weiter. Auf mehrere bezeichnende Stellen hat Prof. Mausbach (Münster) in seinem Aufsatz: Konfession und bürgerliches Leben (Katholik, 1910, Augustheft, und Die katholische Moral und ihre Gegner, 1911, S. 354) hingewiesen; so u. a., daß Tschackert spricht von einem „katholischen System des Sich-Abschließens gegen Nichtkatholiken, das den Horizont verengen und trennend wirken müsse".

Muß nun nicht eine derartige Auffassung vom Wesen des Katholizismus und von der Lebensbetätigung seiner Anhänger und Vertreter in Schule, Presse und öffentlichem Leben das bürgerliche und soziale Gemeinleben den schwersten Gefahren aussetzen, den inneren Frieden auf die Dauer heillos bedrohen? Kein Einsichtiger kann sich diesen Bedenken verschließen. Wohin sollen wir kommen, wenn die große Mehrheit der deutschen Staatsbürger in einer solchen Geistesverfassung weiterlebt, von solchen Auffassungen der katholischen Kirche, katholischen Wissenschaft usw. beseelt ist, wenn sie dem Begriff von Toleranz und Parität, wie er auf katholischer Seite besteht, solche willkürliche und verkehrte Elemente beimischt?

Dieser Lage in unserem öffentlichen Leben konnte nur begegnet werden dadurch, daß man noch mehr als bisher auf katholischer Seite, wie das ja berufene Wortführer und besonders nachdrücklich schon Windthorst verlangt hatten, hinaustrat unter die Andersgläubigen, die Andersdenkenden, die Anhänger anderer politischer, sozialer, wissenschaftlicher Grundsätze, Theorien und Ideale und ihnen das wahre, unverfälschte, unverzerrte Bild der katholischen Weltanschauung zeigte.

Das waren die geistigen Vorbedingungen, aus denen ein Memorandum entstand, das großes Aufsehen erregte und wichtige Folgen hatte: der „Turmartikel" Julius Bachems.

Will man diesen Artikel zutreffend würdigen, so mußten wir ihn zunächst historisch begreifen. Er darf nicht für sich allein genommen werden, sondern muß in den Rahmen der zeitlichen Verhältnisse, denen er sein Entstehen verdankt, hineingestellt werden.



2. Der Artikel: Wir müssen aus dem Turm heraus.

Im Vorstehenden habe ich gezeigt, wie im Jahre 1905 besonders, die gesamte öffentliche Betätigung der deutschen Katholiken einer falschen, entstellenden und oft geradezu gehässigen Schätzung und Wertung ausgesetzt war, wie auch die bündigsten und wohlmeinendsten Erklärungen und Kundgebungen auf katholischer Seite keine Aenderung in dieser friedenstörenden Beurteilung herbeiführen konnten. Unter dieser falschen Beurteilung hatte auch das Zentrum zu leiden, das die Gegner so gern und so absichtsvoll als einseitig und ausschließlich konfessionelle Partei hinzustellen sich bemühen, um es dann um so leichter als verfassungswidrig und heimatsunberechtigt, als willenloses Werkzeug der Bischöfe in allen staatlichen Dingen und als politische Soldtruppe Roms brandmarken und den Angriffen seiner Feinde preisgeben zu können. Dieser Situation entsprach der am 1. März 1906 in den Historisch-politischen Blättern (Heft 5) erschienene Aufsatz: Wir müssen aus dem Turm heraus! von Dr. Jul. Bachem. Derselbe wird als Ausgangspunkt der gegen die sogenannte „Kölner Richtung" eingeleiteten Bewegung bezeichnet, hat zahlreiche Erklärungen und großenteils auch falsche Ausdeutungen zur Folge gehabt, ist aber weder in seiner zeitgeschichtlichen Bedingtheit noch in seiner wahren Tendenz allseitig richtig verstanden worden.

Der Artikel hatte folgenden Wortlaut:

Eines der beliebtesten politischen Bilder ist das vom Zentrumsturm. Und zwar bei Freund und Feind. Die Anhänger der Zentrumspartei preisen die Festigkeit und Unerschütterlichkeit dieses Turmes in Prosa und Poesie. In den politischen Organen der Zentrumspartei wird immer wieder mit Genugtuung darauf hingewiesen, der Turm ziert die Parteimarken, die zur Aufbesserung des Wahlfonds aufgeklebt werden, und als vor einigen Jahren der Verlag der Kölnischen Volkszeitung einen Wettbewerb um das beste Zentrumslied ausschrieb, war gewiß in jeder dritten Einsendung von dem Zentrumsturm die Rede, der feststehe in Wind und Sturm. Und anderseits spähen die Gegner der Zentrumspartei eifrig auch nach Rissen im Zentrumsturm, und es gibt für sie keine größere Freude, als wenn sie einen solchen Riß entdeckt zu haben glauben. Von Zeit zu Zeit geschieht das mit einer gewissen Regelmäßigkeit, denn das liberale und konservative Publikum liest es immer gerne, wenn es sich auch schließlich herausstellt, daß es wieder nichts war.

Die Zentrumspartei hat zweifellos recht, mit Stolz auf das feste Gefüge der Parteiorganisation hinzuweisen, welches die Anwendung des Bildes von dem unüberwindlichen Turme rechtfertigt. Er steht nun schon über drei Jahrzehnte. Unablässig ist er berannt worden von links und rechts, und doch ist noch keiner der Quadern gelockert worden oder gar herausgefallen. Die Zentrumspartei hat auch bisher immer noch die schwerste Probe bestanden, welcher in der Gegenwart eine politische Partei ausgesetzt werden kann: die der Interessengegensätze im eigenen Lager. Fast alle anderen politischen Parteien im Deutschen Reich vertreten hauptsächlich eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. Mehr als jede andere politische Partei vereinigt das Zentrum in sich die verschiedensten Kreise und Stände, deren materielle Interessen sich manchmal recht schroff gegenüberstehen, und trotzdem hat das Zentrum es verstanden, immer wieder diese Interessengegensätze zu überwinden und auf dem Boden eines billigen Ausgleiches die Geschlossenheit, welche das wesentlichste Moment der Stärke bildet, zu bewahren oder nach vorübergehender Krise wiederherzustellen. Mehr als einmal sind besonders agrarische Kreise schwierig gewesen, auch Arbeiterkreise haben sich zuweilen verstimmt gezeigt, aber der feste Zusammenhalt der



Zentrumspartei als Ganzes ist dadurch dauernd nie beeinträchtigt worden. Das ist eine Erscheinung, welche die Gegner oft mit einem aus Bewunderung und Neid gemischten Gefühle haben feststellen müssen.

Die Zentrumspartei darf also nach wie vor von dem unüberwindlichen Turme reden, an welchem alle Angriffe abgeprallt sind. Es könnte daher wie eine politische Ketzerei klingen, wenn ich sage: wir müssen aus dem Turme heraus! Und doch sage ich es aus vollster Ueberzeugung im Hinblick auf die politische Gesamtlage, wie sie sich im Deutschen Reiche gestaltet hat. Die nachstehende Ausführung wird erkennen lassen, in welchem Sinne dieser Ausspruch gemeint ist.

Der Zentrumsturm, um in dem Bilde zu bleiben, wurde in der schweren Zeit des kirchenpolitischen Konfliktes errichtet. Er sollte der Abwehr des staatskirchlichen Ansturmes dienen, welcher unter Führung des gewaltigsten Staatsmannes des 19. Jahrhunderts gegen die katholische Kirche in Preußen unternommen wurde. Der Zentrumsturm war das stärkste Bollwerk in der Verteidigungsstellung, welche die Katholiken gegenüber dem mit allen Mitteln eines mächtigen Staatswesens unternommenen Angriff einzunehmen hatten. Der Angriff erfolgte auf kirchenpolitischem Gebiet; auf diesem Gebiete mußte natürlich auch zunächst die Abwehr erfolgen. Und sie war in der Hauptsache erfolgreich. Es ist nicht gelungen, die katholische Kirche in Preußen der Staatsraison im Sinne des Hegelschen Staatsgedankens — dem Staate als dem „präsenten Gott" — dienstbar zu machen und sie damit als lebendige Potenz des deutschen Volkslebens beiseite zu schieben. Die katholische Kirche im Deutschen Reich hat, von einzelnen nicht entscheidend ins Gewicht fallenden Bundesstaaten abgesehen, überall das Maß von Freiheit behauptet, dessen sie notwendig bedarf, denn so ist zur Zeit die kirchenpolitische Lage im Deutschen Reiche: Mögen nicht alle Wünsche erfüllt sein, im großen und ganzen kann die katholische Kirche in Deutschland uneingeschränkt ihres Amtes walten.

Der Kampf, den das Zentrum in der ersten Zeit seines Bestehens zu führen hatte, war, wie gesagt, ein kirchenpolitischer. Aber das Zentrum hat ihn nicht als kirchenpolitische Fraktion lediglich mit den Mitteln der Kirchenpolitik geführt. Bei seiner Gründung gehörten dem Zentrum ausschließlich katholische Mitglieder an; das war naturgemäß, denn der „Kulturkampf" galt an erster Stelle der katholischen Kirche, es mußten daher in erster Reihe die Katholiken sich zur Abwehr zusammenschließen. Aber das Zentrum war auch schon zu der Zeit, da es ausschließlich aus Katholiken bestand, keine katholische, keine konfessionelle Fraktion. Die erleuchteten Männer, welche die Fraktion ins Leben riefen, wollten keine konfessionelle Fraktion bilden; sie drückten dies schon durch den Namen aus, den sie der neugebildeten parlamentarischen Gruppe gaben, und in dem Programm, welches die Fraktion sich gab, war nichts, was den Hinzutritt von Nichtkatholiken unmöglich machte.

Tatsächlich haben auch namentlich in der großen Zeit des Zentrums der Fraktion Männer anderen christlichen Bekenntnisses angehört, darunter Persönlichkeiten ersten Ranges, wie v. Gerlach, Dr. Bruel, Dr. Nieper. An der Seite der Führer des Zentrums traten dieselben für den Gedanken der kirchlichen Freiheit ein, nicht für die Freiheit allein der katholischen Kirche, welche zunächst bedroht war. Es war einer der nichtkatholischen Hospitanten des Zentrums, welcher unter der Rednertribüne des preußischen Abgeordnetenhauses stand, als Freiherr v. Wendt mit mächtiger Stimme die Enzyklika Papst Pius' IX. verlas, in welcher die Maigesetze als „nichtig in sich" erklärt wurden (has leges irritas esse) und welcher inmitten des furchtbaren Tumultes, der sich bei dieser Verlesung im Hause erhob, den Zentrumsabgeordneten zurief: „Lassen Sie sich nicht einschüchtern!" Kein Zweifel, daß die Zugehörigkeit evangelischer Mitglieder zum Zentrum ganz wesentlich zu dem allmählichen Umschwung der Stimmung beigetragen hat, der in jener Abendsitzung des preußischen Abgeordnetenhauses zu der berühmten Erklärung des Abgeordneten v. Meyer-Arnswalde führte: „Ich und meine Freunde, wir haben den Kulturkampf satt." Die altkonservative Fraktion, namens deren Herr v. Meyer-Arnswalde jene Erklärung abgab, zählte damals allerdings nur neun Mitglieder, aber „Tausende dachten wie er", und so wurde es möglich, die Revision der Maigesetze durchzusetzen, als Fürst Bismarck die Ueberzeugung von der Undurchführbarkeit derselben erlangt hatte und großzügig, wie er war, das Unhaltbare resolut preisgab.

Wäre das Zentrum eine konfessionelle Fraktion gewesen, so würde es die große Bedeutung, welche es in unserem öffentlichen Leben erlangt hat, niemals haben erlangen können. Das erkannten nicht nur die Gründer des Zentrums, das erkannten ebensogut seine Gegner, an der Spitze Fürst Bismarck selber. Immer und immer wieder suchten sie das Zentrum als konfessionelle Bildung hinzustellen, als eine Gruppe, die in unser parlamentarisches Leben gar nicht hineinpasse, als eine Art Fremdkörper, der ausgeschieden werde müsse, wenn unser öffentliches Leben gesunden wolle. Niemand ist diesem oft wiederholten Versuche so konsequent und energisch entgegengetreten wie Windthorst, der die Gefahr dieser politischen Legendenbildung sofort in ihrem ganzen Umfang erkannte. Schon im Jahre 1872, als bei den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 30. und 31. Januar Ministerpräsident Bismarck bemerkte, er habe es als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, erwiderte Windthorst: „Die Fraktion des Zentrums, welcher ich angehöre, ist keine konfessionelle. Das Programm derselben ist öffentlich bekannt gemacht worden, wir haben auf Grund desselben jeden eingeladen, der diese Grundsätze akzeptieren kann und will, und wer darauf akzeptierend eintritt, ist uns willkommen." Ueber Windthorsts Stellung zu dieser Frage konnte in dem dem großen Führer des Zentrums gewidmeten Artikel des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft auf Grund genauer Kenntnis der Denkungsart Windthorsts gesagt werden: Windthorst erkannte klar, daß auf dem Boden unserer modernen Verfassungsstaaten eine rein konfessionelle, in der Vertretung konfessionell-kirchlicher Massen aufgehende parlamentarische Gruppe keine Daseinsberechtigung und nicht die Möglichkeit dauernden Bestandes hat, während eine politische, alle Lagen des öffentlichen Lebens in den Bereich ihrer Betätigung ziehende Fraktion den Schutz auch der kirchlichen Freiheit und der Rechtsstellung der Kirche in wirksamster Weise auf dem parlamentarischen Boden zu üben vermag."

Kein Zweifel, daß die führenden Persönlichkeiten des Zentrums heute wie immer auf dem Boden dieser Windthorstschen Anschauungen stehen. Fast alle haben das bei irgend einer Gelegenheit auch ausdrücklich gelehrt und die Gesamttätigkeit des Zentrums ist ein vollgültiger Beweis dafür, daß es sich da nicht etwa bloß um Erklärungen taktischer Natur handelt. Insbesondere im Deutschen Reichstage, wo das Zentrum in der Tat ein ausschlaggebender Faktor ist, hat es seine Aufmerksamkeit konstant allen Lagen des öffentlichen Lebens zugewendet; es ist dort insbesondere der Träger der im Vordergrunde stehenden Finanz- und Sozialpolitik. Alles, was dort im letzten Jahrzehnt und darüber hinaus zustande gekommen ist, ist unter entscheidender Mitwirkung des Zentrums zustande gekommen. Und die Richtung, in welcher sich die Zentrumspolitik im Reichstage bewegte, war derart, daß ein früherer scharfer Gegner des Zentrums, der freikonservative Führer von Kardorff, sich gedrungen fühlte, der Fraktion zu bezeugen, sie treibe „nationale Politik".

Trotzdem wird die Zentrumsfraktion neuerdings von verschiedenen Seiten wieder schärfer angegriffen als zu irgend einem früheren Zeitpunkt, von den schlimmsten Jahren des kirchenpolitischen Konfliktes abgesehen. Für die kirchenpolitischen Forderungen, welche sie noch geltend macht, findet sie heute weniger Entgegenkommen, wie noch vor wenigen Jahren, das hat sich anläßlich der jüngsten Beratung des Toleranzantrages gezeigt. Es ist zweifellos an erster Stelle die Einwirkung des Evangelischen Bundes, welche in dieser Beziehung die Temperatur verschlechtert hat; auch Parteien und einzelne Abgeordnete, welche an sich eine minder abweisende Haltung einnehmen, unterliegen dem Druck jener Kampfesvereinigung. Das Zentrum wird bei irgendwelchen kirchenpolitischen Aktionen, auch schon bei der Frage, ob eine kirchenpolitische Aktion überhaupt unternommen werden soll, stets ernstlich mit der augenscheinlich veränderten, und zwar verschlechterten Stimmung zu rechnen haben.

Wie zu erwarten war, spielt bei den Angriffen gegen das Zentrum auch die Bezichtigung, die Fraktion sei eine konfessionelle, wieder eine Hauptrolle. Teilweise ohne Zweifel wider besseres Wissen. Der Zweck muß da das Mittel heiligen. Man sagt sich in den verbissenen antikatholischen Kreisen, daß es kein wirksameres Agitationsmittel gegen die Stellung des Zentrums in unserem öffentlichen Leben gebe, als die Unterhaltung und Verbreitung der Vorstellung, die Zentrumspartei bezw. die Zentrumsfraktion seien lediglich im Interesse der „römischen" Kirche



geschaffene, lediglich dieser Kirche dienstbare Organisationen. In allen Tonarten kehrt immer noch diese Behauptung wieder und — was die Hauptsache ist — sie wird geglaubt.

Wenn man diese im Interesse des friedlichen Nebeneinander der beiden christlichen Konfessionen tief bedauerliche Tatsache feststellt, so erfordert es die Wahrheitsliebe, hinzuzufügen, daß auch auf katholischer Seite manches geschehen ist und noch manches geschieht, was geeignet ist, diesen Glauben zu nähren und ihm einen Schein von Berechtigung zu verleihen. Die römische Kurie selbst hat diesem Glauben Vorschub geleistet, als sie auf Bismarcks Betreiben den — glücklicherweise erfolglosen — Versuch unternahm, auf die Haltung der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages in der Septennatsfrage einzuwirken. Es gibt auch noch katholische Kreise, in denen das Zentrum lediglich die „katholische Volkspartei" ist und der politische Charakter des Zentrums keineswegs immer, wo es angezeigt erscheint, mit einer alle Mißdeutung ausschließenden Klarheit und Entschiedenheit betont wird. Und wenn noch jüngst in Westfalen ein Parteitag der Zentrumspartei mit dem katholischen Gruße eröffnet wurde und anderseits auf einem hessischen Katholikentage ausschließlich politische Gegenstände in den öffentlichen Sitzungen behandelt wurden, so kann man sich schließlich nicht wundern, wenn Gegner der Zentrumspartei politische Partei und Konfession nicht auseinanderhalten.

Dazu kommt, daß katholischerseits an einzelnen Stellen konfessionelle Abgeschlossenheit auch da noch herrscht, wo sie sachlich nicht berechtigt ist. In dieser Richtung hat offensichtlich am meisten der noch immer nicht aufgegebene Versuch geschadet, die interkonfessionelle berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter unter Geltendmachung spezifisch kirchlicher Gesichtspunkte zu vereiteln oder zu erschweren, während längst für andere Berufsstände (Bauern, Handwerker) interkonfessionelle Organisationen zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen bestehen und unbeanstandet in Tätigkeit sind. Auch diese Ueberspannung des Konfessionalismus nährt mittelbar das noch in so weiten akatholischen Kreisen bestehende Vorurteil, daß im Grunde genommen auch die Zentrumsfraktion ein ausschließlich im Interesse des Katholizismus geschaffenes Gebilde sei.

Diese Vorstellung beruht, wie gesagt, auf einem Vorurteil, welches in der ganzen Geschichte der Zentrumsfraktion selbst keine Stütze findet. Aber im politischen Leben muß man auch mit Vorurteilen rechnen, besonders muß eine Minderheit damit rechnen. Auch ein Vorurteil kann schwere Störungen im Volksleben hervorrufen. Wir sehen das im Deutschen Reiche, welches unter dem unbefriedigenden Verhältnis der Konfessionen zueinander immer noch leidet und vielleicht noch mehr zu leiden haben wird, wenn es den wohlmeinenden Männern der beiden Bekenntnisse nicht gelingt, hier Wandel zu schaffen. Hieran mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden, der sein Vaterland liebt, und man kann sich dieser Pflicht auch durch den Hinweis darauf nicht entziehen, daß auf der anderen Seite eben ein Vorurteil wirksam ist. Man muß vielmehr alles aufbieten, um dieses schädliche, ja gemeingefährliche Vorurteil zu zerstreuen, selbst unter Uebung weitgehender Selbstverleugnung.

In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn ich den Satz an die Spitze dieser Betrachtung gestellt habe: wir müssen aus dem Turm heraus. Heraus nicht insofern, als wir die starke Verteidigungsstellung aufzugeben hätten. Nein, wir können und sollen sie beibehalten. Damit treten wir niemandem zu nahe. Auch dem konfessionellen Frieden dient nicht, wer sich wehrlos macht. Aber die Abschließung, die Absperrung, welche in dem Bilde des Turmes liegt, darf nicht über die Grenze hinaus gehen, welche durch die Verhältnisse gezogen ist. Wir sollen nicht in dem Turme verbarrikadiert bleiben, sondern uns vor demselben aufpflanzen und in immer weiterem Umkreise mit den Mitteln, welche die Gegenwart in die Hand gibt, für das Programm der politischen Zentrumspartei eintreten, das sich wahrlich sehen lassen kann. Wenn das Zentrum eine wahre Staatspartei ist, so soll es auch als solche sich fühlen und überall als solche sich geltend machen; keines seiner katholischen Mitglieder braucht deshalb ein Tüttelchen seiner religiösen Ueberzeugungen preiszugeben.

Je weiter die Kreise sind, in welchen man die Gesamttätigkeit der Zentrumspartei kennen lernt, um so mehr wird das gegen die Zentrumsfraktion noch bestehende Vorurteil schwinden. Eines der Mittel, vielleicht das wirksamste, um diese bessere Erkenntnis in die nichtkatholischen Provinzen und Bezirke zu tragen, kann

erst bei den nächsten allgemeinen Wahlen zur Anwendung gebracht werden. Es muß unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind. Und zwar wird es m. E. gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann. Die Engen, die Aengstlichen, diejenigen, welche überall nur den konfessionellen Gesichtspunkt geltend zu machen gewohnt sind, werden wohl auch an dieser Anregung sich stoßen, und doch dürfte sie ernste Beachtung verdienen.

Von solchen Kandidaten darf man kirchenpolitisch nichts anderes verlangen, als daß sie jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen: im übrigen muß namentlich ihre sozialpolitische Stellung entscheidend sein! Es gibt solche Männer unter den Evangelischen und es wird ihrer mehr geben, sobald ihnen Gelegenheit geboten wird, im öffentlichen Leben sich zu betätigen. Man denke nur an die evangelischen Christlich-Sozialen. Gegenwärtig ist es ihnen noch fast unmöglich, zu einem Mandat zu gelangen, weil auch sie mit allerhand Vorurteilen zu kämpfen haben. Aber es würde ein großer Gewinn für unser öffentliches Leben sein, wenn die Tüchtigsten aus diesen Reihen in die Lage kämen, von der Tribüne des Parlaments für ihre Ideen Propaganda zu machen.

Wenn es nicht anders zu bewirken ist, so müssen weitsichtige Zentrumskreise ihnen diese Möglichkeit verschaffen. Es war seinerzeit ein Leichtes, die Wahl Ludwig v. Gerlachs in dem rheinischen Wahlkreise Sieg-Mülheim-Wipperfürth durchzusetzen. Niemand hat von dem ehemaligen Führer der preußischen konservativen Partei und Rundschauer der Kreuzzeitung verlangt, daß er etwas von seinen religiösen Ueberzeugungen aufgab, als er dem Zentrum als Hospitant beitrat. Ebensowenig von Dr. Bruel, der bis ans Ende seiner Tage ein ernster Lutheraner geblieben ist. Aber wie diese beiden bedeutenden Männer, namentlich der letztere, auch in treuester persönlicher Freundschaft mit Mitgliedern der Zentrumsfraktionen verbunden blieben, so hat auch allein die Tatsache ihrer Zugehörigkeit zum Zentrum und haben insbesondere die Wahrnehmungen und Erfahrungen, welche sie dank dieser jahrelangen Zugehörigkeit zu machen Gelegenheit hatten, nicht wenig dazu beigetragen, die Ansichten über das Zentrum in nicht kleinen evangelischen Kreisen zu korrigieren und dieselben namentlich die Haltlosigkeit der politischen Legende von der konfessionellen Zentrumsfraktion erkennen zu lassen.

Das ist ein Punkt von geradezu vitaler Bedeutung für unser parlamentarisches Leben und für unser öffentliches Leben überhaupt. Das Zentrum darf nicht unter der Einwirkung der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, an der so viele arbeiten, in eine **splendid isolation** geraten, welche die Erfüllung seiner Aufgabe für Reich und Volk aufs äußerste erschweren würde. Dem Bestreben, diese Gefahr zu verringern, sollen die vorstehend entwickelten, bezw. angedeuteten Gedanken dienen.

Die gesamte deutsche Presse widmete diesen Ausführungen eine ungewöhnlich große Beachtung, ein Zeichen, daß sie deren politische Bedeutung erkannte und die Tragweite der scharf und präzis herausgearbeiteten Kernpunkte erfaßte. Vor allem aber war es in den kritischen Erörterungen der gegnerischen Presse bemerkenswert, daß sie den in jenem Artikel besonders betonten Satz: Das Zentrum ist eine politische, nicht eine konfessionelle Partei, verwarf und die für die Wahrheit dieses Satzes in dem Artikel angeführten Beweise einfach mit Stillschweigen überging. Die anderen Parteien wissen eben genau, daß das Zentrum als konfessionelle Partei in einem konstitutionellen paritätischen Staat unmöglich ein Glied des staatlichen Organismus sein und bleiben kann, und wollen es darum dadurch, daß sie es zur konfessionellen Partei stempeln, mit aller Gewalt außerhalb der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung mit den anderen Parteien stellen, um es so leichter bekämpfen, als Angriffsziel der Protestanten aller Richtungen preisgeben und zur politischen Bedeutungslosigkeit

und Ohnmacht verurteilen zu können. Ihr Interesse, nicht das des Zentrums, wäre es, wenn letzteres eine konfessionelle Partei wäre oder würde. Von diesem Gesichtspunkt aus sind auch die Polemiken der liberalen Blätter gegen den Turmartikel zu werten, z. B. der Köln. Zeitung, wenn sie schrieb: „Sobald das Zentrum seinen konfessionellen Boden verläßt, verliert es den Grund seiner Existenz; es wird konfessionell sein, oder es wird nicht sein."

Auf der anderen Seite bekannte sich die Zentrumspresse in jenen Erörterungen ausnahmslos zum Zentrum als einer politischen, nichtkonfessionellen Partei. Auf diese Tatsache wies Dr. Jul. Bachem in einem zweiten Artikel der Hist.-pol. Blätter (Heft 7) mit Nachdruck hin und besprach gleichzeitig einige falsche Auslegungen seines Aufsatzes.

Einige Monate später hat er dann in einer in der Generalversammlung der Windthorstbunde zu Düsseldorf am 10. Oktober 1906 gehaltenen Rede über das Thema: Das Zentrum eine politische Partei mehrere Mißverständnisse, die in der Zentrumspresse bei der Beurteilung und Auslegung seines Artikels aufgetaucht sind, aufgeklärt. Wenn dieser Artikel eine größere Beachtung gefunden hat, als dies sonst bei einem Zeitungsartikel oder einem Aufsatz in einer politischen Zeitschrift geschieht, so lag dies, wie der Redner richtig betonte, zum Teil schon an dem Titel jenes Memorandums. „Der Titel war so etwas wie ein journalistischer Trick, aber kein unstatthafter Trick. Man sagt wohl, wenn der Journalist eine richtige Ueberschrift für einen Artikel habe, habe er den Artikel selbst."

Wenn nun hier ein Politiker einen Gedanken, den er deutlich und allen beachtlich herausstellen will, etwas schärfer, etwas outriert zum Ausdruck bringt, ist das etwas so Ungewöhnliches? In der Presse jedenfalls nicht; und auch sonst nicht.[1])

Um dann die unrichtigen Kommentare, die sich in der Zentrumspresse da und dort an den Turmartikel selbst angeknüpft haben, zu zerstreuen und in ihrer völligen Haltlosigkeit darzutun, hat der Redner seinen Standpunkt und seine Auffassung von der damaligen politischen Lage in folgenden Worten dargelegt:

Man stellte sich hier und da an, als wollte ich den Zentrumsturm mit Dynamit in die Luft sprengen. Ich kann Ihnen versichern: Nichts liegt mir ferner. Wenn Sie die Zeichen der Zeit beobachten, kann Ihnen nicht entgangen sein, daß man darauf aus ist, das Zentrum zu isolieren. Man hat es immer gewollt, aber niemals ist dies so deutlich und so energisch in die Erscheinung getreten, als in der Gegenwart. Blockpolitik überall. In Baden ist sie bei den letzten Landtagswahlen auf der ganzen Linie wirksam gewesen, ebenso bei den Bezirkstagswahlen

---

[1]) Ich möchte mir erlauben, in diesem Sinn an ein Wort des Papstes Leos XIII. zu erinnern, das, wie man mit Recht gesagt hat, im Munde jedes anderen allzu kühn klingen möchte. Um zu zeigen, daß der Klerus an der hochentwickelten Wissenschaft der Neuzeit auch seinen ihm zukommenden Anteil haben müsse, richtete Leo XIII. an deutsche Theologen die Worte: In unserer Zeit ist ein wissenschaftlich durchgebildeter Priester einem bloß frommen vorzuziehen. — Selbstverständlich wollte der Papst die letztere Forderung nicht aufheben, aber es schien ihm mit Rücksicht auf die Zeitumstände notwendig, die erste Forderung ganz besonders zu unterstreichen, und darum kleidete er seine Forderung in diese prononcierte Form.

in Elsaß-Lothringen. In Bayern bereitet sie sich für die nächsten Landtagswahlen vor, und auch in Preußen sind die Ansätze vorhanden. Es wird die Blockpolitik, wenn nicht im ganzen Lande, so sicher in einer Anzahl von Provinzen wirksam werden. Die nächsten Reichstagswahlen werden, darüber muß man sich klar werden, unter dem Zeichen der Blockpolitik stehen. Soll nun die Zentrumspartei einer solchen Situation gegenüber untätig sich verhalten, nicht den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen, nicht alles aus dem Wege räumen, was diese immerhin schwierige Situation noch erschweren kann und muß? Soll sie sagen: Ich sitze hier in meinem Turm und weiß von nichts; hier steh' ich, ich kann nicht anders? Das ist nicht meine Meinung. Auch der stärkste Turm kann zu einem Hungerturme werden, und ich will nicht, daß der Zentrumsturm zu einem Hungerturme werde! Wenn eine Festung belagert wird, begnügen sich die Belagerten damit, in ihrem Festungswerke zu sitzen? Treffen sie nicht alle Vorkehrungen, um die Belagerung wirksam abzuweisen? Zunächst fegen sie die Bäume und Baulichkeiten weg, die den freien Ausblick beeinträchtigen. Sie sorgen für hinreichenden Proviant, sie haben schon vorher für Außenwerke gesorgt, für detachierte Forts; wenn Minen gezogen werden, dann werden Gegenminen gelegt, und vor allem sorgt man dafür, die Verbindung mit der Außenwelt aufrecht zu erhalten. Also: man muß in solchen Situationen auf strategische Gegenzüge bedacht sein. Das war der Gedanke meines Artikels in den Historisch-Politischen Blättern.

Trotz dieser Klarstellung des Inhalts und der Tendenz des vielbesprochenen Artikels wurde er in den letzten Jahren, ja bis in die jüngste Zeit hinein teils mißverstanden, teils absichtlich entstellt, ja gefälscht, so daß er vielen wie das Programm von Leuten erschien (und wohl auch so erscheinen sollte), die das Zentrum auf eine andere grundsätzliche Basis stellen, ihm einen neuen Charakter geben wollen.

Die wichtigsten Einwände gegen den Artikel sind folgende:

1. Es wird behauptet: Der Ruf Heraus aus dem Turm! enthalte die Aufforderung, „den interkonfessionellen Charakter des Zentrums mehr zu betonen". So z. B. der Reichstagsabgeordnete Bitter in einer Zentrumsversammlung am 25. Juli 1909 zu Neunkirchen a. d. Saar, und nach ihm gebrauchten die Wendung andere in Reden und Preßartikeln. Diese Auslegung ist willkürlich in den Artikel hineingetragen; sie ist darin mit keiner Silbe enthalten. Es ist darin weder gesagt, daß das Zentrum einen „interkonfessionellen Charakter" habe, noch daß dieser Charakter mehr betont werden solle. Der Verfasser des Artikels sagt ausdrücklich, daß er die Forderung: Wir müssen aus dem Turm heraus! nur in einem ganz bestimmten Sinne meine, und er setzt die praktischen, durch die besonderen Verhältnisse bedingten Anwendungsfälle im einzelnen auseinander. Er hebt scharf und bewußt hervor, daß die Abschließung und Absperrung, welche in dem Bilde des Turmes liege, nicht über die Grenze hinausgehen dürfe, welche durch die verfassungsgemäßen Verhältnisse gezogen sei, und er schließt diese Gedankenreihe nachdrücklich mit den Worten, daß keines der katholischen Mitglieder des Zentrums deshalb ein Tüttelchen seiner religiösen Ueberzeugung preiszugeben brauche. Die Allgäuer Zeitung, die sich anläßlich späterer Erörterungen über das gleiche Thema auf den Artikel bezieht, sagt über dessen wahren Sinn und Zweck zutreffend (Nr. 156, 7. Aug. 09): „Wir wollen aus dem Zentrumsturm nicht weiter heraus, als es unseren altbewährten Grundsätzen entspricht; wir wollen uns aber auch nicht im Turm hermetisch abschließen und isolieren — zum größten Schaden unserer Sache." Dr. Jul. Bachem macht auch nicht einmal den Anspruch geltend, daß man seine Anregung kritiklos hin-



nehme oder gar ihr sich sklavisch unterwerfe, sondern er meint nur, daß sie „ernste Beachtung verdienen dürfte". Der Charakter des Zentrums soll aber so bleiben, wie er von Anfang an war und von Windthorst und den anderen Führern gegen seine Widersacher stets gewahrt und verteidigt worden ist.

2. Mit dem ersten willkürlichen Vorwurfe berührt sich der weitere, der Turmartikel wolle dem Zentrum „ganz neue Bahnen weisen" (Augsb. Postztg. Nr. 171 vom 1. August 1909; Krueckemeyer, Köln und Koblenz, 1909, S. 65; Trier. Landesztg. Nr. 171, 30. Juli 1909; Westf. Merkur Nr. 385, 3. Aug. 1909). Daß dies nicht die Absicht des Verfassers war, belegen seine wiederholten Hinweise auf Fälle aus der ersten Zeit des Zentrums, da Nichtkatholiken in Zentrumswahlkreisen gewählt worden sind und diese Männer gerade durch ihre jahrelange Zugehörigkeit nicht wenig dazu beigetragen haben, wie Windthorst einmal sagte, „die Ansichten über das Zentrum in nicht kleinen evangelischen Kreisen zu korrigieren". Am 21. Februar 1898 beantwortete der damalige Führer des Zentrums, Dr. Lieber, eine Anfrage nach dem Charakter des Zentrums in folgendem Briefe:

Berlin NW, den 21. Febr. 1898. Reichstag. Verehrter und sehr lieber Freund! Erst eben erhalte ich Ihren lieben Brief. Das Zentrum ist keine religiöse, keine konfessionelle, keine kirchliche, sondern eine politische Partei. Mit diesem im ganz bewußten und entschiedenen Gegensatze zur alten „katholischen Fraktion" genommenen und jederzeit klar und bestimmt behaupteten Standpunkte steht und versinkt es selbst. Nicht der „Katholik", sondern der „Anhänger des Parteiprogramms", wie es in Satzungen und Wahlaufrufen seit 1870 fest beschlossen niedergelegt ist, muß zur Mitgliedschaft verlangt, aber auch zugelassen werden. Dr. Brüel und v. Gerlach, der Heidelberger Rechtsanwalt Schulz, alle alten Hannoveraner, waren wirkliche Mitglieder, nicht bloße Hospitanten der Fraktionen. Und was von diesen gilt, muß auch von den Zentrumsvereinen festgehalten werden. Gruß! Lieber.

Der Inhalt dieses Schreibens deckt sich vollkommen mit den betr. Stellen des Turmartikels. Wo sind also die neuen Bahnen, die dem Zentrum gewiesen sein sollen? Auch dieser Vorwurf, soweit er sich auf die Gesamttendenz des Artikels bezieht, entbehrt jeder Grundlage und verdient, wo er sich auch nur hervorwagt, die schärfste Zurückweisung.

3. Schon kurz nach dem Erscheinen des Turmartikels wurde in der Berliner Germania der Satz angegriffen: es müsse mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum nehmen und zu unterhalten willens und geeignet seien, und zwar werde es gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen könne. — Gegen diese letzte Anregung ist seitdem immer wieder Sturm gelaufen worden. Sie wurde willkürlich verallgemeinert, und es wurden daraus die absonderlichsten und abenteuerlichsten Folgerungen gezogen. Aengstliche Gemüter sahen im Geiste schon sämtliche hundert Zentrumsmandate den Protestanten ausgeliefert! Daß dies absolut ausgeschlossen ist, liegt auf der Hand. Nichts lag auch selbstverständlich dem Verfasser des Artikels ferner, als etwas Derartiges ins Auge zu fassen. Es würde aller gesunden Realpolitik widersprochen haben, der großen Masse überwiegend katholischer Wahlkreise etwas

Derartiges zuzumuten. So lange die protestantischen Wahlkreise protestantische Abgeordnete wählen — sie haben es in den Reichstagswahlen 1902 bis auf zwei Kreise getan —, werden die Katholiken für die Regel katholische wählen. Daran kann niemand etwas ändern. Aber etwas ganz anderes ist es, ob jetzt, wie die Dinge geworden sind, auf eine Vermehrung der protestantischen Mitglieder des Zentrums hinzuwirken ist, selbstverständlich unter Verhältnissen, wo es angeht und ersprießlich ist, oder ob man die Dinge laufen lassen soll, wie sie eben laufen. Früher hatte die Zentrumsfraktion im Reichstage bis zu zehn protestantischen Mitgliedern, im Reichstage 1907—1912 nur noch eins! Früher hatte die Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses wenigstens bis zu vier protestantischen Mitgliedern, heute keins mehr! Wenn in den Reichstag wieder zehn protestantische Zentrumsmitglieder einziehen, würde die Erwartung des Verfassers schon weit übertroffen sein.

Die Kritiker der Bachemschen Anregung haben den wahren und eigentlichen Sinn derselben völlig verkannt. Wie schon die Fassung des Artikels und dann die Erklärung Dr. Bachems in der oben erwähnten Düsseldorfer Rede zeigt, wollte er eine Parole für den bald zu erwartenden Wahlkampf geben, eine Parole, durch die versucht werden sollte, den gegen die Anhänger des Zentrums nicht minder wie gegen die Kirche angesammelten Haß und die durch verhängnisvolle Vorurteile hervorgerufene Feindseligkeit zu mindern, wenn nicht gar zu beseitigen. Es war eine Parole, durch die dem Wohle der Kirche und ihrer nur im Schutze des bürgerlichen Friedens wahrhaft gedeihenden Kulturmission ebenso gedient werden sollte, wie dem des Vaterlandes, dessen beste Kräfte zum Teil durch den unaufhörlichen konfessionellen Hader lahmgelegt werden. Die Tatsachen der letzten Jahrzehnte beweisen vollauf, daß die Protestanten in Deutschland viel „konfessioneller“ — konfessionell hier im Sinne von gegen Andersgläubige gerichtet — sind als die Katholiken, und daß es eine schwierige und zugleich undankbare Aufgabe ist, in unserer Zeit der hochgradigsten konfessionellen Spannung und Verbitterung für den konfessionellen Frieden einzutreten. Und doch schrieb die Köln. Volksztg. in ihrer Nr. 436 vom 21. Mai 1906 mit Recht:

> „Die zweifellos größere konfessionelle Befangenheit und konfessionelle Gegensätzlichkeit auf protestantischer Seite darf aber für die deutschen Katholiken kein Grund sein, die Bemühungen zur Herstellung besserer Beziehungen unter den Konfessionen nicht fortzusetzen. Ganz im Gegenteil. Je weniger zahlreich heute noch in den verschiedenen Parteilagern die Protestanten sein mögen, welche im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes mit den Katholiken auch politisch Hand in Hand zu gehen bereit sind, um so höher muß man diese Männer werten, um so weiter ihnen entgegenkommen, um so eifriger darauf hinarbeiten, daß ihrer mehr werden, um so bereitwilliger ihnen, auch unter eigenen Opfern, die Gelegenheit verschaffen, mit den gleichgesinnten Katholiken im öffentlichen Leben dafür einzutreten, was uns in Deutschland notwendiger als alles andere, was die eigentliche Lebensbedingung des deutschen Volkes ist: die Beseitigung oder wenigstens die Eindämmung des Land und Leute verderbenden konfessionellen Haders. Mit dem treuen Festhalten an dem eigenen religiösen Bekenntnis ist das sehr wohl vereinbar.“

Ob die Parole des Turmartikels, man möge in einzelnen Fällen, regionum ratione habita, protestantische Kandidaten mit einem gewissen Entgegenkommen in Zentrumswahlkreisen unterstützen, von den Protestanten selbst nicht abgelehnt werde, das war eine andere Frage, deren Beantwortung man ruhig abwarten konnte. Manche Vorkommnisse machten es nicht gerade wahrscheinlich, daß man

auf dieser Seite geneigt sei, ein solches Entgegenkommen richtig zu verstehen und es vorurteilsfrei zu bewerten. Der Elsässer, das führende Blatt des elsässischen Zentrums, erinnerte daran (K. V. Nr. 436 vom 21. Mai 1906), daß protestantische Kandidaten, die von Katholiken unterstützt wurden, im eigenen Lager als Renegaten aufs heftigste bekämpft wurden, und fuhr fort: „Für letzteres hatten wir im Elsaß ein Beispiel: der Abg. Preiß ist Protestant; er hat unseres Wissens bis heute nichts getan, was die religiösen Anschauungen der protestantischen Presse hätte verletzen können, er ist nur nicht intolerant den Katholiken gegenüber gewesen; aber das genügte vollauf, ihn zu verdächtigen." Und wie ging es 1912 dem Medizinalrat Dr. Höffel, dem vielseitig verdienten Abgeordneten für den Wahlkreis Zabern? Weil das Zentrum ihn unterstützte, wurde er von den protestantischen Wählern im Stiche gelassen und so der Wahlkreis den Liberalen ausgeliefert. Beispiele dieser Art mag es im Deutschen Reiche noch mehr geben und immer gegeben haben — das Zentrum als wirkliche Staatspartei, die die vollkommene bürgerliche Toleranz für alle Parteien und Konfessionen fordert, muß auf einem höheren und gerechteren Standpunkte stehen.

Daß dies in der Tat der Fall ist, beweist das Verhalten der Zentrumspartei bei den Reichstagswahlen vom Januar 1912. Bereits in der Generalversammlung des Augustinusvereins am 20. März 1911, der zahlreiche Mitglieder der Zentrumsfraktionen des Reichstages und der Einzellandtage beiwohnten, waren folgende Leitsätze beschlossen worden: „Es muß vermieden werden, daß der Kandidat der Zentrumspartei in eine Stichwahl kommt, in welcher er nach Lage der Verhältnisse in dem betreffenden Wahlkreise nicht durchdringen kann und bei welcher der Sieg der Linken dadurch herbeigeführt wird, daß eben ein Zentrumskandidat in die Stichwahl gelangt ist. Unter solchen Verhältnissen wird der Zentrumssache wesentlich dadurch gedient, wenn unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur rechtsstehende Kandidaten in die Stichwahl gebracht werden." Und nach diesem Beschluß hat die Zentrumspartei in 45 Wahlkreisen — in allen Teilen des Reiches — mit im ganzen 200 000 Stimmen Kandidaten der konservativen Partei bezw. des Bundes der Landwirte unterstützt und damit gerade das praktisch ausgeführt, wozu der Turmartikel im allgemeinen die Anregung gegeben hatte.

Wäre die Parole, die Zentrumspartei solle in einzelnen Wahlkreisen, auch wenn sie vielleicht aus eigener Kraft die Mehrheit erringen könne, auch andersgläubige Kandidaten, falls sie, wie es in dem Turmartikel heißt, „jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen", unterstützen, dem Wesen und Programm des Zentrums widersprechend, so hätten sicher im Jahre 1906 die berufenen Instanzen der Zentrumsfraktion dagegen Einspruch erhoben. Sie haben es nicht getan und werden es nicht tun können, weil jeder politisch Einsichtige, der die Grundgedanken und die taktischen Erwägungen des Artikels richtig zu beurteilen weiß, ihnen vollauf zustimmen muß. Was auf den ersten Blick Aufsehen erregte und erregen sollte, hat der Verfasser selbst klargelegt. So wurde er auch richtig in der Schrift: Ein Aktionsprogramm der deutschen Katholiken von Pankratiastes verstanden. Der Verfasser, offenbar ein süd-



deutscher Geistlicher, urteilt in der Schrift (Frankf. Zeitgem. Broschüren, 1907, Heft 4 u. 5, S. 37 f.):

„Anderseits hat der Ruf Aus dem Turm heraus bei denjenigen, die man wirklich im Auge hatte, wenig Gegenliebe gefunden. Gleichwohl steckt eine tiefe politische Weitsicht dahinter. Es können Verschiebungen eintreten, die es für das Zentrum als außerordentlich wünschenswert erscheinen lassen, mit anderen wesentlich gleichgesinnten Parteien eine Phalanx zu bilden. Es handelt sich nur darum, die geeignete Form der Einigung zu finden. An eine förmliche Fusion ist nicht zu denken. Aber eine engere Koalition, welche die Selbständigkeit der Kontrahenten nicht aufhebt, zugleich aber die Gefechtskraft in den gemeinsamen Fragen vervielfacht, liegt durchaus nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Nur muß die Koalition eine dauernde sein, kein momentanes Zusammengehen Man sieht in der Tat nicht ein, warum Parteien, die wesentlich für dieselben Ziele kämpfen, die sie durch Zusammenschluß unvergleichlich leichter erreichen, ihre Sache getrennt führen sollten . . . An eine eigentliche Aufnahme von größeren fremden Gruppen evangelischen Glaubens in die Reihen des Zentrums wird man im Ernste nicht denken. Die Partei hat gerade genug Gegensätze in ihrem Schoße auszugleichen. Es bedarf wahrhaftig keines neuen, schon gar nicht eines religiösen "

Daß an solche Eventualitäten nicht im Ernst gedacht zu werden braucht, ist oben gezeigt worden. Man sieht aber aus den Ausführungen des Verfassers, daß sich über die bewußte Anregung des Turmartikels ruhig und sachlich diskutieren läßt, ohne daß dabei gleich die schlimmen Verallgemeinerungen und sinnlosen Verdächtigungen miteinfließen, wie dies in so mancher sonstigen gesprochenen oder geschriebenen Aeußerung dazu der Fall war.

4. Zu solchen Verallgemeinerungen gehört auch die Behauptung, die in der Versammlung zu Koblenz am 9. August 1909 der Abg. Dr. **Bitter** in seinem Referat aufstellte: Daß in Broschüren, zum Teil auch in Versammlungen systematisch das Bestreben hervortrete, „wirtschaftliche, soziale und politische Fragen immer mehr **losgelöst von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung** zu behandeln und in einseitiger, irreführender Weise den interkonfessionellen Charakter des Zentrums zu betonen". (Krueckemeyer, a. a. O., S. 69.) Hiermit berührt sich in der noch näher zu besprechenden Schrift: Köln eine innere Gefahr für den Katholizismus die Behauptung: „Die Richtung Julius Bachem sucht das Zentrum entsprechend dem künftigen Milieu **umzuwandeln in eine rein wirtschaftliche Partei**, die kraft ihres sozialen Programms in der neuen Epoche des deutschen Parlamentarismus die wirtschaftlich heterogenen Elemente zu einer großen Reichspartei zusammenführt." (S. 20.)

Der Verfasser der letztgenannten Broschüre schreibt dem Turmartikel für die ganzen sich daran anschließenden Beurteilungen und Kundgebungen eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Dies ist nur möglich auf Grund der oben wiedergegebenen Verallgemeinerungen und gänzlich ungerechtfertigten Ausdeutungen, um jenen Artikel zu einem Programm einer Richtung machen zu können, die den „katholischen Standpunkt" angeblich „preisgeben" will. Daß von den obigen Behauptungen auch nicht ein Schatten in dem Turmartikel enthalten ist, sieht und erkennt jeder aufmerksame und vorurteilsfreie Leser.

Für die Willkür ähnlicher Behauptungen nur noch **ein** Beispiel: Der Verfasser der zuletzt genannten Schrift stellt den Satz auf (S. 54): „Bachems Turmartikel rief im ganzen katholischen Deutschland einen **Sturm** hervor. Er tat das beste, was er tun konnte, **er schwieg**." Diese Fassung legt den Schluß



nahe: Dr. Jul. Bachem habe schweigen müssen, weil er nichts habe erwidern können. Beides ist nicht wahr. Die gegnerischen Einwände auf den Turmartikel waren so wenig stichhaltig, daß sie ohne große Mühe widerlegt werden konnten. Das ist in der Köln. Volkszeitung wiederholt geschehen (vgl. u. a. Nr. 280 vom 3. April und 436 vom 21. Mai 1906); Dr. Bachem hat aber auch unter seinem Namen die falsche Auslegung seines so oft besprochenen Artikels nachgewiesen in seiner Rede in Düsseldorf: Das Zentrum eine politische Partei. (Flugschriften der Rheinischen Zentrumspartei. Heft 1, Köln, 1907). Die Tatsachen gaben seiner Auffassung recht, seine Voraussage der kommenden Dinge bestätigte sich vollkommen: Kaum acht Wochen später explodierte die Bombe des Konfessionshasses. Am 13. Dezember 1906 entbrannte durch die vom Reichskanzler Fürsten Bülow herbeigeführte Reichstagsauflösung ein Kampf der vereinigten Gegner wider das Zentrum, wie ihn Deutschland seit den schlimmsten Zeiten des Kulturkampfes nicht mehr erlebt hatte. Der „furor protestanticus" wurde systematisch entfesselt und in Dienst gestellt zur Bekämpfung des Zentrums als „die katholische Partei". Man zog nicht zu Felde gegen die politischen Grundsätze des Zentrums, sondern gegen den katholischen Charakter der übergroßen Mehrheit seiner Anhänger.

3. Die konfessionelle Absperrung und die Osterdienstagskonferenz.

Der Turmartikel hat, wie gesagt, eine ungewöhnlich große Beachtung bei Freund und Gegner gefunden, er ist erörtert, gedeutet, kritisiert worden — einen Sturm hat er nicht erregt. Der seiner geschichtlichen Rückblicke und Begründungen entkleidete Kernsatz, man möge auch dem Zentrum nahestehende nichtkatholische Kandidaten bei den Wahlen aufstellen und unterstützen, war eine aus taktischen Erwägungen entsprungene, der gesamten innerpolitischen Lage in Preußen und in Deutschland Rechnung tragende Anregung. Die Wahlkomitees in den in Betracht kommenden Wahlkreisen konnten sie zutreffendenfalls ablehnen, sie allein waren ja dazu kompetent, und die ganze Preßerörterung wäre abgetan gewesen. Allein der Turmartikel war einer gewissen Gruppe von politisch-sozialen Gesinnungsgenossen innerhalb der Zentrumspartei ein passender Anlaß und willkommener Vorwand, Jahrzehnte alte und nie ganz aufgegebene Stimmungen und Bestrebungen aufs neue zu beleben und womöglich in größerem Maße zu verwirklichen. Schon in den Zeiten des Kulturkampfes gab es Kreise, die den wahren Sinn und Charakter des Zentrums als einer politischen Partei nicht begriffen und sich nach dem rasch entschwundenen, weil eben nicht realistischen Ideal einer „katholischen Fraktion" zurücksehnten. Wenn diese Kreise äußerlich Ruhe hielten, so geschah es, weil sie im Kulturkampf auf die außergewöhnlichen Verhältnisse der Kirchenverfolgung durch Preußen und das Reich Rücksicht nahmen. Eine außergewöhnliche Lage, ein offen ausgebrochener Krieg fordert und gestattet



außergewöhnliche Maßnahmen und Einrichtungen; da sich die Zeit nun einmal nicht nach uns richtet, müssen wir uns wohl oder übel nach ihr richten, so dachte man damals in jenen Kreisen. Und wenn sich auch einmal die leise Unterströmung hervorwagte, sei es in der Aufstellung politischer oder sozialer Kanones, die auf die Schaffung einer „katholischen Fraktion" abzielten, so bedurfte es nur eines energischen Wortes Windthorsts, und die Versuche tauchten rasch wieder unter.

Das sollte mit dem Tode des großen Parlamentariers (14. März 1891) anders werden. Nun glaubte man den Zeitpunkt gekommen, ein Neues zu schaffen. Wenn damals der Nachfolger Windthorsts, Dr. Lieber, mehrere Jahre hindurch, nach den Worten eines liberalen Blattes, „wie ein fliegender Engel" die deutschen Gaue durcheilte und in zahllosen Versammlungen vom Zentrum, seinem Programm und seinen Aufgaben sprach, so war er dabei von dem Gedanken geleitet, dieses Programm unverrückt und unverletzt zu erhalten und zu verteidigen als das einer politischen nichtkonfessionellen Partei. Und dennoch wurde 1893 der Plan erwogen, das Zentrum in eine ausschließlich „Katholische Fraktion" umzuwandeln, schon wollte man einen solchen Antrag der 40. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Würzburg (1893) unterbreiten, die als nichtpolitische Organisation nichts damit zu tun haben konnte, gab die seltsame Idee aber wieder auf, weil man den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtete. Doch hat diese Absicht bei gewissen Ideologen trotz allem fortbestanden, hat im stillen weitere Kreise gezogen; sie hat proteusartig im Lauf der Jahre ihre Formen gewechselt. Man konnte die geheimen Pläne dieses Proteus wohl erfassen, ihn selbst aber bekam man nie recht zu fassen und zu packen. Es war zu bedauern, daß von ihm dabei nicht immer offen und ehrlich Farbe bekannt wurde. Man wußte vielleicht auch noch nicht recht, wie man die Sache drehen sollte. So verlegte man sich auf allerhand Annörgelungen solcher, die bisher im Dienste der Zentrumspartei erfolgreiche Arbeit geleistet hatten, und gefiel sich in pessimistisch verzerrten Bildern von der Lage des Katholizismus und des Zentrums. Praktisch wertvolle Arbeit, positive, Erfolg bringende oder wenigstens verheißende Taten hat man bisher von keinem dieser Nörgler und Schwarzseher wahrgenommen.

Eine Aktionsbasis wähnten die Anhänger dieser Richtung gefunden zu haben, als im September 1907 Papst Pius X. die große Enzyklika Pascendi Dominici Gregis veröffentlichte, worin er die modernistischen Irrtümer, wie sie in theologisch-philosophischen Werken namentlich in Italien und Frankreich aufgestellt worden waren, verurteilt. Aus ihr gedachten sie ein Werkzeug zur Ausschaltung und Lahmlegung aller im öffentlichen Leben, sei es dem politischen, dem sozialen oder literarischen Leben stehenden Katholiken, die ihrer Richtung nicht zu folgen gewillt sind, zu machen. Die einmütige Ablehnung dieser unlauteren Versuche zur Bekämpfung von Glaubens- und Parteigenossen durch die Presse zumal hat einen weiter um sich greifenden Mißbrauch dieser Manöver unmöglich gemacht, hat aber nicht zu verhindern vermocht, daß in meist anonymen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften, zum Teil von Ausländern oder im Ausland erzogenen und gebildeten Deutschen, ein Verdächtigungsfeldzug gegen katholische Organisationen und Werke, gegen Personen und Gesellschaften



geführt wird, der, wenn er ohne Widerspruch und Gegenwehr weiter fortgesetzt werden sollte, *ein* Ziel sicher erreichen wird: Kirchhofsruhe im katholischen Leben Deutschlands.

*

Bei den Reichstagswahlen im Januar und Februar 1907 behauptete das Zentrum seine frühere Stärke, sah sich aber gegenüber der von dem Kanzler Fürst Bülow begonnenen inneren Politik, einer vereinigten Macht von Parteien gegenüber, die gewillt waren, die schon bei der Beratung des Toleranzantrags empfohlene und von verschiedenen liberalen Führern geschickt vorbereitete zentrums- und kirchenfeindliche *Blockpolitik* nach dem Muster der französischen Regierung durchzuführen. Die unumgängliche Notwendigkeit, die Reichsfinanzreform zum parlamentarischen Abschluß zu bringen, die Unfähigkeit der Blockparteien, dieses Werk zu schaffen, die in weitesten Kreisen des Volkes, namentlich wegen der schwebenden Gehaltsaufbesserung in der Beamtenschaft herrschende Unzufriedenheit erforderten die volle Einheit, Geschlossenheit und Aktionskraft der Zentrumsfraktion und nicht minder der Zentrumspresse. Das Reformwerk kam zustande, Fürst Bülow, der Mitbegründer und Träger der zentrumsfeindlichen Blockpolitik, erhielt den Abschied (13. Juli 1909), und wenn auch die in die liberale Steuerhetze ausartende gehässige Blockagitation noch einige Monate dauerte, so trat doch eine der allgemeinen Wohlfahrt dienende Entspannung der vorher aufs äußerste reizbaren und leidenschaftlich erregten politischen Parteien und Preßorgane ein. Vielfach dachte man schon an die kommenden Reichstagswahlen, und die ersten Erfolge der Sozialdemokraten bei den Nachwahlen mahnten zur Vorsicht und zur Orientierung und Sammlung der Kräfte ihrer Gegner.

In dieser politischen Situation vereinbarten einige Herren, ohne irgendwelche Rücksicht auf sie zu nehmen, eine Zusammenkunft, die bedeutsame Folgen nach sich zog und deren Fortwirkungen noch bis jetzt bestehen: die sog. *Osterdienstagskonferenz* in Köln. Am 7. April 1909 lud der damalige Kaplan Edmund *Schopen* in Oberhausen (Rhld.) eine kleine Anzahl von Herren der Zentrumspartei, der katholischen Presse und des Klerus zu einer „vertraulichen Konferenz" über die jüngsten innerkatholischen Bewegungen auf den 13. April in ein Zimmer der Bürgergesellschaft in Köln ein. Es hieß in dem Einladungsschreiben: „Die Konferenz wird den Charakter einer rückhaltlosen, aber streng diskreten Aussprache haben über die *bedenklichen Erscheinungen im katholischen Deutschland* und die etwaige Möglichkeit einer Lösung der schwebenden Fragen." Auch die Einladung selbst sollte von den Empfängern „diskret" gehalten werden. An der Konferenz nahmen fünf Geistliche und fünf Laien, darunter zwei Reichstagsabgeordnete und ein Landtagsabgeordneter teil. Ueber die Gegenstände der Beratung wurde Stillschweigen beobachtet. Doch sandten die Reichstagsabgeordneten Dr. *Bitter* und Geheimer Justizrat *Roeren* im Mai 1909 an die Mitglieder des Episkopats folgendes Schreiben:

Berlin, Mai 1909.

Ew.

Es macht sich im eigenen Lager, in der Presse, in Broschüren und Versammlungen, mehr und mehr zunehmend, das *systematische Bestreben* geltend, in dem katholischen Volke die Anschauung zu verbreiten, daß *wirtschaftliche*,

soziale und politische Fragen losgelöst von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu behandeln sind. Es wird vielerseits eine sogenannte interkonfessionelle Kulturgemeinschaft angestrebt, mit dem Ziele, die Religion auf die Gotteshäuser der Religionsgemeinschaften zu beschränken, um auf diese Weise eine Versöhnung der Konfessionen auf nationalem Boden herbeizuführen. Diese Bestrebungen haben bereits weite Kreise des katholischen Volkes in bedenklicher Weise ergriffen. Demgegenüber erscheint es als unabweisbare Notwendigkeit, den Standpunkt der katholischen Kirche: daß das Christentum als reale Macht die gesamten Verhältnisse des privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens durchdringen soll, daß es die Seele ist, welche der gesamten Kultur das Gepräge aufdrücken soll, mit aller Entschiedenheit zu betonen und zu verbreiten, um auf diese Weise der Weiterentwicklung einer solchen verhängnisvollen Richtung entgegenzutreten.

Das kann aber nur geschehen, wenn nach den Worten Windthorsts Organisation gegen Organisation gesetzt wird. Eine solche Organisation einzuleiten war der Zweck einer Besprechung, die im April d. J. zu Köln unter einer Anzahl gleichgesinnter Herren stattgefunden hat. Das Resultat dieser Besprechung war zunächst die Einigung auf folgende zwei Grundsätze:

1. Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.

2. Der große Einfluß, den der Volksverein für das katholische Deutschland auf das katholische Leben übt, erfordert einen engeren Anschluß an den Episkopat.

Diesen Grundsätzen soll in Presse, Broschüren und Versammlungen weitgehend Verbreitung gegeben werden. Die weitere Ausgestaltung der Organisation und Propaganda ist demnächstigen Besprechungen vorbehalten.

Wir halten uns für verpflichtet, Ew. Bischöflichen Gnaden von diesem Vorgehen gehorsamst Kenntnis zu geben.

Dr. Bitter (Kiel), M. d. R. Roeren, Geh. Justizrat (Köln), M. d. R.

Aus diesem Schreiben erfuhr man zuerst etwas Authentisches über die Verhandlungen und die Absichten der Konferenz. Es muß von vornherein auffallen — und es charakterisiert das vorstehende Schreiben wie manche andere später zu besprechende Veröffentlichungen aus dem Kreise der Konferenzteilnehmer und ihrer Gesinnungsverwandten —, daß in dem ersten Satze eine so allgemeine, schwere, ja ungeheuerliche Behauptung aufgestellt wird, ohne daß auch nur die geringste Andeutung eines Beweises oder die geringste tatsächliche Unterlage für die vorgebrachten Behauptungen gegeben wird. Entweder glaubten die Verfasser des Schreibens den Bischöfen gegenüber einer communis opinio Ausdruck geben zu dürfen; dann fehlte ihnen zu einem so außergewöhnlichen Vorgehen auf Grund einer „vertraulichen Konferenz“ jedes Mandat. Wohin sollte es sonst führen, wenn es üblich werden sollte, allgemeine Werturteile über das katholische Volk auf dem Wege geheimer und unkontrollierbarer Konventikel an die Adresse der Bischöfe gelangen zu lassen! Oder es glaubten die Verfasser des Schreibens auf Grund ihrer Aussprache in der geheimen Konferenz etwas ganz Neues gefunden und festgestellt zu haben, das sie meinten, den Bischöfen mitteilen zu sollen. In diesem Falle mußten sie aber, wo es sich um eine Sache handelt, die die innersten und heiligsten Güter der Kreise und Personen, an die sie gedacht haben oder gedacht haben mögen, angeht, auch vollgültige und absolut einwandfreie Beweise beigeben, aus denen die maßlose Anklage, die sie gegen einen Teil ihrer Glaubensgenossen schleuderten, begründet und erhärtet wurde. Sie hätten ganz bestimmt diejenigen Personen oder öffentlichen Organe nennen müssen, welche sie beschuldigten. Das aber unterließen sie. Warum wohl?

Die Verdächtigung, die in jenem Schreiben enthalten ist, spricht deutlich aus dem zweiten Satze der Verfasser, worin sie die Notwendigkeit des Standpunktes der katholischen Kirche betonen, „daß das Christentum als reale Macht die gesamten Verhältnisse des privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens durchdringen soll, daß es die Seele ist, welches der gesamten Kultur das Gepräge aufdrücken soll". Wann und wo hat irgendeine maßgebende Persönlichkeit oder Organisation aus den Kreisen, gegen welche die obige Anklage gerichtet ist, jemals bestritten, daß das Christentum, daß Christi Beispiel und Lehre Anfang und Ende all unseres Wollens und Tuns im privaten wie im öffentlichen Leben sein müsse und daß die christliche Lehre all unsere ethische und ästhetische Kultur beseelen und dadurch veredeln und verklären und auf ihre höchsten Ideale hinweisen soll? Welcher einzelne Katholik und welche katholische Gesellschaft hat jemals diesen Fundamentalsatz überhaupt geleugnet und außer Kraft setzen wollen? Wo immer die Führer des Zentrums diesen Fundamentalsatz in ihren großen Versammlungsreden zum Ausdruck brachten, haben ihm sämtliche Anhänger der Partei einig, freudig und überzeugt zugestimmt, so, als der Abg. Präsident Dr. Spahn auf dem Parteitag zu Köln am 18. Oktober 1905 im Gegensatz zu den übrigen Parteien und mit Hinweis auf die in der Neuzeit aufgerollten sozialen Probleme sagte:

Die Partei mußte geschaffen werden, die nicht auf Klassengegensätzen, sondern auf dem Volke als Ganzem fußte, welche die Interessen des ganzen Volkes zu vereinen und zu vertreten suchte und die gegenüber dem Zustande des religiösen Zweifelns und Verneinens oder Bekämpfens die Versöhnung von Welt und Christentum auf der vom Apostel Johannes gewiesenen Grundlage erstrebte: **Haec est victoria, quae vincit mundum: fides nostra.**

Und weiter, als er gegen Schluß dieser Rede ausführte:

Die Zentrumspartei hat fortdauernd die alte Aufgabe, auf Grund des bestehenden Rechtes und der allgemeinen rechtlichen Freiheit die Selbständigkeit der Religionsgesellschaften zu verteidigen, was in dem Toleranzantrag geschieht Weil wir die christlichen Sittenvorschriften für zwingend erachten wie für den einzelnen und die Familie so auch für die staatliche Gesetzgebung und die bürgerliche Gesellschaft, werden wir als Dunkelmänner charakterisiert. Und doch können wir ohne jede konfessionelle Befangenheit– in Uebereinstimmung mit allen, die an Christum glauben, unsere Grundsätze dahin umschreiben, daß wir den menschlichen Trieb des Erforschens und Erkennens, das Prüfen das Denken, das Wissen nicht aufhalten, daß wir keinen Menschen hindern wollen, die Weltkräfte in unsere Dienste zu nehmen und die „Erde uns untertan zu machen", daß wir niemand die Freude an dem Erreichten und an dem Weiterstreben den Genuß des Schönen vergällen wollen.

Wie oft sind diese großen Kernsätze und Hauptgedanken nicht im Laufe der letzten Jahre bei den allgemeinen Tagungen des Zentrums und auch auf Katholikenversammlungen ausgesprochen worden; niemals ist ihnen widersprochen worden, denn sie sind nach der allgemeinen religiösen und kulturellen wie nach der speziell politischen Seite hin den deutschen Katholiken und den Zentrumsanhängern längst so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß ein Zweifel an ihrer Wahrheit Torheit und Unfug zugleich wäre. Um so mehr muß es befremden, daß drei von der Zentrumspartei gewählte Abgeordnete auf eigene Faust hin und ohne Auftrag oder auch nur Benachrichtigung des Vorstandes der Zentrumsfraktion oder einer provinziellen Parteiorganisation es wagen konnten, dem deutschen Episkopat zu sagen: „Es macht sich in der Presse, in

Broschüren und Versammlungen, mehr und mehr zunehmend, das systematische Bestreben geltend, in dem katholischen Volke die Anschauung zu verbreiten, daß wirtschaftliche, soziale und politische Fragen losgelöst von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu behandeln sind." Eine mit den tatsächlichen Verhältnissen so gänzlich in Widerspruch stehende Behauptung kann nur ein krankhafter Gespenstermaler oder ein weltfremder Ideologe aufstellen!

Wenige Wochen nach jener „kirchlich-sozialen Konferenz" am Osterdienstag 1909 wurde nun ein in der Konferenz aufgenommenes Protokoll bekannt, das die weiteren Absichten der Konferenzteilnehmer aus dem diskreten Dunkel ans Licht der Oeffentlichkeit zog.

Man erfuhr zunächst daraus, daß folgende Herren an dem vertraulichen Conveniat teilgenommen hatten:

Rechtsanwalt Dr. Bitter aus Kiel, Reichstagsabgeordneter; P. Frick S. J. aus Luxemburg, Schriftleiter der Stimmen von Maria Laach; A. Hommerich aus Aachen, Chefredakteur des Echo der Gegenwart; Domkapitular Hüls aus Münster i. W.; Dr. C. M. Kaufmann aus Köln, Herausgeber der Zentralauskunftsstelle der katholischen Presse und der Apologetischen Rundschau; Dr. Krueckemeyer aus St. Johann, Saar, Chefredakteur der St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung; Prof. Müller aus Köln, Religions- und Oberlehrer an der städtischen höheren Realschule; Geheimrat Roeren aus Köln, Oberlandesgerichtsrat a. D., Reichs- und Landtagsabgeordneter; Fabrikant und Rittergutsbesitzer Underberg aus Rheinberg (Rhld.), Landtagsabgeordneter; Kaplan Schopen aus Oberhausen (Rhld.).

Eine Reihe anderer Herren hatte sich unter Zustimmungskundgebungen entschuldigt.

Die Verhandlungen gingen aus von drei Programmsätzen, die in den Hist. Pol. Blättern vom 16. Januar 1909 (Bd. 143, 2. Heft) abgedruckt waren. Dieselben lauten:

I. Das Zentrum ist eine interkonfessionelle politische Partei. Doch ist gegenüber den Tendenzen Julius Bachems und der Kölnischen Volkszeitung an der Auffassung Windthorsts festzuhalten, damit nicht die Partei in Interessengruppen zerfalle.

II. Im Interesse einer einheitlichen großen Arbeiterbewegung liegt es, wenn die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung sich um zwei selbständige Zentralen innerhalb der beiden Konfessionen nach holländischem Muster gruppiert. Die Idee der interkonfessionellen Gewerkschaft unter katholischer Initiative ist ein Hemmnis für den Eintritt großer evangelischer Arbeitermassen in die christliche Gewerkschaftsbewegung, gefährdet die katholische Gesinnung und hierarchische Korrektheit der katholischen Arbeitermassen und bildet eine Gefahr für die politische Geschlossenheit des katholischen Volksteils.

III. Die das gesamte katholische Leben Deutschlands gestaltende finanzielle und moralische Großmacht des Volksvereins bedarf in Anbetracht ihrer eminent angewachsenen Bedeutung eines engeren organisatorischen Anschlusses an den Episkopat.

In mehrstündiger Aussprache der Beteiligten verständigte man sich dahin, daß der erste Leitsatz zu einer Definition des Zentrums „mit den Worten Windthorsts" umgeändert werden solle. Einig war man darin, daß das Zentrum eine politische und keine konfessionelle Partei sei; eine politische Partei mit einem alles umfassenden politischen Programm. Interkonfessionell sei die Partei in dem Sinne, daß wenn ein Andersgläubiger ganz auf den Boden ihres Programms



trete und in diesem Sinne mitarbeiten wolle, er willkommen sei. Am einfachsten und klarsten drückte sich noch der Abg. Underberg aus: er habe „das Zentrum in seinen Reden stets bezeichnet als eine politische Partei, der ein überzeugungstreuer Katholik angehören könne". Dagegen machen die widerspruchsvollen und ohnmächtigen Versuche anderer Teilnehmer, das Zentrum als eine weder konfessionelle noch interkonfessionelle Partei wie in einem Lehrbuch begrifflich zu „definieren", einen höchst sonderbaren Eindruck. Man kam, wie Dr. Krueckemeyer (a. a. O. S. 4) sagt, „doch zu keinem alle befriedigenden Resultate". In dem Bestreben, bei einer weiteren öffentlichen Aktion vor allem sich der Mitwirkung des Episkopats und damit auch des übrigen Klerus zu versichern, wurde der Gedanke ventiliert, eine Art „Deutsche Kirchenzeitung" für den Klerus zu gründen, die etwa alle vierzehn Tage erscheine und in engster Fühlung mit dem Episkopat stehe. Ferner sollte eine Broschüre herausgegeben werden, um die Bewegung in weitere Kreise zu tragen. In Münster bei der damals bevorstehenden Ludgerifeier oder in Koblenz sollte aus irgend einem äußeren Anlaß eine große Volksversammlung veranstaltet werden; in einer dabei zu haltenden Rede sollten die Tendenzen der Konferenz möglichst scharf und prononciert zum Ausdruck kommen, und dann sollte diese Rede in allen Blättern, deren Richtung man sicher zu sein glaubte, mit einem Schlag veröffentlicht werden, als ob jetzt das „erlösende Wort" gesprochen worden sei. Die Herren verstehen sich offenbar auf Stimmungsmache! Kleinere Korrespondenzen und Artikelserien sollten im Laufe des Sommers die Hauptaktion vorbereiten. Der Gegensatz zur „Richtung Bachem" sollte dabei hervorgehoben werden. Den Bischöfen sollte ein schriftlicher, gegebenenfalls mündlich zu ergänzender Verhandlungsbericht zugestellt werden. Was die „Richtung Bachem" anlangt, so hatte einer der Teilnehmer sich zu der schmählichen Verdächtigung verstiegen: „Der Modernismus hat in Deutschland seine Quelle. Die Protestantisierung der katholischen Kirche ist seine innerste Idee. Das ist auch die vielleicht unbewußte Tendenz der Bachemschen Bewegung."

Den Leitsatz 2 ließ man fallen. Besonders sprach sich gegen ein Vorgehen wider die christlichen Gewerkschaften Dr. Krueckemeyer aus. Der Leitsatz 3 wurde in korrigierter Fassung angenommen.

Die Benachrichtigung der Bischöfe geschah durch das oben wiedergegebene Schreiben der Herren Roeren und Bitter, zu dessen Abfassung sich ersterer in der Konferenz bereit erklärt hatte. Außerdem sandte der Herausgeber der Apologetischen Rundschau, Dr. Karl Maria Kaufmann, damals in Köln, an die Bischöfe ein Schreiben, worin er unterm 15. Mai auf die am Osterdienstag in Köln stattgehabte Konferenz von Parlamentariern, Geistlichen und Tagesschriftstellern hinwies, die über die Frage beraten habe, wie einer übertriebenen Interkonfessionalisierung der politischen und sozialen Einrichtungen im katholischen Deutschland vorzubeugen sei. Genannt wurden das Zentrum, der Volksverein und die christlichen Gewerkschaften. Als erste journalistische Frucht der Konferenz überreicht der Verfasser des Briefes den Aufsatz der Apologetischen Rundschau über den Volksverein für das katholische Deutschland in seinem Verhältnis zu den Bischöfen. Sodann bittet er die letzteren, sie möchten sich bei dieser Ge-



legenheit auch **ohne Rücksicht auf diesen Aufsatz** über diese Zeitschrift geneigtest äußern.

Dem Schreiber dieser Zeilen an die Bischöfe kam es offensichtlich mit in erster Linie auf die Empfehlung der von ihm herausgegebenen Zeitschrift an.

4. Das „Protokoll" der Osterdienstagskonferenz.

Das Bekanntwerden des genannten „Protokolls" der Osterdienstagskonferenz — es war auf durchaus einwandfreie Weise an die Kölnische Volkszeitung gelangt — war den in der dadurch hervorgerufenen Preßfehde am meisten genannten Herren höchst unbequem. Der Leiter der Konferenz erklärte öffentlich, daß das, was die Kölnische Volkszeitung daraus bringe, „auf einem **privaten Machwerke** beruhe, das fälschlich als Protokoll ausgegeben, nicht unterzeichnet und voll objektiver Unrichtigkeiten sei". Dieses Urteil wurde von anderen Teilnehmern der Konferenz, die sich in der Oeffentlichkeit dazu zu äußern veranlaßt waren, wiederholt. (Vgl. Krueckemeyer a. a. O. S. 40.) Wenn man in dem „Protokoll" liest, wie es die Mitglieder der Konferenz unter sich anlegen wollten, um die Bischöfe zu Werkzeugen ihrer noch geheimen Bestrebungen zu machen; ferner wie der Reichstagsabgeordnete Dr. Bitter geäußert haben soll: „Wir haben unter unsern Abgeordneten zuviel mandatssüchtige Streber und zu wenig Charaktere", und wie lauernd und berechnend von verschiedenen Herren der ganze Kriegsplan gegen die sog. „Richtung Bachem" besprochen wurde, so versteht man, daß die Hauptbeteiligten das Protokoll glatt preisgaben.[1]) Aber einen Erfolg haben sie damit nicht gehabt, das „Protokoll" bleibt nach wie vor an ihren Rockschößen hängen. Wenn die Verleugnung des Protokolls einen objektiven Wert in der Oeffentlichkeit haben sollte, so mußten die einzelnen Beteiligten, die ja die Protokollaufnahme ihrer Verhandlungen von vornherein beschlossen hatten, klipp und klar sagen, wie es Dr. Krueckemeyer bezüglich der Gewerkschaftsfrage getan hat,[2]) welche Teile oder Sätze des Protokolls falsch

---

[1]) In der Saarbrücker Volkszeitung, die von Dr. Krueckemeyer geleitet wird, heißt es in einem polemischen Artikel vom 8. Juli 1909 (Nr. 152): „Ueber die gepflogene Aussprache hatte sich einer der Herren ausführlichere Notizen gemacht, die aber keineswegs ein erschöpfendes Bild der Aussprache gaben, vielmehr manches nur summarisch wiedergaben, manches Wichtige übergingen und auch eine nicht geringe Reihe von Unrichtigkeiten enthielten. Zu seinem Privatgebrauche hatte der betreffende Herr diese Aufzeichnungen in einer Druckerei des Rheinlandes vervielfältigen lassen." Auch hier hütet sich der Schreiber, auch nur **eine** der Unrichtigkeiten näher zu bezeichnen, was allein den Wert des Protokolls diskreditieren könnte. Statt dessen allgemeine Wendungen, die für eine sachliche Beurteilung des Schriftstücks belanglos sind. Die Kölnische Volkszeitung hat dasselbe nicht zum „Protokoll" gestempelt, sondern der „betreffende Herr" bezeichnet es ausdrücklich selbst als solches.

[2]) „Ich sprach mich dabei durchaus **für** die Berechtigung der christlichen Gewerkschaften auch vom religiös-sittlichen Standpunkt aus und fügte hinzu, daß übrigens auch



seien, und wie sie richtig lauten müßten. Das ist nicht geschehen; und doch forderte es die Wahrheit und die Wahrhaftigkeit. In dem Protokoll sind doch wahrlich genug Sätze enthalten, die, wenn sie unrichtig waren, einer Berichtigung dringend bedurften. Im übrigen kommt es im ganzen auf einzelne Wendungen und Formulierungen nicht an, die Mitglieder der Konferenz werden in ihren fünfstündigen Beratungen wohl mehr gesagt haben, als was der Extrakt auf den 14 Seiten des Protokolls bringt. Es bleibt bei dem, was die Kölnische Volkszeitung Nr. 541 vom 28. Juni 1909 schrieb:

> Im wesentlichen stimmt die Sache zweifellos. Eine derartige detaillierte Wiedergabe einer langen Erörterung kann kein Teilnehmer erfinden, um so mehr, als alle Redner stets einzeln mit ihren Aeußerungen aufgeführt sind. Wir sind also zweifellos berechtigt, auch auf diesem Protokoll zu fußen, und halten uns auch jetzt noch dazu berechtigt, solange nicht nachgewiesen ist, worin die behaupteten Unrichtigkeiten bestehen.

Auch muß der Verfasser des Protokolls, Hr. Kaplan Schopen, herausgefühlt haben, daß der geringschätzige Ausdruck „Machwerk" für seine Arbeit nicht so ernst gemeint sein könne, sonst hätte es ihm Ehre und Stellung verbieten müssen, alsbald nach dieser Affäre mit denen, die ihn öffentlich bloßgestellt hatten, zu einer neuen Kooperation sich zu verbinden. Kurz nachdem das „Protokoll", das den Gang und den Inhalt der Konferenzberatungen skizzierte, bekannt geworden war, erschien es auch im Druck, und zwar mit einer Einleitung und ausführlichen Kritik versehen, unter dem Titel: Das Cölner Osterdienstags-Protokoll von Athanasius.[1]) (Bonn, Georgi, 1909.)

Was ist aber überhaupt von dem Versuche zu halten, die ernstesten und wichtigsten Interessen und Lebensaufgaben in einer geheimen Versammlung zu dem Zwecke zu besprechen, einen förmlichen Feldzugsplan zu entwerfen und nach gehöriger Vorbereitung und Sammlung der eigenen Kräfte und der Gewinnung einflußreicher und hochstehender Bundesgenossen über angebliche grundsätzliche Gegner im eigenen Lager herzufallen, ihrer Organisation eine andere Organisation entgegenzustellen? Hinterher wollten sie das freilich nicht wahr haben. Der Westf. Merkur (Nr. 315, 25. Juni 1909) erblickte in der ganzen, wohlvorbereiteten Aktion „lediglich wohlgemeinte Anregungen"! Er berief sich dafür auf eine andere Anregung, nämlich den Artikel: Wir müssen aus dem Turm heraus! und verdächtigt diesen als Wühlerei gegen das Zentrum! Abgesehen davon, daß dieser Artikel mit dem vollen Namen des Verfassers erschien und auch anderwärts, z. B. in der Düsseldorfer Rede, von ihm in aller Oeffentlichkeit vertreten wurde, während die Konferenzteilnehmer ihre Zusammenkunft geheim hielten, betraf der Artikel, wie oben gezeigt, nur eine taktische Frage, nicht das Wesen „einer der wichtigsten Einrichtungen Deutschlands", wie die

---

praktisch die Gegner der christlichen Gewerkschaften nichts gegen dieselben ausrichten könnten. Ich sehe mich schon hier veranlaßt, dies ausdrücklich zu betonen, weil in einem zur Veröffentlichung gelangten apokryphen »Protokoll« über die Konferenz mir eine Aeußerung über die christlichen Gewerkschaften in den Mund gelegt worden ist, die den Schluß auf eine gegnerische Stellung meinerseits zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung nahelegt." (A. a. O. S. 4.)

[1]) Nicht zu verwechseln mit „Athanasius" in der Apolog. Rundschau.

Organe jener Konferenz ihre Leser geflissentlich glauben machen wollten. Dr. Krueckemeyer sagt in seiner Broschüre (S. 1 f.), die Osterdienstagskonferenz sei ein „*harmloser Vorgang*“ gewesen. Es gehört eine nicht geringe Harmlosigkeit dazu, denkende Leser für so harmlos zu halten, daß sie eine abgekartete geheime Konferenz so gering einschätzen! Sowohl die Gegenstände der Verhandlung, wie die Art des Vorgehens, wie das Ergebnis der ganzen Erörterungen waren so eigentümlich und hochbedeutsam, daß das Ganze entschieden eine andere Bezeichnung als „harmlos“ erheischt und verdient.

Im übrigen haben die Gesinnungsgenossen Dr. Krueckemeyers selbst die Konferenz und die dadurch beabsichtigten Unternehmungen nicht so harmlos beurteilt wie er. In einem Artikel des Westfälischen Merkur (Nr. 315 vom 25. Juni 1909) schreibt ein Kundiger, der offenbar zu den Mitgliedern der Konferenz gehörte, in einer Polemik gegen die Kölnische Volkszeitung, die die anonymen Treibereien und Wühlereien gegen das Zentrum, den Volksverein auf das ihnen in Wirklichkeit zukommende Maß zurückgeführt hatte: „»Bedeutungslos« ist die »ganze Aktion« nicht, unser katholisches Volk wartet schon lange darauf, daß der katholische Gedanke, der durch die langjährigen Bestrebungen der Interkonfessionalisierung auf den verschiedensten Gebieten systematisch zurückgedrängt ist, wieder mehr in den Vordergrund gerückt werde.“ Gerade auf das *Ergebnis* der Konferenz sei hier der Nachdruck gelegt. Die beiden Hauptträger der Verhandlungen, Bitter und Roeren, teilen den Bischöfen als Frucht der Osterkonferenz mit, es mache sich das „systematische Bestreben“ geltend, in dem katholischen Volke die Anschauung zu verbreiten, daß „wirtschaftliche, soziale und politische Fragen losgelöst von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu behandeln“ seien. Man mache sich nur einen Augenblick Inhalt und Umfang dieser schweren Anschuldigung allseitig klar, und man erkennt die Haltlosigkeit und die völlige Grundlosigkeit dieser Anklage, dann aber auch die Anmaßung und Frivolität, die in einer solchen Denunziation der eigenen Glaubens- und Parteigenossen liegt. „*Losgelöst von den Grundsätzen* der katholischen Weltanschauung“! Das heißt doch, wenn es überhaupt einen vernünftigen Sinn haben soll, losgelöst von der katholischen Glaubens- und Sittenlehre! Es wird der großen, der überwältigenden Mehrheit des katholischen Volkes vorgeworfen, daß sie die oben bezeichneten Fragen nicht nach den unveränderlichen und unveräußerlichen Lehren des göttlichen Stifters der christlichen Religion, sondern nach subjektivistischen und relativistischen Meinungen und Theorien behandle! Und dann die weitere Verdächtigung, es werde vielerseits eine sogenannte „Kulturgemeinschaft“ angestrebt, mit dem Ziele, „die Religion auf die Gotteshäuser der Religionsgemeinschaften zu beschränken“. Es gehört eine unglaubliche Verbohrtheit und Weltfremdheit dazu, eine solche Behauptung aufzustellen und den Glauben daran zu verlangen. Die Religion, die sowohl als Erkenntnis wie als Bekenntnis Ausgang und Ziel, Kern und Stern unseres ganzen Lebens und unserer ganzen Lebensbetätigung ist; die Religion, die gerade in der Gegenwart einer viel größeren und lebhafteren Wertschätzung und Uebung sich erfreut als noch vor einigen Jahrzehnten — und das gilt ganz besonders auch von der katholischen Religion in Deutschland —, soll mit einem Male bloß auf die Gotteshäuser beschränkt werden? Gerade das Gegenteil ist wahr! Man

braucht die tiefen Schatten, die auf unserem gesamten modernen Leben auch nach der religiösen und kirchlichen Seite hin liegen, nicht zu übersehen und nicht gering anzuschlagen, aber im ganzen überwiegen doch weit und breit die lichten Seiten, die von freudiger Betonung und Betätigung des religiösen Glaubens und des kirchlichen Sinnes Zeugnis ablegen. Die „Kulturgemeinschaft", auf die in dem Schreiben an die Bischöfe angespielt wird, war doch zunächst nur ein vorwiegend lokaler Assoziationsversuch in Münster; für die Oeffentlichkeit ist er längst abgetan, und nun hinterher die Ideen von ein paar Dutzend Herren, die übrigens das „sentire cum ecclesia" als Leitmotiv ihrer Bestrebungen ausdrücklich ausgegeben haben, als eine Gefahr für die übrigen 23 Millionen deutscher Katholiken hinzustellen, ist eine Torheit, die nur in völlig kurzsichtigen Köpfen Platz finden kann.

Was nun die in der Konferenz und in gleicher Gedankenführung und zum Teil mit gleichem Wortlaut kurz danach in Flugblättern und Versammlungen gegen einen Teil der führenden Zentrumspresse und gegen einzelne in ihr maßgebende Zentrums-Politiker gerichteten Anklagen und Verdächtigungen betrifft, so waren sie nicht neueren Datums, sondern seit längerer Zeit im stillen genährt und ihre Inszenierung von langer Hand vorbereitet worden. Um so mehr muß der Vorwurf gegen die der Zentrumsfraktion angehörigen Teilnehmer der Konferenz erhoben haben, daß sie nicht den Instanzenweg für ihre Beschwerdeführung eingeschlagen und sich nicht an den Vorstand der Fraktion gewendet, sondern aus dem Hinterhalt einer Art Geheimbund eine „Bewegung" in Fluß zu bringen suchten. Diese Auffassung herrschte nach dem Bekanntwerden des Protokolls fast allgemein vor, und es half nichts, daß einzelne Teilnehmer später wie zur Entschuldigung erklärten, sie hätten noch andere Herren, auch Vertreter der gegnerischen Richtung in einer zweiten Sitzung hinzuziehen wollen. In der Konferenz selbst wurde sogar ein Antrag, die Redaktion der Kölnischen Volkszeitung und die Zentrale des Volksvereins in M.Gladbach über die geplanten Schritte gegen sie zu verständigen, vorläufig zurückgestellt. Man wollte die Zentrumspartei und im weiteren Sinne die deutschen Katholiken vor eine vollendete Tatsache stellen. Auch eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften wurden benannt, besonders solche, die auf Seite der katholischen Fachabteilungen stehen und die christlichen Gewerkschaften auf Schritt und Tritt bekämpfen, und in ihnen sollten durch eine Artikelserie in der Oeffentlichkeit die Bestrebungen der Geheimkonferenz verbreitet werden. Einer solchen Ueberrumpelung wurde durch die Veröffentlichung der Machenschaften und die dadurch im katholischen Deutschland und in den Kreisen der Zentrumspartei hervorgerufene Erregung vorgebeugt.

5. Die Folgen der Osterdienstagskonferenz.

a) Der Volksverein.

In der Geheimkonferenz vom Osterdienstag war auch von verschiedener Seite die Stellung des Volksvereins für das katholische Deutschland erörtert worden. Schon im Winter vorher war an alle deutsche Bischöfe ein Zirkular



gelangt, worin die Forderung gestellt wurde, daß der Volksverein der Leitung der Bischöfe untergeordnet werde. Letztere erkannten, daß die Forderung in ihrer allgemeinen Tendenz unmöglich zu erfüllen sei, allein schon wegen der Konsequenzen, die daraus für allerhand andere interdiözesane katholische Verbände sich ergeben. Einmal würde dadurch das Amt der Bischöfe grenzenlos belastet werden und zum anderen die Initiative und die produktive Wirksamkeit mancher Verbände stark gehemmt werden. Eine Notwendigkeit zu einer solchen besonderen Beaufsichtigung hatte sich nirgendwo ergeben. Diese Verbände hatten bisher einwandfrei in treu katholischem Geiste gearbeitet. Es wurde nun in der Kölner Konferenz an der Organisation des Volksvereins besonders getadelt, daß ihm die „autoritative Spitze" der Bischöfe fehle. Der Volksverein sei geliefert, wenn der Klerus nicht mehr mittue. Daher habe es letzterer in der Hand, die Richtung zu bestimmen, den bisherigen Geist zu ändern und den Kurs des Volksvereins zu beeinflussen. Vor allem müsse der Episkopat einen mitbestimmenden Einfluß auf die Maßnahmen des Vorstandes haben. In diesem Sinne war der dritte der zunächst in die Historisch-politischen Blätter gebrachten Leitsätze gehalten: „Die das gesamte katholische Leben Deutschlands gestaltende finanzielle und moralische Großmacht des katholischen Volksvereins bedarf in Anbetracht ihrer eminent angewachsenen Bedeutung eines engeren organisatorischen Anschlusses an den Episkopat." Er lag auch der Kölner Konferenz zugrunde und wurde in der verkürzten Form angenommen: „Der große Einfluß, den der Volksverein für das katholische Deutschland auf das katholische Leben ausübt, erfordert einen engeren Anschluß an den Episkopat." Dieser Beschluß wurde in dem oben erwähnten Schreiben der Abgeordneten Roeren und Bitter den Bischöfen mitgeteilt. Um aber auch weitere Kreise für diese von privater Seite, ohne jede Verständigung der verdienten und treu kirchlich gesinnten Leitung des Volksvereins, erhobene Forderung zu gewinnen, brachte die Apologetische Rundschau 1909 (Heft 8) als erste geistige Frucht der Osterdienstagsberatungen einen Artikel: Der Volksverein für das katholische Deutschland und der Episkopat von Athanasius. Bereits vor dem Erscheinen des Artikels waren die Bischöfe von den Tendenzen desselben von beteiligter Seite informiert worden. Der Artikel stammt offenbar aus dem Kreise der Osterdienstagskonferenz, ist als eine offizielle Veröffentlichung der Konferenz anzusehen und wurde von dem Herausgeber der Zeitschrift mit besonderem Anschreiben an die Bischöfe innerhalb des Deutschen Reiches geschickt. Das erwähnte Anschreiben des Herausgebers Dr. Kaufmann hat folgenden Wortlaut:

Köln, 15. Mai 1909.

Ew. Bischöflichen Gnaden!
Hochw. Herr!

Am 13. April 1909 tagte hier in Köln eine Konferenz von Parlamentariern, Geistlichen und Journalisten, um über die Frage zu beraten, wie einer übertriebenen Interkonfessionalisierung der politischen und sozialen Einrichtungen im katholischen Deutschland (Zentrum, Volksverein, Gewerkschaften) vorzubeugen sei.

Als erste Veröffentlichung dieser Konferenz, über die Ew. Gnaden bereits von anderer Seite berichtet wurde, ist soeben in der Apologetischen Rundschau, dem Organ der Zentralauskunftsstelle der kath. Presse (C. A.) ein Aufsatz „Der Volksverein f. d. k. D. und der Episkopat" erschienen. Ich gestatte mir, Ew. Gnaden diesen Artikel zur geneigten Durchsicht zu übersenden.

Ich wäre Ew. Gnaden zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie sich bei dieser Gelegenheit — auch ohne Rücksicht auf den genannten Artikel — über unsere Zeitschrift, die den Zwecken der C. A. und der Hebung und Verteidigung kath. Lebens und Wissens in den gebildeten Kreisen dient, gütigst äußern wollten.

Ew. B. G.
in Verehrung ergebenster Diener usw.
Dr. Kaufmann,
Leiter der C. A., Herausgeber der Apologetischen Rundschau.

Dieses Schreiben bestätigt durchaus die Richtigkeit des in dem Protokoll über die Art und die Mittel der Verbreitung der Reformpläne der Osterdienstagskonferenz Gesagten. Der modus procedendi war der: zunächst wollte man sich durch eine ad hoc zurecht gemachte Darstellung einer übertriebenen Interkonfessionalisierung der politischen und sozialen Einrichtungen im katholischen Deutschland der Bischöfe versichern; dann durch diese auf den Klerus wirken. „Die Kapläne bekommen wir aber erst, wenn wir die Bischöfe haben!" so heißt es in dem Protokoll. Und schließlich hoffte man auch die in dem Schreiben an die Bischöfe genannten Organisationen durch Zeitungskorrespondenzen via Zentralauskunftsstelle wirksam zu beeinflussen.

In jenem Artikel der Apologetischen Rundschau wird nun zunächst gesagt, daß aus praktischen Gründen und Erwägungen in neuerer Zeit die Notwendigkeit interdiözesaner Organisationen immer größer geworden sei. Dann wird die Frage gestellt: Wem ist nun die interdiözesane Organisation des Volksvereins unterworfen? Dem Diözesanbischof? Nein, sie hat keinen Ordinarius, denn ihr Verband ist ja wesentlich nicht in einer Diözese begrenzt. Vielleicht dem Diözesanbischof, in dessen Diözese zufällig die Leitung des Verbandes residiert? Er hat juristisch nur ein Hoheitsrecht über den Teil des Verbandes, der seine Diözese umschließt, darum auch nicht über die Leitung des interdiözesanen Verbandes als solche, weil er dadurch die Hoheitsrechte der übrigen Bischöfe, die Teile ebenfalls in ihren Diözesen besitzen, absorbieren würde. Dieser letzte Fall wäre nur zu denken, wenn etwa die Organisation sich auf Metropolitangebiet beschränkte und dann direkt dem Metropoliten unterstände. Ist dies nicht der Fall, so untersteht der interdiözesane Verband eben der Gesamtheit der Diözesanbischöfe, in deren Jurisdiktion er hineinreicht. Es wäre jedoch auch möglich, daß durch freiwilliges Uebereinkommen der Bischöfe einer der beiden Kardinäle, z. B. der Herr Kardinal-Erzbischof von Köln, in dessen Sprengel die M. Gladbacher Zentrale ja ihren Sitz hat, die amtliche Verbindung mit dem Volksverein im Namen des Gesamtepiskopats Deutschlands übernähme. Auf diese Weise hätte der Kölner Metropolit nicht nur eine konsultative Stimme in denjenigen Fragen, die der Volksverein ihm vorlegt, sondern er würde alle Zweige und Wege dieser ganz Deutschland umspannenden Organisation überschauen und ein verbürgtes Recht auf diesen einheitlichen Ueberblick besitzen.

Wir stehen hier vor einer kirchenrechtlichen Organisationsfrage, die praktisch ihre Lösung noch nicht gefunden hat. Das ist das Interessante des Falles. In der dieser Frage gewidmeten und noch nicht veröffentlichten Erörterung, von der die „Historisch-politischen Blätter" (113. Bd. 2. Heft) sprachen, wird der tiefere Grund der jetzt aufleuchtenden Notwendigkeit kurz so gezeichnet: „Wir haben im katho-



lischen Deutschland eine Fülle von kräftig aufblühenden neuen Lebensformen kirchlicher Betätigung, die dem alten Rahmen kanonischer Organisation nicht anzupassen sind. Daraus entstehen präterepiskopale (d. h. der bischöflichen Autorität nicht unterstellte) Gebilde, vielleicht auch präterepiskopale Tendenzen. Das letztere aber ist ungesund. Festzuhalten ist der Satz, daß all diese Gebilde nicht innerlich von der Kirche appropriiert, nicht dauernd konsolidiert sind, bis sie ihre endgültige, organisatorische Stellung zur episkopalen Verfassung gefunden haben."

Zum erstenmal ist hier die Frage praktisch aufgeworfen in Beziehung auf die größte und machtvollste interdiözesane Organisation, die wir im katholischen Deutschland besitzen, den Volksverein. Noch jüngst sagte mir gelegentlich ein Parlamentarier im Gespräch: „Was mich beim Volksverein nicht über das Gefühl eines Mangels hinauskommen ließ, war dies eben: dem Volksverein fehlt die autoritative Spitze." Wir wundern uns eigentlich, daß dieser Gedanke nicht schon längst gekommen ist. Er lag in der Konsequenz der Entwicklung und würde einem großen Bauwerk den letzten, aber auch den wesentlichsten Baustein hinzufügen. Warum den wesentlichsten?

Geben wir uns keiner Täuschung hin. M. Gladbach ist mehr als eine soziale Zentralstelle. Hier ist der Herd einer ganz eigenen Auffassung des katholischen Gedankens. Wollten wir nach einem Schlagwort suchen, wir würden ihn nennen den „sozialen Katholizismus". Groß geworden im Aufwecken der sozialen Kräfte, im Führen, Heben und Organisieren der benachteiligten Massen, im Ankämpfen gegen den trägen, oft unbeholfenen, oft widerstrebenden Konservativismus im Staate und auch im Klerus ist M.Gladbach eine Schule geworden, auf die ein bestimmter gewordener Geist sein festes Siegel geprägt. Wir könnten es nennen die christlich-soziale Demokratie.

Nicht aus dem Dogma und der sakramentalen Stärkung heraus, nicht mit Väterstellen und segnender Hand haben sie sich bemüht dem Volke zu dienen, sondern mit irdisch-praktischem Blick haben sie die Politik des Notwendigen und des Erreichbaren im Natürlichen und Wirtschaftlichen gewählt. Und aus der Praxis heraus, den Erfahrungen und den Erfolgen bildeten sich Grundsätze und Prinzipien, aber selten oder niemals eine Theorie, und noch weniger eine Tradition. Fast ist es ein wenig vom amerikanischen Geiste, das diese kühnen Pfadfinder auszeichnet. Sie arbeiten nicht so sehr im Katholizismus der Lehre, als im Katholizismus der Tat.

Und dieser eigenartige Geist hat Schule gemacht. Es ist der Geist, der sich um Theologie und Kirchenrecht wenig kümmert, der nicht so sehr soziale Pioniere des katholischen Gedankens, als katholische Pioniere der Volkswohlfahrt schafft. Die mächtige, aber notwendige Initiative dieser Männer hat niemals den alten, seßhaften Klerus einer Jugend, die mehr Kulturkampf als Sozialpolitik gekannt hat, umzuwandeln vermocht. Sie haben sich nicht verstanden und auch oft — nicht vertragen, diese beiden Gegensätze. Aber der junge, in die sozialen Wogen hineinwachsende Klerus hat sich innerlichst führen lassen von der achtunggebietenden, arbeitleistenden Zentrale katholischer Sozialpolitik. Dieser Klerus wächst hinein in die Pfarrämter und trägt den Geist seiner Schule mitten hinein in das kirchliche Leben. Langsam, von unten herauf, erneuert



sich der Klerus unter der Führung und dem ständigen Einflusse dieses sozialen Mittelpunktes.

Die Entwicklung steht tiefer und größer vor uns, als wir es ahnen. Müssen nicht Garantien dafür geboten sein, daß M.Gladbach, das in der Entwicklung des katholischen Geistes in die neue Zeit hinein die Führung an sich nimmt, das in bewußter oder unbewußter Inangriffnahme der Umbildungsprobleme den modernen Katholizismus mit allen Mitteln der Schule und der Organisation in seinem Schoße trägt, den tiefen und weitreichenden Gedanken seines Programms in engerem Anschluß an die kirchliche Hierarchie vollzieht? Das ist es, was jener Parlamentarier vermißte: die autoritative Spitze. Die Aufgabe, die M.Gladbach sich gestellt, ist zu groß, zu katholisch, zu sehr ins Leben der Kirche eingreifend, um nicht für ihre Verwirklichung die kirchliche Sendung notwendig zu machen. Darum erscheint der organisatorische Anschluß an den Episkopat als der wesentlichste zugleich und als der Schlußstein dieses Baues, weil er die kirchliche Legitimierung gibt und mit ihr das Imponderabile, das einen Kreis von wenigen Männern vor der Endlichkeit menschlichen Könnens im Lösen einer Welt- und Lebensanschauungsfrage bewahrt, es muß eben Uebernatur die Natur durchdringen. Wir sehen, es ist aus mehrfachen Gründen interessant, ja mit Spannung zu erwarten, wie M.Gladbach die Frage beantwortet, die jetzt an seine Organisatoren herangetreten ist.

Zum Schlusse wird auf diese Frage mit dem Ausdrucke der Erwartung geantwortet, daß die Zentrale des Volksvereins „den berechtigten Ansprüchen des Episkopates sicherlich genüge, auch wenn diese Ansprüche einen formellen und unmittelbaren Einfluß auf die Maßnahmen der Vorstandschaft verlangen würden. Hier ist also kein inkorrektes Verhalten zu befürchten. Und was sollte M.Gladbach auch fürchten vom Anschluß an den Episkopat? Liegen in seinem Programm Gedanken, die unverträglich sind mit dem Geiste der hierarchischen Kirche? Fördert und empfiehlt nicht der Episkopat im Gegenteil die Bestrebungen des Volksvereins?" Verschiedene Wendungen in diesem Artikel, die mit dem „Protokoll" fast wörtlich übereinstimmen, bestätigen einerseits die Herkunft dieses Artikels wie desjenigen der Historisch-politischen Blätter (1909, Heft 2 vom 16. Januar), anderseits indirekt die Richtigkeit der Wiedergabe der Verhandlungen der Osterdienstagskonferenz in dem angeblich „apokryphen" Protokoll. Das gleiche gilt von einem Artikel „Liberaler Katholizismus", der am 22. Mai 1909 in der Trierischen Landeszeitung (Nr. 115) und gleichlautend im Westf. Merkur erschien. Der Artikel enthält dieselben Gedankengänge und zum Teil dieselben Ausdrücke, wie wir sie später in den Reden und dem Flugblatt Dr. Bitters wiederfinden und wie sie das Protokoll der genannten Konferenz aufweist. Wir haben also auch in diesem Artikel eine Ausführung des von der Konferenz aufgestellten Programms zu erblicken. Die Hauptstellen lauten wie folgt:

Das katholische Volk steht in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Standpunkte, daß das Zentrum eine politische Partei ist, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens *im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung* zu vertreten. Damit ist freilich keinem gläubigen Protestanten der Zutritt zur Zentrumspartei verschlossen, auch hindert dieser Grundsatz nicht die Pflege des nationalen Gedankens, fördert ihn vielmehr. — Gewiß, *Religion und*



Politik sind etwas Verschiedenes, aber sie stehen doch in einem gewissen Verhältnisse zueinander. Wenn Religion mehr ist als ein Inbegriff von schönen Gefühlen und geistreichen Ideen, wenn sie eine reale Macht, Lebensaufgabe und Pflichterfüllung ist, die Ziele setzt und Kräfte auslöst, dann ist sie auch Grundlage für seine Weltanschauung und Lebensauffassung. Die Handlungen sind nicht nur im privaten und gesellschaftlichen, sondern auch im öffentlichen Leben in Einklang mit der Weltanschauung zu bringen, wenn anders der Handelnde nicht charakterlos sein will. Die Lebensauffassung haucht den Handlungen die Seele ein, gibt ihnen das Gepräge. Der Katholik steht voll und ganz auf dem Boden der Weltanschauung, wie Christus sie gelehrt und die katholische Kirche sie uns übermittelt hat. Sie muß seinen Handlungen auch im öffentlichen Leben Seele und Gepräge geben, ohne daß er freilich die Religion als Aushängeschild für rein politische Bestrebungen benutzen darf. In dem Boden der katholischen Weltanschauung wurzelt die Kraft und Einheit des Zentrums. Das weiß das katholische Volk, daher seine unerschütterliche Treue zum Zentrum. Vereine, die von Katholiken ausgehen und für Katholiken bestimmt sind, wie der Volksverein für das katholische Deutschland, können nur katholische Grundsätze als ihr Fundament wählen, nur dann sind sie eine in der Weltanschauung einheitliche, wohlorganisierte, starke Armee. Die berufenen Vertreter für die Bewahrung und Aufrechterhaltung der katholischen Grundsätze sind die berufenen Vertreter der katholischen Kirche, die Bischöfe. Deshalb bedürfen die katholischen Vereine, und vor allem wegen seiner großen Bedeutung für das katholische Volk der Volksverein für das katholische Deutschland, eines Anschlusses an den Episkopat.

Man glaubt, den Entwurf zu den Reden Dr. Bitters in Neunkirchen und Koblenz vor sich zu haben!

Anläßlich der von dem Direktor des Volksvereins, Dr. Brauns, Ende April 1909 in Kattowitz geplanten sozialen Konferenzen, deren Abhaltung auf Schwierigkeiten stieß, kam es zu heftigen Preßerörterungen, namentlich in gegnerischen Blättern, und der Vorwärts (Nr. 125 vom 2. Juni) brachte einen Artikel „Die Bischöfe gegen den katholischen Volksverein", worin die Verhinderung der Kattowitzer sozialen Konferenzen durch ein Vorstandsmitglied des Volksvereins auf die beiden Artikel der Historisch-politischen Blätter und der Apologetischen Rundschau zurückgeführt wurde, weil in ihnen gesagt worden war, es entwickelten sich in den den Bischöfen nicht unterstellten Organisationen leicht „präterepiskopale" Tendenzen. Eine solche Vermutung oder Verdächtigung konnte nicht unwidersprochen bleiben. Es ist bekannt, daß der Erzbischof von Köln Kardinal Fischer bei vielen Anlässen die Mitglieder des Volksvereins in ihren Bestrebungen und ihrer Arbeit ermuntert und gelobt hat und daß zwischen ihm und dem in seinem Sprengel ansässigen Vorstande des Volksvereins ein Vertrauensverhältnis besteht, das faktisch der in dem Artikel der Apologetischen Rundschau geforderten „amtlichen Verbindung" mindestens gleichkommt. Während seiner Firmungsreise im Dekanat M.Gladbach stattete der Oberhirt der Kölner Erzdiözese am 15. Juni 1909 dem Volksvereinshaus in Gladbach einen Besuch ab und wurde hier vom Vorsitzenden des Volksvereins, Herrn Fabrikbesitzer Franz Brandts, in einer Ansprache begrüßt, die nicht verfehlte, den wahren Charakter des Volksvereins und seine Tätigkeit mit kurzen Worten zu kennzeichnen. Nachdem der verdiente Gründer des Volksvereins auch die Erweiterungsbauten, die seit dem Tage, da der Erzbischof drei Jahre vorher dem Hause die kirchliche Weihe erteilt hatte, neu erstanden sind, genannt hatte, wies er darauf hin, daß dem Volksverein zur Erreichung der dem Wohle des katholischen deutschen Volkes dienenden Zwecke auch diejenigen Hilfsmittel zu Gebote stehen, die den Anforderungen der Gegen-



wart entsprechen. Ohne dies im einzelnen auszuführen, lenkte er dann zu den aktuellen Fragen über, die die Kreise des Volksvereins auf das lebhafteste beschäftigten, und schloß mit dem Hinweis auf die anonymen Stimmen, die das Wirken des Volksvereins bei dem Episkopat verdächtigen:

„Doch will ich mir nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß fast aus allen Kulturländern der Welt, wo es Katholiken gibt, die gleich uns das Bestreben leitet, das katholische Volk gegenüber den vielerlei destruktiven Tendenzen der Zeit auf kirchlich-religiösem Boden sittlich, geistig, wirtschaftlich und sozial zu heben, Männer zu uns nach Gladbach kommen, um hier die Mittel und Wege kennen zu lernen, die geeignet sind, diesem Ziele nahe zu kommen. Nicht unerwähnt lassen kann ich heute die rast- und selbstlose Arbeit, die hier von den an der Zentralstelle tätigen Kräften geleistet worden ist und noch immer geleistet wird. Ebensowenig darf ich der von gleichem Geiste geleiteten Arbeit unserer Geschäftsführer und Vertrauensmänner vergessen. Mit besonderer Genugtuung erwähne ich noch, daß diesen allen das uneingeschränkte Lob unseres Heiligen Vaters zuteil wurde, als er mir im vergangenen Jahre sein auf diesen Kreis jetzt herabschauendes Bildnis überreichte. In der auf diesem Bilde befindlichen eigenhändigen längeren Ausführung segnet der Heilige Vater die Bestrebungen des Volksvereins und alle diejenigen, die dafür tätig sind. In allerjüngster Zeit wies auch, wie berichtet wird, der Heilige Vater gegenüber einem Vertreter einer fremden Nation auf unsere Organisation und den in ihr waltenden Geist als vorbildlich hin. Geben uns die päpstlichen Kundgebungen schon eine Gewähr, daß wir auf dem rechten Pfade sind, und erfüllen sie uns mit berechtigter Freude, so kann ich doch den wiederholten Besuch unseres Erzbischofes in diesem Hause nicht vorübergeben lassen, ohne es offen auszusprechen — und das ist mir ein Herzensbedürfnis —, daß wir unserem Oberhirten, Ihnen, Eminenz, einen sehr großen Teil unserer Erfolge im Volksverein zu verdanken haben. Vor Ihren Augen, Eminenz, liegt unsere Tätigkeit offen da wie ein aufgeschlagenes Buch. Sie, Eminenz, wissen, daß wir einen Katholizismus der Tat wollen, aber nur einen solchen, der niemals vom Katholizismus der Lehre abweicht. Sie, Eminenz, wissen, daß uns bei unserem Tun nichts anderes leitet, als Liebe zu unseren Mitmenschen, zu Kirche und Vaterland Sie, Eminenz, wissen, daß wir in Ihrem Sinne freudig und ehrlich mit Andersdenkenden das gemeinsame Gute gemeinsam zu fördern suchen, wie die Interessen unseres gemeinsamen Vaterlandes es uns zur Pflicht machen. Sie, Eminenz, wissen, daß wir das in uns gesetzte Vertrauen stets gerechtfertigt haben und rechtfertigen werden. Darum ist es nicht gut getan, wenn einzelne anonyme Stimmen dieses beiderseitige Vertrauen zu erschüttern suchen und damit die so notwendige Eintracht der Katholiken gefährden. Wir vertrauen auf Sie, Eminenz, auch fürderhin als unseren Schutzherrn und bitten, uns Ihr Vertrauen wie bisher zu erhalten. Zum Schlusse spreche ich im Namen aller Anwesenden Ew. Eminenz den wärmsten Dank aus für den heutigen Besuch und bitte um den bischöflichen Segen für uns und unsere Arbeit."

Die Antwort des Kardinals Fischer auf diese Ansprache ist um deswillen besonders bemerkenswert, weil sie, abgesehen von der warmen und überzeugten Anerkennung der Tätigkeit des Volksvereins, die ausdrückliche Versicherung kundgibt, daß der Kölner Erzbischof fortdauernd Fühlung mit dem Sitze des Volksvereins unterhält, also gerade das, was die Osterdienstagskonferenz verlangt hatte.[1]) Die Antwort des Kardinals lautet:

„Ich darf Ihnen sagen, es ist mir eine große Freude, daß ich heute wieder im Volksvereinshaus erscheinen kann. Herr Brandts hat eben erwähnt, daß ich schon vor etwa drei Jahren hier gewesen bin, um das Haus einzuweihen. Gottes Huld hat seitdem offenbar über diesem Haus und über dem Volksvereine gewaltet. Ich

[1]) Bei dieser Sachlage mag man es begreiflich finden, daß einige der hinter der Osterdienstagskonferenz stehenden Blätter, z. B. der Westf. Merkur (Nr. 300, 17. Juni 1909), die Antwort des Kardinals nur in einer verstümmelten Form wiedergaben.



danke Ihnen, Herr Brandts, als dem Vorsitzenden des Volksvereins, und den hier tätigen Herren und Damen für alles Gute, das in der Erzdiözese, aber auch weiterhin im ganzen deutschen Vaterlande durch den Volksverein gewirkt worden ist Ich habe den innigen Wunsch, daß der Volksverein, zunächst in der Erzdiözese, noch weiter verbreitet wird, was ja ich und der Herr Weihbischof überall empfehlen; aber daß er auch weiterhin besonders in jenen Gegenden eingeführt werde, wo er noch keinen Eingang gefunden hat. Herr Brandts erwähnte anonyme Angriffe auf den Volksverein. Diese Angriffe, von denen ich gehört und die ich auch gelesen habe, bedaure ich tief. Ich muß es auch tief bedauern und entschieden abweisen, wenn daraus von den Gegnern der Schluß gezogen wird, daß der Volksverein im Gegensatz oder gar in Feindschaft gegen den Episkopat stehe. Das ist eine Verleumdung. Der Volksverein nennt sich nicht bloß einen katholischen Verein — er ist es. Er will, wie das Herr Brandts so schön auseinandergesetzt hat, im steten Anschluß an die Kirche tätig sein. Der Erzbischof von Köln, der stolz darauf ist, daß der Sitz des Vereins in seiner Diözese liegt, hält ja fortdauernd Fühlung mit ihm. Lassen Sie sich von jenen Angriffen nicht beeinflussen und fahren Sie ruhig fort, in der bisherigen guten, gediegenen, katholischen Weise weiter zu arbeiten zum Segen des katholischen Volkes und des ganzen deutschen Vaterlandes. Herr Brandts erwähnte, daß der Heilige Vater den Volksverein gesegnet habe Ich weiß, daß diese Gesinnung bei ihm eine fortdauernde ist. In fremden Ländern habe ich auf meinen Reisen von Bischöfen und hervorragenden Laien oft gehört, wie sie uns Deutsche beneiden wegen des Volksvereins, wie sie ihn bewundern und ihm nachahmen möchten. Freuen wir uns, daß wir durch Gottes Gnade diese Vereinigung haben, auf die wir recht stolz sein können, die uns eine Gewähr bietet für die Zukunft unseres Volkes, unseres Vaterlandes und damit auch unserer katholischen Kirche. In diesem Sinn erteile ich Ihnen allen und Ihrer Arbeit den bischöflichen Segen."

Diese Kundgebung des Herrn Kardinals ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie wurde von allen, die die Entwicklung der Dinge bis Mitte Juni genauer verfolgt hatten, verstanden. Trotzdem brachten es einige der Osterdienstagskonferenz nahestehende Blätter fertig, zu behaupten, die Abweisung der „anonymen Stimmen" sei gegen liberale Blätter gerichtet! In Nr. 650 der Köln. Volksztg. vom 3. August 1909 veröffentlichte der Abg. Roeren folgende Erklärung:

Es ist in letzter Zeit wiederholt in der Presse und auch sonst die Ansprache, die der Herr Kardinal Erzbischof Dr. Fischer von Köln vor einiger Zeit in M.Gladbach gehalten hat, in Beziehung zu den Verhandlungen der Osterdienstagsversammlung gebracht. Demgegenüber bin ich von Sr. Eminenz ausdrücklich ermächtigt, zu erklären: „daß der in jener Ansprache erhobene Vorwurf der »anonymen Treibereien« gegen die von mir geförderten Bestrebungen, die in den bekannten beiden Leitsätzen zum Ausdruck kommen, nicht gerichtet ist."

Diese Erklärung erheischt eine schärfere Beleuchtung. Die anonymen Angriffe, von denen Herr Brandts sprach und auf die der Kardinal Bezug nahm mit den Worten, er habe davon gehört und er habe sie auch gelesen, waren enthalten in Zeitungsartikeln und Flugblättern, die damals verbreitet wurden, besonders in dem Artikel der Apologetischen Rundschau vom Mai 1909, worin „Athanasius" seine Kritik gegen den Volksverein richtete und gerade der Satz sich findet, den Herr Brandts herausgriff, nämlich: „Sie arbeiten nicht so sehr im Katholizismus der Lehre, als im Katholizismus der Tat. Und dieser eigenartige Geist hat Schule gemacht. Es ist der Geist, der sich um Theologie und Kirchenrecht wenig kümmert, der nicht so sehr soziale Pioniere des katholischen Gedankens, als katholische Pioniere der Volkswohlfahrt schafft." Nun war damals, als der Kardinal Fischer diese anonymen

Angriffe auf den Volksverein zurückwies, das Protokoll der Osterdienstags-konferenz in der Presse noch nicht bekannt geworden. Bald stellte sich jedoch heraus, daß der Verfasser jenes Artikels in der Apologetischen Rundschau zugleich auch der Einberufer der Kölner Konferenz war, daß der Artikel über den Volksverein die erste der von der Konferenz beabsichtigten Veröffentlichungen war, daß in diesem Artikel die gleichen Gedankengänge und die gleichen Wendungen standen wie in dem Protokoll. Aus diesem Tatbestand ergibt sich der unabweisbare Schluß, daß der Kardinal in seiner Ansprache zu M.Gladbach zwar die damals in weiteren Kreisen noch nicht bekannt gewordene Osterdienstagskonferenz nicht im Auge hatte, wohl aber die Artikel, die von Teilnehmern dieser Konferenz ausgegangen waren und sogar bis aufs Wort genau die Anschauungen derselben wiedergaben. Tatsächlich war also durch die anerkennenden Urteile des Kardinals, daß der Volksverein nach den schönen Worten seines Vorsitzenden in stetem Anschluß an die Kirche tätig sein wolle, daß er fortfahren solle in der bisherigen, guten, gediegenen, katholischen Weise weiter zu arbeiten, daß er selbst — der Kardinal — fortdauernd Fühlung mit ihm unterhalte, den Mitgliedern der Osterdienstagskonferenz, besonders denen, die ihre Gedanken in den Histor.-polit. Blättern und danach in der Apolog. Rundschau noch weiter ausführten und die Gefahr der „präterepiskopalen Gebilde, vielleicht auch präterepiskopalen Tendenzen" an die Wand malten, für solche unberufene Kritik der Boden entzogen. Daß sie durch die Worte des Kardinals ob ihrer anonymen Angriffe und Treibereien sich in erster Linie getroffen fühlen mußten, lag in der Natur der Sache. A bon entendeur salut!

Die auf den Volksverein bezüglichen Vorgänge der Kölner Konferenz hatten noch ein kleines Nachspiel gelegentlich der Volksversammlung, die auf Betreiben des Abg. Bitter Anfang August 1909 in Koblenz stattfand. Zu Beginn dieser Versammlung nahm der Abg. Roeren das Wort zu einer geschäftlichen Mitteilung und erklärte, daß die Osterdienstagskonferenz mit ihrem zweiten Leitsatz, wonach der große Einfluß des Volksvereins auf das katholische Leben einen engeren Anschluß an den Episkopat erfordere, den Bischöfen keine Direktiven hätte geben wollen, sondern nur sagen wolle, daß sie den Grundsatz aussprächen, der Volksverein müsse einen engeren Anschluß an die berufenen Hüter des kirchlichen Lebens haben. Am Tage zuvor habe ihm Herr Kardinal Fischer durch einen Expreßbrief mitgeteilt, daß jener Leitsatz die am 6. August in Köln stattgehabte Bischofskonferenz beschäftigt habe, daß der Episkopat seine Stellung zum Volksverein klargelegt und dies dem Vorstand desselben mitgeteilt habe. Diese Angelegenheit sei also im Sinne der Osterdienstags-versammlung erledigt und eine Besprechung erübrige sich. Diese Mitteilung gab dem Herrn Kardinal Fischer zu folgender in der Köln. Volksztg. Nr. 681, 13. August 1909 abgedruckten Erklärung Anlaß:

Die übermäßige Inanspruchnahme, die der Eucharistische Kongreß bis zur heute erfolgten Abreise des Kardinallegaten mit sich brachte, war Schuld daran, daß ich erst heute die Berichte über die am vorigen Montag in Koblenz stattgefundene Versammlung, die an die sogenannte Osterdienstagskonferenz anknüpfte, gelesen habe. Der Bericht der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 673) besagt, Herr Geheimer Rat Roeren habe sich bei dieser Gelegenheit betreffs des Volksvereins für das katholische Deutschland auf einen Brief von mir berufen, wonach der Episkopat auf seiner



letzten Konferenz seine Stellung zu genanntem Vereine klargelegt und solches dem Vereinsvorstand mitgeteilt habe; „diese Angelegenheit sei also im Sinne der Osterdienstagsversammlung erledigt und eine Besprechung erübrige sich".

Ich habe sogleich durch Eilbrief Herrn Geheimrat Roeren um näheren Aufschluß gebeten; aber leider kam der Brief zurück mit dem Postvermerk: „Verreist; wohin, unbekannt." Darum sehe ich mich, um Mißverständnisse zu verhüten, zu der Erklärung veranlaßt, daß ich allerdings Herrn Geheimrat Roeren über die Stellungnahme des Episkopates in der Angelegenheit Mitteilung gemacht habe, ohne ihm aber über die Einzelheiten dieser Stellungnahme Aufschluß zu geben. Es geschah, um zu verhüten, daß über die Sache weitere unliebsame Diskussionen in Koblenz stattfänden und dadurch die beklagenswerte Spaltung noch befördert werde. Von einer Erledigung „im Sinne der Osterdienstagsversammlung" habe ich nicht gesprochen.

Ich darf aber diese Gelegenheit benützen, um überhaupt nach hüben und drüben zum Frieden zu reden, vor Zwietracht zu warnen und zur Einheit zu mahnen, die uns nottut und die katholische Männer, welche doch im Grunde alle nur das Beste wollen, über alle Hindernisse weg, die größtenteils nur Mißverständnisse sind, mit einer Art eifersüchtiger Sorgfalt zu schirmen und zu wahren bemüht sein sollten.

Köln, 12. August 1909.

† Antonius Kardinal Fischer,
Erzbischof.

In einigen Blättern wurde die Genauigkeit des Berichts der Kölnischen Volkszeitung nachträglich angezweifelt, und es soll der Abgeordnete Roeren in bezug auf die Stellungnahme der Bischöfe zum Volksverein nur gesagt haben: „Damit hat erfreulicherweise, früher als wir gehofft, dieser Punkt seine Erledigung gefunden." Dieser Wortlaut steht nicht im Gegensatz zu der Darstellung der Kölnischen Volkszeitung. Wenn der Abgeordnete Roeren seiner Freude darüber Ausdruck verlieh, daß dieser Punkt (d. i. der Leitsatz betr. des Volksvereins) früher als wir (d. i. die Osterdienstagskonferenz) gehofft, seine Erledigung gefunden hat, dann hat er damit bei seinen Zuhörern doch die Auffassung erwecken wollen, daß diese Erledigung im Sinne der Osterdienstagskonferenz erfolgt sei. Andernfalls wäre für ihn dieser Punkt noch lange nicht gegenstandslos gewesen.[1])

b) Die katholische Presse.

In der Osterdienstagskonferenz wurde wiederholt die Art und Weise erörtert, in der man Klerus und Laien mit Hilfe von Zeitungen und Zeitschriften für die Ziele der Konferenz gewinnen könne. „Wie bringen wir unsere Bewegung zur Kenntnis weiterer Kreise und wecken wir Interesse in weiten Kreisen?" Das ist der Refrain bei allen Einzelausführungen. Der von einem Geistlichen aus Münster gemachte Vorschlag der Gründung einer katholischen Kirchenzeitung zur Beeinflussung des Klerus wurde mit Freuden begrüßt, doch

[1]) Es haben auch mehrere Zuhörer schriftlich bezeugt, daß die betr. Aeußerung so gelautet habe, wie sie die Kölnische Volkszeitung übermittelt hat. — In der Apol. Rundschau (März 1910) kommt ihr Herausgeber auf die Frage des Anschlusses des Volksvereins zurück und stellt mit Befriedigung fest, es sei dasjenige eingetroffen, was die vielgeschmähte Osterkonferenz wünschte, ja der Episkopat sei über die Anregung derselben hinausgegangen, indem er nicht nur zwischen sich und der M.Gladbacher Zentrale, sondern auch zwischen den Diözesanvertretern des Vereins und den einzelnen Bischöfen stete enge Fühlung herstellte.



als verfrüht bezeichnet. Hingegen fand der Vorschlag der Benutzung der Zentral-Auskunftsstelle der katholischen Presse (C. A.) sowie die Herausgabe einer Broschüre zwecks Verbreitung der Anschauungen und der weiteren Absichten der Konferenzteilnehmer allgemein Anklang.

Die Verwirklichung dieser Vereinbarung war, wie gesagt, zunächst der Artikel in der Apologetischen Rundschau über den Volksverein und den Episkopat von „Athanasius“ (Mai 1909). Hierdurch und durch die Angriffe der gegnerischen Presse auf die Bischöfe, die als Feinde des Volksvereins bezeichnet wurden, wurde bekannt, welche Rolle der Herausgeber der Apologetischen Rundschau und der Zentralauskunftsstelle der katholischen Presse (C. A.) in der Osterdienstagskonferenz gespielt hatte, und daß er sich, wie der Vorstand des Augustinusvereins in Nr. 6 des Augustinus-Blattes vom 15. Juni offiziell mitteilte, „bereit erklärt hatte, die C. A. und die Apologetische Rundschau in den Dienst der Bewegung zu stellen“, die dahin gerichtet sein soll, der angeblichen, von ihm so genannten „übertriebenen Interkonfessionalisierung der politischen und sozialpolitischen Einrichtungen im katholischen Deutschland (Zentrum, Volksverein, Gewerkschaften) vorzubeugen“. Dann heißt es weiter: „Herr Dr. Kaufmann hat nunmehr infolge von Verhandlungen, die im Auftrage des Vorstandes des Augustinusvereins pflichtgemäß geführt worden sind, diesem gegenüber erklärt, daß er sich von der Konferenz zurückziehe und die C. A. sowie die Apologetische Rundschau in keiner Weise in den Dienst der Konferenz stellen werde.“ Zu dieser unzweideutigen Erklärung sah sich der Vorstand des Augustinusvereins gezwungen, wenn er nicht das Schauspiel erleben wollte, wie die Vertreter einer Reformbewegung, ja sogar wie ausgesprochene Gegner gewisser Organisationen im katholischen Volke mittels der Zentralauskunftsstelle, deren Mitteilungen auch von vielen dem Augustinusverein angeschlossenen Blättern abgedruckt werden, ihren Sondertendenzen innerhalb der katholischen Presse Verbreitung verschafften. Diese Erklärung war um so dringlicher, als mittlerweile bekannt geworden war, daß in der Osterdienstagskonferenz die C. A. als geeignetes Mittel zur Verbreitung und Verfechtung jener „Reform“bewegung bezeichnet und bestimmt worden war, und daß durch sie planmäßig kleinere Artikel im Sinne der Konferenz an sämtliche Zeitungen versandt werden sollten. Daß diese Tätigkeit dazu führen mußte, die Einigkeit der Katholiken in Deutschland und fernerhin auch die Geschlossenheit der politischen Zentrumspartei zu zerstören, war den Mitgliedern des Augustinusvereins nicht zweifelhaft.

Da nun in sozialdemokratischen Organen in ungerechtfertigter Weise den Bischöfen eine feindselige Haltung gegen den Volksverein nachgesagt wurde, wozu abgesehen von der Ausbeutung der erwähnten Vorkommnisse in Kattowitz gerade jener Artikel über den Volksverein in der Apologetischen Rundschau die Veranlassung gegeben hatte, so richtete der Vorstand des Augustinusvereins in einem Rundschreiben vom 15. Juni 1909 an die katholischen Organe die Bitte, „irgendwelche verwirrende Auslassungen in ihren Spalten nicht aufzunehmen“. Dr. Krueckemeyer behauptet in seiner Broschüre (S. 14), daß die gesamte Zentrumspresse mit alleiniger Ausnahme der Neisser Zeitung und der Kölnischen Volkszeitung diesem Ersuchen nachgekommen sei. Er will dann die beiden Organe für die ganze unerquickliche Preßfehde, die von da an wochen-



lang nicht nur die Zentrumspresse bewegt, sondern auch in der gegnerischen Presse einen unangenehmen Resonanzboden und selbst in einem Teile der ausländischen Presse einen Widerhall gefunden habe, verantwortlich machen. Dieser Versuch einer Herstellung von Zusammenhängen ist willkürlich und muß, soweit die Kölnische Volkszeitung in Betracht kommt, auf das bestimmteste zurückgewiesen werden. Auch der Vorstand des Augustinusvereins erklärte in einem Rundschreiben vom 15. Juli 1909, daß sich die Dinge anders entwickelt hätten, und zwar durch den Artikel der Neisser Zeitung und durch den Umstand, daß die Niederschrift über die Osterdienstagsverhandlungen bekannt geworden und bereits in die Hände politischer Gegner gelangt war, als der Vorstand es vier Wochen vorher voraussehen konnte. Der Inhalt der Osterdienstagkonferenz war seit Ende April in der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung bekannt; aus dem „Protokoll", das in zahlreichen Vervielfältigungen unter der Hand verbreitet wurde, war auch bekannt, in welcher Weise die Teilnehmer der Konferenz ihre Minen legen wollten, um an ihr Ziel zu gelangen; es war schließlich auch bekannt, daß auf einer großen Volksversammlung die Massen gewissermaßen überrumpelt werden sollten. Trotz alledem bewahrte die Kölnische Volkszeitung damals die äußerste Zurückhaltung. Wenn irgend ein größeres Organ Veranlassung gehabt hätte, die geheimen Machenschaften der Osterdienstagsmänner rücksichtslos aufzudecken, so war sie es. Denn ihr galt ja mit an erster Stelle der Stoß, der in der geplanten Volksversammlung gegen die Anhänger des politischen nichtkonfessionellen Zentrums, dem man fälschlich übertriebene interkonfessionelle Bestrebungen vorwarf, geführt werden sollte. Es sollte in dieser Versammlung nicht nur das Thema der Kölner Konferenz bloß erörtert, sondern — wie einer der Konferenzteilnehmer ausdrücklich verlangte — „deren Gegensatz zur Bachemschen Richtung hervorgehoben werden". Wir werden an späterer Stelle zeigen, wie auch in einem anderen Unternehmen geflissentlich auf eine Hervorkehrung und eine Verschärfung der Gegensätze durch Mitglieder jener Konferenz hingearbeitet wurde. Trotz allem schwieg die Kölnische Volkszeitung zu dem im geheimen und sorgfältig ausgeklügelten Kriegsplan und zeigte auch später, als die offene Fehde einmal ausgebrochen war, eine Mäßigung, die den Wünschen eines großen Teiles ihres Leserkreises keineswegs entsprach.

Sie sah sich zuerst gezwungen, aus ihrer Reserve herauszutreten, als die Neisser Zeitung, das schlesische Zentrumsorgan, unter dem Titel „Anonyme Wühlereien gegen den Volksverein für das katholische Deutschland und ihre Abwehr" auf die unbezweifelbaren ursächlichen und persönlichen Zusammenhänge, die zwischen dem Artikel Drei Programmsätze in den Histor.-polit. Blättern (113. Bd., 2. Heft), dem Artikel mit der gleichen Tendenz in der Apologetischen Rundschau (Mai 1909) und den dadurch hervorgerufenen Angriffen der sozialdemokratischen Presse auf die Bischöfe und den Volksverein hinwies. Dabei unterlief dem Neisser Blatte ein arger Irrtum dadurch, daß es behauptete, die Apologetische Rundschau werde „redigiert von dem Hrn. Kley, politischen Redakteur der Kölnischen Volkszeitung". Die Neisser Zeitung hätte sich bei ruhiger Ueberlegung selbst sagen müssen, daß ein Redakteur an der Köln. Volkszeitung an „anonymen Wühlereien" gegen den Volksverein nicht beteiligt sein könne, sie stellte den Irrtum auch alsbald in einer der folgenden

Nummern (137) fest. Doch erregte die erste Mitteilung, wie mehrere Zuschriften an die Redaktion der Köln. Volksztg. zeigten, ein in seinen Folgen nicht zu übersehendes Aufsehen. Sollten sogar im Schoße der Redaktion der Köln. Volksztg. verkappte Anhänger der Osterdienstagskonferenz stecken? so fragte man sich in den Kreisen, in denen man, wie es die Neisser Zeitung getan hatte, die Apologetische Rundschau von Dr. Karl Kaufmann mit dem von Redakteur Ernst H. Kley herausgegebenen viel älteren Magazin für volkstümliche Apologetik verwechselte, einem Organ, das den Treibereien gegen den katholischen Volksverein gänzlich fern steht. Nachdem aber nun einmal in der Neisser Zeitung dem Verdacht Raum gegeben war, ein Redakteur der Köln. Volksztg. habe in einer von ihm herausgegebenen Zeitschrift u. a. behauptet: „M.Gladbach sei mehr als eine soziale Zentralstelle, hier sei der Herd einer ganz neuen Auffassung des katholischen Gedankens, hier herrsche der Geist der christlich-sozialen Demokratie“ usw.; da erheischte es zugleich mit dem Interesse der Wahrheit das ureigenste Interesse der Köln. Volksztg., daß sie den obigen Irrtum völlig klarstellte und in einer Weise, daß dem Leser auch der innere und äußere Zusammenhang der Dinge klar wurde. Sie tat es zunächst bloß durch Wiedergabe des Artikels der Neisser Zeitung und eine Richtigstellung der falschen Angaben über den Herausgeber der Apolog. Rundschau. Doch nun kam der Stein ins Rollen. Die zahlreichen irrtümlichen Darstellungen und die ungebührlichen Uebertreibungen der in der weiteren Oeffentlichkeit nur unzulänglich und vielfach direkt entstellt bekannt gewordenen Verhandlungen der Kölner Konferenz, hinter der alle möglichen Ordensleute, Politiker, Gelehrte und Schriftsteller vermutet wurden, verlangten unbedingt eine weitere Klarstellung. Sie erfolgte in der Köln. Volksztg. unter der Ueberschrift: *Die anonymen Treibereien gegen den Volksverein* (Nr. 526 vom 23. Juni 1909) und zwar auf Grund des bei solchen Aktenstücken in üblicher Form abgefaßten „*Protokolls* der kirchlich-sozialen Konferenz am Osterdienstag zu Köln“. Daß diesen Aufzeichnungen später, als die Preßerörterungen eingesetzt hatten, der offizielle Charakter abgesprochen wurde, kam für die damalige Beurteilung nicht in Betracht. Man mußte sie aus inneren und äußeren Gründen für echt halten. Dieser zweite Artikel der Köln. Volksztg. wies zuerst darauf hin, daß sich die Treibereien eines im übrigen kleinen Kreises ebenso gegen das Zentrum in seiner heutigen Verfassung, die ganze Organisation und nahezu die Gesamtheit der Preßorgane der Zentrumspartei und schließlich auch gegen die christlichen Gewerkschaften richteten. Namentlich genannt war in diesem Artikel nur der Herausgeber der Apologetischen Rundschau und der Zentralauskunftsstelle, Dr. Karl Kaufmann, weil dieser laut Protokoll das Amt übernommen hatte, das Aktionsprogramm in der Oeffentlichkeit literarisch zu vertreten, und er, wie oben gezeigt wurde, in diesem Sinne bereits eifrig tätig war, auch der Vorstand des Augustinusvereins zu dieser Tätigkeit bereits Stellung genommen hatte, um einer Irreleitung der Zentrumsanhänger durch die literarische Tätigkeit Kaufmanns vorzubeugen. Von den Gegenständen der Verhandlung wurden lediglich die ergebnislosen Versuche einer Definition des Zentrums erwähnt, zur Charakteristik der ganzen Bestrebungen aber hinzugefügt: „Aus der ganzen Erörterung ging eine *große Scheu vor der Oeffentlichkeit* hervor. Die Herren wollen sozusagen unter der Hand und unauffällig eine

Beeinflussung der öffentlichen Meinung unter den deutschen Katholiken im Sinne des oder der Veranstalter der Zusammenkunft ausüben, auch in Versammlungen." Während gegnerische Organe infolge der Veröffentlichung der Neisser Zeitung sogleich die Versuche der Konferenz „als Anzeichen für eine bedeutsame innere Wandlung im Ultramontanismus" für sich auszubeuten suchten, indem sie durch allerhand Uebertreibungen die noch fast ganz geheime Aktion aufbauschten und dadurch in den Reihen der Zentrumspartei Verwirrung zu stiften gedachten, erklärte die Köln. Volksztg. auf Grund des inzwischen bekannt gewordenen Materials, „daß die ganze Aktion bedeutungslos ist und bleiben wird". Diese Feststellung ist in diesem Zusammenhange nötig, weil von Vertretern der Konferenzbestrebungen immer wieder wahrheitswidrig der Vorwurf gegen die Köln. Volkszeitung erhoben wurde, sie habe den Streit durch ihre Veröffentlichungen vom Zaun gebrochen und Zwiespalt im eigenen Lager hervorgerufen. Die durchschlagenden Gründe für die erste Klarstellung durch die Köln. Volksztg. sind oben erwähnt. Im weiteren Verlauf der Debatte hat dieselbe nur aus ernsten sachlichen Erwägungen heraus und zur Vermeidung von größeren Zwistigkeiten im eigenen Lager das Wort ergriffen. Die Folge jener Veröffentlichung war nun zunächst die, daß der Herausgeber der von der Osterdienstagskonferenz zur Vertretung und Verbreitung ihrer Ideen bestimmten Zentralauskunftsstelle, Dr. K. Kaufmann, erklärte, daß er sich von der Konferenz zurückziehe (S. o. S. 47) und die C.-A. sowie die Apologetische Rundschau in keiner Weise in den Dienst der Konferenz stellen werde. In wieweit die letztere trotzdem in der Folge unentwegt für die Tendenzen der Konferenz eintrat und ihr bevorzugtes Organ blieb, wird die fernere Entwicklung der Dinge zeigen.

Daß die Vervielfältigung und die Verbreitung des „Protokolls" von der Kölnischen Volkszeitung „ausgegangen oder doch mit ihrer Unterstützung geschehen" sei, wie Dr. Krueckemeyer (S. 20) es hinstellt und wie es in der Saarbrücker Volkszeitung (Nr. 152, 8. Juli 09) ausgesprochen wird, ist eine aus der Luft gegriffene Behauptung. Sie hätte, so wird an der gleichen Stelle verlangt, den ihr zugegangenen Druckabzug „einfach in ihrer Redaktionsmappe verschlossen" halten sollen. „Durch eine vertrauliche Besprechung mit allen oder einzelnen der an der Kölner Konferenz beteiligten Herren hätten sich leicht alle Mißverständnisse aufklären und hätte sich über die strittigen Punkte sicher eine Einigung herbeiführen lassen." Eine solche Auffassung ist auch in den Korrespondenzen der Konferenzbeteiligten mit der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung mehrfach zum Ausdruck gekommen; doch kann diese Auffassung namentlich im Hinblick auf das widerspruchsvolle spätere Verhalten des eigentlichen Trägers der ganzen Bewegung, des Abg. Roeren, nur als naiv bezeichnet werden; oder soll hier mit vertauschten Rollen gespielt werden? Sind die Konferenzteilnehmer nicht die Kritiker, die Angreifer, die sich das Ueberwachungsamt über den rechten Glauben und das rechte Denken ihrer religiösen Glaubens- und politischen Gesinnungsgenossen angemaßt haben? Haben nicht einige von ihnen den Gegensatz zur „Bachemschen Richtung" besonders scharf hervorgehoben wissen wollen? Haben sie nicht ihre ganze Aktion hübsch geheim und vertraulich betreiben wollen? Ihr Auftreten war ein Affront für diejenigen, zu denen sie sich in Gegensatz stellten, und das die letzteren zur schärfsten Abwehr berechtigte. Trotzdem hat gerade



die Kölnische Volkszeitung in Sachen der Osterdienstagskonferenz die Preßerörterungen tunlich auf das geringste Maß beschränkt; so als der Abgeordnete Dr. Bitter in verschiedenen Blättern (vgl. Germania Nr. 142 vom 25. Juni) als Vorsitzender der Konferenz eine Erklärung veröffentlichte, in der es hieß:

Die Versammlung einigte sich auf folgende zwei Leitsätze: 1. Das Zentrum ist eine politische Partei, welche sich zur Aufgabe gesetzt hat, die gesamten Interessen des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.

2. Der Volksverein für das katholische Deutschland bedarf wegen seiner großen Bedeutung für das katholische Leben eines engeren Anschlusses an den Episkopat.

Bei der Beschlußfassung ist die Frage nach dem konfessionellen oder interkonfessionellen Charakter der Gewerkschaften ausdrücklich ausgeschlossen worden

Ueber die Motive, die die „Versammlung" bewogen hat, das Zentrum zu definieren, wird noch mitgeteilt, daß „gegenüber den manchmal wenig glücklichen Versuchen, den Charakter der Zentrumspartei festzustellen, eine klare, den Absichten der Gründer und der Auffassung des katholischen Volkes entsprechende Feststellung eine Notwendigkeit sei. Die Versammlung war auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die von ihr getroffene Begriffsbestimmung den Absichten der Gründer entspreche und sich mit der Auffassung der überwiegenden Mehrheit des katholischen Volkes decke." Die in dem letzten Satze ausgesprochene Behauptung läßt den tatsächlichen Hergang außer Betracht oder sie sucht ihn zu verschleiern: Die Osterdienstagskonferenz hat in bezug auf das Zentrum weder eine Begriffsbestimmung getroffen, noch war die Konferenz von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ihre dahin gehenden Versuche einer Begriffsbestimmung den Absichten der Gründer entsprächen. Dr. Krueckemeyer, einer der Teilnehmer jener Konferenz, sagt in seiner Broschüre (S. 4) das gerade Gegenteil von dem, was Dr. Bitter in obiger Erklärung behauptet. Er konstatiert einfach folgendes: „Obschon sich aber alle über den Grundgedanken einig waren, kam man doch zu keinem alle befriedigenden Resultat, und es wurde daher schließlich der Vorsitzende Dr. Bitter beauftragt, eine passende Fassung zu finden und sich darüber mit den einzelnen Konferenzteilnehmern zu verständigen."

Daß obige Erklärung nur ein unzureichendes und schiefes Bild von den Vorgängen der Konferenz gab, war aber nach allem, was inzwischen von ihrem Verlauf und ihren Ergebnissen bereits bekannt geworden war, unbestreitbar. Es war sonach selbstverständlich, daß die Kölnische Volkszeitung den Abdruck der Bitterschen Erklärung in extenso ablehnte. Wenn der Verfasser derselben in einer unterm 25. Juni 1909 an andere Blätter geschickten Erklärung schreibt: „Ich hätte von der Loyalität der Kölnischen Volkszeitung erwartet, daß sie die mit meinem Namen unterzeichnete Erklärung aufgenommen haben würde . . ." so weiß man aus der obigen Gegenüberstellung der Erklärung mit dem tatsächlichen Verlauf der Konferenz, daß Dr. Bitter in seiner Erklärung Dinge behauptete, die objektiv nicht richtig waren. Die Kölnische Volkszeitung konnte ohne schwere Schädigung der Gesamtinteressen der Partei sich nicht zur Verbreiterin solcher anscheinend offiziellen, in Wahrheit aber mindestens sehr ungenauen und darum die öffentliche Meinung irreführenden Auslassungen machen. In der nämlichen Erklärung bezeichnet Dr. Bitter das oftgenannte



Protokoll als privates Machwerk, „das fälschlich als Protokoll ausgegeben, nicht unterzeichnet und voll objektiver Unrichtigkeiten ist“ — ein Urteil, das er in seinen späteren Reden wiederholte —, und wirft der Kölnischen Volkszeitung vor, daß sie sich in zwei Artikeln auf jenes Protokoll berufen habe. Dabei übersieht Dr. Bitter, daß gerade seine eigene Erklärung sich in wesentlichen auf die Konferenz bezüglichen Punkten mit dem Wortlaut des von ihm so schlecht beurteilten Protokolls deckt! Im übrigen hat, wie schon oben bemerkt wurde, nie einer der Beteiligten klipp und klar gesagt, was in dem Protokoll unrichtig sein soll. Wenn es „voll objektiver Unrichtigkeiten“ ist, so war es ja ein leichtes, eine Handvoll als solche nachzuweisen. Die Teilnehmer hüteten sich, es zu tun; sie wußten, warum.

Gerade durch diese ungenügende und irreführende Erklärung wurde die Kölnische Volkszeitung wie die übrige Zentrumspresse, die die ganze Konferenzangelegenheit bis dahin unter möglichster Schonung der in Betracht kommenden Persönlichkeiten behandelt hatte, gezwungen, auf die Sache selbst einzugehen und den Versuch zurückzuweisen, das Zentrum, das auf Grund seines Programms bereits 40 Jahre hindurch Zentrumspolitik getrieben, auf einmal zu „definieren“, wie es die Osterdienstagskonferenz gewollt hatte.

Was nun die in dem Leitsatz 1 versuchte „Definition“ des Zentrums betrifft, so fällt in ihr auf den ersten Blick der logische Widerspruch auf, der in ihr liegt. Das Zentrum ist nach dieser Definition „eine politische Partei, welche die Interessen des gesamten Volkes im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu vertreten hat“. Das gesamte Volk besteht in Deutschland zu etwa einem Drittel aus Katholiken und zu zwei Drittel aus Protestanten. Wie sollen nun die Interessen der Protestanten nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung vertreten werden? Man kann gewiß behaupten, daß die religiösen Interessen des katholischen Volksteiles nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten seien; aber es ist nicht möglich, zu sagen, daß die sämtlichen Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung behandelt werden sollen. Man soll politische Parteien nach ihrem Programm und nach ihrem praktischen Wirken beurteilen. Das haben bisher auch die Wähler immer getan und noch niemals eine Definition des Zentrums verlangt, und auch die Gegner haben dies früher nie getan. Insbesondere sind die Wähler des Zentrums mit der Vertretung der spezifisch katholischen Grundsätze und Interessen dort, wo sie nötig und durch die parlamentarische und sonstige Lage angebracht war, stets zufrieden gewesen und ebenso auch die kirchlichen Oberen der Katholiken. — Auch die anderen Parteien des Deutschen Reiches haben keine Definition ihres „Charakters“. Man beurteilt eben die Parteien vor allem nach dem, was sie praktisch geleistet haben; die begrifflichen Bestimmungen mögen die Doktrinäre und Geschichtsphilosophen interessieren, für die lebendige Praxis sind sie überflüssig; für diese ist das Parteiprogramm das Entscheidende.

Wenn ferner der deutsche Episkopat zu der Meinung gekommen sein sollte, daß der Volksverein für das katholische Deutschland wegen seiner großen Bedeutung für das katholische Leben eines engeren Anschlusses an den Episkopat bedürfe, so wird er den leitenden und maßgebenden Persönlichkeiten des Volks-



vereins schon selbst dahingehende Wünsche äußern, keinesfalls bedarf er zur Wahrnehmung dessen, was seines Hirtenamtes ist, des Anstoßes und der Hilfe der in Köln am Osterdienstag versammelten zehn Herren. Als Kardinal Fischer am 15. Juni dem Volksvereinshaus in M.Gladbach seinen Besuch abstattete, war der Anlaß gegeben, dem allenfallsigen Wunsch und dem Bedürfnis eines engeren Anschlusses des Volksvereins an die Bischöfe Ausdruck zu geben. Nichts derartiges erfolgte. Im Gegenteil, der Kardinal betonte die fortdauernde Fühlung, die er mit dem Volksverein habe, bestätigte dessen wirklich treu katholischen Charakter und ermunterte ihn, in der bisherigen gediegenen katholischen Weise fortzuarbeiten. Auf diese Gesichtspunkte wies auch eine längere Zuschrift in der Germania (vgl. Köln. Volksztg. Nr. 541, 28. Juni 1909) hin, die dann noch besonders hervorhob, daß es für ein Mitglied der Zentrumsfraktion jedenfalls näher gelegen habe, „etwaige Beobachtungen und Besorgnisse der Zentrumsfraktion beziehungsweise ihrem Vorstande zu unterbreiten. Den Charakter der Zentrumspartei zu definieren, sind doch zunächst die Zentrumsfraktionen des Reichstages und der einzelnen Landtage berufen, soweit man überhaupt ein Bedürfnis dafür anerkennen will. Durch den Kölner Leitsatz wird die Frage weder geklärt, noch weniger autoritativ entschieden."

Der Westfälische Merkur (Nr. 315 vom 25. Juni 1909) suchte dann die Pläne der Osterdienstagskonferenz als „wohlgemeinte Anregungen" hinzustellen und verglich sie mit dem Turmartikel und behauptete u. a., derselbe sei auch „eine Anregung betr. einer der wichtigsten Einrichtungen der Katholiken Deutschlands"! Hieran reihte sich die Verdächtigung: „Dieselbe Köln. Volkszeitung ... hat selbst eine Menge von Anregungen gegeben oder doch weitergegeben, Anregungen, die übrigens nicht immer glücklich waren. Wir erinnern nur an die Zeit der sog. Reformbewegung, an den Streit um Schell und den Index." Hiermit eröffnete das Blatt den gemeingefährlichen Verleumdungsfeldzug, der in der Folgezeit besonders gegen die Kölnische Volkszeitung geführt wurde, und worin dieser die Verbreitung und die Unterstützung von allerhand „liberalkatholischen" Tendenzen unterschoben wurden, Tendenzen, die sie in Wahrheit niemals gehabt hat. Wir werden auf die Sache im weiteren Verlauf der Erörterungen noch zurückkommen.

Ein Artikel: Moderne Sionswächter des Abg. Prof. Dr. Faßbender, (der bekanntlich die religiöse, politische und literarische Betätigung der Katholiken regelmäßig im Tag bespricht,) in Nr. 149 vom 29. Juni 1909 dieses Organs gab den Teilnehmern an der Osterdienstagskonferenz Veranlassung, in dem ihren Bestrebungen dienenden Teile der Zentrumspresse ihre wahren Absichten etwas mehr zu entschleiern. Der Artikel des Abg. Faßbender hatte sich nur en passant mit der Kölner Konferenz als solcher befaßt, gleichsam als einem Symptom bedauernswerter Erscheinungen im Katholizismus der Gegenwart, und hatte dabei die Hauptgesichtspunkte aus den bisherigen Erörterungen hervorgehoben: die Wertlosigkeit einer Definition der Zentrumspartei, nachdem diese ein öffentlich bekanntgegebenes Programm besitzt und seit vierzig Jahren nach diesem Programm gearbeitet hat; ferner die Folgen der Hinausdrängung der katholischen Arbeiter aus den Gewerkschaften. „Schließen sich die katholischen Arbeiter von den Gewerkschaften aus, dann wird die ganze Gewerkschaftsbewe-



gung geschwächt, und die katholischen Arbeiter insbesondere werden von den besten Arbeitsplätzen verdrängt werden — es sei denn, daß sie Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften würden, um auf diesem Wege gut bezahlte tarifliche Arbeitsbedingungen haben zu können. So würde also der Erfolg der gekennzeichneten Bestrebungen sein: Aufrichtung der Alleinherrschaft der Sozialdemokratie im Arbeitsverhältnis." Diese Sätze erhalten angesichts des jüngsten Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiete eine erhöhte sozialpolitische Bedeutung. Mit besonderem Nachdruck wies Dr. Faßbender dann noch auf die kritischen Einwände gegen den Volksverein hin, indem er sagte:

Und nun der Volksverein für das katholische Deutschland! Er bildet eine großartige Volksbildungsanstalt für Pflege sozialer Gesinnung. Der durch sein Interesse für den konfessionellen Frieden wie durch streng kirchliche Gesinnung gleichermaßen bekannte Kardinal Fischer, in dessen Diözese der Volksverein seine Zentralstelle hat, nahm wiederholt Veranlassung, dem Vereine seine Anerkennung für seine segensreiche Wirksamkeit auszusprechen. Und nun kommt die Zehnmänner-Liga und will noch bessere Garantien für die katholische Haltung des Volksvereins. Haben die Herren denn dafür keine Empfindung, daß das eigentlich eine Beleidigung gegenüber dem Herrn Kardinal Fischer bedeutet? Aus der Haltung des Kardinals Fischer gegenüber dem Volksverein ergibt sich doch schon ganz klar, daß der Verein bislang keinen Anlaß zu Klagen über „mangelnde Katholizität" gegeben hat

Die leitenden Stellen bei der Zentrale des Vereins sind mit nationalökonomisch gebildeten Geistlichen besetzt; auch die meisten Geschäftsführer in der Organisation auf dem Lande stellt die Geistlichkeit. Und dieses Bindeglied des Vereins mit dem Episkopat ist auf Grundlage des kanonischen Rechtes noch nicht stark genug? Da glauben die Herren noch nach einer besonderen Kirchenpolizei rufen zu müssen? Wer nur ein bißchen die **Opinio communis** in der katholischen Bevölkerung kennt, die doch wesentlich ein Ergebnis der Tätigkeit des Klerus ist, wird mir zugestehen, daß diese äußerst fein auf eine Verletzung der katholischen Tradition reagiert.

Die Ausführungen Faßbenders gipfelten in den bemerkenswerten Schlußgedanken:

Die Tatsache, daß ein reger Meinungsaustausch über entgegengesetzte Ansichten (unter den Katholiken) stattfindet, ist erfreulich, zeigt sie doch die Unrichtigkeit der Behauptung, daß der Autoritätsgedanke zur Stagnation führen muß. Bedenklich ist aber, wenn Leute den Autoritätsgedanken dazu benutzen, ihre Ansichten als den echten Niederschlag der Orthodoxie hinzustellen und andere zu verketzern. Daß die Mitglieder des Zehnmännerbundes solches beabsichtigen, will ich sicherlich nicht behaupten. Aber bezüglich der Kategorie der sog. „Ketzerriecher" im allgemeinen kann die Kirche sagen: Herr, bewahre mich vor meinen Freunden! Das sind die Leute, die französische Zustände uns auf den Hals laden können.

Die Dortmunder Tremonia gab ihre rückhaltlose Zustimmung zu diesen Ausführungen des Prof. Faßbender und fuhr dann fort mit den Worten:

Die Herren von der oben charakterisierten Zehnmännerliga treiben ein gefährliches Spiel. Sie leben in der Wahnidee, daß die Kölnische Volkszeitung und die führenden Personen das Zentrum zu sehr in das liberale Fahrwasser trieben, daß das Zentrum nicht konfessionell genug sei, daß Zentrum, Volksverein und Gewerkschaften nicht genügend unter bischöflicher Autorität ständen. Der hochwürdigste Kardinal Fischer hat darauf jüngst in M.Gladbach eine treffende Antwort gegeben. Es sind im Laufe der letzten Dezennien immer einige Personen aufgetreten, welche päpstlicher sein wollten als der Papst. Zu bedauern ist, daß diesmal ein Mann wie der Reichstagsabgeordnete Bitter in die Reihe dieser „modernen Zionswächter" eingetreten ist und durch spaltenlange Erklärungen in einigen, ihm bereitwilligst die Spalten öffnenden Zentrumsblättern Verwirrung anrichtet. Und das



in einem Moment, wo die größte Einigkeit der deutschen Zentrumspartei bitter not tut. Die Männer und Zentrumsorgane, welche diese Quertreibereien begünstigen, laden eine furchtbare Verantwortung auf sich —

Hierauf antwortete ein in mehreren Blättern der Richtung der Osterdienstagskonferenz erschienener Artikel, der besonders dadurch für die weiteren Auseinandersetzungen wichtig wurde, daß er greifbarer als es in der Erklärung Dr. Bitters geschehen war, die Grundgedanken der Kölner Besprechung aussprach. In halben Andeutungen und versteckten Anspielungen werden jetzt die Anhänger zweier prinzipiell verschiedener Anschauungen einander gegenübergestellt und die Gefährlichkeit der Gegner der bekannten Konferenz u. a. durch den Satz charakterisiert, „daß das systematische Bestreben nach möglichst weitgehender Interkonfessionalisierung notwendig zu einer verhängnisvollen Zurückdrängung des katholischen Selbstbewußtseins, zur religiösen Verflachung und zum religiösen Indifferentismus führen müsse". Wer solche systematische Bestrebungen verfolgt, wird nicht gesagt, man soll es zwischen den Zeilen lesen. Sodann werden die Bemühungen, im Anschluß an die Leitsätze der Kölner Besprechung das Zentrum noch genauer zu definieren, fortgesetzt. In diesem Zusamenhange wird gefordert, „daß die Vertretung (der Interessen des gesamten Volkes) »im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung« zu geschehen habe. Wohlgemerkt: im Einklang! Das heißt nichts anderes, als daß die Politik des Zentrums nicht im Widerspruch mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung stehen soll. Das ist doch eine Forderung, die völlig selbstverständlich ist." Allerdings! Aber die Mitglieder der Osterdienstagskonferenz sind es gerade gewesen, denen diese selbstverständliche Forderung nicht genügte und die damit allerhand abstruse und willkürliche Anschauungen verbanden, an die im Ernste bisher niemand gedacht hatte. Nachdem diese Dinge aber durch einige der Kölner Konferenz nahestehende Blätter, die anscheinend von einer wohlgeleiteten Zentralstelle aus bedient waren, immer wieder in einer Weise behandelt wurden, die die Vertreter einer anderen Auffassung in den Fragen der Organisation auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete als nicht ganz orthodox hinstellte, mußten die strittigen Fragen auch faktisch ausgetragen werden. Dazu kam, daß Dr. Kaufmann in einer Erklärung der Apologetischen Rundschau vom 15. Juli 1909 aufs neue den Artikel „Wir müssen aus dem Turm" heraus als eine Anregung bezeichnete, die „die vitalsten Fragen des Zentrums betraf", während es in Wahrheit nur eine auf die politische Lage im Jahre 1906 zugeschnittene parteitaktische Wahlparole war. Und schließlich war auch bereits die Einladung zu der Volksversammlung in Koblenz ergangen, in der nach den Verabredungen der Kölner Konferenz die Tendenzen der Teilnehmer in scharfer Prononzierung ausgesprochen werden sollten! Unter Hinweis auf einen Aufsatz eines „evangelischen Mitbürgers" (Nr. 603 der Köln. Volksztg.) über die starken Hemmungen, die dem politischen Leben durch die scharfe konfessionelle Spaltung eines Volkes erwüchsen, brachte daher die Köln. Volksztg. in Nr. 627 vom 27. Juli einen Artikel des praktischen Arztes Dr. Klemens Niemann in Rheine, worin die programmatischen Erklärungen der Gründer und größten Führer des Zentrums aus der Zeit seiner Entstehung wiedergegeben wurden.



Diese Stellen sind für die ganze weitere Debatte von grundsätzlicher Wichtigkeit gewesen und beleuchteten aufs klarste die neuen Momente. die durch die Definition des Zentrums in das Wesen und den Charakter desselben hineingetragen werden sollten. Auf diese und ähnliche Stellen aus den Reden und sonstigen Kundgebungen der Gründer des Zentrums (vgl. Hüsgen, Windthorst S. 95 ff.) beziehen sich auch die Anhänger der Roerenschen Richtung; aber sie legen sie in anderem Sinne aus und sagen, das Zentrum sei nur dann eine konfessionelle Partei, wenn es statutenmäßig nur Katholiken aufnehme. Das sei aber nicht der Fall, sondern es heiße jeden willkommen, der unter Anerkennung seines katholischen Charakters und der von ihm im Einklang mit der katholischen Weltanschauung betriebenen Politik mitarbeiten wolle. „Wenn man nur käme!" hatte der Abg. Roeren schon 1906 in seiner Trierer Rede, als er in etwas gewundenen und doppelsinnigen Sätzen von dem konfessionellen Charakter des Zentrums sprach, sich geäußert. Man fühlt auf jener Seite deutlich heraus, daß bei der Festlegung der Partei auf die bekannte Definition kein überzeugter Protestant jemals sich anschließen kann. Und das will man! Das Zentrum wäre dann de facto eine konfessionelle Partei, aber sie wird dann in einem verfassungsmäßig paritätischen Staat auch ihrem Schicksal nicht entgehen können. Die Hauptstellen des obenerwähnten Artikels lauten:

In dem zuerst im Frühjahr 1871 veröffentlichten Programm der Zentrumsfraktion ist eine solche Definition des Zentrums nicht enthalten. Der Abg. v. Mallinckrodt, der am 31. Januar desselben Jahres das Programm der Partei im Reichstage entwickelte, erklärte, dasselbe drehe sich um drei Punkte. „Der erste Punkt ist die Betonung des strengen Standpunktes des positiven und historischen Rechts, der zweite ist das Prinzip der religiösen Freiheit für alle Bekenntnisse. . . . Der dritte Punkt ist das Prinzip der Dezentralisation im Gegensatze zu den Tendenzen des Unitarismus."

Und Windthorst erklärte am 31. Januar 1872: „Die Fraktion, der ich angehöre, ist keine konfessionelle, das Programm derselben ist öffentlich bekannt gemacht und wir haben auf Grund desselben jeden eingeladen, der diese Grundsätze annehmen will. Und wer darauf akzeptierend eintritt, ist uns willkommen, welcher Konfession er immer angehöre."

Noch schärfer äußerte sich am Tage darauf der Abg. v. Mallinckrodt, indem er ausführte: „Wir haben Ihnen drei- und viermal gesagt: Wir sind keine konfessionelle Fraktion, wir wollen es auch nicht sein, wir sind es prinzipiell nicht nach unserem Programm, wir sind es tatsächlich nicht, insofern als wir im Reichstag auch protestantische Mitglieder zählen."

Und wem diese beiden Laien trotz ihrer hervorragenden Stellung nicht Autorität genug sein sollten, der wird vielleicht dem Bischof v. Ketteler glauben, der in seiner 1872 erschienenen Schrift: Die Zentrumsfraktion auf dem ersten Deutschen Reichstage (S. 16) erklärte: „Die Zentrumspartei ist so weit davon entfernt eine exklusiv katholische zu sein, daß die entschiedensten Anhänger des Protestantismus, wenn sie nur auf dem Boden des positiven Rechts und der rechtlichen Parität stehen, ihr angehören und in dieser Beziehung alle ihre Forderungen und Bestrebungen teilen können."

Und ferner gab Bischof v. Ketteler (in der obenerwähnten Schrift) der Hoffnung Ausdruck, es könne „die Zentrumsfraktion von großer Bedeutung für Deutschlands Zukunft werden, wenn sich auf dem Grunde der oben entwickelten Prinzipien jene Männer, Katholiken wie Protestanten, friedlich vereinigten, welche in der Trennung des Deutschen Reiches vom Boden des Christentums den Keim des Verderbens erkennen und welche zugleich, solange wir nun einmal im Glauben getrennt sind, für das friedliche Zusammenleben im gemeinsamen Vaterlande eine feste und rechtliche Grundlage suchen."



Hierauf antwortete der Abg. Roeren in einem Artikel mit der Ueberschrift „Christlich und katholisch", worin er als Ziel der Bestrebungen der mehrgenannten Osterdienstagsversammlung erklärt „einzig und allein die Bekämpfung des in Presse und sonstigen Druckschriften nun schon seit Jahren hervortretenden Bestrebens, den wirklichen Charakter des Zentrums zu verwischen". Um solchen Erörterungen wirksamer als bisher entgegentreten zu können, habe man den wahren Charakter des Zentrums in einem Leitsatz festzustellen versucht. In diesem Artikel, der auch in einer Reihe von Blättern der Roerenschen Bewegung erschien, gibt Roeren übrigens die Richtigkeit des Protokolls indirekt zu; was er als Gegenstand der Bestrebungen der Osterdienstagskonferenz anführt, ist dasselbe, was auch das Protokoll als Endergebnis hinstellt. Weiter heißt es in dem Artikel (im Gegensatz zu der Kampfmethode des Westfälischen Merkur und anderer Blätter, die sich über jedes Eingreifen anders gerichteter Organe in die von der Osterdienstagskonferenz verursachte Debatte sehr aufgeregt zeigten und den Abg. Faßbender wegen seines Artikels im Tag sogar persönlich angriffen) über das mögliche Ergebnis weiterer Auseinandersetzungen:

Es soll hiermit selbstverständlich auch nicht im Entferntesten eine Aenderung an dem ein für allemal feststehenden Charakter des Zentrums zum Ausdruck gebracht werden, noch auch ist tatsächlich darin eine Abweichung von dem alten Begriff enthalten. Auch wird für den Leitsatz nicht die Autorität einer parteioffiziellen Proklamation in Anspruch genommen, vielmehr handelt es sich lediglich um die private Aufstellung eines Leitsatzes, für den einzutreten die Teilnehmer der Versammlung sich geeinigt haben. Unter diesen Umständen die Teilnehmer, wie es in einigen anderen Blättern geschehen ist, als „moderne Sionswächter", „Ketzerrichter" u. dgl. zu beschimpfen, ist ebenso unangebracht wie unschön. Sachlich den Leitsatz anzugreifen, ist jedem unbenommen, sogar nur zu wünschen, da jede ruhige Diskussion nur zur Aufklärung von Mißverständnissen dienen kann und nach meiner Ueberzeugung zu einer schließlichen vollen Uebereinstimmung beider Teile führen muß.

Was die Ausdrücke „moderne Sionswächter" und „Ketzerrichter" betrifft, gegen die sich der Abg. Roeren in seinem Artikel verwahrt und die er auch in der Versammlung zu Koblenz ohne Quellenangabe wiederholt, um damit die Notwendigkeit und das Recht einer Verteidigung zu begründen, so haben diese Ausdrücke nicht in der Köln. Volksztg. und überhaupt nicht in einem Zentrumsorgan gestanden, sondern im Tag, wo der Verfasser Prof. Dr. Faßbender mit seinem Namen dafür eingetreten ist. Im übrigen sind die obigen Ausdrücke für diejenigen, die sich laut Protokoll der Osterdienstagskonferenz über Glaubensgenossen und politische Gesinnungsgenossen in einer so üblen Weise ausgelassen haben, durchaus nicht zu scharf, sondern entsprechen dem Empfinden aller, die das anfangs geheime und den ordentlichen Instanzenweg scheuende Vorgehen der Konferenz mißbilligen.

Im zweiten Teile seines Aufsatzes untersucht der Abg. Roeren die Bedeutung der Ausdrücke christliche oder katholische Weltanschauung und bestreitet, daß es zwischen Katholiken und Protestanten gemeinsame, aus der Lehre Christi stammende Berührungspunkte gebe, in bezug auf die man von einer christlichen Weltanschauung sprechen könne. Seine hierauf bezüglichen Ausführungen lauten:

Der Verfasser des Artikels glaubt Anstoß nehmen zu sollen an den Worten „im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung", in denen eine zu engherzige Konfessionalisierung des Zentrums gefunden werden könne, und möchte



statt der Worte „katholischer Weltanschauung" die Worte „christlicher Weltanschauung" gesetzt haben. Ich möchte demgegenüber die Frage an ihn richten, worin denn hier in diesem Zusammenhange der Unterschied zwischen christlicher und katholischer Weltanschauung bestehen soll. Für den Katholiken ist christliche Weltanschauung doch die auf katholischer Glaubens- und Sittenlehre beruhende Weltanschauung, und wenn er von christlicher Weltanschauung spricht, so meint er damit eben die katholische Weltanschauung. Das weiß der Protestant nicht minder als der Katholik, und deshalb würde auch die Abänderung des Wortes „katholisch" in „christlich" den Protestanten den Eintritt in das Zentrum nicht erleichtern. Auch der Protestant gründet seine christliche Weltanschauung auf die Lehren seiner Konfession.

In dem Artikel heißt es ferner, „daß die Gründer und größten Führer des Zentrums dasselbe mit voller Ueberlegung und ausgesprochenermaßen auf den Boden einer allgemeinen christlichen, aber nicht auf den Boden der spezifisch katholischen Weltanschauung gestellt haben". Die hier beliebte Gegenüberstellung der beiden Weltanschauungen legt die Annahme nahe, daß der Verfasser unter „allgemein christlicher" Weltanschauung eine Weltanschauung versteht, die auf den bei beiden Konfessionen übereinstimmenden religiösen Grundsätzen beruht. Dann aber drängt sich sofort die Frage auf, welche Grundsätze denn gemeinsam sind und wer darüber zu entscheiden hat, und die nicht minder schwierige Frage, wie es denn nun mit den spezifisch katholischen Grundsätzen bestellt sein soll, die doch auch wegen ihrer tiefeingreifenden Bedeutung im kirchlich-politischen Leben und wegen ihrer oft sehr scharfen Gegensätzlichkeit zu den Anschauungen auf evangelischer Seite der Vertretung im politischen Leben bedürfen. Es sei hier nur auf das Gebiet des Eherechts mit seinen Bestimmungen über die Auflösbarkeit der Ehe, der Wiederverheiratung und ihren gesetzlichen Folgen, auf die Grundsätze in betreff der kirchlichen Hierarchie, der Disziplinargewalt, der Konkordate usw. hingewiesen, die durchweg die vitalsten Interessen der Kirche berühren und alle bereits in der Politik und den Parlamenten zu denkwürdigen Debatten und Entscheidungen geführt haben.

Auf die wiederholten Feststellungen des Abg. Roeren, daß das Zentrum im Einklang und nicht im Widerspruch mit der katholischen Weltanschauung handeln dürfe, was weder in der Zentrumspresse noch sonst in der Zentrumspartei jemals behauptet worden ist, antwortete die Köln. Volksztg. in Nr. 639 vom 31. Juli 1909:

Für den Katholiken, so betont Herr Abg. Roeren in Nr. 635, ist christliche Weltanschauung doch die auf katholischer Glaubens- und Sittenlehre beruhende Weltanschauung. Die Kölnische Volkszeitung hat schon darauf entgegnet, daß das eine Selbstverständlichkeit ist, die man nicht in feierlichen Leitsätzen ausspricht. Ich füge hinzu: vor allen Dingen nicht ausspricht in einem Leitsatze, der eine Begriffsbestimmung einer politischen Partei geben soll. Ich habe den Eindruck, daß die Verfechter dieses Leitsatzes der Osterdienstagsversammlung fortwährend die Partei mit ihren einzelnen Mitgliedern verwechseln. Für diese, soweit sie katholisch sind, ist es ja ganz selbstverständlich, daß sie auch in der Politik im Einklang mit ihren katholischen Grundsätzen zu bleiben bestrebt sind. Aber das ist für jeden aufrichtigen Katholiken eine Selbstverständlichkeit, mag er der Zentrumspartei oder einer anderen politischen Partei angehören. Auch die katholischen Parlamentarier, die der konservativen oder einer liberalen Partei angehören, können von Rechts wegen nicht anders als im Einklang mit ihrer katholischen Weltanschauung sich betätigen.

Daß es solcher Parlamentarier so wenige gibt, und daß man Katholiken in anderen Parteien tatsächlich häufig in einer Weise sich betätigen sah, die man nicht als im Einklang mit der katholischen Weltanschauung stehend bezeichnen mußte, das steht auf einem ganz anderen Blatte und hat Gründe, die teils aus der Artung und Rekrutierung der betreffenden Parteien, teils aus persönlichen Momenten sich herleiten, die uns hier nichts angehen. Wenn es in anderen Parteien verhältnismäßig wenige oder doch verhältnismäßig wenige bekenntnistreue Katholiken gibt, so beweist dies nicht, daß das Zentrum eine konfessionell-katholische Partei sei oder sein müsse, sondern es beweist lediglich, daß die anderen deutschen Parteien, die hier in Betracht kommen, vielfach eine Stellung einnehmen, die es Katholiken er-



schwert teilweise sogar ganz unmöglich macht, ihnen anzugehören. Aus diesen Parteiverhältnissen folgt noch keineswegs, daß es hier für die Katholiken eine spezifisch katholische Partei geben müsse, sondern es folgt daraus nur, daß es eine Partei geben muß, welcher der Katholik angehören kann, ohne in Gewissenskonflikte zu geraten, eine Partei, die das Recht jeder Religionsgemeinschaft gewahrt wissen will, und deren Leitstern der echt christliche Gedanke der Versöhnung und des Ausgleiches widerstrebender Interessen ist.

Diese Partei ist das Zentrum. Das Zentrum aber kann diese Aufgabe tatsächlich nur erfüllen, wenn es bleibt, was es war: eine echte und rechte Volkspartei, welche das ganze Volk vertritt; so fordert es auch die Verfassung, und das Zentrum hat allezeit gleich großen Wert auf den Ruhmestitel einer Verfassungs- wie einer Volkspartei gelegt. Die Wortführer der Zehnmännerliga sagen, auch Protestanten solle nicht verwehrt sein, dem Zentrum anzugehören. Es ist aber ein Widerspruch, wenn sie dabei gleichwohl das Zentrum zu einer spezifisch katholischen Partei stempeln wollen, und wenn Hr. Geheimrat Roeren gewisse Gegensätze zwischen katholischer und protestantischer Auffassung in einer Weise betont, daß man daraufhin annehmen müßte, er halte das politische Zusammenwirken von Katholiken und Protestanten in einer Partei überhaupt für unmöglich. Tatsächlich hat sich, worauf schon die Zuschrift eines alten Zentrumsparlamentariers in Nr. 636 hinweist, dieses Zusammenwirken **in praxi** sehr gut bewährt. Es gibt auch gar nicht so viele konfessionelle Gegensätze, die für die praktische Politik Bedeutung haben.

Jedenfalls darf man das eine sagen: Wenn es in der Zeit des schärfsten Kulturkampfes möglich war, daß Katholiken und Protestanten in derselben Fraktion einträchtig und erfüllt von der größten gegenseitigen Achtung zusammenwirkten, soll es dann heute unmöglich sein? Gewiß, ein Wortführer des Evangelischen Bundes möchte sich wohl etwas sonderbar als Mitglied der Zentrumspartei ausnehmen, aber es ist keine Gefahr vorhanden, daß dieser Fall sich verwirklicht, und es gibt Gott Dank doch noch weite evangelische Kreise, die von den Hetzereien des Evangelischen Bundes nichts wissen wollen und sich auch sehr wohl eine Vorstellung davon zu machen vermögen, daß es einen weiten Weg gibt, auf dem Katholiken und Protestanten in gemeinsamer Arbeit zusammengehen.

Es ist in diesem Sinne auch gar nicht so schwer zu begreifen, was unter den christlichen Grundsätzen verstanden ist, nach denen Katholiken und Protestanten im politischen Leben gemeinsam wirken können. Wenn sich aber wirklich einmal eine verschiedene Auffassung bei den katholischen und den protestantischen Mitgliedern der Zentrumspartei ergäbe, so wäre diese -- nach allen bisherigen Erfahrungen höchst seltene — Schwierigkeit gewiß ebenso zu ertragen, wie die Gegensätze auf anderen Gebieten, die den Einzelnen doch auch oft sehr tief ergreifen. Die Sozialdemokratie wirft dem Zentrum vor, es könne, da es sich keiner Volksklasse einseitig verschreiben will, auch keiner gerecht werden. Die Erfahrung zeigt, daß dies nicht wahr ist, und die ruhige Ueberlegung bestätigt, daß vielmehr dort am wenigsten soziale Gerechtigkeit zu finden wäre, wo die Klassengegensätze rücksichtslos gegeneinander kämpfen. Jedenfalls denkt kein Mensch im Zentrum daran, deswegen, weil es soziale Gegensätze gibt, das Zentrum auf eine andere Grundlage zu stellen, so daß es statt eine Partei des ganzen Volkes eine Klassenpartei wäre. Eine solche Klassenpartei ist die Sozialdemokratie, und das Zentrum würde sich, staatsrechtlich betrachtet, der Sozialdemokratie an die Seite stellen, wenn es wie diese sich auf den Standpunkt stellen wollte, nur einen Teil des Volkes, nicht dieses in seiner Gesamtheit zu vertreten. Dem hetzerischen Gerede vom schwarz-roten „Antiblock", das wir in der Blockära stets energisch zurückgewiesen haben, von der „schwarzen und roten Internationale" wäre mit solchen Bestrebungen, das Zentrum in einen engen konfessionellen Rahmen zu spannen, Tür und Tor geöffnet.

Nein, wir bleiben, was wir sind und waren: eine wahre Volks- und Verfassungspartei, die ohne Hintergedanken und Vorbehalte das beste des ganzen deutschen Volkes zu fördern bestrebt ist, und es ist uns, den katholischen Mitgliedern dieser Partei, ganz selbstverständlich, daß wir bei diesem Streben nicht in Widerspruch zu unseren religiösen Grundsätzen geraten können. Wir brauchen keine neue Definition, keinen neuen Kurs, wir brauchen nur redliches, treues Fortarbeiten in dem alten Geiste und in der alten Eintracht!



Sehr scharfsinnig wies ein im parlamentarischen Leben stehender verdienter und angesehener Theologe die Unklarheiten und Schiefheiten der Roeren-Bitterschen Definition des Zentrums nach in den folgenden Ausführungen:

In dem Schreiben des Herrn Abgeordneten Roeren in Nr. 635 der Kölnischen Volkszeitung vom 28. Juli 1909 heißt es bezüglich der neu aufgestellten Definition des Charakters des Zentrums: „Sachlich den Leitsatz anzugreifen, ist jedem unbenommen, sogar nur zu wünschen, da jede ruhige Diskussion nur zur Aufklärung von Mißverständnissen dienen kann und nach meiner Ueberzeugung zu einer schließlichen vollen Uebereinstimmung beider Teile führen muß."

Ich möchte deshalb, ohne auf die Vorfragen der Nützlichkeit oder Notwendigkeit der Proklamierung der neuen Definition irgendwie einzugehen, mich nur an den Leitsatz selbst halten. Er lautet: „Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten."

Von einer Definition verlangt man zunächst größtmöglichste Klarheit und Knappheit im Ausdruck. Unklar ist zunächst der Ausdruck „katholische Weltanschauung". Die katholische Weltanschauung ist doch nichts anderes als die auf den Dogmen der katholischen Kirche aufgebaute Gesamtlebensführung der Christen. Statt „katholische Weltanschauung" muß also logischerweise der Koeffizient dieser Weltanschauung, die katholische Kirche, gesetzt werden.

Unklar ist ferner der Ausdruck „im Einklang". Er gibt nicht mehr oder weniger, als das einfachere Wort „nach". Die Definition müßte also in ihren Schlußworten lauten: nach den Grundsätzen der katholischen Kirche zu vertreten.

Etwas anderes will ja auch die Definition nicht sagen. Sie hat nur, instinktiv fühlend, daß eine zu klare Definition zugleich die Unverwendbarkeit des Leitsatzes allzu deutlich offenbaren würde, die unklaren Worte „im Einklang" und „katholische Weltanschauung" gewählt.

Ebenso ist in der Definition bedenklich der Ausdruck „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens". Nach der neuen Definition soll die Zentrumspolitik in allen Fragen und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens von den Grundsätzen der katholischen Kirche aus geführt werden. Wer ist aber der Wächter und Hüter dieser Grundsätze, wer entscheidet in strittigen Fällen, ob diese oder jene Anwendung der Grundsätze erfolgen soll? Niemand anders als das kirchliche Lehramt, der Papst und die Bischöfe. Wohlgemerkt sagt der Leitsatz „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens". Konsequenterweise werden danach Papst und Bischöfe als die legitimen Interpreten der Grundsätze der katholischen Kirche in allen Fragen der Zentrumspolitik, namentlich in Streitfällen, die Entscheidung haben. Das ist die logische Konsequenz der neuen Formel, an der kein Deuteln vorüberführt.

Wir kommen damit von selbst zur Achillesferse der Definition, zum **punctum distinctivum**, wie die Scholastiker sagen.

Vorab sei bemerkt, daß die von den Zehnmännern aufgestellte neue Definition an sich sehr gut als Leitstern und Programm einer politischen Partei dienen kann. Sie hat sogar einen gewissen Vorzug straffer Einheitlichkeit in Erstrebung von Ziel und Mitteln. Auch ist es wohl verständlich — und darin liegen die Wurzeln psychologischen Verstehens der Bewegung —, daß für die katholische Kirche begeisterte Männer die Auffassung vertreten, daß der Katholik sich nicht teilen solle, daß er bei allen Fragen und auf allen Gebieten des Gesamtlebens sich von den Grundsätzen der katholischen Kirche lenken und leiten lasse, auch in der Politik. Der schwere Fehler besteht nur darin, daß man eine an sich durchaus korrekte Definition des Charakters einer Partei dem Zentrum aufzwingen will, im Gegensatz zu seinem Ursprunge, seiner Geschichte und dem wohlbegründeten Vorgehen der Partei bis zu dieser Stunde.

Die Zentrumspartei hat den neuen Leitsatz bisheran nicht anerkannt und wird auch in der Zukunft ihn nicht anerkennen. Und zwar deshalb, weil der Leitsatz in seiner schroffen, einseitigen Konsequenz einseitig den Standpunkt des Katholiken zum Ausdruck bringt, ganz losgelöst von der historischen und tatsächlichen Stellung der deutschen Katholiken zu den übrigen christlichen Konfessionen im Vaterland. Es ist eine wunderschöne, logisch konsequente Theorie, die an den Realitäten der bestehenden

Zustände in Deutschland, unbekümmert um die unheilvollen Konsequenzen einer solchen Theorie, vorübergeht.

Schon bei der Gründung des Zentrums haben ähnliche unpraktische Idealisten vor dem praktischen Scharfblicke nüchterner Realpolitiker glücklicherweise zurückweichen müssen, nicht zum Schaden der Partei und ebensowenig zum Schaden der katholischen Kirche. Eine Organisation der Katholiken, die als politische Partei alle Fragen des öffentlichen Lebens unter dem Gesichtswinkel der konfessionell-katholischen Grundsätze beurteilt und vertritt, mag ja an sich höchst ideal sein, im historisch einmal gewordenen Zustande der verschiedenen christlichen Konfessionen im deutschen Vaterlande wird eine solche politische Organisation auf ausschließlich konfessioneller Grundlage als eine Herausforderung der übrigen staatsrechtlich gleichberechtigten christlichen Konfessionen betrachtet werden und deshalb durch den naturgemäß sich auslösenden Gegensatz und politischen Zusammenschluß der anderen christlichen, überwiegenden Konfessionen zum Verderben der katholischen Kirche gereichen.

Das Zentrum hat denn auch tatsächlich und durch feierliche, oft wiederholte Erklärungen seiner Führer von Anfang an den Standpunkt vertreten, seine Grundlage, in Rücksicht auf die Verhältnisse in Deutschland, aufzubauen auf die allen christlichen Konfessionen gemeinsamen Grundsätze. Tatsächlich hat das Zentrum nicht bloß gegenüber der katholischen Kirche, sondern auch gegenüber den evangelischen Landeskirchen und den anderen religiösen, staatlich anerkannten Organisationen des Protestantismus den konsequenten Standpunkt vertreten, die Geltendmachung der Sonderinteressen der verschiedenen christlichen Konfessionen, namentlich der innerkirchlichen, den einmal gesetzten, offiziellen Vertretern der einzelnen Konfessionen zu überlassen.

Als Vertreterin des Rechtes hat die Partei aber in Konsequenz ihrer Grundsätze darüber gewacht, daß die berechtigten Forderungen der katholischen Kirche, aber ebenso auch die Forderungen der anderen anerkannten Konfessionen im Staatsleben die verfassungsmäßig mögliche Berücksichtigung fänden. Wie gegenüber der katholischen Kirche, so würde die Partei auch gegenüber den anderen christlichen Konfessionen als Hüterin der verbrieften Rechte nie versagen. Noch bei der jüngst erfolgten Aufbesserung der Geistlichen der katholischen Kirche und der evangelischen Landeskirchen in Preußen ist dieser Standpunkt des Zentrums — übrigens in vollem Einvernehmen mit dem Episkopat — in aller Klarheit und Selbstverständlichkeit zum Ausdruck gekommen.

Wenn der Abgeordnete Roeren gemeint hat, es sei doch recht schwierig, die für die christlichen Konfessionen gemeinsamen Grundsätze festzustellen, so wird man ihm erwidern müssen, daß aber in unserem leider konfessionell zerrissenen Vaterlande die einzige Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens darin besteht, daß von allen Beteiligten die gemeinsamen Grundsätze mit aller Rücksicht und Sorgfalt geführt und beachtet werden, daß alles Scheidende und Trennende aber möglichst zurücktrete. Ein unnötiges und unrichtiges Hervorkehren der konfessionellen Eigenart und der konfessionellen Sonderwünsche in einer politischen Organisation zum Parteiprogramm erhoben, wird niemals zum Frieden führen. Nur auf dem Boden ehrlicher Parität und Toleranz stehend, kann die Zentrumspartei ihre schwierige Aufgabe in Deutschland lösen. Nur so kann sie dem Staat und den übrigen politischen Parteien gegenüber ihre Existenz rechtfertigen und ihre Tätigkeit für das Vaterland ersprießlich gestalten.

Um noch ein zweites psychologisches Erklärungsmoment der neuen Bewegung anzudeuten: Die mittelalterlichen Ideen mancher Kanonisten wirken noch nach, so daß manche eifrige oder überängstliche Katholiken glauben, der eben entwickelte Standpunkt des Zentrums sei vielleicht nicht ganz korrekt und mit gesunden kirchlichen Grundsätzen nicht vereinbar. Die Politik und die großen Lehrenzykliken Leos XIII. sind für manche noch ein verschlossenes Buch. Mögen sie für manche ein Trost und eine Beruhigung in ihren unmotivierten Sorgen werden: **veritas liberabit vos!**

In einer ferneren Zuschrift an die Kölnische Volkszeitung (Nr. 644, 1. August 1909) suchte der Abg. Roeren darzutun, daß es sich bei der Definition, wie er sie mit seinem Kollegen Bitter aufgestellt hatte, nicht um eine Neubestimmung des Charakters des Zentrums handele, sondern „lediglich um den



Versuch, festzulegen, wie der Charakter des Zentrums nach seinem Programm und der stets von ihm geübten Praxis aufzufassen sei. „Der Charakter des Zentrums ist ein für allemal feststehend und an ihm kann weder durch Definitionen, noch durch sonstige Beschlüsse etwas geändert werden." Die Teilnehmer der Kölner Konferenz hätten der Zentrumspartei keine neuen Grundsätze oktroyieren wollen: „Sie haben lediglich zum Ausdruck gebracht und festgelegt, wie nach ihrer Ansicht der alte und bis zur Stunde geltende Charakter des Zentrums aufzufassen sei. Hierzu aber sehen sie sich veranlaßt durch die nun schon seit Jahren von einem Teil der Presse geübte übermäßige Betonung des »politischen und interkonfessionellen« Charakters des Zentrums, die notwendig ein Zurückdrängen des Bewußtseins im katholischen Volke, daß die Hauptaufgabe des Zentrums die Vertretung der religiösen Interessen ist, zur Folge haben und Verwirrung anstiften muß . . . Dieser Stimmung wirksamer entgegenzutreten, ist der Zweck der ausdrücklichen Betonung, daß die Politik des Zentrums im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung stehen müsse." Wie man sieht, ist das in den Roerenschen Reden und Artikeln ein fortwährendes Spiel mit den Worten: der Charakter des Zentrums steht fest; es soll nichts daran geändert werden; das Zentrum hat sich keineswegs die Aufgabe gestellt, nur für die religiösen Interessen des katholischen Volkes einzutreten (Kölnische Volkszeitung, Nr. 913, 25. Oktober 1906) und dann wieder, Hauptaufgabe des Zentrums ist die Vertretung der religiösen Interessen und Politik im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung!

Diese Unklarheit in den Ausführungen der Hauptvertreter der Osterdienstagskonferenz beruht auf einem Denkfehler, auf den man in ihren Reden und Artikeln immer wieder stößt. Sie sagen: Die einzige berechtigte und anzuerkennende Form der christlichen Religion ist der Katholizismus. Daher können und dürfen wir nicht einerseits von einer allgemein christlichen und andererseits von einer spezifisch-katholischen Weltanschauung sprechen. „Wir können uns nicht teilen." Also kommt für uns allein und ausschließlich die katholische Weltanschauung, die auf der katholischen Glaubens- und Sittenlehre beruht, in Betracht. Aus diesem Schlußsatz zieht man dann die weiteren scheinbar streng logischen Folgerungen: Weil wir nur von dieser katholischen Grundlage aus in allen Lagen des Lebens denken und handeln dürfen, kommt nur die katholische Weltanschauung für uns in Betracht, also auch in der Politik, in der gewerkschaftlichen Organisation des Arbeiterstandes, in der Wissenschaft, Kunst und Literatur. Sieht man sich diese „logischen Folgerungen" aber genauer an, so zeigt sich, daß man zu geradezu absurden Ergebnissen kommt. An dem Beispiel der Verhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch, die Finanzreform usw. wurde dies wiederholt praktisch dargelegt. Es ist doch auch unbestreitbar, daß es eine Kunst und eine Wissenschaft gibt, die man christlich nennen muß, ohne sie katholisch nennen zu können. Auch kann man viele kulturelle Einrichtungen, wie Innungen, Versicherungen, Wohlfahrtseinrichtungen und Kassen, die aus einem „christlichen" Geiste geboren sind, ohne daß spezifisch katholische Grundsätze dabei zur Geltung gekommen sind, nicht als unberechtigt, als nicht „im Einklang mit der katholischen Weltanschauung" stehend bezeichnen. Wer zuviel beweist, beweist nichts. Man bedenkt nicht, daß der Satz von der Alleinberechtigung der



katholischen Weltanschauung gewiß an sich wahr ist und gilt, aber nicht in allen Lagen des Lebens und für alle politischen Verhältnisse eine hinreichende Orientierung gibt und geben kann, auch selbst bei strengster Auslegung gar nicht geben will. Welche positive Bedeutung hat die katholische Weltanschauung, um eine Entscheidung finden zu lassen in den zahllosen Einzelfragen des Heerwesens, der Marinepolitik, der Kanalbauten, der Handelsverhältnisse, der Steuerreform, der Arbeiterversicherungsgesetzgebung 2c.? Auch in allen diesen Fragen wird der Katholik niemals gegen die katholische Weltanschauung verstoßen dürfen, wenn und soweit sie in Frage kommt. Aber sie kommt eben bei solchen praktischen Vorlagen — und so bei weitaus den meisten politischen Einzelvorlagen — gar nicht in Frage.

Im Fortgang der Debatte wurde wiederholt hervorgehoben, daß ein Teil der Presse und besonders die Kölnische Volkszeitung, den „politischen und interkonfessionellen" Charakter des Zentrums zu sehr betont habe. Hierbei wird der wichtige Umstand übersehen, daß in der Stadt, wo die Kölnische Volkszeitung erscheint, ein großes nationalliberales Tagesorgan erscheint, das sich zum Prinzip gemacht hat, bei jeder ihm passend dünkenden Gelegenheit zu behaupten, das Zentrum sei eine einseitig konfessionelle Partei, verfolge nur ultramontane Interessen, sei bloß eine parlamentarische Schutztruppe des Papsttums, ein Hemmschuh für die gesunde politische Entwicklung des deutschen Volkes usw. Daß die Kölnische Volkszeitung eine notwendige publizistische Pflicht erfüllt, wenn sie zu solchen falschen und mit berechneter Absicht vorgetragenen Auffassungen, die zudem noch durch die Kreise der früheren Nationalkatholiken und der Deutschen Vereinigung und die ihnen zu Gebote stehenden Organe unterstützt wurden, regelmäßig Stellung nahm und den wahren Charakter des Zentrums, wie er aus dessen Programm und seiner jahrzehntelangen politischen Arbeit sich ergibt, gegen die Täuschungsversuche eingefleischter Gegner verteidigte, ist selbstverständlich. Wer die parteipolitische Lage in Köln und anderen großen Orten des Rheinlands während der Blockära objektiv mitberücksichtigte, konnte der Kölnischen Volkszeitung nur zustimmen, daß sie die Verwirrung stiftenden Anklagen der Gegner wider das Zentrum jeweils fest und bestimmt zurückwies. Hätte die Kölnische Volkszeitung, wie dies in der Coblenzer Versammlung noch Dr. Bitter behauptete, im „Uebermaß" hervorgehoben, das Zentrum sei eine politische, keine konfessionelle Partei, so mußte sie das doch schon vor dem Jahre 1906 getan haben, zumal im Anschluß an den im März dieses Jahres erschienenen Turmartikel. Daß dies nicht der Fall ist und nicht der Fall sein kann, bezeugt der Abgeordnete R o e r e n selbst in einer Zuschrift an die Kölnische Volkszeitung, zu der er sich anläßlich eines mißverstandenen Satzes seiner Rede auf dem Trierer Parteitag im Herbst 1906 bewogen sah. Darin schrieb er: „In meiner Rede findet sich nun die Stelle: ich verstehe es nicht, wie man sich vielfach auf unserer Seite gerade jetzt so fortgesetzt abmüht gegenüber der Behauptung unserer Gegner, wir seien eine konfessionelle, also katholische Partei, zu versichern und zu beweisen, wir seien eine nichtkonfessionelle Partei. Ich lege Wert darauf, hierdurch auf das bestimmteste zu erklären, daß dies in keiner Weise zutrifft. Der Gedanke an die Kölnische Volkszeitung hat mir hierbei so fern gelegen, daß ich es im Gegenteil als A u f g a b e eines führenden Blattes

der Zentrumspartei anerkenne und von einem solchen verlange, daß es dem offensichtlichen Bestreben, die Zentrumspartei als konfessionelle Partei hinzustellen, bei jeder Gelegenheit entschieden entgegentrete, damit über den Charakter der Zentrumspartei falsche Anschauungen sich nicht festsetzen und gegen die Zentrumspartei und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien sowie gegen ihre Gesamtstellung in unserem öffentlichen Leben ausgenützt werden." (Kölnische Volkszeitung Nr. 913 vom 25. Oktober 1906.)

Daher sind auch Vorwürfe, die hier und da gegen die Kölnische Volkszeitung von Zentrumsorganen, die einen solchen Kampf gegen ein liberales Organ nicht täglich zu führen haben, erhoben wurden, die Kölnische Volkszeitung habe seit Jahren zahllose Artikel veröffentlicht, um Stadt und Land klar zu machen, was das Zentrum eigentlich ist, grundlos und damit hinfällig. Wenn aber in der nun einmal nach Lage der Dinge unvermeidlich gewordenen Diskussion so manche programmatische Erklärung der Mitgründer des Zentrums wieder ans Licht kam, so ist das im Interesse der objektiven Wahrheit und der politischen Aufklärung der Zentrumsanhänger nur mit Freuden zu begrüßen. Hierher gehören u. a. die klaren und bestimmten Ausführungen des Abg. Peter Reichensperger (Olpe) bei der Beratung des Antrages Reichensperger und Gen. betr. die kirchlichen Verhältnisse in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Dezember 1873. Darin sagte er:

. . . Oder wenn Sie das aus Gewissensangst für uns nicht wollen, warum denunzieren Sie uns denn nicht in Rom? Das auswärtige Ministerium kennt ja den Weg dieser Denunziation der Fraktion des Zentrums in Rom. (Sehr gut!) Er ist ja ausweislich der Frankenbergschen Korrespondenz betreten worden, und wir haben damals geantwortet, erstens wir glaubten gar nicht an unsere Desavouierung in Rom — und sie hat sich ja auch als eine Unwahrheit erwiesen — und ich habe zweitens erwidert, wir hätten, wenn sie dennoch wahr sein könnte, unsere rein politische Haltung im Landtag nicht nach der Billigung oder Mißbilligung, sei es des Kardinalstaatssekretärs, sei es selbst Seiner Heiligkeit des Papstes, einzurichten. Das ist meine Erklärung, meine Antwort gewesen, bevor noch die uns rechtfertigende Antwort aus Rom gekommen ist. Es versteht sich ja auch ganz von selbst, daß wir unsere politischen Verpflichtungen dem Lande gegenüber nach eigenem freien Ermessen zu beurteilen haben, und daß darin Rom weder die Prätention macht, noch je dazu übergegangen ist, uns irgend zu inhibieren.

Allein, meine Herren, um diese ganze Frage — denn ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es noch möglich ist — endgültig zu begraben, will ich Ihnen dennoch eine Tatsache mitteilen. Diese selbigen Anklagen sind im Februar des Jahres 1873 in dem Repräsentantenhause zu Brüssel von dem Abgeordneten Bara ebenfalls vorgetragen worden, und er hat durch den Abgeordneten Dumortier dieselbe Antwort erhalten, wie wir sie jederzeit gegeben haben. Die Rede liegt auf meinem Tische zu jedermanns Einsicht offen; er hat genau dieselbe Antwort hinsichtlich des wirklichen Sinnes und der Bedeutung des Syllabus gegeben, wie wir es tun. Herr Dumortier hat sich nur dadurch von uns unterschieden, daß er geglaubt hat, um dem Dinge einmal ein Ende zu machen, diese seine Rede nach Rom schicken zu sollen, was wir nicht nötig hielten, und er hat die päpstliche Antwort bekommen, daß seine Auslassungen über den Syllabus ganz richtig und korrekt seien. Es ist am wenigsten durch den Syllabus etwas festgestellt worden, was gegen die Gewissensfreiheit oder gegen die Kultusfreiheit angeht. Indessen, meine Herren, wenn Sie mit Gewalt den Syllabus anders verstehen wollen, als der Papst es tut, dann ist das Ihre Sache. Ich begnüge mich mit demjenigen, was der Papst selbst gesagt haben will. . . .

So wie sich dieser klar blickende und scharf denkende Führer des Zentrums über den Charakter des Zentrums aussprach, so taten es bei jedem Versuche



gewisser Kreise, dem Zentrum einen konfessionellen Anstrich zu geben, die anerkannten Führer der Partei zu jeder Zeit. Im Jahre 1896 schrieb z. B. der Abg. Dr. Lieber an den Fürsten Karl zu Löwenstein: „Ich stehe und falle mit der Ueberzeugung, das Zentrum wird politische Partei sein, oder es wird auch für die kirchlichen und katholischen Interessen, Freiheiten und Rechte wertlos sein. . . . Nicht bloß das Zentrum und die wirksame Vertretung der deutschen Katholiken, der katholischen Kirche in unserem öffentlichen Leben, noch unabsehbar mehr steht auf dem Spiele, wenn die geschilderten Bemühungen . . . verfangen. Die Männer, welche ihnen obliegen, wissen nicht, daß sie mit dem Feuer spielen und mit was für einem." Aber auch von der höchsten Warte der katholischen Kirche fand diese Auffassung des Zentrums, wie sie die Führer immer vertreten haben, uneingeschränkte Anerkennung und Billigung. So sprach Papst Leo XIII. in einer Audienz vom 8. Mai 1900 zu dem Abgeordneten Dr. Porsch: „Die Augen der ganzen Welt sind auf das Zentrum gerichtet, das so mannhaft für die Rechte der Kirche eintritt. Als Schüler Windthorsts werden Sie diesem großen Namen immer große Ehre machen. Er war groß durch seine Stetigkeit und seine Festigkeit. Bleiben Sie seinen Grundsätzen im Kampfe für die Kirche ohne Zagen treu!"

Mit diesen Prinzipien der Zentrumspartei weiß sich auch die Kölnische Volkszeitung stets eins, und es lag ihr absolut fern, in dem durch die Osterdienstagskonferenz vom Zaun gebrochenen Streit nutzlose Erörterungen über das Wesen des Zentrums anzustellen. Wohl aber suchten die Mitglieder der Kölner Konferenz, die Mitglieder des Reichstags waren, Roeren und Bitter, ihre subjektiven Ideen in Volksversammlungen agitatorisch zu verbreiten, jener gelegentlich der Fahnenweihe des katholischen Arbeitervereins zu Eppelborn, dieser in einer Zentrumsversammlung zu Neunkirchen a. d. Saar am 25. Juli 1909. Hierbei sprach Dr. Bitter über die Reichsfinanzreform und ließ am Schluß eine Darstellung der politischen Bestrebungen jener Konferenz einfließen, die sich zum Teil in denselben Ausdrücken bewegte wie seine am 25. Juni in der Presse veröffentlichte Erklärung. Er sagte ferner: Das Zentrum sei eine politische Partei, die voll und ganz auf dem Boden der Verfassung stehe; ferner „Religion und Politik sind nicht dasselbe. Daß sie verschieden voneinander sind, das wissen wir auch . . . Wir wissen aber auch, daß sie in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen und nicht voneinander gelöst werden können". Dabei polemisierte er scharf gegen die von ihm gänzlich mißverstandene Parole: Heraus aus dem Turm! und stellte sie so dar, als ob dadurch der ursprüngliche Charakter des Zentrums hätte verwischt werden sollen und es von dem Fundament der katholischen Weltanschauung, auf dem es aufgebaut sei, hinweggeleitet werde.[1])

---

[1]) Das Auftreten des Abgeordneten Bitter in Neunkirchen und später in Coblenz brachte, wie die Osnabrücker Volkszeitung, das Zentrumsorgan des Wahlkreises Osnabrück, schrieb, die dortige Wählerschaft in den Verdacht, als ob sie diese Abweichungen ihres Abgeordneten irgendwie direkt oder indirekt vertreten hätte. Daher gab das Blatt folgende Aufklärung:

Die Interkonfessionalität der Zentrumspartei ist vielleicht in keinem anderen Wahlkreise der Zentrumspartei seither so entschieden vertreten worden, wie gerade im osnabrückischen, wo übrigens die Katholiken sich auch in der Minderheit befinden. Bei allen



Dr. Bitter erklärte in dieser Versammlung weiter: „Wenn ich das Zentrum richtig definiere, so sage ich: Das Zentrum ist eine politische Partei, aber es treibt Politik im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung." Es wurde also hier zum ersten Male die von der Osterdienstagskonferenz versuchte und von ihren Leitern ausgearbeitete Definition weitergegeben und für sie in größeren Kreisen geworben.

---

seitherigen Reichstagswahlen haben sie stets einem evangelischen Kandidaten, der sich dem Zentrum anschloß, ihre Stimme gegeben; außer Bitter ist überhaupt nur zweimal in den abgelaufenen 43 Jahren ein Kandidat katholischer Konfession aufgestellt gewesen; sonst ist regelmäßig ein strenggläubiger Lutheraner als Zentrumskandidat aufgestellt worden. Solange Windthorst lebte, hat er stets selber die betreffenden evangelischen Kandidaten in Vorschlag gebracht und ist mit großer Entschiedenheit für die Wahl dieser Lutheraner eingetreten, obwohl diese Herren als strenggläubige Lutheraner natürlich nicht auf dem Boden der „katholischen", sondern der gemeinsamen christlichen Weltanschauung standen. Auch bei der letzten Reichstagswahl im Januar 1907 hat die allgemeine Vertrauensmännerversammlung des Wahlkreises Osnabrück vor dem katholischen Herrn Dr. Bitter einen strenggläubigen evangelischen Zentrumskandidaten nominiert; erst nach Verzicht dieses evangelischen Herrn ist statt dessen Herr Dr. Bitter als Kandidat aufgestellt worden und zwar nicht aus konfessionellen, sondern aus rein politischen Erwägungen. Dr. Bitter ist dann für den interkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei in entschiedener Weise eingetreten und hat sich darauf gegenüber seinen Wählern verpflichtet, wie seine nachfolgenden Aeußerungen aus der Wahlbewegung beweisen.

In seiner Kandidatenrede in der Versammlung im Osnabrücker Vereinshause vom 21. Januar 1907 sagte er: „In dem gegenwärtigen Wahlkampfe handelt es sich um einen Kampf der Liberalen gegen die christliche Weltanschauung" („Allgemeine Zustimmung", bemerkt dazu der Zeitungsbericht);

weiter:

„es handelt sich um den Kampf des Glaubens gegen den Unglauben"; „das Zentrum hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß seine ganze politische Tätigkeit bestimmt ist nach christlichen Grundsätzen."

„Es gilt für jeden, der noch auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht, sei er Protestant oder Katholik, Schulter an Schulter zu kämpfen, damit das festeste Fundament des Staates, die christliche Weltanschauung, bleibt."

„Wir müssen in den Kampf ziehen und mit allen Kräften die christliche Weltanschauung, die christliche Idee zu verteidigen suchen. (Bravo! aus der Versammlung.) Das Zentrum ist keine konfessionelle, sondern eine politische Partei, das will besagen, es nimmt in die Reihen seiner Anhänger Protestanten wie Katholiken auf, nur müssen sie auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen." „Darin beruht die Wurzel der Macht und Einheit der Zentrumspartei, das beweist die glorreiche, glänzende Vergangenheit des Zentrums, die siegreichen Kämpfe, die das Zentrum seit Jahrzehnten für die christliche Idee geführt hat."

„Das Zentrum baut sein ganzes Programm auf auf dem Fundament der christlichen Weltanschauung."

„Wir stehen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, der christlichen Ideen."

„Seien wir Protestant oder Katholik, einerlei, wir kämpfen beide für die christlichen Ideen unter der altbewährten Devise: Für Wahrheit, Freiheit und Recht."

Bei den Reichstagswahlen von 1912 wurde der Abg. Dr. Bitter begreiflicherweise nicht wieder aufgestellt und der Wahlkreis Osnabrück ging dem Zentrum verloren.

Wiederholt war in jener Konferenz gefordert worden, daß diese Definition mit Windthorstschen Worten formuliert werden sollte. Davon war nun in der Wirklichkeit nichts zu sehen. In einer Erwiderung auf die Bittersche Rede wies die Kölnische Volkszeitung (Nr. 629) unter der Spitzmarke: Sprengpulver für das Zentrum darauf hin, daß dieselbe im Zentrumslager die größte Verwirrung stiften müsse, und hob einige markante innere Widersprüche in den Ausführungen Bitters hervor:

Er sagt, das Zentrum stehe voll und ganz auf dem Boden der Verfassung. Die Verfassung steht aber jedenfalls nicht auf dem Boden der katholischen Weltanschauung. Wer im Parlament konfessionell-katholische Politik treiben will, und das will Dr. Bitter, entfernt sich damit vom Boden der Verfassung. Das eine oder das andere. Man kann vom Boden der Verfassung aus Politik gemäß den allgemeinen christlichen Grundsätzen treiben, nicht aber spezifisch katholische Politik. Die große, ja erdrückende Mehrheit unserer Volksgenossen würde eine Fraktion, welche spezifisch katholische Politik treiben wollte, als nicht auf dem Boden der Verfassung stehend, als einen Fremdkörper betrachten und danach behandeln. Die große, überwältigende Mehrheit des deutschen Parlaments würde sich einer solchen konfessionellen Bildung mit äußerster Energie widersetzen, und man könnte es ihr von ihrem nichtkatholischen Standpunkt aus nicht verdenken. Die christliche Weltanschauung dagegen, welche den Vertretern der im Glauben getrennten beiden christlichen Konfessionen gemeinsam ist, kann man noch heute auch im deutschen Parlament zur Geltung bringen und soll sie zur Geltung bringen: man kann im deutschen Parlament erreichen, daß die Religionsfreiheit der deutschen Katholiken geachtet und die Rechtsstellung der katholischen Kirche auf deutschem Boden anerkannt wird. Eine konfessionelle Fraktion würde das nicht erreichen und nicht sichern können.

Dr. Bitter widerspricht sich auch selbst: einmal redet er von der katholischen Weltanschauung und dann wieder vom Christentum. Einmal sagt er, Religion und Politik hätten nichts miteinander zu tun — was übrigens falsch ist —, und dann wieder sagt er, Religion und Politik ständen in einem gewissen Verhältnisse zueinander und könnten voneinander nicht losgelöst werden. Den Artikel: Wir müssen aus dem Turm heraus! im Märzheft 1906 der Historisch-Politischen Blätter in München, für den der Verfasser allein die Verantwortung trägt und jederzeit zu tragen bereit ist, hat Dr. Bitter anscheinend nicht genau gelesen oder nicht verstanden; denn es steht nirgends darin, daß das Zentrum sichere Wahlkreise gläubigen Protestanten überlassen solle. Das Zentrum hat das übrigens im Laufe der Jahre doch schon getan und zwar unter voller Zustimmung und auf Betreiben Windthorsts, indem es in dem völlig sicheren rheinischen Wahlkreise Mülheim-Sieg-Wipperfürth ein Mandat dem evangelischen Appellationsgerichtspräsidenten a. D. v. Gerlach überließ. Das war vor Hrn. Bitters Zeiten. Die Wählerschaft des genannten Wahlkreises war politisch geschult genug, um einzusehen, daß das richtig gehandelt war, und hat nicht die mindesten Schwierigkeiten gemacht. Unter Hrn. Dr. Bitters Leitung des Zentrums wäre es unmöglich gewesen. Nach dem richtig verstandenen Gedanken des Artikels: Wir müssen aus dem Turm heraus! hat die Zentrumspartei übrigens auch schon bei mehr als einer Wahl gehandelt und wird sie zweifellos auch in Zukunft handeln. Das ändert an ihrem festen Boden ganz und gar nichts.

Die Aktion, welche Hr. Dr. Bitter, eines der an Dienstjahren jüngsten Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstages, unternimmt, ist nach obigem u. E. nicht geeignet, Klärung zu schaffen. Wohl aber wird sie Verwirrung und Unfrieden innerhalb der Zentrumspartei herbeiführen und den schlimmsten Gegnern des Zentrums Wasser auf die Mühlen treiben. Im gegenwärtigen Augenblick unternommen, wo die Zentrumspartei mit so ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hat und wo sie der Einigkeit und Geschlossenheit mehr denn je bedarf, ist diese Aktion nach unserem Dafürhalten nicht nur in hohem Maß inopportun, sondern auch geradezu verwerflich. Sie würde, wenn mehr dahintersteckte oder dahinterträte, als die Autorität des Hrn. Dr. Bitter und einer Anzahl gesinnungsverwandter Persönlichkeiten, die naturnotwendige und unausbleibliche Folge haben, daß sich im



deutschen Parlament ein antikatholischer Block, und zwar ein fester, dauernder antikatholischer Block bildete, welcher entweder, wie in Frankreich, die katholische Kirche brutal vergewaltigte oder, wie in Italien, im öffentlichen Leben völlig beiseite setzte. Reden wie die des Abg. Bitter sind nur geeignet, den Boykott des Zentrums durch die nichtkatholische Mehrheit geradezu anzuregen und zu begründen.

Zu dem Artikel der Kölnischen Volkszeitung, der die Versuche des Abg. Bitter, den Charakter des Zentrums in einer neuen Definition „festzulegen", in ihren Widersprüchen und in ihrem Gegensatze zu der Ueberlieferung der Partei und der Auffassung der Gesamtpartei aufdeckte, erhielt die Redaktion von einem älteren Mitgliede der Reichstagsfraktion des Zentrums, das tüchtige Arbeit im Parlament und in den Kommissionen geleistet hat, folgende Zuschrift (Nr. 637 vom 30. Juli 1909):

Mit dem Sprengpulver-Artikel in Nr. 629 haben Sie mir und gewiß der großen Mehrheit der Fraktion aus der Seele gesprochen. Es hat etwas sehr Bitteres an sich, wenn man, nachdem man mehr als ein Jahrzehnt der Fraktion angehört, nachdem man in so und so viel Versammlungen das Volk für das Zentrum, seine Prinzipien, sein Programm und sein Wirken erwärmt und begeistert hat, sich auf einmal vor die Tatsache gestellt sieht, daß — nicht die Führer der Partei, nicht ein Spahn, ein v. Hertling, ein Gröber, Herold, Schädler, Pichler usw., sondern der seit sage und schreibe zwei Jahren und einigen Monaten dem Reichstag angehörige Hr. Dr. Bitter die Frage aufwirft: Was ist das Zentrum? und für diese Frage bzw. die richtige Beantwortung sich als den Interpreten der Gründer, der Windthorst, Mallinckrodt usw., hinstellt.

Und diese Frage wird nicht gestellt in der Fraktion, nicht im Vorstand der Fraktion. Nein, Hr. Dr. Bitter stellt die Frage und läßt sie beantworten in Abwesenheit der Fraktion, in Abwesenheit des Vorstandes, er verhandelt ohne sie, ja gegen sie. Die Führer, welche sich ihrer Verantwortlichkeit voll und ganz bewußt sind, mahnen zur Einigkeit und Einmütigkeit, da kaum jemals eine so schwierige Zeit für das Zentrum gekommen sei, als in unseren Tagen; und da setzt nun unter Führung des Hrn. Dr. Bitter eine Bewegung ein, welche nicht nur „Sprengpulver für das Zentrum" ist, sondern welche beschämend für die Partei und alle ihre Mitglieder ist. Also erst mit dem Erscheinen des Hrn. Dr. Bitter auf der parlamentarischen Arena soll uns Parlamentariern der wahre Inhalt des Zentrumsgedankens aufgehen. Ich kann es nicht fassen, wie Hr. Dr. Bitter zu dem „Mute" kommt, eine solche Aktion, und zwar so, wie er sie unternimmt, zu inszenieren. In diesem Fall ist es mehr als Mißtrauen, was mich erfüllt, hier ist es ein anderes Gefühl, das ich nicht näher bezeichnen will, welches mich veranlaßt, mich abzuwenden von dem höchst unerfreulichen Schauspiel, das der Partei geboten wird.

Unter dem Aufrufe lese ich eine Anzahl von Namen, welche im ersten Stadium nicht in der neuen Bewegung standen. Ich schöpfe daraus die Zuversicht, daß die Angelegenheit durch die Träger dieser Namen zu einem glücklichen Ende geführt werde. Vor allem hoffe ich, daß durch das Eingreifen dieser Herren dem Aergernis ein Ende gemacht werde, daß öffentlich über einen Leitsatz debattiert wird bzw. zur Debatte über einen Leitsatz aufgefordert wird, der das Wesen und die Aufgabe des Zentrums klarstellen soll, ohne daß die führenden Herren der Partei zunächst sich über die Opportunität einer solchen Debatte geäußert haben, ohne daß sie die Notwendigkeit einer solchen Festlegung des Begriffs „Zentrum" anerkannt haben. Als Mitglied der Zentrumsfraktion, als einer, der viel länger als Hr. Dr. Bitter mitverantwortlich gemacht worden ist für das Wirken und Wollen des Zentrums, protestiere ich auf das allerentschiedenste gegen das von Hrn. Dr. Bitter beliebte Vorgehen.

Sie erweisen unserer Sache einen überaus großen Dienst, wenn Sie auch in Zukunft, wie bisher, in dieser Angelegenheit feststehen und sich völlig ablehnend verhalten.

Daß es sich bei den Bestrebungen der Osterdienstagskonferenz, wie sie in dem Artikel des Abgeordneten Roeren in die Erscheinung traten, doch um etwas



ganz Neues, um eine „Neubestimmung" handelte, zeigte ein anderer alter Zentrumsparlamentarier in folgender Zuschrift an die Kölnische Volkszeitung (Nr. 636 vom 30. Juli 1909):

„Wir müssen zu Windthorst zurück!"

Die „Bewegung", welche durch den Abg. Dr. Bitter auf der Versammlung zu Neunkirchen am 25. Juli (vgl. Kölnische Volkszeitung Nr. 629 vom 27. Juli) zuerst in eine größere Oeffentlichkeit getragen worden ist, ist auf der mehrerwähnten Kölner Osterdienstagsversammlung inauguriert worden unter dem Spruche: „Wir müssen zu Windthorst zurück!" Mit diesem Satze kann man sich nur vollständig einverstanden erklären. Wer aber die Geschichte des Zentrums, insbesondere der Gründung und der ersten Jahrzehnte des Zentrums auch nur einigermaßen kennt, der kann unmöglich dazu kommen, diesen Satz dem gegenwärtigen Zentrum zuzurufen, sondern der muß ihn denjenigen zurufen, welche jetzt aus dem Zentrum etwas anderes machen wollen als es ist. Denn darüber kann gar kein Zweifel sein: Die Bittersche Bewegung richtet sich gegen das Zentrum, so wie es heute ist, und wie es von Anbeginn an gewesen ist. Man will nicht das Zentrum „definieren", so wie es heute ist und stets gewesen ist, sondern man will durch eine „Definition" dem Zentrum einen anderen Charakter aufdrücken als es bisher gehabt hat Das muß man von vornherein fest im Auge behalten, wenn man das Vorgehen des Abgeordneten Dr Bitter und seiner engeren Freunde richtig beurteilen will.

Auf der Osterdienstagsversammlung hat Herr Abgeordnete Dr. Bitter den Auftrag erhalten und übernommen, die beabsichtigte neue „Definition" des Zentrums „mit Windthorstschen Worten" zu formulieren. In seiner Neunkirchener Rede, so weit sie bisher bekannt geworden ist, ist von einer solchen Definition „mit Windthorstschen Worten" nichts zu finden. Windthorst und seine Freunde, welche mit ihm an der Gründung des Zentrums beteiligt waren, haben es, wie jeder Kenner der Geschichte weiß und wie man es in den Biographien des P. Pfülf über Bischof v. Ketteler und Hermann v. Mallinckrodt, sowie in der Biographie von Pastor über August Reichensperger nachlesen kann, mit voller und bewußter Absichtlichkeit vermieden, dem Zentrum, das sie als politische Partei gründeten, nach irgend einer Richtung hin einen konfessionellen Charakter zu geben.

An dieser historischen Tatsache ist nun einmal absolut nicht zu rütteln. In den Programmen des Zentrums, wie in den Satzungen und ersten Veröffentlichungen des Zentrums steht nichts, was irgendwie eine Handhabe bietet, das Zentrum als eine „konfessionelle" Partei auszugeben. Der Zweck war nicht nur, sich auf den Boden der paritätischen Verfassungen und der gegebenen parlamentarischen Verhältnisse zu stellen, sondern auch, Andersgläubigen, insbesondere Protestanten, welche bereit waren, mit dem Zentrum nach dessen Programm „das Recht und die Freiheit der Religionsgesellschaften" zu vertreten, die Tür zum Zentrum weit aufzumachen. Auf diesem Boden steht auch heute das Zentrum noch, und wenn auch die protestantischen Mitglieder des Zentrums, die zeitweise bis auf zehn angewachsen waren (in der Session 1878/81 betrug die Zahl zehn, in der folgenden Session neun, 1884/90 wieder zehn), stark zurückgegangen sind, so ist doch nicht die mindeste Veranlassung dazu vorhanden, für jetzt und für die Zukunft protestantischen Mitgliedern den Beitritt zum Zentrum unmöglich zu machen dadurch, daß man in die Definition des Zentrums als Partei das ausschließlich Katholische hineinträgt.

Es ist ganz selbstredend, daß für die einzelnen katholischen Mitglieder des Zentrums ihre katholische Weltanschauung auch für ihre politische Tätigkeit in den parlamentarischen Körperschaften maßgebend ist, ebenso wie die jetzigen und früheren protestantischen Mitglieder des Zentrums dabei niemals darauf verzichtet haben, für ihr Wirken ihre eigene, protestantische Weltanschauung maßgebend sein zu lassen. Die protestantischen Mitglieder haben bisher die katholischen niemals daran gehindert, von ihrer katholischen Weltanschauung auszugehen, wie auch die katholischen selbstredend niemals versucht haben, die protestantischen Mitglieder bei Geltendmachung ihrer protestantischen Auffassung zu beengen. Man ging eben zusammen, wo man zusammengehen konnte, und es hat sich gezeigt, daß gläubige Katholiken



und gläubige Protestanten ein sehr weites Stück Weges auf dem Boden der parlamentarischen Körperschaften zusammengehen können, insbesondere auch, wo es gilt, „die kirchliche Freiheit und das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen". Wohl haben sich hier und da Gelegenheiten ergeben, wo die protestantischen Mitglieder des Zentrums von den katholischen sich trennten. Aber das geschah dann nahezu ausschließlich auf Grund einer anderen politischen Auffassung, wie ja zuweilen auch katholische Minoritäten sich absplitterten, nicht aber auf Grund konfessioneller Differenzen. Es ist nicht eine einzige Gelegenheit bekannt geworden, wo aus konfessionellen Gründen sich Schwierigkeiten ergeben haben.

Warum soll an diesen Verhältnissen gerüttelt werden? Darüber kann doch kein Zweifel sein, daß, wenn in eine offizielle Definition des Zentrums als Partei die „katholische Weltanschauung" hineingearbeitet wird, es fortan allen Protestanten ausdrücklich unmöglich gemacht ist, dem Zentrum beizutreten. Bedeutet das eine Stärkung der katholischen Position, eine Stärkung derjenigen Tendenz, welche auch auf dem Boden der Parlamente „das Recht und die Freiheit der Religionsgenossenschaften", also auch der katholischen Kirche, entschieden vertreten will? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Gerade das Gegenteil ist der Fall.

Wenn jetzt in eine Definition des Zentrums als Partei das Spezifikum der „katholischen Weltanschauung" hineingebracht werden soll, so muß aus dem Zentrum eine Art **corpus catholicorum** werden, und dieses **corpus catholicorum** wird ganz von selbst — und wie hinzugefügt werden muß, mit Recht — die Bildung eines **corpus evangelicorum** zur Folge haben. Nur würde gegen früher ein großer Unterschied sein. Auf dem alten Deutschen Reichstage konnten die Katholiken von dem **corpus evangelicorum** nicht überstimmt werden. Im neuen Deutschen Reichstage aber würde ein **corpus catholicorum** auf alle absehbare Zeit zur Minorität verurteilt sein und, wie sich das ja in den Zeiten des Kulturkampfes gezeigt hat, von einem **corpus evangelicorum** mit voller Rücksichtslosigkeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit überstimmt und damit unterdrückt werden.

Haben wir als Katholiken ein Interesse daran, solche Zustände herbeizuführen? Oder liegt gar dazu eine Notwendigkeit vor? Wird etwa, wenn es bei den heutigen Zuständen verbleibt, die katholische Ueberzeugungstreue der katholischen Mitglieder des Zentrums geschwächt oder schwankend werden? Das ist bisher nicht der Fall gewesen und wird auch in Zukunft nicht der Fall sein. Nach dieser Richtung hin wird aus den Erfahrungen einer jetzt achtunddreißigjährigen Zeit nicht das mindeste Bedenken hergeleitet werden können. Immer sind die eifrigsten, klarsten und überzeugtesten Katholiken dem Zentrum beigetreten, und man kann ruhig behaupten, daß es heute für einen glaubenstreuen, selbstbewußten, unsere politischen Verhältnisse richtig erfassenden Katholiken vernünftigerweise keine andere politische Partei gibt, der er beitreten könnte, wie das Zentrum. So wird es ohne Zweifel auch dann bleiben, wenn man jetzt darauf verzichtet, durch eine neue „Definition" die Natur des Zentrums in seinem Grundcharakter verändern zu wollen.

Man darf also wirklich gerade den Anhängern der völlig unklaren und von allen geschichtlichen Kenntnissen und Erfahrungen über die Zentrumspartei absehenden Richtung, welche in der Neunkirchener Versammlung sich gezeigt hat, mit voller Bestimmtheit das Wort zurufen: Zurück zu Windthorst! Man darf ihnen auch zurufen: Zurück zu Bischof v. Ketteler! In der Kölnischen Volkszeitung wurde bereits erwähnt, daß unter ausdrücklicher Befürwortung Windthorsts seinerzeit in dem sicheren Reichstagswahlkreise Mülheim-Wipperfürth der Protestant v. Gerlach gewählt worden ist. Es kann hinzugefügt werden, daß Bischof v. Ketteler, nachdem er im Jahre 1872 in dem sicheren Wahlkreise Tauberbischofsheim sein Mandat niedergelegt hatte, eifrig dazu mitgewirkt hat, daß als sein Nachfolger der protestantische Rechtsanwalt Dr. Ludwig Schulz gewählt wurde, der dann der Zentrumspartei beitrat. (Man vergl. darüber die ausgezeichnete Biographie Kettelers von P. Pfülf, 3. Band, S. 167.) Gleichzeitig veröffentlichte er seine Schrift: Die Zentrumspartei auf dem ersten Deutschen Reichstag, in welcher er den Charakter des Zentrums ganz scharf so zeichnete, wie er hier vertreten ist. Es ist ganz selbstredend, daß, wenn das Zentrum als Partei damals das Charakteristikum des spezifischen Katholizismus hervorgekehrt hätte, selbst so wohlmeinende Protestanten wie Herr v. Gerlach und Dr. Schulz niemals sich dazu hätten verstehen können, dem Zentrum beizutreten.



Auf diesem Boden hat das Zentrum bisher seine Erfolge erzielt und hat insbesondere der katholischen Kirche, soweit an ihm lag, diejenige Verteidigung bringen können, die sie aus dem gewaltigen Angriffe des Kulturkampfes gerettet hat. Wenn jetzt im Sinne des Abg. Dr. Bitter der Charakter des Zentrums geändert werden soll, so ist klar, daß dadurch das Zentrum gerade auch in seiner Position zur Verteidigung der Rechtsstellung der katholischen Kirche erheblich geschwächt werden würde.

Es ist gut, daß die Bestrebungen des Abg. Dr. Bitter endlich an die Oberfläche kommen, so daß sie öffentlich diskutiert werden können. Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Diskussion eine recht kurze werde und daß sie dann damit abschließe, solche Bestrebungen endgültig aufzugeben, daß man es also bei dem historischen, ungeänderten Charakter des Zentrums, so wie es immer war und heute ist, endgültig beläßt. Das fortwährende Herumarbeiten an der „Natur" des Zentrums, wie es jetzt seit mehreren Jahren im stillen betrieben wurde, hat schon manche Verwirrung gestiftet und manchen Schaden gebracht.

Vor allem aber soll man es unterlassen, in dieser Diskussion mit der Behauptung zu operieren, man wolle das Zentrum „zu Windthorst zurück" führen. Abg. Dr. Bitter und seine Freunde sollten vielmehr offen eingestehen, daß sie jetzt aus dem Zentrum etwas anderes machen wollen, als wozu Windthorst und die Gründer des Zentrums es gemacht haben, etwas anderes, als es heute ist und stets gewesen ist.

Das Zentrum bedarf wirklich jetzt, nach achtunddreißigjähriger fruchtbarer Tätigkeit, keiner „Definition" mehr, und erst recht keiner neuen Definition. Es ist nichts nötig, als daß auf dem Boden des Zentrums, so wie es stets war und noch heute ist, fleißig und verständig gearbeitet werde, daß die Einigkeit bewahrt, Verwirrung vermieden und die Kräfte zusammengehalten werden zum Kampfe gegen unsere Feinde, die von außen kommen.

Hatte schon das Zentrum der Windthorstschen Traditionen oft den Ansturm der gesamten politischen Gegner rechts und links abzuwehren, so mußten Reden wie die Dr. Bitters bei der gespannten Lage der Konfessionen in Deutschland den Boykott des Zentrums durch die nichtkatholische Mehrheit geradezu herausfordern. Auch liberale und spezifisch protestantische Organe erklärten, daß die Befürchtung der Kölnischen Volkszeitung, durch das Treiben und den allenfallsigen Sieg der neuen Bewegung würden französische Zustände im deutschen Katholizismus herbeigeführt, nicht von der Hand zu weisen sei. Die stärksten, weil tiefsten Lebenskräfte des deutschen Katholizismus würden unterbunden, der von der Osterdienstagskonferenz heraufbeschworene Streit Versumpfung, Veräußerlichung und endlich Zersetzung bewirken. — So erkannten die Gegner schärfer als viele im Zentrumslager, wo die wirkliche Gefahr für den deutschen Katholizismus steckt.

Einige Blätter, die der Richtung der Osterdienstagskonferenz folgten, machten der Kölnischen Volkszeitung zum Vorwurfe, daß sie nicht mitgeteilt habe, was sie unter der „christlichen Weltanschauung" verstehe, und dieser Vorwurf wurde in der Folgezeit noch oft wiederholt, u. a. auch von Dr. Krueckemeyer in seiner Broschüre. Darauf ist zu erwidern, daß in d i e s e m Sinne, das heißt für den Zweck der Abgrenzung der politischen Zentrumstätigkeit, die „christliche Weltanschauung" nichts ist wie die Formel, welche nicht nur gläubigen Katholiken, sondern auch gläubigen Protestanten den Zugang zum Zentrum offen halten soll. Christ ist, wer an die Gottheit Christi und die Verbindlichkeit der von Christus gebrachten Lehre und Gebote glaubt. In diesem Sinne sind die Katholiken Christen. Es gibt aber auch Protestanten, welche in diesem Sinne Christen sind, wenn sie auch eine andere Meinung vertreten wie die katholische Kirche über das, w a s Christus geoffenbart hat. Mit solchen Protestanten können, wie die Dinge zurzeit in Deutschland liegen, die Katholiken politisch



zusammengehen; sie müssen es sogar, wenn sie den christlichen Charakter des preußischen Staates, wie ihn die Verfassung gibt, festhalten, die konfessionelle Volksschule bewahren und verteidigen wollen. Das und nichts anderes bedeutet es, wenn Windthorst, Ketteler, Mallinckrodt, Jörg so oft betont haben, daß das Zentrum auf „christlichem" Boden stehe, und genau in demselben Sinne hat auch die Kölnische Volkszeitung stets den Ausdruck „christliche Weltanschauung" mit Bezug auf das Zentrum gebraucht. Niemals ist es der Kölnischen Volkszeitung eingefallen, mit diesem Ausdrucke irgend etwas von den religiösen Lehren des Katholizismus preiszugeben, die für sie wie für alle Katholiken lediglich der Lehre des apostolischen Stuhles entsprechen. Wir meinen, Herr Dr. Krückemeyer hätte sich das alles auch selbst sagen können. Und doch hat der letztere ganz richtig verstanden, wie die Sätze der Kölnischen Volkszeitung gemeint sind, wenn er selbst sagt (S. 61): „Um konfessionell-katholische oder spezifisch-katholische Politik zu treiben, bietet die Verfassung gar keinen Raum. Das Konfessionell-Katholische ist Sache der kirchlichen Behörden, nicht aber der Politik. Wenn, wie auch die Kölnische Volkszeitung schreibt, im Parlament erreicht wird, daß die Religionsfreiheit — ich füge hinzu: die völlige — der deutschen Katholiken geachtet und die Rechtsstellung der katholischen Kirche auf deutschem Boden anerkannt wird, so ist damit der katholischen Weltanschauung völlig Genüge geschehen. Mehr verlangt kein Mensch; ebenso wie jeder einsichtige Zentrumsmann unabänderlich an dem politischen, nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei festhalten wird." Wenn von der Osterdienstagskonferenz nicht ein Mehreres verlangt würde, wäre die ganze von ihr hervorgerufene „Bewegung" und anderseits deren Abwehr innerhalb der Zentrumspartei nicht nötig gewesen.

Wie aber hinwiederum gläubige Protestanten über ein Zusammengehen mit den Anhängern der katholischen Weltanschauung denken, dafür zeugt eine aus der Feder eines „evangelischen Theologen" stammende, im Jahre 1890 veröffentlichte Schrift: „Ein Wort zum Frieden in dem konfessionellen Kampf der Gegenwart". Darin heißt es: „Die Kirche ist Eine. Sie ist auch in der Trennung Eine geblieben. Wir, Evangelische und Katholiken, sind nicht völlig von einander getrennt. Wir sind immer noch Christen. Der Hoffnung auf die Einigung entsagen, heißt Christum verleugnen. — Im Hinblick auf das Heil, das uns gemeinsam ist, vermögen wir in dem Haß der Angehörigen beider Kirchen gegeneinander nur das bewußte oder unbewußte Einstimmen in die Verleugnung des Heils im allgemeinen unter Betäubung des Gewissens mit dem Sonderbekenntnis zu erkennen. Wem alles Positive, die Kirche als solche, ein überwundener Standpunkt ist, dem wird es leicht, die andere Kirche preiszugeben. — Was sagen die Feinde? So ist's recht, rennt euch die Köpfe gegeneinander ein; dann gehen wir mit der Beute davon." Der Mann, der diese irenische Schrift zum Druck beförderte, war ein edler katholischer Priester, der bekannte Geschichtsschreiber Johannes Janssen.[1])

Zu obigem stimmt auch das Urteil der Germania vom 27. Juli 1909, wenn sie sagt: „Ein neues Zentrum gibt es nicht und wird es nie geben; es gibt nur das Zentrum, wie es sich die großen Führer gedacht und geschaffen haben.

[1]) L. v. Pastor, Johannes Janssen. Ein Lebensbild. S. 113 f.



Dieses Zentrum aber hat keine neue Begriffsbestimmung nötig; es ist vorzüglich gediehen und hat Gutes gewirkt unter seinem alten Namen, und so wird es auch weiter sein, wenn nur alle Anhänger des Zentrums diesen Geist voll erfassen und ihn konsequent zur Geltung zu bringen bestrebt sind." Zu dem in einzelnen Blättern erschienenen Inserat, das zu der Versammlung in Koblenz einlud, bemerkte die Schles. Volksztg.:

Wir können auch heute nur wünschen, daß durch eine klare Aussprache die Differenzen, die in den bewußten Punkten bestehen, ausgeglichen werden. Sollte das jedoch nicht möglich sein, so muß man zum mindesten fordern, daß auf beiden Seiten die Ueberzeugung des anderen geachtet wird und darauf achtet, daß die Geschlossenheit des Zentrums unter diesen doch mehr theoretischen Fragen nicht leidet. Hier und dort muß Ruhe und Besonnenheit die Oberhand behalten, damit der Streit rein sachlich bleibt und nicht ins Persönliche ausartet, wozu leider in der letzten Zeit die Anfänge in die Erscheinung traten.

Sehr kräftig sprach die Neisser Ztg., die in dem ganzen Streit recht energisch die Quertreibereien ebenso wie das verwirrende Gefackel einzelner Organe verurteilt hatte, ihre Meinung dahin aus:

Wir können unsere Ueberzeugung nicht in die Ecke stellen und auch nicht in den Keller verschließen. Wir bleiben bis zum Ende dabei: Diese Pläne und ihre Durchführung bedeuten den Anfang vom Ende! Bei aller Hochachtung und Verehrung vor der Person jener Männer müssen wir sagen, daß sie die Axt an die Wurzeln unserer seit 39 Jahren bestehenden politischen Organisation legen. Das ist natürlich nicht ihre Absicht, aber das ist die sichere Folge, wenn ihr Vorgehen gelingen sollte!

Aufklärung über die von der Osterdienstagskonferenz betriebene Außenseiter-Politik war gewiß nötig, aber die Verhandlungen darüber mußten vor dem zuständigen Forum stattfinden, das dann auch gleich endgültig zu entscheiden hat. Die vom Abg. Roeren als Ziel der Versammlung bezeichnete Bekämpfung des in Presse und sonstigen Druckschriften nun schon seit Jahren hervortretenden Bestrebens, den wirklichen Charakter des Zentrums zu verwischen, ließ auf ein reiches Anklagematerial schließen! In Wahrheit hat sich der Referent in Koblenz, wie man sehen wird, nur auf leere Beschuldigungen und Angriffe der Köln. Volksztg. gestützt!

* * *

Infolge des in Köln vom 4.—8. August 1909 stattfindenden XX. Internationalen Eucharistischen Kongresses ruhte die Erörterung über das strittige Thema einige Tage, wurde aber sofort nachher wieder aufgenommen im Hinblick auf die vierzehn Tage nach der Neunkirchener Versammlung von den Mitgliedern der Osterdienstagskonferenz angesagte öffentliche Versammlung in Koblenz, die ausschließlich der Förderung der von der Kölner Konferenz vertretenen Bestrebungen dienen sollte. Während die Konferenzmitglieder in Reden und Zeitungsartikeln ihre geheime Besprechung vom 13. April in Köln geflissentlich eine „Versammlung" nannten, luden sie nebst einigen gesinnungsverwandten Herren nach Koblenz zu einer „Konferenz" und zu einer „wohlwollenden Besprechung" ihrer Leitsätze ein und machten in dem zu ihnen haltenden Teil der Presse Stimmung dafür. Ohne daß sie auch in diesem Falle wieder von ihrem Vorgehen die Zentrumsfraktion bzw. ihren Vorstand in Kenntnis setzten, schlugen sie den Weg der öffentlichen Diskussion ein. Bezeichnete man die auf geheime Abmachungen hin betriebenen und an verschiedenen Orten in Wort und Schrift hervortretenden Aktionen, die das Wesen und den Charakter

des Zentrums berührten und von der überwältigenden Zahl der Zentrumswähler verurteilt wurden, als das, was sie in Wirklichkeit waren, als Sprengpulver für das Zentrum, so beklagten sich die Reformer über „auffallende Schärfe" (Kruecke-meyer, S. 65) und erklärten, sie wollten nur einige Begriffe klar und richtig definieren; in die Tageszeitungen gehöre der Streit nicht! Mit Recht schrieb daher die Pfälzer Zeitung (Nr. 223): „Man bedenke: Ein geheimer Konventikel beginnt eine Agitation gegen den bisherigen Charakter der Zentrumspartei und die christlichen Gewerkschaften, will dieser Agitation eine breite Grundlage im katholischen Volk geben, die Sache wird ruchbar, von verschiedenen Seiten wird den Herren verdientermaßen die Meinung gesagt, nun erklären sie sich plötzlich für schwer angegriffen." Und wenn man anderseits ihren Versicherungen, daß ihre Absichten „wirklich so schlimm nicht wären", Glauben schenkend sagte, die „Privatbesprechung" (Bitter) werde für das Gesamtzentrum ohne weitere Bedeutung sein, ein Zwischenfall, eine „sommerliche Turnübung", wie sie der Rundschauer der Allg. ev.-luther. Kirchenzeitung (Nr. 33) bezeichnete, dann protestierten sie auch dagegen, beriefen sich auf die vielen, die hinter den Einberufern stünden, und hoben die Bedeutung ihrer „Bewegung" durch den Hinweis auf erhaltene Zuschriften und Zustimmungen und auf die Artikel in katholischen Organen Frankreichs hervor. Somit auch hier wieder das Bestreben, den Fortgang der Sache in einem gewissen Helldunkel zu halten.

c) Die Versammlung in Koblenz.

Die Vorstände der Wahlkomitees der Zentrumspartei in den Wahlkreisen Trier-Stadt, Trier-Land und Wittlich-Bernkastel beschlossen, an der in Koblenz stattfindenden Versammlung nicht teilzunehmen. Diese Beschlüsse waren um so beachtenswerter, als man den Bezirk Trier vielfach als den eigentlichen Ausgangs- und Mittelpunkt der gegen den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums gerichteten Bewegung ansah. In Trier hatte im Oktober 1906 der Abgeordnete Roeren zuerst die später von ihm als mißverstanden bezeichnete Aeußerung auf dem Parteitag getan: „Ich verstehe es nicht, wie man sich vielfach auf unserer Seite gerade jetzt so fortgesetzt abmüht, gegenüber der Behauptung unserer Gegner, wir seien eine konfessionelle, also katholische Partei, zu versichern und zu beweisen, wir seien eine nichtkonfessionelle Partei."

Zwei Tage vor der Koblenzer Versammlung hatte sich der Beirat des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei in einer Sitzung, an der außer dem Vorsitzenden, Justizrat Karl Trimborn, die Herren Abgeordneten Geheimrat Roeren, Oberlandesgerichtsrat Marx, Amtsgerichtsrat de Witt, Justizrat Dr. Jul. Bachem, Bürgermeister Biesenbach-Rheinbreitbach, Dr. med. Winands, Arzt in Aachen, teilnahmen, mit der geplanten Versammlung befaßt und mit allen Stimmen gegen die des Abgeordneten Roeren folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Abgeordnete Roeren wird auf das dringendste ersucht, bei Beginn der Koblenzer Versammlung zu erklären, die Frage der Definition des Zentrums solle ohne weitere Erörterung an die zuständige Parteiinstanz verwiesen werden."



Dieses Ersuchen ist einstimmig an den Abgeordneten Roeren gerichtet worden, und zwar in der Meinung, daß dieser für den Beschluß des Beirats eintrete.

Die Zuständigkeit des Beirats zu einem solchen Schritte ergab sich ohne weiteres aus der drohenden Gefährdung der wichtigsten Parteiinteressen, wie sie ein derartig planmäßiges Vorgehen der Teilnehmer der Osterdienstagskonferenz zur Folge haben mußte. Dazu kam, daß die ganze Bewegung sich in der Rheinprovinz am stärksten bemerkbar gemacht hatte.

Von jenem Beschluß des Beirats gab der Abgeordnete Roeren zu Beginn der Versammlung in Koblenz den Teilnehmern in einer Form Kenntnis, aus der jedoch die ausdrückliche Willensmeinung des Beirats des Provinzialausschusses nicht ganz deutlich hervorging. Der Abgeordnete Roeren hatte das Mandat, einen Beschluß der Versammlung herbeizuführen, daß über den Charakter des Zentrums im Sinne des Leitsatzes der Einladung keine Diskussion stattfinden solle; er sagte aber nur, er habe es loyalerweise übernommen, diesen Beschluß mitzuteilen. Da er mithin seinen Auftrag nur zum Teil ausgeführt hatte, sah sich der Vorsitzende des Beirats nachträglich zu folgender Klarstellung veranlaßt; die in Nr. 676 der Kölnischen Volkszeitung vom 11. August veröffentlicht wurde und in ihrem Schlußsatz lautet:

1. Der Beschluß, Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten Geheimrat Roeren zu ersuchen, in Koblenz darauf hinzuwirken, daß eine Erörterung des Leitsatzes 1 der Osterdienstagskonferenz (Definition des Charakters des Zentrums) unterbleibe und die Frage an die geordnete Parteiinstanz, den durch die Vertreter von Süddeutschland verstärkten Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei verwiesen werde, ist mit allen Stimmen gegen die des Herrn Abg. Geheimrat Roeren erfolgt.

2. Es war nicht die Meinung des Beirats des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, daß Herr Abg. Geheimrat Roeren den Beschluß des Beirats lediglich zur Kenntnis der Versammlung in Koblenz bringen solle, vielmehr war Herrn Abg. Geheimrat Roeren der dringende Wunsch ausgesprochen worden, einen Antrag im Sinne des Beschlusses zu stellen und zu befürworten, wie dies Herr Abg. Justizrat Eduard Müller-Koblenz, der an der Sonnabendsitzung des Beirats teilzunehmen verhindert war, dann in dankenswerter Weise in der Versammlung zu Koblenz getan hat.

In der Geschäftsordnungsdebatte der Koblenzer Versammlung hat der Abgeordnete Roeren sich dafür ausgesprochen, daß man zwar keine autoritativen Definitionen über den Charakter der Zentrumspartei geben wolle, doch solle man die Mitglieder der Osterdienstagskonferenz nur sagen lassen, was sie gewollt hätten. Das erstere war für die Herren nicht mehr nötig, ihr Leitsatz stand ja fest und war bereits veröffentlicht, und wenn darüber in der Versammlung nicht für und wider gesprochen wurde, konnte dies ihrer eigenen Sache nur dienlich sein. Was Roeren-Bitter unter allen Umständen erreichen wollten, war die Erstattung des Referates über ihre Absichten und Bestrebungen, um offene Propaganda für die Konfessionalisierung des Zentrums zu machen. So war es ja schon in der Osterdienstagskonferenz verabredet worden: Ein Wortführer sollte die Tendenzen der Teilnehmer in scharfer Prononcierung aussprechen, und dann sollte die Rede in die Zeitungen gebracht werden! Daher erklärte der Abgeordnete Bitter trotz des Einspruchs verschiedener Redner, er werde sein „Referat“ erstatten, wenn auch nur ein Teilnehmer der Versammlung einem gegenteilig ausfallenden Beschluß widerspreche. Als daher der Landtagsabgeordnete Justizrat Müller sah, daß er



die Erstattung des Referates nicht verhindern könne, stellte er den Antrag, nur das Referat Bitters zuzulassen und von einer Diskussion darüber Abstand zu nehmen und die Frage selbst dem zuständigen Landesausschuß zur Prüfung und Entscheidung zu überweisen. Dieser Antrag wurde angenommen. Darauf erstattete Dr. Bitter, der die Versammlung auf seinen Namen polizeilich angemeldet hatte und daraus für sich das Hausrecht ableitete und (entgegen dem Widerspruch einer großen Zahl der Teilnehmer) den Vorsitz zu führen, sein ausführliches Referat, das teilweise als Flugblatt „Zur Aufklärung" bereits vorlag und später mit vollem Wortlaut an den Klerus unter Briefumschlag und als bezahlte Beilage von verschiedenen Zentrumsblättern verbreitet wurde. Mehrere Zentrumsblätter brachten zwar die Bittersche Rede in einer solchen Beilage, bemerkten aber dazu, daß sie es für einen Fehler hielten, von einer „katholischen Weltanschauung" in politischen Dingen programmäßig zu reden. U. a. schrieb die Osnabrücker Volkszeitung vom 18. August 1909:

Herr Reichtagsabgeordneter Dr. Bitter läßt in unserer heutigen Nummer als Beilage einen Abdruck seiner am 9. d. M. in Koblenz gehaltenen Rede beifügen. Wir bemerken ausdrücklich, daß diese Beilage nicht zum redaktionellen Teil der Zeitung gehört. Wir stehen dem Flugblatte fern und bitten unsere Leser, aus der bloßen Beilegung des Flugblattes nicht schließen zu wollen, daß wir mit dem Inhalte desselben einverstanden seien. Viele Zentrumsorgane haben die Beilegung abgelehnt. Lediglich die Loyalität gegen unseren Abgeordneten bestimmte uns, seinem Wunsche zu entsprechen. Nachdem wir vor kurzem einen gegen die Bittersche Aktion Stellung nehmenden Artikel der parteioffiziösen Zentrums-Parlaments-Korrespondenz mitgeteilt hatten, handeln wir jetzt nach dem Grundsatze: „**Audiatur et altera pars**".

Durch dieses Vorgehen des Abgeordneten Dr. Bitter sah sich der Verlag der Kölnischen Volkszeitung genötigt, zu deren Verteidigung den gleichen Weg zu betreten, damit die Angriffe des Abgeordneten Bitter nicht unwidersprochen blieben in den Kreisen, in denen sie Verwirrung stifteten. Der Verlag ließ daher ein Flugblatt erscheinen, das den wesentlichen Inhalt der Erwiderungen auf die Bittersche Rede enthielt, die in der Kölnischen Volkszeitung erschienen sind.

In seiner Rede versuchte nun der Referent, wie das in einigen Zeitungsartikeln schon vorher geschehen war, zu beweisen, daß es sich bei der Osterdienstagskonferenz „lediglich um einen privaten Meinungsaustausch handelte"; nur die Kölnische Volkszeitung habe die daraus entstandene Preßfehde verschuldet. Sie habe ihn, obschon er der Angegriffene gewesen sei, nicht zum Wort kommen lassen usw. Es ist oben gezeigt worden, daß die Erklärung Dr. Bitters vom 25. Juni ein schiefes und teilweise falsches Bild von jener Konferenz gegeben hatte, die Kölnische Volkszeitung sich aber nicht dazu hergeben konnte, ein willkürlich zurechtgemachtes Bild der Aktion zu verbreiten. Die Kölnische Volkszeitung hatte die Erklärung Dr. Bitters aus den oben angeführten Gründen abgelehnt, hingegen den Ausführungen des Abgeordneten Roeren, des Hauptführers und Organisators der neuen Bewegung, Raum gewährt, so daß dieser selbst ihre „Loyalität" dankbar anerkannte (Nr. 644). Trotzdem gab Dr. Bitter gegen Ende seines Referates das Urteil wieder, das ihm ein „führendes Mitglied der Zentrumspartei" geschrieben habe: „Die Kölnische Volkszeitung habe »nach ihrer Art verfahren, entgegengesetzte Meinungen mit Keulen totzuschlagen und mit Höllenstein nachzubrennen, damit kein Nachwuchs übrig bleibe". In

den weiteren Kapiteln werden wir noch einige Male dem Trick begegnen, daß die Kritiker der „Kölner Richtung“ sich auf anonyme Gewährsmänner, die niemand kennt und bewerten kann, berufen. Hätte sich Dr. Bitter das, was ihm der Betreffende mitgeteilt hat, ruhig überlegt, so würde er Bedenken haben müssen, einen solchen Unsinn öffentlich an den Mann zu bringen. Die Blätter der neuen Bewegung hatten so viel Vergnügen daran, daß sie ihn bei jeder Gelegenheit wieder hervorholten, um in ihren Leserkreisen gegen die Kölnische Volkszeitung immer aufs neue Stimmung zu machen. Soweit ich sehe, fiel auch die sog. Radaupresse auf den groben Anwurf herein und machte ihn ihren Lesern dadurch noch etwas schmackhafter, daß sie das führende Mitglied der Zentrumspartei zu einem Geistlichen stempelte.

Weiterhin erklärte Dr. Bitter, die Kölnische Volkszeitung habe ihm unterschoben, er habe versucht, für das Zentrum eine Definition zu finden. „Es steht also fest: Schuld an der Preßfehde und der ganzen Bewegung sind nicht die Teilnehmer an der Osterdienstagskonferenz, sondern einzig und allein die Kölnische Volkszeitung.“ Der Redner hat bei dieser Schuldzumessung zunächst nur übersehen, daß sich der Abg. Roeren in seinem Artikel Politik und Konfession selbst „als den Leiter der Bewegung“ im Sinne von Veranlasser und Organisator bezeichnete und bereit erklärte, die volle Verantwortung für alle bisherigen und ferneren Verhandlungen mit zu übernehmen. Dann aber gibt der Redner trotz seiner Verwahrung gegen die Insinuation, er habe eine Definition des Zentrums versucht, drei Sätze weiter ausdrücklich zu, daß sie eine Definition des Zentrums aufgestellt hätten, nur hätten sie es nicht in so anmaßender Weise getan wie die Kölnische Volkszeitung! So charakterisiert sich die ganze Rede durch einen schlechten logischen Aufbau und eine Menge innerer und äußerer Widersprüche. Die Kölnische Zeitung (Nr. 849 vom 11. August) hatte von dem Referat den Eindruck einer „anscheinend beabsichtigten Unklarheit“. Dr. Bitter behauptet: „Wir treiben keineswegs spezifisch katholische und keineswegs konfessionelle Politik“; und andererseits: „Das Zentrum kann nur gegründet sein auf dem Boden der katholischen Weltanschauung.“ Er fragt: „Was ist denn eine allgemein christliche Weltanschauung? Doch weiter nichts als ein verwaschenes Christentum, das der festen Grundlage entbehrt. . . . Allgemein christliche Grundsätze entbehren des festen Fundamentes, auf dem sie sich aufbauen.“ Und dann sagt er wieder: „Das Zentrum gewinnt aus seiner katholischen Weltanschauung die den Katholiken und Evangelischen gemeinsamen Grundsätze; durch diese erhält es starke Berührungspunkte mit den gläubigen Protestanten und wird zu gemeinsamer politischer Arbeit mit ihnen zusammengeführt.“ Also gibt es für Katholiken und Protestanten doch gemeinsame Grundsätze! Der Schluß der Rede artetete in eine Philippika gegen die Kölnische Volkszeitung aus. Dr. Bitter protestierte wider den „berüchtigten“ Turmartikel, gegen den er, wie schon durch das Attribut, durch eine Reihe von verdächtigenden Wendungen Stimmung zu machen suchte und dessen wahren Sinn und eigentliche Tendenz er offenbar völlig verkennt. Für Anhänger wie Gegner der Osterdienstagskonferenz war besonders das offene Geständnis des Referenten von Interesse und von Wichtigkeit, daß die durch die Osterkonferenz inszenierte Bewegung gegen die Kölnische Volkszeitung gerichtet war!

Hieraus erklärt sich auch die Resolution, die am Schluß der Versammlung, obschon eine weitere Diskussion über das Referat Dr. Bitters von vornherein abgelehnt worden war, nach längerer Geschäftsordnungsdebatte gegen eine starke Minderheit angenommen wurde. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

1. Die Versammlung weist nach den Darlegungen des Abg. Dr. Bitter die Verdächtigung, als sei die Tendenz der mehrgenannten Osterdienstagsversammlung dahin gegangen, das Zentrum zu einer einseitig konfessionellen Partei zu gestalten, als unbegründet zurück.

2. Die Versammlung erklärt, daß sie unentwegt an dem durch Programm und Tradition ein für allemal feststehenden Charakter des Zentrums festhält.

3. Sie mißbilligt das namentlich von der Kölnischen Volkszeitung systematisch verfolgte Bestreben, durch übermäßige und einseitige Betonung des interkonfessionellen Charakters des Zentrums den wirklichen Charakter desselben zu verwischen, wodurch eine verhängnisvolle Verwirrung in die Wählerschaft hineingetragen wird.

4. Sie mißbilligt ferner die, insbesondere in derselben Zeitung fortgesetzt zutage tretenden Tendenzen, weite Gebiete des modernen Kulturlebens unter Ausschaltung der katholischen Weltanschauung mehr und mehr zu interkonfessionalisieren.

Daß diese vier Punkte, die sich innerlich widersprechen, am meisten 1 und 4, die sich geradezu ausschließen, in einer Resolution angenommen wurden, war nur möglich in einer Versammlung, in der das Wetterglas von vornherein auf Sturm stand und die einen so bewegten Verlauf nahm, wie eben die Verhandlungen im Görresbau. Wohl erregten die Punkte 3 und 4 der Resolution lebhaften Widerspruch in der Versammlung, und der Abg. Roeren erklärte sich angesichts der Proteste bereit, diese Punkte zurückzuziehen. Trotzdem verlas er bei der Bekanntgabe auch Punkt 3, und der Vorsitzende Dr. Bitter, dessen Referat ja in seinem Hauptteil aus Verunglimpfungen der Kölnischen Volkszeitung zusammengesetzt war, ließ über den ganzen Antrag kurzerhand abstimmen, der dann mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Andere Zentrumsblätter, so die Koblenzer Volkszeitung (Nr. 437), stellten fest, daß „das Ergebnis der Abstimmung über die Resolution zweifelhaft" war.

Was den Inhalt der angenommenen Resolutionen anlangt, so tadelt Punkt 3 nicht an sich die „Betonung des interkonfessionellen Charakters des Zentrums", sondern nur dessen „übermäßige und einseitige Betonung". Wenn der interkonfessionelle Charakter des Zentrums aber zugegeben ist, so ist es doch unerfindlich, wie durch eine nach dem Geschmack des Herrn Dr. Bitter und seiner Freunde zu häufige Betonung der „wirkliche Charakter" des Zentrums verwischt werden soll. Warum die Kölnische Volkszeitung diesen Charakter so häufig betont hat und betonen mußte, wurde oben dargelegt. Was Punkt 4 anlangt, so wurden die „weiten Gebiete des modernen Kulturlebens" welche die Kölnische Volkszeitung „mehr und mehr zu interkonfessionalisieren" bestrebt sei, in keiner Weise bezeichnet; dieses beabsichtigte Halbdunkel macht die Behauptung, das sei geschehen „unter Ausschaltung der katholischen Weltanschauung", zu einer gehässigen Beschuldigung, gegen die sich zu wehren aber der Kölnischen Volkszeitung wegen der allgemein gehaltenen Fassung unmöglich gemacht, wenigstens aufs äußerste erschwert ist.

Mit der Versammlung in Koblenz hatten die Männer der Osterkonferenz ihr in der Kölner Konferenz ins Auge gefaßtes Ziel erreicht. Sie hatten ihre



Sonderbestrebungen in prononcierter, doch in wichtigen Punkten noch verschleierter Form an die Oeffentlichkeit gebracht und hatten durch ihren Wortführer erklären lassen, daß ihre Bewegung gegen die Kölnische Volkszeitung und ihre politische Leitung gerichtet sei. Letzteres wurde durch die weitere Entwicklung der öffentlichen Debatten und der ferneren geheimen Machenschaften bestätigt. Doch war es bei solcher Sachlage naiv, wenn immer wieder die Forderung erhoben wurde, die Kölnische Volkszeitung sollte zu all diesen Anzapfungen schweigen!

Was hatte denn das Vorgehen der Herren überhaupt für einen Zweck, wenn sie mit ihren Bestrebungen nicht früher oder später an die Oeffentlichkeit treten wollten? Es ließ sich doch nach den ersten Artikeln aus dem Kreise der Osterdienstagsgesellschaft, die in den Historisch-politischen Blättern, der Apologetischen Rundschau und einigen Tageszeitungen erschienen, deutlich erkennen, daß die ganze Bewegung planvoll vorbereitet war und nur vor dem entschiedenen Widerstande der überwiegenden Mehrheit der Partei haltmachen werde. Dann aber konnte die Oeffentlichkeit mit der Sache nicht verschont werden, und es handelte sich für den allergrößten Teil der Zentrumspresse darum, möglichst bald Klarheit zu schaffen, ob die neue Auffassung innerhalb der Partei maßgebend werden sollte oder nicht.

Die Versammlung im Görresbau zu Koblenz war nach den Feststellungen von Teilnehmern zum größten Teil von Anhängern der sog. Berlin-Trierer Richtung im Gewerkschaftsstreite besucht, womit nicht gesagt sein soll, daß sie alle die Ausfälle auf die Kölnische Volkszeitung gebilligt hätten. Wäre es zu einer kontradiktorischen Verhandlung gekommen, so wäre ohne Zweifel der Mangel an Folgerichtigkeit in den Bitterschen Ausführungen gehörig ins Licht gestellt worden, besonders in dem Hauptpunkte, wo er das Programm der Zentrumspartei zu einem spezifisch katholischen machen, alle Fragen des öffentlichen Lebens im Parlament nach der katholischen Weltanschauung behandeln will und dann doch meint, es könnten auch überzeugte Protestanten einer Partei mit exklusiv katholischem Programm beitreten. Ganz anders, wenn das Zentrum das ist und bleibt, was es nach Mallinckrodt war: „Wir sind nicht nur keine konfessionell gebildete Fraktion, sondern wir wollen es auch nicht sein; wir sind es prinzipiell nicht nach unserem Programm!"

Dr. Bitter suchte die Berechtigung der politischen Anschauungen der Osterdienstagskonferenz dadurch zu erweisen, daß er eine Stelle aus einer Rede des Universitätsprofessors Dr. Esser (Bonn), die er auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Mannheim (1903) gehalten hat, heranzog, in der es heißt:

> Die Kunst, den Menschen zu teilen, ist noch nicht erfunden. Will man also dem religiösen Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben nicht versagen, so werden auch die religiösen Prinzipien sein politisches Verfahren leiten. Will man ihnen letzteres versagen, so stellt man die Forderung, der Mensch müsse religionslos sein, um sich an öffentlichen Angelegenheiten beteiligen zu können. Eine Religion aber, welche die Innerlichkeit nicht überschreiten soll, bleibt notwendig stumm. Eine solche Beschränkung leitet direkt über zu dem sozialdemokratischen Satze: „Religion ist Privatsache"; sie raubt zudem der Religion ihre Kraft und ihren Ernst und dem Menschen seinen Charakter, die Einheit im Denken, Wollen und Handeln.

Hierauf antwortete Herr Prof. Dr. Esser in der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 684 vom 14. Aug. 1909) mit folgender Richtigstellung:

Da ich mich auf einer Ferienreise befinde, erhielt ich erst heute die Nr. 673 der Kölnischen Volkszeitung, aus der ich zu meinem Erstaunen ersehe, daß Hr. Abg. Dr. Bitter in seinem Flugblatt und in seiner Rede auf der Koblenzer Versammlung sich auch auf einen Passus meiner auf der Katholikenversammlung in Mannheim gehaltenen Rede berief und daran die Bemerkung knüpfte: „Diese Aeußerungen stimmen doch wohl nicht mit den Darlegungen der Kölnischen Volkszeitung über das Wesen des Zentrums überein." Ich kann mich wohl mit der Feststellung begnügen, daß meine Darlegungen auf der Mannheimer Katholikenversammlung gegen eine Auffassung gerichtet waren, die auch von der Kölnischen Volkszeitung oftmals und auf das entschiedenste bekämpft worden ist.

Die Kölnische Volkszeitung ihrerseits durfte zu den Angriffen auf sich auch um deswillen nicht schweigen, weil die Leiter der Reformbewegung die in der Kölnischen Volkszeitung niedergelegten politischen und sozialpolitischen Anschauungen und Forderungen teils falsch verstanden, teils zur Begründung ihrer eigenen Tendenzen in einer Weise aus- und umdeuteten, der im Interesse der Wahrheit wie der wirklichen Ueberzeugungen der Leiter der Kölnischen Volkszeitung energisch widersprochen werden mußte.

Wie man im Ausland übrigens diese Ausfälle gegen die Kölnische Volkszeitung bewertete, dafür möge ein Beispiel genügen, das Urteil des Luzerner Vaterland (Nr. 187, 14. Aug. 1909):

Das Unerquicklichste in dem ganzen unliebsamen Zwischenfalle waren die Angriffe, welche in einer Koblenzer Versammlung gegenüber der Kölnischen Volkszeitung sich richteten. Sie sind in keiner Weise zu entschuldigen. Die Katholiken weit herum, auch im Auslande, haben allen Grund, stolz zu sein auf ein Blatt, das seit fünf Jahrzehnten so tapfer und treu, so umsichtig und klug allezeit für die christlichen und katholischen Interessen eingestanden ist und die höchsten Verdienste um dieselben sich erworben hat Das Blatt steht in jeder Hinsicht auf der Höhe der Zeit und verdient für seine wackere Haltung nicht Angriffe, wohl aber warmen Dank und allseitige Unterstützung. Möge es auch in der Schweiz immer zahlreichere Freunde finden!

d) Die Erklärungen des Augustinusvereins und des Landesausschusses der Zentrumsfraktionen.

Nach der ganzen Entwicklung der Dinge, zumal in Koblenz, war es unumgänglich nötig geworden, daß die maßgebenden Parteiinstanzen zu der Streitfrage Stellung nahmen. In der Presse waren sie so ausgiebig und vielseitig behandelt worden, wie nur je eine Frage, die im Schoße der Partei aufgetaucht war. Die Uebereinstimmung mit der Haltung der Kölnischen Volkszeitung war — von wenigen Ausnahmen abgesehen — eine allgemeine. Auch der Beirat des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei hatte, da der Provinzialausschuß selbst wegen der Ferien nicht hatte zusammentreten können, seine Auffassung kundgegeben. Mehrere Zentrumsvereine und -versammlungen, so in Stolberg, Osnabrück, Lintorf (Düsseldorf), Mülheim a. d. R., Neuß, Speyer und die regelmäßig im Herbste stattfindenden Parteitage der Zentrumspartei traten den Sonderbestrebungen der Osterdienstagskonferenz einmütig entgegen, erklärten, wie in Lintorf, die Bitter-Roerensche Aktion für höchst überflüssig und verderblich und setzten den politischen, nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums in einer für Freund und Gegner unzweideutigen und einwandfreien Weise in Evidenz.



Eine wichtige Entscheidung fiel in der Generalversammlung des Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse, die am 18. August im Saal der Bürgergesellschaft in Köln stattfand. Der ungewöhnlich zahlreiche Besuch und das persönliche Ansehen vieler der Erschienenen ließen erkennen, daß die Mitglieder des Vereins von der Wichtigkeit der zur Beratung stehenden Fragen durchdrungen waren. In einer sehr eingehenden Debatte wurden die Streitfragen, die seit Wochen die Presse beschäftigt und mit im Vordergrund des politischen Interesses gestanden hatten, ausführlich besprochen und die Ansichten über die Auffassung der Mitgründer des Zentrums über den Charakter des Zentrums geklärt. Insbesondere legte der Führer des Zentrums in Baden, Hr. Geistl. Rat Wacker, der in seiner Jugend noch zu den Füßen des Bischofs v. Ketteler gesessen hat und dessen politische Anschauungen aus persönlichem Verkehre wohl kennt, in eindrucksvoller Rede dar, wie die Bischöfe in kirchlichen Dingen die höchste Autorität besitzen, wie aber der von der Osterdienstagskonferenz ausgehende Versuch, ihnen auch in politischen Dingen die höchste Autorität zuzuweisen, die kirchliche Autorität der Bischöfe zu untergraben geeignet ist und sie in Abhängigkeit von der Staatsgewalt bringen muß. Einerseits würden die Bischöfe in das Parteigetriebe hineingezogen und für die Entschließungen der Partei verantwortlich gemacht, anderseits würden die Regierungen von ihnen fordern, daß sie ihren Einfluß auf die Entscheidungen der Partei geltend machten.

Am Schlusse der vierstündigen Beratungen wurden folgende Leitsätze einstimmig angenommen; nur gegen den sechsten Leitsatz stimmten drei Mitglieder. Die Leitsätze lauten wie folgt:

„Stellung des Augustinusvereins zu der Aktion Roeren-Bitter“ lautete der einzige Punkt der Tagesordnung der Generalversammlung des Augustinusvereins, welche auf den 18. August nach Köln einberufen war. Die Generalversammlung war ungewöhnlich stark besucht; wir erinnern uns nicht, daß eine frühere Generalversammlung einen so starken Besuch aufwies. Die Erörterung war eine sehr eingehende; es beteiligten sich an derselben Mitglieder aus den verschiedenen Teilen Deutschlands, insbesondere auch Süddeutschlands. Am Schluß gelangte die folgende, vom Vorstande vorgelegte Resolution einstimmig zur Annahme, mit Ausnahme des Punktes 6, gegen den sich bei der Gegenprobe drei Stimmen erhoben:

1. Der Augustinusverein erkennt keinerlei Bedürfnis an, eine Definition des Zentrums aufzustellen, da das Zentrum durch sein Programm, durch die Erklärungen seiner Begründer und Führer (Pet. und Aug. Reichensperger, v. Mallinckrodt, v. Ketteler, v. Franckenstein, Windthorst, v. Schorlemer-Alst, Dr. Lieber) sowie durch seine Gesamttätigkeit seit nahezu 40 Jahren gegen jede Mißdeutung seines Charakters und seiner Bestrebungen hinlänglich gesichert erscheint.

2. Sollte sich jemals die Notwendigkeit ergeben, das Zentrum zu definieren, so wäre es an erster Stelle Sache der geordneten Parteiinstanzen, insbesondere der Fraktionen des Zentrums, eine solche Definition in Vorschlag zu bringen und zu begründen.

3. Jeder Versuch, an dem politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei zu rütteln, muß grundsätzlich abgewiesen werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde die Aktionsfähigkeit der Fraktion empfindlich lähmen und es ihr auf die Dauer unmöglich machen, vom festen Rechtsboden der Verfassung aus alle ihre großen Aufgaben in unserem Volksleben, insbesondere auch den wirksamen Schutz des Rechtes und der Freiheit der katholischen Kirche auf deutschem Boden, mit Erfolg wahrzunehmen.

4. Es gehört deshalb zu den vornehmsten Aufgaben der Zentrumspresse, solchen Versuchen mit demselben Nachdruck entgegenzutreten, wie es seinerzeit die Führer

des Zentrums getan haben, und immer wieder erneut den politischen nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums da zu betonen, wo die Zentrumspartei als ein konfessionelles Gebilde hingestellt wird.

5. Der politische nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums läßt seinen katholischen Mitgliedern die vollste Freiheit, in Weltanschauungsfragen nach den Grundsätzen ihres katholischen Glaubens sich zu richten und für diese vom Boden der Verfassung und der staatsbürgerlichen Parität aus unter aller gebotenen Rücksichtnahme auf die andersgläubigen Volksgenossen einzutreten.

6. Diejenigen Organe der Zentrumspresse, welche den von verschiedenen Seiten gemachten Versuchen, den Charakter des Zentrums zu verwischen, freimütig und mannhaft entgegengetreten sind, verdienen die Anerkennung und den Dank der gesamten Zentrumspartei.

Inzwischen hatten die Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses, Dr. Frhr. v. Hertling und Dr. Porsch, folgende Bitte an die Anhänger des Zentrums gerichtet:

Gemäß der von dem rheinischen Provinzialausschusse gegebenen Anregung wird sich der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei, verstärkt durch die süddeutschen Vorstandsmitglieder der Reichstagsfraktion, sofort bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages mit der neuerdings zur Diskussion gestellten Frage zu befassen haben, welches der eigentliche Charakter der seit beinahe 40 Jahren bestehenden Zentrumspartei ist. Mit Rücksicht hierauf richten wir an alle unsere Freunde im Lande die dringende Bitte, einstweilen und bis dahin von jeder weiteren Erörterung dieses Gegenstandes in der Presse und in Versammlungen absehen zu wollen.

Der Provinzialausschuß der Rheinischen Zentrumspartei hielt am 20. September seine Herbstsitzung ab, in der die Bewegung Roeren-Bitter eingehend besprochen wurde und das Vorgehen des Beirats aus Anlaß der Koblenzer Versammlung die einhellige Zustimmung der Versammlung fand. Sodann wurde mit allen gegen vier Stimmen folgende Resolution angenommen:

An dem politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei muß grundsätzlich festgehalten werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde die Aktionsfähigkeit der Fraktion empfindlich lähmen und es ihr auf die Dauer nicht möglich machen, vom festen Rechtsboden der Verfassung aus alle ihre großen Aufgaben in unserem Volksleben, insbesondere auch den wirksamen Schutz des Rechtes und der Freiheit der katholischen Kirche auf deutschem Boden, mit Erfolg wahrzunehmen. Alles Weitere wird dem Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei, verstärkt durch süddeutsche Reichstagsmitglieder, überlassen.

Diese gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes der Fraktion des Zentrums im Reichstag, des Vorstandes der Fraktion des Zentrums im Preußischen Abgeordnetenhause und des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei fand am 28. November 1909 in Berlin im Fraktionszimmer des Zentrums im Reichstagsgebäude statt. Nach eingehender Aussprache gab der Abg. Roeren die Erklärung ab:

Weil die Definition des Charakters des Zentrums im Satz 1 der Beschlüsse der sog. Osterdienstagskonferenz zu Mißdeutungen Anlaß gegeben hat, trete ich auf den Boden der in der heutigen Versammlung vorgeschlagenen Erklärung über den Charakter des Zentrums.

Darauf wurde die nachstehende Erklärung einstimmig angenommen und deren Veröffentlichung beschlossen:

Die vereinigten Vorstände der beiden Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses sowie der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei sind der Meinung, daß es gegenüber den fortgesetzten Mißdeutungen des Charakters der Zentrumspartei genügen könne, auf das seit 1871 unverändert bestehende Programm und die fast vierzigjährige Tätigkeit des Zentrums zu verweisen Sie glauben gleichwohl folgendes erklären zu sollen:



Die Zentrumspartei ist grundsätzlich eine politische nichtkonfessionelle Partei; sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reiches, welche von den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volkes zu betrachten. Darum erstrebt die Zentrumspartei den Schutz und die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, deren Interessen sie in steter Rücksicht auf die Wohlfahrt des Ganzen und auf das Gedeihen aller Klassen zu vertreten sucht.

Schon das Programm der Zentrumsfraktion des Reichstages von Ende März 1871 verlangt unter Ziffer 2: „Für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches ist die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen." Mit diesem grundsätzlichen Charakter steht keineswegs im Widerspruch, daß die Zentrumspartei in den langen Jahren des Kulturkampfes die Abwehr der gegen den katholischen Volksteil gerichteten Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung als erste und dringendste Aufgabe betrachten mußte, und daß es auch heute noch eine ihrer vornehmsten Pflichten ist, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der katholischen Minderheit zu wahren. Auch in der Erfüllung dieser Pflicht hat die Zentrumspartei niemals den Charakter einer politischen Partei verleugnet, welche auf den rechtlichen Grundlagen eines konfessionell gemischten Staates zu wirken berufen ist.

Abgesehen von dem Programm bietet die Tatsache der Zugehörigkeit fast aller ihrer Wähler und ihrer Abgeordneten zur katholischen Kirche genügende Bürgschaft dafür, daß die Zentrumspartei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklichst vertreten wird. Dadurch verliert aber die Zentrumspartei nicht den Charakter einer rein politischen Partei.

Die Zentrumspartei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht, und die Zentrumsfraktion des Reichstags hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nichtkatholischen Glaubensbekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigewohnt haben. Dabei ist es als selbstverständlich zu betrachten, daß in denjenigen Fragen, welche das religiöse Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet.

Ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumspartei ist ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und erleichtert es, auch dasjenige wirksam zu schützen, das denselben gemeinsam ist. Und daß es ein weites Gebiet solcher gemeinsamen Grundsätze und gemeinsamen Interessen gibt, lehrt das öffentliche, insbesondere auch das politische Leben alle Tage.

In diesem Geiste wird die Zentrumspartei, fest auf dem Boden der Verfassung stehend, auch fernerhin bestrebt sein, unbeirrt durch die das Gemeinwohl schädigende konfessionelle Hetze, ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland zu erfüllen.

Berlin, 28. November 1909.

Dr. Frhr. v. Hertling. Dr. Porsch.
Dr. iur. Karl Bachem. Dr. Julius Bachem. Dr. Blumberg. Cahensly. Fehrenbach. Förster. Fritzen (Düsseldorf). Graf Galen. Gröber. Dr. Hager. Herold. Hitze. Horn (Neisse). Kirsch. Müller (Fulda). Otto. Graf Praschma. Dr. Pichler. Roeren. v. Savigny. Dr. Schaedler. Scharmer. Graf Strachwitz. v. Strombeck. Karl Trimborn. Wallenborn. Wellstein.

Diese Erklärung machte den leidigen theoretischen Erörterungen über den Charakter des Zentrums, wie sie seit Wochen in der Presse geführt wurden, ein Ende. Was zahlreiche Zentrumsversammlungen als einmütige Ueberzeugung der Wähler zum Ausdruck gebracht hatten, das fand durch die abschließende Erklärung der Zentrumsparteileitung seine endgültige Sanktion. In entsprechender Würdigung dieser Sachlage wurde daher die Erklärung dieser Instanz in der Zentrumspresse auch nicht zum Gegenstand weiterer Auseinandersetzungen gemacht; ein Beweis dafür, daß man in den weitesten Kreisen der Partei die Erklärung mit Genugtuung und Befriedigung aufgenommen hatte und eine

Fortsetzung der Debatten einfach deshalb nicht wünschte, weil kein Zweifel an der Einheit und Einigkeit der Partei gerade in dieser wichtigen politischen Frage bestand.

Anders das Verhalten der Freunde der Osterdienstagskonferenz! Aehnlich wie in einem Falle, von dem weiter unten noch die Rede sein wird, suchten sie „Unterstand" bei der Kölnischen Zeitung und zwar in solcher Menge, daß es — wie das Blatt schrieb — über dessen Kraft ging, alle Einsendungen abzudrucken. Nur einer einzigen gab es Raum, in der der wahre Sinn des Turmartikels wieder in sein Gegenteil verkehrt war und dann fälschlich behauptet wurde, derselbe sei seinerzeit einmütig und entschieden abgelehnt worden. Die Gedankenführung bewegt sich in diesem Artikel übrigens ganz im Sinne der Bitterschen Darlegungen in seiner Koblenzer Rede und dem im Anschluß daran verbreiteten Flugblatt. Auch wird das in anderen, aus derselben Quelle stammenden Artikeln angewandte Argument als Schreckmittel versucht, es würden in einem nichtkonfessionellen Zentrum einmal „die meisten oder die einflußreichsten Mitglieder Protestanten" sein. Dieser Satz steht wörtlich bereits in einem gleichnamigen Artikel der Kölnischen Zeitung vom 17. August 1909, von dem das Blatt selbst ausdrücklich sagt, daß es Freunde der Osterdienstagsbewegung seien, die damit bei ihm Zuflucht suchten! Andere Angriffe auf das Zentrum und durchaus schiefe und sophistische Kritiken an der Erklärung des Parteivorstandes erschienen in dem Organ der Deutschen Vereinigung, die ihre Aktionen wiederholt mit denen der Osterdienstagskonferenz konform hielt, um dadurch in Zentrumskreisen ebenso wie in liberalen um so leichter Verwirrung stiften zu können.

6. Die Stellung der Presse in dem Streit der „Richtungen".

a) Die Zentrumspresse.

Wenn durch die Ideen der Osterdienstagskonferenz und die in ihrem Geiste gehaltenen Versammlungen in Neunkirchen und Koblenz zweifellos auch eine große und folgenschwere Erregung in die Zentrumskreise getragen wurde, die auch heute noch nachwirkt, so ist es der Tätigkeit der Zentrumspresse zuzuschreiben, daß aus dieser Erregung nicht eine verhängnisvolle Verwirrung und Spaltung erwachsen ist. Sie hat zunächst einmal wesentlich dazu beigetragen, daß eine Klärung der wirklichen Sachlage alsbald erfolgte und die Wählerschaft vor Ueberrumpelungen bewahrt blieb. So war es z. B. von Wichtigkeit, immer und immer wieder die Linien scharf zu ziehen, durch die das bisherige durch die Geschichte faktisch und praktisch bewährte Zentrum von dem Zentrum geschieden ist, das Roeren, Bitter und Genossen aus ihm machen wollen. In kirchenpolitischen, schulpolitischen und ehegesetzgeberischen Fragen ist die Stellung des Zentrums klar und bestimmt. Und doch zeigt schon in diesen Fragen die Tatsache, daß man von Kirchen- und Schulpolitik spricht, daß nicht eine „Definition" in der gesetzlichen Regelung solcher Fragen den alleinigen und absoluten Ausschlag geben kann, sondern daß in einem paritätischen Verfassungsstaat Interessen



von Fall zu Fall mitsprechen und mitberücksichtigt werden müssen, die in der Kunst, das Erreichbare zu verwirklichen, nicht zu umgehen sind. In Sachen des Zolltarifs, in Sachen der Handelsverträge, in Sachen der Reichsfinanzen, in Sachen der Flottenpolitik wird nur äußerst selten ein Gesichtspunkt der katholischen Weltanschauung in Betracht kommen. In allen diesen Fragen kann also die Entscheidung unmöglich gesucht und gefunden werden „nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung". Volle Uebereinstimmung läßt sich hier doch kaum erzielen, sagt mit Recht das Mainzer Journal (Nr. 185 vom 10. Aug. 1909).

Auch war es der Presse des Zentrums, die in jahrelangem Kampfe die Instinkte, Anschauungen und Praktiken der politischen Gegner kennt, keinen Augenblick zweifelhaft, wie die letzteren die Roerensche Definition auffassen und für ihre Zwecke gegen das Zentrum ausbeuten würden. Zunächst würden sie Zentrum und Katholizismus stets miteinander verquicken und alles, was sie aus parteipolitischen Gründen gegen jenes zu sagen haben, diesem in die Schuhe schieben, ihn nach ihrer bekannten Manier genau so verdächtigen und verleumden wie sie es beim Zentrum tun. Ihre Schlußfolgerungen lauten: Was wir immer gesagt haben, jetzt wird es offen zugestanden: alle Interessen des deutschen Volkes, auch alle spezifisch nationalen Interessen, sollen nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung vertreten werden. Der oberste Hüter der katholischen Weltanschauung ist der Papst. Es ist damit also offen zugegeben, daß auch über alle nationalen Interessen des deutschen Volkes der Papst in letzter Instanz zu entscheiden hat! Damit würde aber der Kampf gegen Rom in ein neues Stadium treten, in dem Sinne, wie es von liberalen Blättern im Sommer 1909 proklamiert wurde: „Der Kampf gegen Rom bedeutet nicht mehr und weniger als den Kampf gegen den politisch tätigen Ultramontanismus". Rom ist damit als Mutter gewisser Parteibestrebungen gedacht, gegen die der Liberalismus wie gegen einen Erbfeind kämpfen müsse!

Darum lehnte die Zentrumspresse auch einhellig den Koblenzer Leitsatz über den Charakter des Zentrums als überflüssig, unnütz, ja direkt schädlich wirkend ab. In der Erkenntnis, daß der Kardinalsatz der Zentrumspartei vom Jahre 1871: „Für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches ist die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgemeinschaften gegen Angriffe der Gesetzgebung zu schützen", noch unverändert gilt und nichts dafür spricht, daß die neue Formel besser sei als die alte in sturmbewegter Zeit bewährte, waren die Preßorgane des Zentrums für die Beibehaltung der alten Satzung. Aus der großen Zahl von trefflichen Artikeln, die im Zusammenhange mit den Versammlungen zu Neunkirchen und Koblenz erschienen, seien nur einige auszüglich hier wiedergegeben. Es schrieb die Niederrheinische Volkszeitung (Nr. 90, 31. Juli 1909):

„Für eine einseitige konfessionelle Partei ist in unserem deutschen Vaterlande kein Platz, eine solche wäre ein Fremdkörper in unserem Staatskörper. Auch würde sie zur unmittelbaren Folge die Bildung eines dauernden antikatholischen Blocks haben, der uns bösen Tagen entgegenführen könnte. Nach dem Vorhergehenden kann es auch für niemanden zweifelhaft sein, daß die Gründer und Führer des Zentrums dasselbe auf den Boden einer allgemein christlichen, nicht aber auf den Boden der spezifisch-katholischen Weltanschauung gestellt haben. Die neue Bewegung ist nur Wasser auf die Mühle der grimmigsten Gegner des Zentrums, der



»antiultramontanen« Kulturkämpfer und der Deutschen Vereinigung, die mit dem Vorwurf des einseitigen Konfessionalismus des Zentrums hausieren geht. Der Versuch der Kölner »Zehnmännerliga« wird durch das Programm und die Geschichte des Zentrums verurteilt. Wir bleiben dem alten Zentrum treu, wie es ein Windthorst, Reichensperger, Schorlemer und alle die bekannten ruhmreichen Führer der Partei uns überliefert, und wie es auch heute noch das Ideal der führenden Persönlichkeiten in der Zentrumsfraktion wie der 2½ Millionen treuer Zentrumswähler ist. Politisch frei und unabhängig, eine Partei des Volkes und für das Volk, feststehend auf dem Boden der Verfassung, wollen wir allezeit kämpfen für Wahrheit, Recht und Freiheit, für den Sieg der christlichen Weltanschauung. Wer immer zu dem Programm der Partei sich bekennt, der soll uns Freund und Bruder sein."

Der im Verlage der Germania in Berlin erscheinende Deutsche Volksfreund (Nr. 172, 31. Juli 1909) urteilte am Schluß eines Artikels über Zentrumspolitik und Weltanschauung über den von Zentrumsabgeordneten, dazu noch in sehr schwieriger innerpolitischer Zeitlage entfesselten Streit: „Wozu den Gegnern das Schauspiel bieten, daß aus der in den Weltanschauungsfragen noch so vollständig einigen Zentrumsfraktion Männer erstehen, die wegen abweichender Ansichten in Einzelfragen an dem Fundament der Partei rütteln? Wir vertrauen der Einsicht des Abg. Roeren und seiner Freunde, daß sie zur Erreichung ihrer Sonderwünsche nicht weiter Mittel benutzen, die die Gefahren eines Zusammenbruches der Zentrumspartei in sich bergen."

b) Die übrige Presse, besonders die gegnerische.

In allen anderen Parteilagern, von der Kreuzzeitung bis zum Vorwärts, hat man sich nach der Koblenzer Versammlung mit dem Charakter des Zentrums beschäftigt. Vor allem die Organe der liberalen Parteien verfolgten die Erörterungen über den angeblich konfessionellen Charakter des Zentrums, den katholischen Volksverein und die christlichen Gewerkschaften mit lebhaftem Interesse. Werden die deutschen Katholiken in wirtschaftlichen und sozialen Fragen mit ihren nichtkatholischen Mitbürgern sich zu gemeinsamer Arbeit wie bisher verbinden, oder werden die Vertreter der katholischen Absperrungstheorie es dahin bringen, daß die deutschen Katholiken aus dem politischen Leben immer mehr „ausgeschaltet" werden und die Gegner sie als den vaterländischen Aufgaben innerlich entfremdet bezeichnen dürfen? So äußerte sich die Deutsche Volkszeitung (Nr. 11062, 5. Aug. 1909):

„Es unterliegt keinem Zweifel, wenn der Bogen der Konfessionalität von Dr. Bitter und Genossen überspannt wird, muß es dem Zentrum über kurz oder lang ebenso gehen, wie ehemals in den rein katholischen Ländern den übertrieben kirchlich-konfessionellen Parteien. Darin liegt eine Gefahr für das Zentrum und unsere ganze Entwicklung, welche von der Kölnischen Volkszeitung ganz richtig erkannt wird. Darüber müßten die Protestanten, insbesondere auch die Liberalen, wenn ihnen eine normale Entwicklung des Reiches wirklich am Herzen läge, sich aufrichtig freuen, statt diese Bestrebungen der Kölnischen Volkszeitung lediglich aus Katholiken- und Parteihaß zu verhöhnen! Aber nicht nur auf konfessionellem Gebiete richtet die Verhetzung unabsehbaren Schaden an, sondern ebensosehr auf rein politischem Gebiet."

Auch die Organe solcher Parteien, die dem Zentrum nicht so feindselig und ablehnend gegenüberstehen wie die Liberalen, beteiligten sich an der Debatte,



weil sie von der noch größer werdenden konfessionellen Spannung eine Vergiftung des politischen Lebens in Deutschland befürchteten.

Aus dem Verhalten der Gegner in so kritischen Situationen kann man auf die Folgen schließen, die die Fortsetzung des von den Vertretern und Gesinnungsgenossen der Osterdienstagskonferenz entfachten Streites für die Kirche und die Katholiken haben würde. „Die amtlichen Kreise der katholischen Kirche" (K. Z. Nr. 612, 9. Juni 1909), also die Bischöfe, wurden in einem Teile der liberalen Presse in erster Linie als die Feinde des konfessionellen Friedens in Deutschland bezeichnet; auf sie seien auch die Absonderungsbestrebungen der Osterdienstagskonferenz zurückzuführen. Daß diese Annahme unbegründet ist, ist oben erwiesen worden. Sozialdemokratische Organe bezeichneten zuerst die Münchener Nuntiatur als Unterstützerin der Teilnehmer der Osterdienstagskonferenz und als Vermittlerin ihrer Bestrebungen in Rom. Die Sozialdemokraten rechneten von vornherein damit, daß sie aus der durch Roeren und Bitter bewirkten Bewegung den Nutzen haben würden. Weil diese in ihren Erklärungen und Reden immer wieder die zu weit gehenden Interkonfessionalisierungsbestrebungen verurteilten, worunter ja, besonders nach den höchst wegwerfenden Urteilen in dem „Protokoll", auch die christlichen Gewerkschaften fielen, so hoffte die Sozialdemokratie, daß dieses mächtige Bollwerk gegen sie durch autoritative römische Entscheidungen zerstört werden würde. Auch von freisinniger Seite wurde der Sozialdemokratie die Beute des in ihren Folgen unübersehbaren Zwistes, der in Koblenz durch die beleidigenden Ausfälle gegen die „Kölner Richtung" erheblich verschärft worden war, im voraus zugesprochen. Daher urteilten die Neuen Hessischen Volksblätter (Nr. 186 vom 11. August 1909):

„Lachend sieht die Sozialdemokratie zu. Sie allein profitiert davon, wenn sich Katholiken und Protestanten fremd gegenüberstehen. Alle Fehler des Bürgertums und der Konfessionen kommen ihr zugute."

Eine andere Gruppe der Liberalen sprach davon, man müsse die Spaltung im Zentrum und überhaupt in den Reihen der Katholiken in der Stille vorbereiten und unterstützen. Man dürfe die Formen des katholischen Kultus, Marienverehrung, Prozessionen, Ablaß usw. nicht öffentlich kritisieren, denn dadurch würde die „ultramontane" Propaganda nur gefördert. Auch wenn innerhalb des Zentrums Kreise aufträten, die die Betätigung der katholischen Weltanschauung noch katholischer gestalten wollten, den Episkopat zur alleinigen maßgebenden Instanz für die Politik des Zentrums machen wollten, so dürfe man sie in diesen Bemühungen nicht stören; denn so werde endlich einmal der den Zentrumsturm zusammenhaltende Mörtel infolge der Stöße von innen heraus zerbröckeln. Darum redeten manche liberale Blätter mit der Schlauheit des Fuchses den Teilnehmern der Osterdienstagskonferenz noch zu, sie sollten das, was bisher etwas Geheimnisvolles und künstlich Verdunkeltes gewesen sei, nämlich daß das Zentrum in Wirklichkeit eine katholisch-konfessionelle Partei sei, zum Beschluß erheben; sie seien keine „Reformer", sondern sie wollten den katholischen Charakter des Zentrums als vorhanden anerkennen, erhalten und noch befestigen. „Man muß wirklich blind sein und gar nicht sehen, was ist und vorgeht, um bezweifeln zu können, daß das Zentrum tatsächlich eine katholisch-konfessionelle Partei ist. Das ist ja übrigens auch die allgemeine Meinung, und wenn auch



nicht die Meinung aller Doktors, unter denen es ja immer welche gibt, die politisch ganz besonders gescheit sind, so doch die Meinung der ganzen Welt", schrieb die Frankf. Ztg. (Nr. 208, Abendbl. v. 29. Juli 09). Diese Meinung wurde durch den Verlauf der Versammlung in Koblenz, in der sich Dr. Bitter in einer wenig klaren und logischen Weise über den Charakter des Zentrums ausgesprochen hatte, in den gegnerischen Kreisen nur noch verstärkt. Daher schrieb die Köln. Ztg. (Nr. 849 vom 11. August 09): „So viel ist sicher: Alle künftigen Versuche, den konfessionellen Charakter der Zentrumspartei abzustreiten, werden scheitern müssen. Dafür hat man jetzt einen zu tiefen Einblick in das innerste Denken und Fühlen der Zentrumskreise tun können." Aehnlich lautet das Urteil der Freisinnigen Zeitung und das der Deutschen Wacht (Nr. 31), des Organs der Deutschen Vereinigung. Dieses sieht in den Bestrebungen der Roeren und Genossen einen willkommenen Beweis für die von ihm stets behauptete „konfessionelle Abschließung", an der das Zentrum als solches schuld sei; nur daß die führenden Männer und Organe der Zentrumspartei es leugneten, daß das Zentrum eine konfessionelle Bildung sei, und den politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei nur „nach außen hin aus rein parteitaktischen Erwägungen" verträten. „Da gefällt uns denn doch die Definition des Herrn Dr. Bitter besser, denn sie ist wenigstens ehrlich, da sie die Zentrumspartei als das bezeichnet, was sie ist und bislang auch war. Die Männer, welche ihre Auffassung offen und ehrlich vertreten, sind uns sympathisch, wenn wir auch ihre Meinung nicht teilen können."

Die Sympathien der Anti-Zentrumsvereinigung hätten den Verfechtern der Osterdienstagsleitsätze zeigen können, wem ihre Bestrebungen Vorteil bringen. Andere Organe erklärten, es sei nur Zentrumstaktik gewesen, immer wieder zu behaupten, das Zentrum sei eine politische, nichtkonfessionelle Partei. In Koblenz sei durch die dort aufgestellte Definition und die Ausführungen Bitters feierlich dargetan, das Zentrum sei und müsse sich bekennen „als eine konfessionelle, als eine katholische, eine nichts als katholische Partei". Das sei den Gegnern zwar nichts Neues gewesen. „Das Neue und das Unerhörte ist, daß einer der Auguren des Ultramontanismus, ja, daß gleich eine ganze Gruppe von ihnen, dies zugibt, ja, es mit Stolz bekennt und in flammenden Zeichen es auf die Fahne des Zentrums schreiben will." So angenehm den Gegnern des Zentrums dies sei, so unbegreiflich bleibe dies doch vom Standpunkt des Zentrums. Der Leitsatz vom nurkatholischen Zentrum und die Umschreibung desselben durch Roeren — „das sind goldene Worte für die Werbearbeit des Evangelischen Bundes". (Erfurter Allg. Anz. Nr. 222 v. 12. Aug. 09.) Um diese Werbearbeit praktisch wirksamer zu machen, wurden in manchen Blättern die Folgerungen der Kölner und Koblenzer Reden und Resolutionen für die Zukunft in dieser Weise gezogen: „Sollten diese Bestrebungen," schrieb z. B. die Rhein.-Westf. Ztg. Nr. 882 vom 14. Aug. 09, „in die Tat übergeführt werden, dann hätten wir demnächst die Tatsache festzustellen, daß die Aufstellung sämtlicher Zentrumskandidaten unter direkter bischöflicher Autorität vor sich geht, vielleicht unter verblümter Androhung kirchlicher Strafen." Auf die parlamentarische Mitarbeit des Zentrums bei der Beratung des BGB. zurückblickend, urteilte das Hamburger Echo (Nr. 181, 6. Aug. 09): „Also das Zentrum läßt seine Haltung im Parlament



bestimmen von der Entscheidung der »höchsten kirchlichen Autorität«. Es hat das BGB. nach konfessionellen Gesichtspunkten beurteilt und seine Abstimmung von der Erlaubnis des Papstes abhängig gemacht."

In konkreter Weise wies auf die schweren Folgen der Absonderungsbestrebungen die Staatsbürger-Zeitung (Nr. 187 v. 12. Aug. 09) hin, indem sie die Schwierigkeiten hervorkehrte, die für die positive Arbeit der christlich-nationalen Gewerkschaften durch die versteckten und indirekten Angriffe, die auf sie gemacht werden, entstehen. „Glaubt man, daß die evangelischen Arbeiter zu ihren katholischen Arbeitskollegen durch solche Agitation eine tiefere Zuneigung fassen und die christliche Arbeitersolidarität gefördert wird?" Wenn man im Zentrumslager aus dem politischen Zusammenarbeiten mit Andersgläubigen und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine „Protestantisierung" befürchte, so sei das in der Tat Sprengpulver. Gerade denjenigen, die ein politisches Zusammenarbeiten mit dem Zentrum befürworteten, werde die Zusammenarbeit unnötig erschwert; und denen, die das Zentrum als nicht national bekämpften, sei jedes Wort in der Koblenzer Rede Dr. Bitters ein angenehmer Anlaß, mit dem Popanz Zentrum die politisch Zaghaften zu schrecken. Es gebe jetzt Kreise im deutschen Vaterland, die nichts Eiligeres zu tun hätten, als mit dem Protokoll der Osterdienstagskonferenz in der Hand antiultramontane Stimmung gegen den katholischen Teil unseres Volkes zu erzeugen. „Der Protestant wird mit Recht antiultramontan, wenn es bedingungslos heißt: Zentrum und katholische Kirche; wird ein treuer Mitarbeiter an der Seite seines katholischen Volksgenossen, wenn die katholischen Führer für gemeinsame Aufgaben zur Förderung unserer nationalen Wohlfahrt als Grundlage die Interkonfessionalität ehrlich in Wort und Tat üben."

Mit unverblümten Worten sprach sich Lic. Traub (Dortmund) in der Christlichen Freiheit, Evangelisches Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen (Nr. 35 vom 29. Aug. 09), über den Fortgang der Diskussion aus, hinter der er fälschlich die Jesuiten sucht, die die anderen Teilnehmer der Kölner Konferenz nur vorgeschoben hätten. Es sei nicht anzunehmen, daß der heiß entbrannte Streit ruhig beigelegt werde: „Siegen werden die Waschechten, denen hoffentlich der »geschichtliche Erfolg« auch nicht erspart bleibt, nämlich der, daß sich die nichtkatholische Welt noch energischer dagegen wehrt, von ihnen irgendwelche Rezepte für Gestaltung des kulturellen und politischen Lebens entgegenzunehmen. Ihre Arbeit wird die vollständige Isolierung des katholischen Elements innerhalb der modernen Kultur zur Folge haben. Das ist dann das letzte Stadium vor seiner Ausstoßung. Der Weg der französischen Entwicklung wird so auch in Deutschland beschleunigt. Wären wir schadenfroh, würden wir sagen: uns kann es recht sein." Daß diese Urteile der voraussichtlichen Entwicklung nicht zuwiderlaufen, zeigen da und dort bereits hervorgetretene Erscheinungen.

Aus der liberalen Presse ersah man aber auch, daß es der in der Osterdienstagskonferenz zusammengetretenen Gruppe in der Hauptsache nicht bloß um eine Definition des Zentrums zu tun war. Auf die christlichen Gewerkschaften fielen in jener „privaten Besprechung" zwar auch allerhand interessante Streiflichter, doch wagte man sich im Ernst noch nicht an sie heran. Es wäre verfrüht! Daß aber außer dem Volksverein noch andere Objekte für eine



ähnliche Behandlung wie dieser in Aussicht genommen waren, erfuhr man kurz nach der Koblenzer Versammlung in einem liberalen Organ, und fand darin eine unzweideutige Bestätigung dessen, was man in den bisherigen Artikeln zwischen den Zeilen lesen und in Koblenz zwischen den Sätzen hören konnte. In einem längeren Artikel: Was ist das Zentrum? machte die Kölnische Zeitung (Nr. 872 vom 17. August 1909) die auffallende Mitteilung, daß die Freunde der Osterdienstagsbewegung selbst bei ihr Zuflucht suchten, um sich von da aus Gehör zu verschaffen. Beweis dafür sei eine Reihe von Zuschriften, die sie aus räumlichen Gründen nicht alle abdrucken könne, von denen sie aber zwei wegen ihres ruhigen und sehr unterrichtenden Charakters nicht habe abweisen wollen. Daß diese Artikel aus der Fabrik der Hintermänner der Osterdienstagskonferenz stammen, zeigen außer der Versicherung des liberalen Blattes auch innere Gründe. Es wird in den beiden in Betracht kommenden Artikeln mit den gleichen Auffassungen, Beweisstücken und Wendungen operiert, die wir in einem großen Teil der mit jener Konferenz sympathisierenden Presse und zwar im Inland wie im Ausland, Italien und Frankreich, wieder finden. Der erste „Freund der Osterdienstagsbewegung" polemisiert gegen den Verfasser eines Artikels der Kölnischen Volkszeitung, der die von jener Konferenz geschilderte Lage des deutschen Katholizismus kritisiert hatte, und sagt: „Der Mann scheint über die religiös-politischen Verhältnisse im Katholizismus Deutschlands schlecht unterrichtet zu sein, sonst müßte er wissen, daß in Deutschland eine liberal-katholische Bewegung existiert, die seit Jahren dahin strebt, alles Katholische aus dem öffentlichen Leben, aus der Kunst, Wissenschaft, Literatur möglichst auszuschalten." (So stand es auch im „Protokoll" und im Westfälischen Merkur!) „Gegen diese Bewegung, die in der Presse hauptsächlich durch die Kölnische Volkszeitung vertreten ist, will die Konferenz vorgehen, sie wünscht für das gesamte Kulturleben der deutschen Katholiken ein mehr katholisches Gepräge. Das ist ihr Zweck." Hätte diese Denunziation gegen die Kölnische Volkszeitung Grund und Boden, so hätte die Kölnische Zeitung in ihrer Vorbemerkung zu diesem Artikel aus den Kreisen der Osterdienstagsbewegung sicher keine Veranlassung, zu erklären, sie sei genötigt, sich mehr mit der Kölnischen Volkszeitung zu beschäftigen, als ihr angenehm sei, weil letztere eine ausgesprochene Richtung innerhalb der Zentrumspartei darstelle. Gegen eine „Richtung", wie sie der Gewährsmann der Kölnischen Zeitung in obigen Sätzen skizziert hat, pflegt das liberale Blatt nicht zu polemisieren! Es wäre auch zu dumm. Die Kölnische Zeitung macht als führendes Organ des freigeistigen Liberalismus, dem Zentrum und der Kölnischen Volkszeitung den althergebrachten Vorwurf, daß sie durch allzu starke Hervorhebung ihrer katholischen Weltanschauung das deutsche Volk hindere, den das öffentliche Leben spaltenden Konfessionalismus zu überwinden, und daß sie zur Verstärkung des leidigen Konfessionalismus beigetragen habe, indem sie zu der Verurteilung Schells und der Unterdrückung der Index-Bewegung in Münster geschwiegen habe, — und dasselbe Blatt gewährt hier ohne selbständige kritische Stellungnahme den Freunden der Osterdienstagsbewegung Unterschlupf, die „eine stärkere Betätigung der katholischen Weltanschauung im Kulturleben der Katholiken fordern". Der Haß schafft seltsame Genossen!



7. „Die innere Gefahr" und ihre Begleiterscheinungen.

Während des Winters 1909/10 tauchten die in der Osterdienstagskonferenz und der Versammlung zu Neunkirchen und Koblenz ausgesprochenen Anschauungen da und dort wieder in der Oeffentlichkeit auf, doch wurde ihnen keine sonderliche Beachtung mehr geschenkt, nachdem am 28. November 1909 die Erklärung der allein berufenen Instanz der Zentrumspartei allen Sonderbestrebungen und doktrinären Einwänden den Boden entzogen hatte.

Daß es aber der Richtung, die sich in der Osterdienstagskonferenz einen ersten Treffpunkt für ihre Pläne und Tendenzen gegeben hatte, und der ursprünglich noch weitere Besprechungen folgen sollten (Kaufmann, Ap. R., S. 335, 1910), noch auf andere Dinge als Zentrumsdefinition und Anschluß des Volksvereins an den Episkopat ankam, zeigte die Stellung gewisser Organe, die auf jene Konferenz eingeschworen waren, und die nun auch in ausländischen Zeitungen und Zeitschriften Unterstützung fanden. So brachte die Linzer Theologisch-praktische Quartalschrift in einer Propagandanummer in ihren kirchlichen Zeitläufen einen Abschnitt über den Zentrumsstreit und seine Bedeutung aus der Feder des Linzer Theologieprofessors Dr. M. Hiptmair, worin anknüpfend an eine Betrachtung über die Kampfesstimmung gewisser protestantischer Kreise die Frage gestellt wird:

„Befinden sich die Katholiken Deutschlands in dieser Verfassung (der vollständigen Kriegsbereitschaft)?" Die Antwort lautet: „Wir wollen es hoffen, können aber nicht verschweigen, daß manche Anzeichen zu Beängstigungen Anlaß geben, ja manche Deutsche eine Katastrophe befürchten. Köln und Münster sind die vulkanischen Orte, aus denen ein Ausbruch stattfinden könnte. Von Münster kam die Inderbewegung, von Köln der sogenannte Zentrumsstreit, der gewaltige Aufregung hervorgebracht hat. Es ist bekannt, daß die Kölnische Volkszeitung Wege geht, die nicht von allen gebilligt werden. Es gibt eine bedeutende Gegenströmung, die den Interkonfessionalismus als ein Unding, als einen logischen Unsinn ablehnt und ein allgemeines Christentum nicht gelten läßt . . . Nach der Angabe des Pseudonymus (Athanasius, Verfasser des Osterdienstagsprotokolls) erblicken die Konferenzteilnehmer in der Bachemschen Richtung den vom Papste verurteilten Modernismus."

Eine solche Verdächtigung deutscher Katholiken erzeugte nicht geringe Erregung, ja geradezu Erbitterung. Energisch wurde gefordert, daß die Diskussion über die strittigen Fragen wenigstens nicht mit vergifteten Waffen geführt werde und daß Männer mit abweichenden Meinungen, seien es Geistliche oder Laien, nicht deshalb als zweifelhafte Katholiken oder gar als Modernisten gegenüber dem Gesamtkatholizismus hingestellt werden. Es war darum ein sehr zeitgemäßes Wort, das der Erzbischof von Rouen zur Abwehr von gehässigen Angriffen auf die Korrektheit einer gewissen Gruppe seiner politisch und sozial tätigen Landsleute in einem Schreiben an den Erzbischof Mignot von Albi richtete: „Es gibt Leute, die stets bereit sind, zu exkommunizieren. Sie glauben ihr Tagwerk verloren zu haben, wenn sie nicht das Anathema gegen jemand geschleudert haben. Diese Ketzerriecher, die oft selber sehr verdächtig sind, bringen

die Häresie hervor!" (K. V. Nr. 241, 24. März 10.) Am häufigsten kommen die Verdächtigungen der unberufenen Kritiker aus solchen Gegenden, in denen die Betätigung der Katholiken im öffentlichen Leben sehr viel zu wünschen übrig läßt und wo ein bequemer Quietismus und verständnisloser Indifferentismus eine energische, organisierte und arbeitsfreudige Wahrung der berechtigten Interessen der Katholiken nicht aufkommen läßt. Nicht zum wenigsten gilt dies von einem großen Teil des Auslandes. Darum wies auch die Kölnische Volkszeitung (Nr. 212, 14. März 1910) die in der Linzer Theologisch-praktischen Quartalschrift gegen Köln und Münster gerichteten törichten Verdächtigungen mit folgenden entschiedenen Worten zurück:

Es sind das die Hauptstädte der beiden Landesteile des deutschen Westens, in welchen nach allgemeinem Urteil das katholische Leben am kräftigsten pulsiert, in welchen die Stellung der Katholiken im öffentlichen Leben am stärksten ist. Insbesondere darf Köln als der Vorort des deutschen Katholizismus angesprochen werden. Wie lebendig der religiöse Sinn im katholischen Volke der Hauptstadt der Rheinprovinz ist, und zwar in allen Schichten der Bevölkerung, hat der vorigjährige Eucharistische Kongreß in der überzeugendsten und in der von allen zum Urteil besonders berufenen Stellen bezeugten Weise bewiesen. Und nirgends hat bisher eine derartige überwältigende Kundgebung religiösen Lebens und Fühlens stattgefunden, vielleicht ist sie nirgend anders in solchem Umfange möglich. Und was die Betätigung der Katholiken im öffentlichen Leben anlangt, so steht Köln in dieser Beziehung ohnegleichen da. Es gibt zurzeit außer Wien keine katholische Stadt von solcher Bedeutung, welche einen in seiner Mehrheit auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehenden Gemeinderat hat, wie er in Köln in jahrzehntelangen, mit kaum zu überbietender Tatkraft und Opferwilligkeit geführten Kämpfen durchgesetzt worden ist. Von Münster gilt nach der Seite der Betätigung katholischen Lebens das gleiche wie in Köln. Und da kommt ein kirchliches Blatt in Linz a. Donau und stellt Köln und Münster gewissermaßen als Mittelpunkte des „Modernismus" im Sinne unkirchlicher, von der kirchlichen Autorität verurteilten Strömungen hin! Und eine besondere verdächtigende Insinuation richtet es gegen die Kölnische Volkszeitung, die doch an dem erfreulichen Stande der Dinge in Köln ihren reichlichen Anteil hat.

Ein besonders drastisches Beispiel phantastischer, urteilsloser und leidenschaftlicher Beurteilung katholischer deutscher Verhältnisse lieferte das Buch des französischen Universitätsprofessors Msgr. Delmont, das den Titel führt: Modernisme et Modernistes en Italie, en Allemagne, en Angleterre et en France. Der Verfasser behauptet, daß er sich auf unwiderlegliche Tatsachen, des faits absolument authentiques stütze. Er erzählt, daß sich in Deutschland eine Reihe „geheimer Gesellschaften" auf Anregung der Modernisten gebildet hätte. Die Kölnische Volkszeitung und die Germania seien modernistische Blätter, die deutschen Bischöfe hätten die Veröffentlichung der Enzyklika Pascendi dominici gregis verzögert, der Kardinal Kopp sei zwar nicht Modernist, aber „Opportunist", ein Freund des Kaisers und Bülows, er sammele die Modernisten in Breslau und habe einigen modernistischen Universitätsprofessoren in Breslau Zuflucht gewährt. Ja, der Modernismus in Deutschland sei viel gefährlicher als in allen anderen Ländern der Welt, er sei eine „Strafe für den deutschen Hochmut, der mit einer Anmaßung, die in der ganzen Welt einzig sei, beim Unglück anderer mit Steinen wirft". Aehnliche, den deutschen Namen beschimpfende Sätze standen damals auch in der Apologetischen Rundschau! Es ist selbstverständlich, daß solche Behauptungen eines schlecht unterrichteten und irregeleiteten französischen Schriftstellers auch in Frankreich selbst und ebenso in



Belgien verurteilt wurden, anderseits wurde das Buch aber gerade von französischen Schriftstellern hinwiederum gelobt und verteidigt.

Es war nur zu durchsichtig, daß die Verteidiger des französischen Professors ihre Zuträger und freundwilligen Helfer in Deutschland selbst haben mußten. Ihre Grundanschauungen stimmen völlig überein. Der Verteidiger Delmonts im Univers bezeichnet „Deutschland als das klassische Geburtsland des Modernismus", und die Apolog. Rundschau (März 1910) schreibt beinahe wörtlich ebenso: „Deutschland, die Urheimat der modernistischen Ideen"; ferner im Juni und Juli 1910: „Deutschland, der Mutterboden der modernistischen und interkonfessionellen Ideen!" Daß diese leichtfertige Behauptung keinen Halt und Boden hat, beweist das ausführliche Werk des Jesuitenpaters Viktor Cathrein: Die katholische Weltanschauung in ihren Grundlinien. (2. Aufl. Freiburg, 1909.) In diesem Werke wird das System des Modernismus ausführlich besprochen, aber als Hauptvertreter desselben werden nur theologische Schriftsteller in Frankreich, England, Italien genannt, aber nicht ein einziger aus Deutschland!

Sowohl die französischen Schriftsteller wie ihre deutschen Gesinnungsgenossen knüpften ihre oberflächlichen und falschen Anklagen gegen den deutschen Katholizismus zum Teil an den Fastenhirtenbrief des Kardinals und Erzbischofs von Köln an, der im Januar 1910 auch durch die Presse verbreitet worden war. In diesem Hirtenschreiben werden einzelne Fragen besprochen, die für die unmittelbare Gegenwart von besonderer Bedeutung sind; zunächst die in gewissen Kreisen beliebte Forderung der sog. Interkonfessionalität. Diese Forderung hängt zusammen — so fährt der Kardinal fort — „mit dem leider immer mehr in unserem Vaterlande sich einbürgernden Unglauben, mit der Abneigung gegen Christentum und Kirche, die in weiten Kreisen Platz gegriffen hat. Darum geht sie vorzugsweise von solchen Leuten aus, die selber keine Religion mehr haben, geschweige eine Kenntnis oder auch nur eine Ahnung besitzen von der Bedeutung, der Macht und Wirkungskraft des katholischen Glaubens. Mit ihrer „Interkonfessionalität" wollen sie dem religiösen Indifferentismus, das ist der Gleichgültigkeit in bezug auf jede Religion, den Weg ebnen, dem deutschen Volke an Stelle eines positiv-gläubigen, lebenskräftigen Christentums den Absud einer sogenannten Vernunftreligion — wenn man ein solches noch Religion nennen kann — bieten, die keine Kraft und keinen Saft hat." Sodann erwähnt der Kardinal die Gebiete des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens, wo die Katholiken ohne alle Schwierigkeit mit unseren andersgläubigen, aber auf positivchristlichem Standpunkt stehenden Mitbürgern Hand in Hand gehen, ja wo sie aufeinander angewiesen seien, um gemeinsame Güter zu wahren und gemeinsame Gefahren abzuweisen. Besonders nennt er den Kampf um die christliche Schule und die Wahrung ihres konfessionellen Charakters gegenüber den Angriffen der Parteien des Umsturzes und solcher Kreise, die sich bisher als staats- und gesellschaftserhaltende bezeichneten, und nun offen mit diesen Parteien liebäugeln.[1]) Allein wenn von gemeinsamem Wirken gegen die Geister der Verneinung die Rede ist, — so heißt es weiter — so bedingt solches wahrlich nicht die beliebte

[1]) Das Gleiche tat er in seiner Rede in der Bürgergesellschaft am 16. Oktober 1910. S. Köln. Volkszeitung vom 17. Oktober 1910.



Religionsmengerei, die Ausschaltung des konfessionellen Einflusses auf den Gebieten, wo er berechtigt und gefordert ist. Das Gegenteil ist der Fall. Tritt die Konfession überall im öffentlichen Leben zurück und wird in den Hintergrund gedrängt, so ist dem religiösen Indifferentismus Tür und Tor geöffnet und die christliche Grundlage unseres öffentlichen Lebens in Frage gestellt. Leider scheinen auch einzelne der Unserigen sich darüber nicht so ganz klar zu sein und erstreben, unter dem Einfluß des Zeitgeistes, eine Interkonfessionalisierung oder vielmehr Konfessionslosigkeit auch dort, wo sie bisher aus guten Gründen als ausgeschlossen galt. Geht man doch hier und da so weit, daß man möglichst schon den Namen „katholisch" vermieden wissen möchte und statt des mann- und herzhaften Bekenntnisses zu unserem heiligen katholischen Glauben lieber von der sogenannten „christlichen Weltanschauung spricht: als hätten wir uns unseres heiligen Glaubens zu schämen!"

Diese Sätze des Hirtenbriefes sind so gewiß und einleuchtend, daß jeder Katholik ihnen von ganzem Herzen zustimmen wird. Kein Wort in diesen Ausführungen wies darauf hin, daß dieselben auf den im Sommer und Herbst des Jahres 1909 in der Presse und in Versammlungen geführten Streit um den Charakter des Zentrums gemünzt seien und als ob der Kardinal sich für die Anhänger der Osterdienstagsbestrebungen habe aussprechen wollen. Nur die Organe, die diese Bestrebungen in der Oeffentlichkeit bisher vertraten, gaben den bischöflichen Worten sofort eine Auslegung und Anwendung auf dem politischen Gebiete, als ob der Kardinal das gesagt und bestätigt habe, was sie immer vertreten hätten. So der Westf. Merkur (Nr. 39): „Keine solche Interkonfessionalität, die zum religiösen Indifferentismus führt und konsequent zuletzt den Ruin der katholischen Kirche in Deutschland bedeuten würde und vorab den Ruin des bisher unbesiegten Zentrumsturmes." Noch deutlicher wurde die Apolog. Rundschau (Heft 5). Sie suchte die Zusammenhänge zwischen dem Hirtenschreiben des Kardinals und der Osterdienstagskonferenz herzustellen und dem Fastenhirtenbrief eine Absicht unterzuschieben, die der klare Zusammenhang der Gedanken darin völlig ausschließt. Sie schrieb:

> Was der Hirtenbrief besagt, ist ja eine Selbstverständlichkeit, aber es ist gut, ja es ist nötig, daß diese Selbstverständlichkeit einmal von so hoher und autoritativer Seite betont und eingeschärft wird. Und daß dies überhaupt geschehen muß, ist wahrlich ein Zeichen der Zeit! Unsere Bischöfe mengen sich nicht gern in die Politik, sie steigen nur dann in die Arena des Kampfes der öffentlichen Meinungen herab, wenn hohe religiöse Ideale in Gefahr sind. Wie groß muß die Gefahr sein, wenn ein so kluger und konzilianter Mann wie Kardinal-Erzbischof Fischer seine Stimme erhebt, um vor einer Tendenz zu warnen, die von vielen und mächtigen Faktoren in Deutschland vertreten wird! Und wer von den Außenstehenden hätte diesen Gang der Dinge geahnt, als im vergangenen Jahre die Keulenschläge gegen die Konferenz vom Osterdienstag niedergingen, die doch fürs Zentrum nichts anderes wollte, als daß der Partei ihr hergebrachter Charakter bewahrt bliebe? Die Grundidee freilich der Konferenz war, dem gesamten Kulturleben der deutschen Katholiken das katholische Gepräge zu erhalten und es vor der übertriebenen Interkonfessionalisierung, vor der „Religionsmengerei" zu schützen. Und diese Idee gewinnt immer mehr Anhänger unter den einsichtigen katholischen Männern, sie ist auf dem Marsch!

Im Märzheft der gleichen Zeitschrift (und später ebenfalls im Juni- und Juliheft) wurde dieser Versuch, den Hirtenbrief zugunsten der Osterdienstagskonferenz



auszudeuten und auszuspielen, fortgesetzt. Die Sätze über die Interkonfessionalität wurden aus durchsichtigen Gründen als „die bedeutsamste Stelle" bezeichnet; und von der Warnung vor der übertriebenen Interkonfessionalität heißt es: „Sie bezieht sich offenbar auf die seit Jahren bestehende Tendenz, alles spezifisch Katholische aus dem öffentlichen Leben der deutschen Katholiken, ja aus ihrem gesamten Kulturleben mehr und mehr auszuschalten — eine Tendenz, welche in weiten Privatkreisen sehr verbreitet ist und welche droht, sich auch auf die bisher katholischen Organisationen zu übertragen. Christliche Politik, christliche Literatur, christliche Wissenschaft, »christliche Weltanschauung«, das sind die Schlagwörter, gegen die Kardinal Fischer auftritt. Im Grunde ist dieses »Christentum«, ohne daß seine katholischen Verfechter es wollen, der echte Protestantismus." Das ist doch eine Verallgemeinerung und eine Kühnheit in der Schlußfolgerung, wie sie zwar in den Erörterungen der Osterdienstagskonferenz und den davon beeinflußten Veröffentlichungen des öfteren beliebt wurde, die aber weder den Absichten des Hirtenbriefes entspricht, noch auch sonst in einer öffentlichen Diskussion, die sich nicht demagogischer Mittel bedient, für statthaft gilt. In diesem Artikel der Apologetischen Rundschau wird auch mit Bezugnahme auf die Breslauer Rede des Kardinals Kopp die Behauptung aufgestellt, es sei betreffs des Volksvereins dasjenige eingetroffen, was die vielgeschmähte Osterkonferenz wünschte; ja, der Episkopat sei über die Anregung dieser Konferenz noch hinausgegangen.

* * *

Kaum waren diese Erörterungen etwas im Abflauen begriffen, da wurde mit einem Male von einer Berliner Verlagshandlung für Ende Mai ein Buch angekündigt, für das eine ungewöhnliche Reklame gemacht wurde: „Köln", eine innere Gefahr für den Katholizismus, von einem Geistlichen.[1]) So hieß es in den Anpreisungen, die in 400 000 Exemplaren verbreitet wurden: „Dieses Buch sucht mit feinster Objektivität beide Richtungen, die unter die Namen Bachem und Roeren zusammengefaßt sind, unter dreifachem — dem politischen, nationalen und kirchlichen — Gesichtspunkte zu verstehen und zu entwickeln. Im zweiten Teile des Buches sind aufsehenerregende Enthüllungen und bisher unbekannte Aktenstücke von hochstehender Seite gegeben. Das Buch dürfte einen leidenschaftlichen Kampf entfesseln . . . Das Buch ist von sehr eingeweihter Seite geschrieben und von der in diesen Fragen kompetentesten Persönlichkeit begutachtet worden . . . Wirkungsvoller Umschlag! . . . Wir bemerken, daß das Buch auf streng katholischem Standpunkt steht und nicht etwa die liberalisierende »Kölner Richtung« propagiert!"

Die Schrift erschien in der Herm. Waltherschen Verlagsbuchhandlung in Berlin, in der früher ein großer Teil der Pamphlete des Grafen Hoensbroech

---

[1]) Der Titel stammt von dem protestantischen Verleger des Buches, Dr. E. H. Dietzsch, Firma Hermann Walther, Berlin, und fand die Zustimmung der an der Herausgabe mittelbar oder unmittelbar Beteiligten, so daß wir vor der bezeichnenden Tatsache stehen, daß Protestanten bei einigen der Mitglieder der Osterdienstagskonferenz die Entscheidung darüber fällen, wo die innere Gefahr des deutschen Katholizismus liegt! Auch das ein Beitrag zur wirklichen Gefahr des deutschen Katholizismus!

gegen die katholische Kirche und ihre Einrichtungen erschienen waren. Mittlerweile war (seit August 1909) der Verlag in andere Hände übergegangen und der neue Besitzer machte es sich zur Aufgabe, Schriften, die über die Bewegungen innerhalb der Konfessionen usw. handelten, zu verlegen. Es wurde alsbald bekannt, daß der Verfasser der Schrift: „Köln", eine innere Gefahr ein Geistlicher der Erzdiözese Köln selbst, Kaplan Edmund Schopen in Stotzheim (früher in Oberhausen) sei, der Einberufer der Osterdienstagskonferenz und Verfasser des „Protokolls", das andere Teilnehmer der Konferenz als „Machwerk" in der Oeffentlichkeit in Mißkredit zu bringen suchten. Die Reklamenotiz des Verlags, die Schrift enthalte „bisher unbekannte Aktenstücke von hochstehender Seite", war in Wahrheit eine Herausforderung des Publikums und ganz gewöhnliche Sensationsmacherei. Wohl war die Mitteilung von aufsehenerregenden Enthüllungen und unbekannten Aktenstücken geplant gewesen; doch nahm man im letzten Augenblick von ihrer Veröffentlichung Abstand. Erst Ende September 1910 wurde das betr. Aktenstück, auf das der Herausgeber der Schrift und ihre sonstigen anonymen Hintermänner so großen Wert legten und von dem sie sich zwecks Einschüchterung und Schädigung ihrer Gegner so großen Erfolg versprachen, von liberalen Blättern zuerst veröffentlicht. Es war ein Privatbrief des Kardinals und Fürstbischofs Kopp an eine im katholischen Frauenbund tätige Dame in Breslau, Fräulein v. Schalscha. Da er in der Presse nicht ganz korrekt wiedergegeben war, sah sich die Germania (Nr. 234) veranlaßt, den vollen Wortlaut zu publizieren.

Was mir in der Darstellung am wenigsten gefällt, sind die spitzen Bemerkungen gegen die „Erwerbstätigen" in Berlin. Die „Erwerbstätigen" in Berlin wie in der ganzen Diözese Breslau habe ich von vornherein von der Verseuchung des Westens zu bewahren gesucht. Mir ist schon die Interkonfessionalisierung der Arbeiterbewegung viel zu viel; sie auch noch auf die Arbeiterinnen zu übertragen, würde die Verwässerung des katholischen Bewußtseins in die ganze arbeitende Klasse getragen haben. Darum habe ich die „Erwerbstätigen" als streng konfessionell verlangt; wollen sie das nicht sein, so sollen sie sich nicht mehr katholisch nennen und als solche gelten wollen. So steht es mit den „Erwerbstätigen" in Berlin

Wie steht es mit der gleichen Organisation im Westen? Aus reinem Opportunismus, nur um die Macht der interkonfessionellen Vereine zu vereinigen, hat man sie den Gewerkschaften zugeführt. Und wie stellt sich die Zentrale des Katholischen Frauenbundes dazu? Stellt sie sich in den Dienst dieser Bewegung? Uebt sie die Patronage über sie aus? Das ist doch die Frage, die ja leider noch immer ungeklärt ist. Wie sehr der Frauenbund auf die Seite der interkonfessionellen Bewegung gestellt wird, haben wir erst vor kurzem in den öffentlichen Schriften gelesen. Was hat der Frauenbund getan, um sich davon zu reinigen? Die Erklärung des Frauenbundes (Zentrale) gegen die Spahnsche Behauptung ist mehr als kläglich, geradezu ein Zugeständnis, und die alberne Empfindlichkeit soll nur die wunde Stelle verdecken, die getroffen und bloßgelegt worden ist. Und dabei verlangt man im Westen noch Vertrauen von uns? Wir wollen unsere Hände und Gewissen rein bewahren. Wir wollen an der Verflachung des katholischen Empfindens nicht teilnehmen. Wir wollen weder die Arbeiter noch die Arbeiterinnen mit Klassenhaß nähren, zum Klassen- und Machtkampfe erziehen und sie der Sozialdemokratie zuführen. Liest denn Frau N. die öffentlichen Blätter nicht? Und hat sie nicht gelesen, was der christliche Gewerkschaftssekretär Effert jüngst ausgeplaudert hat? Selbst den Sozialdemokraten war diese Offenherzigkeit zu weitgehend.

So liegt die Sache. Ich messe alles, was vom Westen kommt, mit diesem Maßstab und sehe immer wieder aus allen Bestrebungen den Pferdefuß durchscheinen. Ich habe noch einmal im Herbst den Versuch gemacht, wenigstens ein äußeres Zusammengehen zu ermöglichen. Alles scheitert an dem wahrhaft häretischen



Fanatismus, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrscht. Der Westen braucht unser Vertrauen nicht; er ist ja klug genug, seine Bestrebungen in seinen Kreisen durchzusetzen. In den Kreisen, in denen ich die Verantwortung habe, werde ich ihn auf das äußerste fernzuhalten suchen. Vertrauen aber kann ich weder den Grundsätzen noch der Taktik entgegenbringen.

Das ist mein Standpunkt, und wenn ich von ihm aus „offen" der Frau N. antworten will, kann ich nur in diesem Sinne antworten.

Es wurde alsbald nach dem Bekanntwerden dieses Schreibens von der Presse des Zentrums darauf hingewiesen, daß dasselbe ganz konkrete Verhältnisse und Vorkommnisse treffe, aber nicht allgemein auf den Westen bezogen werden dürfe. In tatsächlicher Hinsicht bemerkte die Germania zu dem Schreiben, daß hinsichtlich des Gewerkschaftssekretärs Effert eine Namensverwechslung oder ein Schreibfehler vorliege; sie möchte annehmen, daß Kardinal Kopp auf einen Ausspruch eines anderen Gewerkschaftsführers aus dem Westen, den dieser seinerzeit auf dem Internationalen Kongreß in Zürich tat, habe hinweisen wollen. Was aber die Verallgemeinerung der Worte des Kardinals, als sei der ganze Westen in religiös-kirchlicher Beziehung als „verseucht" bezeichnet worden, betrifft, so führt das Blatt des näheren aus: „Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein solcher Gedanke dem Herrn Kardinal-Fürstbischof, der gewiß auch die religiös-kirchlichen Verhältnisse der westlichen Provinzen sehr gut kennen wird, vollständig ferngelegen hat. Er hat auch, wie aus seinem Briefe hervorgeht, nicht im entferntesten daran gedacht, einen Vergleich über die allgemeinen religiös-kirchlichen Zustände zwischen dem Westen und dem Osten der preußischen Monarchie zu ziehen."

Bezüglich des Hinweises auf die Worte des Herrn Effert erfolgte darauf in der Köln. Volksztg. (Nr. 859 vom 12. Okt. 1910) die Richtigstellung, daß der genannte Herr bei einer Unterredung mit einem Redakteur der Rhein.-Westfäl. Ztg. im Jahre 1909 u. a. sich dahin ausgesprochen habe, während der ungünstigen Konjunktur sei ein Ausstand nicht beabsichtigt, man werde vielmehr einen günstigeren Zeitpunkt abwarten. Diese Möglichkeit wird im einzeln im Anschluß an die sichere Ueberzeugung Efferts, daß die englischen Zechenbesitzer den deutschen Kohlenverbraucher solche langfristige Verträge aufzwingen würden, daß das deutsche Kohlensyndikat lange Jahre unter dieser fremden Konkurrenz leiden werde, im einzelnen ausgeführt. In der Germania erklärte Herr Effert, seine Darlegungen seien nicht richtig wiedergegeben. Von anderen christlichen Gewerkschaftsführern war ihnen widersprochen und von dem Abg. Imbusch entgegnet worden, daß Efferts Ausführungen absolut nicht als „programmatische Erklärungen der christlichen Gewerkschaften" gelten könnten. Ebenso war ihnen von dem Bergknappen, dem Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, wie auch von dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften klar und bündig widersprochen worden. Trotzdem hatten die „katholischen Fachabteilungen" sowohl im Berliner Arbeiter wie in einem in Schlesien von ihnen verbreiteten Flugblatt die angeblichen Aeußerungen Efferts auch dann noch kolportiert und zur Agitation gegen die christlichen Gewerkschaften benutzt, als die maßgebenden Instanzen formell erklärt hatten, daß die Darlegungen Efferts dem Programm und den Zielen der organisierten christlichen Bergarbeiter direkt zuwiderliefen!



Das ist kurz die gewerkschaftliche Seite der Sache. Was aber die Stellung des Katholizismus und der Katholiken des Westens im öffentlichen Leben betrifft, so ist eine nochmalige Hervorhebung der allgemein bekannten Tatsachen eigentlich überflüssig. Es brauchte nur daran erinnert zu werden, daß es in ganz Deutschland keine Stadt von der Bedeutung Kölns gibt, wo der Katholizismus eine so starke Stellung im öffentlichen Leben einnimmt und behauptet wie in Köln; daß zuletzt noch die Glanztage des XX. Eucharistischen Kongresses im August 1909 aller Welt bewiesen haben, daß das religiöse und das kirchliche Leben in der rheinischen Metropole, ebenso wie das religiöse Leben im Westen und Süden Deutschlands überhaupt, den Vergleich mit keinem anderen Landesteile und keiner anderen Großstadt zu scheuen braucht.

Dieses Schreiben des Kardinals und Fürstbischofs von Breslau nun war in Abschriften einer großen Zahl Personen, darunter dem Verfasser der Schrift Köln eine innere Gefahr und auch seinen Neben- bezw. Hintermännern in die Finger gefallen. Sie übergaben den Brief dem Verleger Dr. Dietzsch in Berlin und drängten ihn förmlich zur Veröffentlichung, weil sie glaubten, damit einen vernichtenden Stoß gegen die „Köln-M.Gladbacher Richtung" führen zu können. So schrieb Dr. Kaufmann in seiner Apologetischen Rundschau (Juli 1910): „Weiß die Kölnische Volkszeitung vielleicht, wer den vielbeachteten Artikel Klarheit und Wahrheit in Nr. 272, 27. Nov. 1909 der Germania geschrieben hat? Er soll, wie bestinformierte Kreise bestimmt versichern, von einer der höchsten kirchlichen Stellen in Deutschland stammen. Vor mir liegt die authentische Abschrift eines Briefes, in welchem die hier angedeutete hohe Persönlichkeit den Interkonfessionalismus eine religiöse »Verseuchung« nennt und auch sehr genau denjenigen Teil Deutschlands bezeichnet, von dem diese Verseuchung ausgehe." Noch an einer anderen Stelle des Aufsatzes drohte Dr. Kaufmann mit der Veröffentlichung von Privatbriefen, indem er schrieb: „Wir werden dann in der Lage sein, einige Briefe zu veröffentlichen, die ebenfalls von »hochangesehenen«, ja, zum Teil sogar von sehr hochangesehenen Persönlichkeiten stammen. Jetzt lassen wir nicht locker!" Diese Sätze Dr. Kaufmanns erregten sofort sehr großes Aufsehen; es wurde alsobald in der Presse auf den Brief eines Kardinals gedeutet und sogar behauptet, derselbe sei, „um teueres Geld aus der Schopenschen Broschüre ausgemerzt worden". Erheiternd war es daher, als Dr. Kaufmann am 30. September 1910 folgende Mitteilung seiner Zentralauskunftstelle an die Presse versandte: „Die Köln. Zeitung macht in ihrer Nr. 1032 vom 25. September Anspielungen auf einen Brief des Herrn Kardinal Kopp, worin unter Hinweis auf die sog. Kölner Richtung von einer »Verseuchung des Westens« die Rede sein soll. Es handelt sich, wie die C. A. der katholischen Presse mitteilt, um einen Privatbrief, der durch eine grobe Indiskretion (!) in die Hände einiger Personen gekommen ist. Der Inhalt dieses Schreibens, dem man von gewisser Seite eine übertriebene Bedeutung beilegt (!), ist infolge seiner mündlichen Verbreitung arg entstellt worden." Es war eine Frivolität, mit einem Privatbrief eines Bischofs ein so verwerfliches Spiel zu treiben. Denn gerade durch die versteckten Drohungen Kaufmanns gegen die Kölner Richtung und die Kölnische Volkszeitung wurden diejenigen, die es auf die letztere abgesehen hatten, immer aufs neue versucht und gereizt, den Brief an die Oeffentlichkeit zu zerren. Doch wollte

der Verleger die Verantwortung für den Abdruck eines Privatbriefes nicht auf sich nehmen und er fragte bei der Adressatin an, ob sie die Erlaubnis zur Veröffentlichung des Briefes des Kardinals erteilen wolle, was natürlich nicht geschah. Daraufhin hat der Verleger, obwohl der Brief nebst anderen ähnlichen Dokumenten bereits gesetzt war und die Korrekturbogen fertig vorlagen, von dem Abdruck des Briefes abgesehen. Doch waren die Abschriften in den Händen derjenigen, die die Veröffentlichung der Broschüre „Köln eine innere Gefahr" vorbereitet bezw. betrieben hatten, und somit fällt auch die Verantwortung für den mit dem Briefe getriebenen Vertrauensbruch und die beklagenswerten Folgen auf jene Kreise.[1]) Beklagenswert sind diese Folgen namentlich um deswillen, weil die liberale Presse fortwährend darauf ausging, die Autorität der Bischöfe und sogar des Heiligen Stuhles in die leidige Angelegenheit hineinzuziehen und im Zusammenhang damit willkürlich erfundene Schauermären zu verbreiten, um Mißstimmung und Verwirrung unter den Katholiken zu erzeugen.[2])

Die rücksichtslose Art, in der der Verfasser der Schrift „Köln, eine innere Gefahr" Mißbrauch mit einem bischöflichen Briefe zu treiben entschlossen war, und wovon er nur auf das energische Drängen anderer, der Herausgabe der Schrift selbst fernstehender Herren abgebracht werden konnte, führt auch auf die

---

[1]) In einer Erklärung, die der Verleger Dr. Dietzsch in der Köln. Volksztg. veröffentlichte (Nr. 439, 28. Mai 1910), wies er schon auf die Möglichkeit einer Veröffentlichung hin, indem er sagte: „Ich bin zu den äußersten Konsequenzen bereit, die in der Veröffentlichung der geheimsten Akten zu suchen sind." Ferner erklärte er unterm 25. Mai 1910 im Börsenblatt für den D. Buchhandel, „daß in der Schrift wichtige Aktenstücke veröffentlicht werden, die sich gegen Herrn Julius Bachem, d. h. gegen seine Politik richten". Und in einer anderen Ankündigung der Schrift bezeichnete er als Zweck der Veröffentlichung, „alle Katholiken vor der Verseuchung des Westens zu bewahren"!

[2]) Sofort nach dem Bekanntwerden der ersten Nachrichten über die Schrift „Köln eine innere Gefahr" und ihren Verfasser, ihren Inhalt und die Aktenstücke, die sie enthalten sollte, fand eine Konferenz der Redaktion der Köln. Volksztg. statt. In derselben wurde einstimmig beschlossen, nichts weder direkt noch indirekt zu tun, was als Reklame für die Schrift aufgefaßt werden könnte, sondern nur durch äußere Anlässe gezwungen darauf einzugehen, um der publizistischen Pflicht zu genügen. Es sollte auch vermieden werden, daß die prinzipielle Preßerörterung, die durch die parteioffizielle Erklärung vom 28. November 1909 erledigt war, wieder auflebe. Diejenigen, welche die Diskussion wieder begännen, würden die allgemeine Stimmung der Zentrumskreise gegen sich haben. Bezüglich der Aktenstücke wurde beschlossen, in der etwaigen Besprechung der Schrift alles zu vermeiden, wodurch sich der Verlag derselben vielleicht moralisch gezwungen sehen könne, dieselben doch zu veröffentlichen. Sonst werde man später sagen: Ihr habt den Verlag genötigt, aus der Reserve herauszutreten. Ihr tragt die Schuld an dem Skandal. — Diese Redaktions-Verhandlungen wurden stenographisch protokolliert.

Hieraus ergibt sich die völlige Unwahrheit eines Teiles der mit der Osterdienstagskonferenz harmonierenden Blätter, welche gegen die Köln. Volksztg. den Vorwurf erhoben, sie habe durch ihre Artikel Reklame für die Schopensche Schrift gemacht! Im Gegenteil; der spätere Verlauf der Preßdiskussion und die durch die leidenschaftlichen Freunde und Verteidiger jener Schrift provozierte nachträgliche Veröffentlichung des Briefes des Breslauer Kardinals hat der Konferenz der Redaktion der Köln. Volksztg. durchaus und in allen Teilen recht gegeben.



mancherlei Machenschaften, die dem Erscheinen der Broschüre auf anderer Seite vorausgingen. Der Plan zu derselben reicht in den Winter 1909/10 zurück und wurde mit einzelnen Mitgliedern der Osterdienstagskonferenz und gesinnungsverwandten Herren wiederholt besprochen. Ein Teil der Schrift war bereits im Winter vorher fertiggestellt und von einem hervorragenden Mitgliede der Osterdienstagskonferenz, nämlich dem Abgeordneten Roeren, begutachtet und mit Randbemerkungen versehen worden, die den Gegensatz zur „Kölner Richtung" möglichst scharf herauskehren sollten. Ursprünglich sollte das Buch unter dem Titel Programmfragen für das katholische Deutschland (s. K. V. Nr. 457, 3. Juni 1910) in Trier in der Paulinusdruckerei erscheinen, es war auch schon etwa die Hälfte des Manuskriptes gesetzt; doch wurde von einflußreicher Stelle aus abgeraten, daß die Broschüre in Trier herausgegeben werde. Die prinzipielle Preßerörterung war erledigt durch die parteiamtliche Erklärung des Vorstandes der Zentrumsfraktion, das Verhältnis des Volksvereins zu dem Episkopat war geregelt, die Frage der christlichen Gewerkschaften war überhaupt ausgeschieden, mußte es da nicht allgemein als eine frivole Friedensstörung aufgefaßt werden, wenn von unberufener Seite, und dazu wieder anonym, die Sache aufs neue aufgerührt wurde? So dachten die führenden Mitglieder der Osterdienstagskonferenz freilich nicht. Eines derselben schrieb, als die Schrift fertig war: „Der Kampf beginnt!" Wenn einige aus dieser Gruppe dennoch von der Veröffentlichung der Schrift abrieten, so war ihr Beweggrund dazu der: So lange nicht ein führendes Blatt da sei, das den Kampf mit der Kölnischen Volkszeitung aufnehme, werde jede Aktion einer Broschüre von der letzteren ins Gegenteil verkehrt werden!

Wenn die Schrift also doch herauskam, und zwar mit dem „zugkräftigen" Titel, so lag dies daran, daß man ein Wiederaufleben des Streites, selbst auf Kosten der Einheit der deutschen Katholiken, unter allen Umständen herbeiführen wollte. Hierin muß man die wirkliche Gefahr für den deutschen Katholizismus erblicken!

In der ersten Notiz, die über die Schrift in die Oeffentlichkeit gelangte, hieß es, es sei ein Kreis von Personen an ihrer Abfassung beteiligt. Daraufhin erklärte der Verleger Dr. Dietzsch (vgl. K. V. Nr. 439, 28. Mai 1910): „Die Schrift ist von einem geistlichen Herrn, der mit keiner der beiden Richtungen etwas zu tun hat und von dem mir auch nicht bekannt ist, daß er seinerzeit die Osterdienstagskonferenz einberufen und das oft zitierte Protokoll abgefaßt hat, geschrieben. Die Schrift hat nur wenigen Personen, darunter einer von mir angerufenen kompetenten Persönlichkeit vorgelegen. Begutachtet ist die Schrift von einem sehr bekannten Zentrumsabgeordneten, einem Universitätsprofessor einer großen deutschen Universität und einem hohen Geistlichen." Diese Erklärung ist in ihrem ersten Teil objektiv unwahr. Der Verfasser der Schrift, der vor ihrem Erscheinen schriftlich und mündlich mit dem Verleger verhandelt hatte, war einer der Hauptverfechter der Richtung Roeren-Bitter, hatte an dem Zustandekommen der Osterdienstagskonferenz und der publizistischen Vertretung ihrer Tendenzen einen Hauptanteil und war als solcher auch der Oeffentlichkeit bekannt. Es war also eine Irreführung, wenn es in der sensationellen Aufmachung der Schrift hieß, sie sei „mit feinster Objektivität" geschrieben. Eine solche darf von jemanden, der den Kampf will, nicht erwartet werden. Wohl wurden von beteiligter Seite



da und dort Versuche gemacht, die Spuren der Herkunft der Schrift zu verwischen. Einem Zentrumsblatte z. B. wurde von dem Verfasser zugemutet, eine Notiz folgenden Inhalts zu veröffentlichen: „Von gut unterrichteter Seite geht uns die Mitteilung zu, daß nicht ein von der Kölnischen Volkszeitung vermuteter »rheinischer Geistlicher« der Verfasser der vielgenannten Broschüre »Köln, eine innere Gefahr« usw. ist, sondern daß der Verfasser ein schlesischer Geistlicher ist.“ Unnötig, zu sagen, aus welchen Gründen die Herkunft der Schrift in die Diözese Breslau verlegt werden sollte!

Als die „in diesen Fragen kompetenteste Persönlichkeit“, von der der Prospekt spricht, und die von Dr. Dietzsch angerufene „kompetente Persönlichkeit“ wurde aus naheliegenden Gründen der Abgeordnete Roeren bezeichnet. Doch versicherte dieser bereits am 25. Mai, daß er der ganzen Schrift und ihrem Zustandekommen absolut fernstehe, daß er bis zur Stunde weder den noch die Verfasser kenne, noch auch das Geringste von dem Inhalte der Schrift wisse, sondern erst einige Tage vorher durch den Prospekt Kenntnis von der Herausgabe erhalten habe. Hiervon machte die Kölnische Volkszeitung (Nr. 439, 28. Mai 1910) in einer Bemerkung zu der ersten Zuschrift des Dr. Dietzsch auf Wunsch Roerens Gebrauch, was ersteren zu folgender Erklärung veranlaßte:

In Nr. 439 Ihres sehr geschätzten Blattes veröffentlichen Sie Erklärungen des Herrn Geheimrat Roeren, die mich in dieser apodiktischen Form in nicht geringes Erstaunen setzen und deren Richtigkeit ich ganz entschieden bestreiten muß.

Wenn Herr Geheimrat Roeren behauptet, daß er „an der Abfassung des Buches in keiner Weise beteiligt ist“, und wenn er „einem Führer der Zentrumsfraktion gegenüber ausdrücklich sein Bedauern über das Erscheinen des Buches ausgesprochen und es damit von vornherein abgelehnt hat“ — so habe ich darauf folgendes zu erwidern:

Ich gestehe Herrn Geheimrat Roeren zu, daß ihm der Titel des Buches: Köln — eine innere Gefahr für den Katholizismus, nicht bekannt gewesen ist; das berechtigte ihn jedoch nicht, vor der Kenntnis des Inhaltes der in Frage kommenden Schrift eine solche Erklärung abzugeben und das ganze Buch von vornherein abzulehnen. Herr Geheimrat Roeren, den ich Gelegenheit hatte vor einigen Tagen zu sprechen, kennt jetzt den Inhalt des von ihm abgelehnten Buches, und er hat mir zugegeben, daß er die Schrift in ihrer ersten Fassung, das heißt ihren ersten Abschnitt (die Aktenstücke des zweiten Abschnittes waren ihm schon früher bekannt) schon vor fünf Monaten gelesen und korrigiert habe.

Als ich die Herausgabe des Buches übernahm, geschah das nur im Hinblicke darauf, daß die erste Fassung der Schrift, die in einer Trierer Druckerei gesetzt worden war, von Herrn Geheimrat Roeren und anderen maßgebenden Persönlichkeiten eingehend redigiert worden war, da mir ja die Person des Verfassers bis dahin gänzlich unbekannt war.

Die erste Fassung war Herrn Geheimrat Roeren zur Begutachtung von Trier aus zugeschickt worden. Die von der Hand Roerens redigierten Fahnen sind in meinem Besitz, und ich kann nur konstatieren, daß die Redaktion Roerens mit einem mehr als gewöhnlichen Interesse erfolgt ist. Seine Anmerkungen gehen streng auf den Inhalt ein, teilweise sind es Abänderungsvorschläge, teilweise Zensuren wie „Sehr gut“ — „Gut“ — „Richtig“ usw.

Die ganze Art der Roerenschen Begutachtung und Redaktion gibt mir noch heute die positive Gewähr, daß Herr Geheimrat Roeren der Veröffentlichung der Schrift nicht so fern stehen kann, wie er es jetzt nach mir bekannt gewordenen Erklärungen möchte.

In der Schrift befindet sich z. B. folgende Stelle: „Der Kampf der Religionen muß ausgefochten werden. Denn in den tiefsten Fragen haben wir ein schreiendes Recht auf Wahrheit, und nur eines kann die Wahrheit sein. Diesen Kampf ver-

hindern wollen, das wäre ein aus indifferentistischer Nichtachtung des Religiösen hervorgegangener Plan einer oberflächlichen, materiellen Zeit."

Diese Sätze hat Herr Geheimrat Roeren angestrichen und an dem Rande mit dem Prädikat „Gut" zensiert. Damit hatte Roeren für mich zweifelsfrei festgestellt, daß ihm das „Ausfechten des Kampfes der Religionen" durch vorliegende Schrift mehr als erwünscht sei, wenn mir nicht sein Endurteil „Richtig — Roeren" das zum Schlusse des Hauptkapitels steht, allein genügt hätte.

Ich erkläre nochmals ausdrücklich, daß Roerens Urteil, daß Roerens Redaktion der ersten Fassung, die ja dann nach der Roerenschen Begutachtung umgearbeitet worden ist, für mich maßgebend waren, und soweit mir die Person des Herrn Geheimrat Roeren bekannt ist, hätte er einer minderwertigen Arbeit niemals ein so weitgehendes Interesse entgegengebracht.

Ich werde mir in meinem Interesse, im Interesse meines Autors und im Interesse des Buches, das, wie es mir scheint, systematische Abrücken der an dem Buche beteiligten Persönlichkeiten, die das Buch, das sie selbst gut geheißen und jetzt verleugnen wollen, nicht so ohne weiteres gefallen lassen, sondern bin, wie ich schon in Nr. 439 Ihres Blattes schrieb, zu den äußersten Konsequenzen bereit. Soeben wird mir telegraphisch mitgeteilt, auch Herr Bischof Korum in Trier habe die Schrift nicht gekannt. Auch das muß ich als nicht stichhaltig zurückweisen. Die erste Fassung der Schrift wurde, wie ich oben bemerkte, in einer Trierer Offizin vervielfältigt und dem Herrn Bischofe zur Begutachtung vorgelegt. Nur aus berechtigten Opportunitätsgründen, die weder ich noch irgend andere dem Herrn Bischofe verdenken können, hat der Herr Bischof Korum gewünscht, daß die Schrift nicht in seinem Bezirk erscheinen möge.

Herr Abg. Roeren schreibt seinerseits der Zentralauskunftsstelle der katholischen Presse zu der angekündigten Schrift: Köln, eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus (Walther, Berlin):

Es ist richtig, daß ich, wie in der Kölnischen Volkszeitung mitgeteilt wird, zu der Schrift erklärt habe, den Verfasser nicht zu kennen, an der Abfassung des Buches in keiner Weise beteiligt zu sein und erst jetzt von der Herausgabe des Buches durch den Prospekt Kenntnis erlangt zu haben. Wenn daran aber weiter die Bemerkung geknüpft ist, daß ich das angekündigte „Buch ablehne", so kann ich eine solche Aeußerung schon aus dem Grunde nicht getan haben, weil ich den Inhalt des Buches gar nicht kenne. Ob die Schrift meinerseits abzulehnen ist oder nicht, richtet sich lediglich danach, wie sie zu den von mir vertretenen Grundsätzen der „Osterdienstagskonferenz" Stellung nimmt.

Nach den handschriftlichen Bemerkungen, die der Abg. Roeren auf dem Korrekturabzuge des ersten Entwurfs anbrachte, auf die wir unten noch im einzelnen zurückkommen werden, ist es zweifellos, daß er die ersten Druckbogen dieses Entwurfs aus Trier, die er nach einem Schreiben des Direktors Langer im Januar 1910 erhielt, sorgfältig gelesen und durchdacht und, die Tendenz der Schrift wohl ins Auge fassend, an mehreren Stellen noch erheblich verschärft bzw. den Gegensatz zur Kölnischen Volkszeitung erst hervorgehoben und in den ursprünglichen Text hineingearbeitet hat. Es war daher der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß er bei der ersten Ankündigung des Buches, auch wenn er den Titel und den Verlag nicht kannte, sofort wissen mußte, um was es sich handelte. So genau stimmte die in dem ihm vorliegenden Prospekt die darin skizzierte Inhaltsangabe der einzelnen Kapitel des Buches mit dem ursprünglichen, von ihm selbst korrigierten und ergänzten Entwurf überein! Auch sein Mitteilnehmer an der Osterdienstagskonferenz und andere Gesinnungsgenossen wußten von der Schrift und korrespondierten mit dem Verfasser darüber.

Die nähere Erklärung über seine Beteiligung an dem Zustandekommen des Buches gab der Abg. Roeren in einer zweiten Zuschrift an die Kölnische Volkszeitung (Nr. 451, 1. Juni 1910):



Zu den Auslassungen in Nr. 449 der Kölnischen Volkszeitung über die Schrift „Köln, eine innere Gefahr usw." wiederhole ich, daß mir bis zur Ankündigung der Schrift durch den Reklameprospekt weder von der Existenz, noch dem Inhalte, noch dem Verfasser derselben irgend etwas bekannt war. Erst am letzten Freitag den 27. d. M. erschien der Besitzer des Waltherschen Verlags bei mir, legte mir die bis dahin fertiggestellten Druckbogen zur Einsicht vor und bezeichnete mir den Verfasser. Er bemerkte dabei, daß er angenommen habe, die Schrift sei von mir begutachtet, da ihm Druckbogen aus einer rheinischen Druckerei vorgelegt seien, zu denen ich meine Bemerkungen gemacht habe. Ich wurde dadurch an einen Vorgang aus dem letzten Winter erinnert. Ich erhielt damals — es mögen etwa fünf Monate sein — von einer rheinischen Druckerei die Druckbogen einer kleinen Schrift, die weder Titel, noch den Namen des Verfassers trug, mit der Bitte des mir bekannten Leiters der Druckerei zugesandt, die Schrift einmal durchzusehen und meine Bemerkungen dazu zu machen. Ich habe dann auch die Schrift durchgesehen und am Rande mit Bleistift einige Stellen als gut, mehrere aber als verfehlt bezeichnet. Mein Endurteil habe ich in einem Briefe dahin abgegeben, daß ich die Schrift für verfehlt halte und zu wünschen sei, daß sie nicht herausgegeben würde. Die Herausgabe ist dann auch nicht erfolgt, und ich habe seitdem an den ganzen Vorgang nicht mehr gedacht.

Daß jene in der rheinischen Druckerei hergestellten Druckbogen jetzt als Unterlage oder Einleitung für die jetzige bei Walther in Berlin erschienene Schrift, die etwa den drei- bis vierfachen Umfang hat und diesen, der damaligen Schrift gar nicht entsprechenden, sensationellen Titel führt, benutzt worden ist, konnte ich nicht ahnen und habe es, wie gesagt, erst am 27. d. M. durch den jetzigen Inhaber des Waltherschen Verlags erfahren.

Köln-Lindenthal, 31. Mai 1910. Geheimrat Roeren.

Das in der Zuschrift von Dr. Dietzsch über die Beziehungen des Bischofs Korum zu dem Inhalte, dem Erscheinen usw. der Schrift Gesagte wurde in einem Artikel Zur Aufklärung in der Trierischen Landeszeitung (Nr. 122 a und Kölnische Volkszeitung, Nr. 457, 3. Juni) bestritten.

In einer Anmerkung zu der zweiten Zuschrift von Dr. Dietzsch (Nr. 449) hatte die Kölnische Volkszeitung auf Grund von Mitteilungen aus Berlin gesagt, daß außer dem Abg. Bitter auch die Herren von der „Berliner Bewegung", Fleischer, v. Savigny, Beyer, Treitz, davon wußten und daß die ganze neue Aktion lediglich als eine Fortsetzung der Bestrebungen der Osterdienstagskonferenz sich darstelle. Hierauf erklärten der Reihe nach alle Parlamentarier, die seinerzeit an der Kölner Konferenz teilgenommen haben, daß sie keine Beziehungen zu der neuen Broschüre hatten. Als einziger beteiligter Parlamentarier blieb nur der Abg. Fleischer übrig. — Um nun aber den Beweis zu erbringen, daß der Walthersche Verlag berechtigt war, zu glauben, es ständen hinter Schopen Männer von maßgebendem Einflusse, veröffentlichte Dr. Dietzsch folgende Erklärung, die die ganzen Zusammenhänge aufdecken sollte und die von der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz in ihrer Abendausgabe vom 16. Juni und danach von mehreren Zentrumsblättern, u. a. der Tremonia, der Niederrhein. Volksztg., abgedruckt wurde.

Zu meinem lebhaften Bedauern sehe ich mich wieder veranlaßt, gegen die Angriffe auf den Verfasser des Buches „Köln — eine innere Gefahr für den Katholizismus", Herrn Vikar Edmund Schopen in Stotzheim, Stellung zu nehmen, da ich es mit meiner Ehre nicht vereinbaren kann, einen rechtlich denkenden Menschen und wahrhaft lauteren Charakter in einer Weise angegriffen zu sehen, ohne zu seinem Schutze dasjenige bekanntzugeben, was ihn rechtfertigt. Heute ist es zweifellos, daß Herr Schopen durch die Furchtsamkeit seiner Freunde, die ihn in wenig edler Weise verleugnet haben, isoliert worden ist, und daß sich



die Vorwürfe, seien sie nun berechtigt oder unberechtigt, allein gegen ihn richten. Man hat versucht, das geht zweifellos aus den Stimmen der Presse und aus mündlichen Aeußerungen führender Parlamentarier hervor, ihn als einen Eigenbrötler hinzustellen, der ganz aus sich selbst heraus den Feuerbrand in das Lager des Zentrums geworfen habe. Nichts ist unwahrer als diese Behauptung. Wenn je eine Arbeit aus lautersten Motiven heraus geschrieben worden ist, so war es hier der Fall. Ob er klug oder recht daran getan hat, ist eine Frage, die weder er noch ich beurteilen können, die nur der Kritik der Oeffentlichkeit zusteht. Ungerecht ist es aber, ihm unlautere Beweggründe unterzuschieben und öffentlich zu behaupten, er habe die Oeffentlichkeit durch das Protokoll der Osterdienstagskonferenz ebenso irregeführt, wie jetzt mit dem „Machwerk" seiner Schrift, hinter der ebensowenig jemand stände, wie damals bei dem Protokoll.

Weder Herr Roeren noch Herr Bitter, weder Herr Professor Schroers noch die Herren der Berliner Bewegung hatten den Mut, für Herrn Schopen einzustehen, für dessen Ehrenhaftigkeit und dessen durchaus lautere Gesinnung ich mich verbürge. Mag die Taktik des Herrn Schopen eine falsche gewesen sein, gut — niemand wird ihm aber den Vorwurf machen können, er habe nicht aus innerster Ueberzeugung und nicht im Vertrauen auf seine „Freunde" gehandelt. Herr Roeren und Herr Bitter haben Herrn Schopen heute abgeschüttelt, genau, wie sie ihn in der Sache des Osterdienstagsprotokolls abgeschüttelt haben. Damals lag die Sache folgendermaßen:

Herr Schopen hatte, bevor auf der Osterdienstagskonferenz in die Verhandlungen eingetreten wurde, die Frage gestellt: Soll ein Protokoll über die Verhandlungen aufgenommen werden oder nicht? Die Frage wurde zustimmend entschieden und Herr Schopen mit der Abfassung des Protokolls beauftragt. Schopen arbeitete das Protokoll aus, ließ es unter besonderen Vorsichtsmaßregeln zur Sicherung der Diskretion setzen und sandte den Korrekurabzug an Bitter, den Leiter der Konferenz, zwecks etwaiger Textkorrektur oder Aenderung und zur Unterschrift.

Bitter behielt diesen Entwurf und schrieb an Schopen folgenden Brief:

„Sehr geehrter Herr Kaplan!

Heute habe ich mit Geheimrat Roeren den Inhalt des mir übersandten Protokolls (!) durchgesprochen. Herr Geheimrat Roeren ist ebenso wie ich mit dem Inhalt im großen und ganzen einverstanden, aber der Meinung, die ich teile, daß eine Versendung des Protokolls an die einzelnen Teilnehmer der Versammlung nicht angezeigt erscheint. Da die Sache streng vertraulich behandelt sein soll, erscheint es zweckmäßig, daß Sie ein Druckexemplar für sich zurückbehalten, die übrigen Exemplare aber vernichten und den Satz zerstören lassen. Das mir übersandte Exemplar werde ich aufbewahren. Es handelt sich um heikle Fragen, und bei der knappen Fassung des Protokolls kann leicht die eine oder andere Stelle gegen uns ausgebeutet werden. Deshalb ist strengste Geheimhaltung geboten. Das Protokoll hat nur den Zweck, einen Anhalt für uns zu bieten in betreff der Frage, inwieweit eine Verständigung erzielt ist. Mit herzlichem Gruß Ihr treu ergebener

Bitter."

Schopen wurde nun beauftragt, ein kürzeres Protokoll anzufertigen, das im wesentlichen nur die Tatsache der Beratung und die festgestellten beiden Leitsätze enthielt. Dieses Schriftstück wurde als eigentliches Protokoll unterzeichnet und versandt.

Als nun die Kölnische Volkszeitung den ersten Entwurf veröffentlichte, schüttelten die Herren Roeren und Bitter, die den Entwurf bestellt, gelesen und besprochen hatten, diesen als „privates Machwerk" ab.

Genau so verhält es sich jetzt. Wer kann es Herrn Schopen verdenken, daß er ein überzeugter Verfechter seiner Meinung ist. Was man dem einen billigt, soll auch dem anderen recht sein. Im Januar d. J. schrieb Schopen den ersten Entwurf zu seiner jetzigen Schrift. Diese wurde mit Gutheißung des Direktors der Paulinusdruckerei, Herrn Langer in Trier, gesetzt und in Fahnenabzügen an die Herren Roeren, Bitter und Schroers geschickt. Roeren las den Entwurf mit einer Genauigkeit, die nur ein hohes Interesse an der Sache selbst erklärlich macht. Gewiß, er bemängelte manche Stelle, aber nur darum, weil sie nicht scharf genug



gegen die „Kölner Richtung“ aufträte und zuviel „Liebe“ und „Milde“ in falschem Sinn enthielten. Er widerriet allerdings der Veröffentlichung, nicht aber um der Sache selber willen, sondern aus Gründen, die ein Brief des Direktors der Paulinusdruckerei an Schopen, Trier, 21. März 1910, wie folgt angibt:

„Geheimrat Roeren ist entschieden dagegen. Er will überhaupt keine Broschüre. Er sagt so: »Bachem wird, mag die Broschüre sein, welche sie wolle, stets so operieren, daß er einige Seiten, die ihm passen, abdruckt und dann herunterreißt. Auf der anderen Seite gibt es keine große Presse, die dem entgegentreten könnte und würde, da uns eine solche fehlt. Solange nicht ein führendes Blatt da ist, welches den Kampf gegen die K. V. aufnimmt, sei nichts zu machen, und jede Aktion einer Broschüre würde von der alles beherrschenden K. V. rücksichtslos ins Gegenteil gekehrt werden.«“

Das allein waren die Gründe, die Roeren bewogen, von der Veröffentlichung abzusehen. Taktische Gründe, über die sich streiten läßt, aber keine Gründe innerer, den Kern, den Tenor des Buches betreffender Art. Mit der Tendenz — und das ist die Hauptsache — waren Roeren und Bitter genau so einverstanden, wie sie einverstanden waren mit dem ersten Entwurfe der Osterdienstagskonferenz. Beides haben sie als „minderwertiges Machwerk“ abgeschüttelt. Ich als Verleger stehe über den Parteien, ich habe nur die Pflicht, die Interessen dessen zu wahren, der mir sein Vertrauen geschenkt hat, aber ich muß sagen: Wie schwankend muß der Boden der Herren Roeren und Bitter sein, wenn sie beim ersten Hahnenschrei den Genossen verleugnen.

Als ich Anfang Mai die ersten Korrekturen den Führern der Berliner Bewegung zu lesen gab, wurde mir bedeutet, daß man sich mit einzelnen Anschauungen des Verfassers nicht befreunden könne. Ich ließ darauf Schopen nach Berlin kommen und hatte mit ihm und den Herren der Berliner Bewegung stundenlange Besprechungen, während derer ich oft daran war, die Herausgabe des Buches überhaupt zu unterlassen. Immer wieder wurde mir aber erklärt, daß man der Veröffentlichung keineswegs widerrate, zumal ja die bemängelten Stellen geändert worden seien. Schopen (und ich) veröffentlichten nun das Buch im felsenfesten Bewußtsein, an den geistigen Führern der Bewegung einen Rückhalt zu finden, im felsenfesten Glauben auch an das Wort: „Klarheit und Klärung auch um den Preis des Friedens, nicht aber um den Preis der Liebe.“

Daß nach dem ersten Donnerrollen die beratenden Freunde, Roeren und Bitter an der Spitze, in panikartiger Flucht den aufrechten, mutigen Mann, der allein den Mut der Ueberzeugung hatte, verließen, war nicht Schopens Schuld. Er wenigstens wollte das Beste, und nun stehe einer auf und sage, daß er nicht ehrlich gehandelt hat.

Berlin, 13. Juni 1910. Dr. E. H. Dietzsch.

Mit Bezug auf diese Erklärung, die begreiflicherweise überall das größte Aufsehen erregte, sei folgendes festgestellt: Es ist oben bei der Besprechung der Zuverlässigkeit des „Protokolls“ der Osterdienstagskonferenz bereits nachgewiesen worden, wie dasselbe einzuschätzen ist. Die Köln. Volksztg. nahm die zweite Erklärung Dr. Bitters deshalb nicht auf, weil sie mit dem Protokoll in einem zu schroffen Widerspruch stand, und nun sagt Dr. Bitter in seinem Briefe an den mit der Abfassung des Protokolls der Konferenz beauftragten Kaplan Schopen: „Herr Geheimrat Roeren ist ebenso wie ich mit dem Inhalte (des „Protokolls“) im großen und ganzen einverstanden.“ Auf diesen auffallenden Widerspruch ging auch der Abg. Roeren in einer neuen Erklärung (Köln. Volksztg. Nr. 523, 23. Juni 1910) nicht mehr ein. Die Sache liegt jetzt zu klar vor aller Augen. Während in der Saarbrücker Volksztg. deren Leiter Dr. Krueckemeyer, der an der Osterdienstagskonferenz teilgenommen hat, erklärt (Nr. 157, 18. Juni): „Die Teilnehmer der Osterdienstagskonferenz lehnen es ab, für den



Inhalt der Schrift verantwortlich gemacht zu werden . . . Wir halten die Schrift für verfehlt und ihre Veröffentlichung überdies auch für inopportun . . . Mit solchen Maßlosigkeiten wird niemand geholfen" — erklärte der Abg. Roeren in einer Zuschrift an die Köln. Volksztg. (Nr. 523, 23. Juni 1910): „Nach meiner Ueberzeugung verdient die Schrift trotz einiger Uebertreibungen wegen der durchaus zutreffenden grundsätzlichen Darlegung des Streites die weiteste Verbreitung und ist wohl geeignet, diejenigen, die sich ernstlich ein objektives Urteil bilden wollen, zu orientieren." Einen auffallenderen Widerspruch kann es wohl kaum geben, als er hier in die Erscheinung tritt. Am 1. Juni gibt der Abg. Roeren öffentlich bekannt, daß er „die Schrift für verfehlt halte und zu wünschen sei, daß sie nicht herausgegeben würde", und am 23. Juni erklärt derselbe Abg. Roeren, daß die Schrift die weiteste Verbreitung verdiene und wohl geeignet sei, zu orientieren usw. Wenn letzteres der Fall ist — und der Leiter der Bewegung wird's wohl am besten wissen — dann versteht man nicht, wie die Herren Roeren, Dr. Bitter, Underberg und andere nach den ersten Verlautbarungen über die Schrift so geschwind von ihr abrückten! Auf ein paar Widersprüche mehr kam's doch nicht mehr an; die Oeffentlichkeit wußte doch Bescheid.

Zu den nicht aufgeklärten Widersprüchen gehörten auch gewisse Aeußerungen des Bonner Theologieprofessors Dr. Schrörs, aus dessen beiden letzten Schriften Kirche und Wissenschaft und Die zeitgemäße Erziehung und Bildung der Geistlichen Herr Kaplan Schopen in seiner neuen Broschüre wiederholt zustimmend Zitate bringt. Er legt darin auch Herrn Prof. Schrörs einem Mitgliede der Osterdienstagskonferenz gegenüber die Worte in den Mund: „Der Sieg der Kölnischen Volkszeitung ist ein Pyrrhussieg, die Reaktion wird kommen, und Ihre Richtung wird sich durchringen!" (S. 60.) Dieses Urteil, das den versteckten Wunsch in sich barg, es möge die Aktion der Zehnmännerliga über die Kölnische Volkszeitung den endgültigen Sieg davontragen, schien um so weniger glaublich, als derselbe Professor Schrörs aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Kölnischen Volkszeitung an deren Verleger folgendes anerkennende und ehrende Gratulationsschreiben gerichtet hatte.

Bonn, 24. April 1910.

Hochgeehrter Herr!

Von einer längeren Reise im Ausland zurückgekehrt, finde ich die Festschrift der Kölnischen Volkszeitung vor, die der Verlag so liebenswürdig war, mir zu schicken. Für diese große Aufmerksamkeit sage ich verbindlichsten Dank und verbinde damit meine nachträglichen herzlichen Glückwünsche zur fünfzigjährigen Jubelfeier.

Mit lebhaftem Interesse habe ich die ebenso lehrreiche als feinsinnige Darstellung gelesen, die zugleich ein wichtiges Stück Geschichte des deutschen Katholizismus im verflossenen Halbjahrhundert bildet. Welch ein mächtiger Faktor die Zeitung während dieser Zeit gewesen ist, und wie groß das Verdienst ist, das sie sich erworben hat, wird einem aus der wechselvollen Geschichte erst recht klar.

Es ist wohl überflüssig, Sie der tiefen Sympathie zu versichern, mit der ich das Wirken der Volkszeitung immer verfolgt habe, und den wärmsten Wünschen für die Zukunft Ausdruck zu geben.

Ich hatte mannigfache Gelegenheit, die katholische Presse des Auslandes kennen zu lernen, aber sie bietet, abgesehen von dem Univers der früheren Zeit, nichts, was sich mit Ihrem Blatte in Vergleich stellen ließe. Auch der Kirchenhistoriker, der einst das 19. Jahrhundert darstellt, wird ihre bedeutsame Rolle in der katholischen Entwicklung zu schildern haben.



So schuldet auch die Kirche dem Verlage und der Redaktion, die in glänzender Arbeit das Blatt auf seine beherrschende Höhe gebracht haben, den größten Dank. Daß es für das kommende halbe Jahrhundert ebenso sein werde, ist nicht bloß der innigste Wunsch der Katholiken, sondern darf auch mit einer in der Vergangenheit und Gegenwart begründeten Zuversicht erwartet werden.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
ergebenst
Prof. Dr. Schrörs.

Auch dieser Widerspruch blieb unaufgeklärt!

Schon im bisherigen Verlauf der Preßerörterungen konnte sich der Herausgeber der Apol. Rundschau seinen Kritikern gegenüber darauf berufen, daß ihm Prof. Schrörs zu seinem Artikel im Oktober 1909 „gratuliert" habe, und gerade dieser Artikel wiederholte die alten Anklagen gegen die Köln. Volksztg.!

Hatte so die Schrift bereits vor ihrem Erscheinen eine Menge von persönlichen „Erklärungen" verursacht, so folgte ihr eine nicht geringere Menge von sachlichen Richtigstellungen, als sie endlich ausgegeben war. Allgemein stand sogleich in der Zentrumspresse wie in gegnerischen Organen fest, daß die Broschüre die Erörterungen, die sich an die Osterdienstagskonferenz angeknüpft haben, im Sinne der Konferenzteilnehmer fortsetze (vgl. Germania, Nr. 126, 2. Bl.).

Der Vorstand des Augustinusvereins sah sich veranlaßt, folgende Erklärung zu versenden (Augustinusblatt, Nr. 6, 1910):

In der soeben erschienenen Schrift: „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus", ist ein Rundschreiben des Vorstandes des Augustinus-Vereins vom 15. Juni 1909 mitgeteilt und im Anschluß an dasselbe S. 163 folgendes gesagt:

„Wie wenig ernst es diesen Kreisen war mit der Unberührbarkeit und Respektierung der »zuständigen Instanzen in Kirche und Partei« zeigen zwei kleine Züge. Noch in derselben Versammlung des Augustinus-Vereins, freilich nach Schluß der offiziellen Sitzung, konnte unwidersprochen der Rat gegeben werden, die Presse müsse die jungen Kapläne mehr unterstützen gegen die Bischöfe."

Der unterzeichnete Vorstand des Augustinus-Vereins bemerkt demgegenüber folgendes: 1. daß das fragliche Rundschreiben vom 15. Juni 1909 überhaupt in keiner Versammlung des Augustinus-Vereins festgestellt, sondern lediglich vom Vorstande abgefaßt und versandt worden ist; 2. daß niemals in einer Zusammenkunft oder General-Versammlung des Augustinus-Vereins sich ein solcher Vorgang abgespielt hat, wie er auf der angezogenen Seite 163 der Broschüre unter Angabe von Begleitumständen behauptet wird.

Wir erklären, daß sowohl die tendenziöse Behauptung selbst, als auch die angegebenen Begleitumstände durchaus frei erfunden sind und sich als Verleumdung darstellen.

Düsseldorf, den 8. Juni 1910.

Ueber die schädliche Wirkung der neuen Broschüre in den Kreisen der deutschen Katholiken konnte von dem Augenblick an kein Zweifel mehr obwalten, als die liberale Presse mit unverhohlener Schadenfreude dazu Stellung nahm. Triumphierend schrieb die Rhein.-Westf. Zeitung (Nr. 594, 2. Juni 1910) mit Bezug auf den tendenziösen Titel der Sensationsschrift und auf die öffentlichen Erklärungen der an ihrem Zustandekommen und ihrer Herausgabe mehr oder minder Beteiligten:

Der Zentrumsturm schwankt wieder. Es zeigt sich mehr und mehr, daß die Bresche, die die Osterdienstagsleute geschossen haben, mit der Dezember-Erklärung von der „nichtkonfessionellen" Partei nur notdürftig verdeckt worden ist. Der Kampf gegen die Richtung, die die Kölnische Volkszeitung vertritt, wird mit unvermindertem Eifer von dem Kreis um Roeren und Bitter weitergeführt. Seit ein paar Tagen ist die Kölnische Volkszeitung voll von dunklen Ankündigungen,



halbverhüllten Erklärungen und unzweideutigen Berichtigungen, die erkennen lassen, daß eine gewaltige Menge Sprengpulver in den Turm geschafft worden ist.

Unter Hinweis auf den Satz in der Broschüre: „Der Kampf der Religionen muß ausgefochten werden!" erklärt das Blatt, daß die Osterdienstagsleute nicht nur in Gegnerschaft zu der Richtung innerhalb der Zentrumspartei, die ein Hand-in-Hand-arbeiten der Staatsbürger katholischer und protestantischer Konfession zu erstreben vorgibt; sie rücken vielmehr mit solchen Grundsätzen wie dem obigen in die Schlachtlinie zum offenen Kampf gegen den Protestantismus. Damit geht die Bewegung über den Charakter eines häuslichen Zwistes im Zentrumslager hinaus. Indem sie beginnt, die Wurzeln unseres Volkstums zu gefährden, gewinnt die Bewegung eine allgemeine große Bedeutung, die die ernsteste Beachtung der politischen Welt erheischt, weil sie in ihren Wirkungen unheilvoll werden kann.

Timeo Danaos, et dona ferentes! mußte man sagen, als die Kölnische Zeitung (Nr. 616, 6. Juni 1910) in einem langen, angeblich aus Zentrumskreisen, d. h. in diesem Falle aus dem Kreise der Osterdienstagskonferenz und ihrer Freunde stammenden Artikel mit tiefer Besorgnis die Gefahren schilderte, die dem Katholizismus in Deutschland drohen, wenn die „Kölner Richtung" auch nur großenteils zutreffend charakterisiert wäre. Denn dann handelte es sich um nichts weniger als um ein „Schwinden übernatürlicher Auffassung der Kirche". Und das würde für das liberale Blatt, das in wissenschaftlichen wie religiösen Fragen fast ganz von positivistischen Anschauungen beherrscht ist, ein wirkliches Herzeleid sein!

Auch in anderen Artikeln, die der Kölnischen Zeitung — wie sie selbst sagt — von einer an diesem Streite beteiligten Seite zugingen, wurde dem Verfasser der neuen Schrift Lob und Anerkennung gezollt. Was man auch prinzipiell gegen den Verfasser der erwähnten Broschüre, der ein starrer Verfechter der dogmatischen Intoleranz sei und diesem Grundsatz auch im politischen Leben der Zentrumspartei zu einer schärferen Betonung verhelfen wolle, einwenden müsse, den Mut der ehrlichen und mit aller Offenheit vertretenen Ueberzeugung werde man ihm nicht absprechen können. Eine so wohlwollende Beurteilung konnte bei einem Blatte, das von jeher die Feinde des alten Zentrums in dessen eigenem Lager — Staatskatholiken, Nationalkatholiken, Deutsche Vereinigung — mit seiner Sympathie beglückt hatte, nicht wundernehmen. Die Kölnische Zeitung hielt es daher auch mit Schopen und seinen Anhängern, weil sie wohl herausfühlte, daß die „Richtung" Schopen dem Liberalismus niemals Abbruch tun kann.

Das Organ der Deutschen Vereinigung, die Deutsche Wacht, die in der Behandlung von Fragen, die sich um das Zentrum drehen oder um katholische Organisationen, grundsätzlich mit der Kölnischen Zeitung übereinstimmt, wich von ihr in der Beurteilung der Schopenschen Schrift erheblich ab und hob die handgreiflichen Mängel und Schwächen derselben nachdrücklich hervor. Sie charakterisierte das Buch allgemein dahin: „Auch der sonstige Inhalt der Schrift ist nicht gerade bedeutend. Er stellt im großen und ganzen einen, und zwar nicht einmal geschickten, Abklatsch der Gedanken dar, die aus den Stimmen aus Maria-Laach und den bis zum Ueberdruß traktierten Evolutionen der Berliner



Wortführer der katholischen Fachabteilungen längst bekannt sind.“ Ebenso wie Schopen operiert auch die Deutsche Wacht mit der falschen Behauptung, Julius Bachem sei im Turmartikel für den interkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei eingetreten; „interkonfessionell“ natürlich in dem üblen Sinne, den die Osterdienstagskonferenz damit verbindet! Bemerkenswert ist in diesem Artikel der Deutschen Wacht, der das Zentrum zu „konfessionell“ ist, daß dieses Organ sich, wenn auch unter mancherlei polemischen Wendungen, zu einer objektiveren Beurteilung der sog. „Kölner Richtung“ aufschwang, indem es ausführte, diese Richtung werde nicht verfehlen, zu beweisen, daß ihr von Schopen und Genossen falsche Absichten unterschoben würden. „Und mit Recht! Man tut ihr bitter unrecht. Sie ist gar nicht so schlimm. Die Einfältigen sind in der Tat die Berliner und die Roeren- und Bitter-Leute, die ihre Taktik nicht kapieren . . . Bei etwas größerer Bescheidenheit sollten die Kritiker sich sagen, daß Bachem weit früher aufgestanden war als sie. Er hatte auch die Gefahren erkannt, die aus dem konfessionellen Charakter einer Partei erwachsen, und daher wollte er ihr nach außen hin einen rein politischen und interkonfessionellen Charakter geben . . . Nicht nur, daß sich Bachem fanatische und unversöhnliche Gegner in den eigenen Reihen geschaffen hat, auch auf protestantischer Seite hat er — und ganz natürlich — keine Gegenliebe gefunden. Mit welch diebischer Schadenfreude haben ihm das nicht seine Freunde aus dem Roeren-Bitter-Lager vorgehalten!“ Sind auch die Absichten Jul. Bachems nicht ganz korrekt wiedergegeben, so treffen doch sonst diese Sätze den Kern der Sache. Dem Urteil der Deutschen Wacht stimmt auch Das Neue Jahrhundert, Wochenschrift für religiöse Kultur (Nr. 28), im wesentlichen zu, doch zieht sich durch den ganzen Aufsatz der Gedanke, daß nur die von der Kölnischen Volkszeitung vertretenen Grundsätze und Anschauungen das Vordringen der Modernisten des Neuen Jahrhunderts hemmten. Erst wenn „Köln“ abgewirtschaftet haben werde, dann werde der „Radikalismus“ des Neuen Jahrhunderts in seiner Berechtigung erwiesen sein. „Man muß sogar von ganzer Seele wünschen, daß »Köln« seinen bornierten Gegnern unterliegen möge.“ Das Bekenntnis dieses Herzenswunsches ist um so wertvoller, als wenige Wochen später anläßlich des Berliner Kongresses für freies Christentum (Aug. 1910) der Herausgeber der genannten Zeitschrift, Dr. Funk, den dreisten Versuch machte, die Kölnische Volkszeitung für seine Bestrebungen zu reklamieren, was letztere verdientermaßen als gewöhnlichen Bluff zurückwies.

Fast sämtliche Zentrumsblätter in allen Teilen Deutschlands lehnten die Schopensche Schrift ab und bedauerten ihr Erscheinen. Auch solche Blätter, die seinerzeit der Osterdienstagskonferenz und der durch sie hervorgerufenen Bewegung zugestimmt hatten, wollten von der neuen Schrift nichts wissen. Schon die ganze reklamehafte Art, die vor und bei dem Erscheinen der Schrift gerade wie mit einem Sensationsroman getrieben wurde, mußte zur Vorsicht mahnen. Dann waren es die unterschiedlichen Erklärungen und die peinlichen Widersprüche, in die die Gutachter und Inspiratoren Schopens sich verwickelten, die es der Zentrumspresse in allen Teilen des Reiches zur greifbaren Wahrheit machten, daß dieses neue anonyme literarische Unternehmen den Lebensinteressen der Katholiken und der Zentrumspartei im besonderen den schwersten Schaden bringen



müsse. Man ersah aus den Erklärungen und den sonstigen Aeußerungen der Presse, daß es sich nur um einen beschränkten Kreis von Ideologen und Fanatikern handelte, die mit ihren Phantastereien und ihrem Klatsch das Volk glauben machen wollen, es gebe eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus. In richtiger Würdigung dieser Sachlage schrieben in jenen Tagen, als die liberale Presse ihrer Schadenfreude über die Verschärfung des Zwistes im Zentrumslager Ausdruck verlieh, mehrere Zentrumsblätter: Gibt es denn wirklich eine so große Gefahr für das katholische Deutschland? — Ja, die gibt es, aber nicht auf unserer Seite. Es ist die Gefahr der Zerklüftung und der Zersprengung des Zentrumsturmes, die Gefahr, daß die vielgerühmte Einigkeit des katholischen Deutschlands in die Brüche geht. Diese Gefahr begreift das ganze katholische Volk . . . Es staunt über die freundschaftliche Liebenswürdigkeit, mit der die erzliberale Kölnische Zeitung in langen Artikeln den Kaplan Schopen und sein törichtes Buch behandelt, einzig, weil die Möglichkeit ist, die Katholiken zu entzweien. Wenn es sich erhebt, wird es diese ganze unselige Richtung mit einem Schlage hinwegfegen. Schon lodern die Flammen im eigenen Hause, und diejenigen, welche den Brand gelegt, machen keine Anstalt, ihn zu löschen. Sie schüren ihn vielmehr weiter.

Sie schürten ihn weiter, aber sie taten's nicht öffentlich, sondern sie arbeiteten im geheimen, anonym, diskret, streng vertraulich. So erhielten im Juli und August 1910 zahlreiche Katholiken unterm 10. bezw. 31. Juli, bezw. 15. August von Kaplan Schopen einen gedruckten Entwurf, mit dem doppelten Vermerk „Streng vertraulich", zu einer öffentlichen Erklärung und der Bitte, dieselbe mitzuunterzeichnen. Die Erklärung sollte lauten:

An das katholische Deutschland!

Im Hinblick auf die lebhaften innerkatholischen Bewegungen, die seit dem Artikel in den Historisch-politischen Blättern: „Wir müssen aus dem Turm heraus!", verfaßt von Herrn Justizrat Dr. Julius Bachem aus Köln, nicht zur Ruhe kommen wollen und die ernstesten Kämpfe heraufbeschworen haben, geben die Unterzeichneten folgender Ansicht entschiedenen Ausdruck:

1. Die in den letzten Jahren entstandenen und in der kürzlich erschienenen Schrift: „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus" besonders zum Ausdruck gelangten Programmfragen des katholischen Deutschland erheischen eine sachliche und gründliche Auseinandersetzung. Es handelt sich hier nicht um Sonderbestrebungen, die dem größeren Teile des katholischen Deutschland fremd wären, sondern es handelt sich um Lebensfragen, die besprochen und in ernster Prüfung gelöst werden müssen.

2. Darum mögen unter vollständigem und grundsätzlichem Verzicht auf die Anwendung von journalistischen und anderweitigen Gewaltmitteln diese Streitfragen des katholischen Lebens in vornehmer und sachlicher, die Oeffentlichkeit möglichst wenig beunruhigender Weise und unter Beratung unserer geborenen Führer, der hochwürdigsten Herren Bischöfe, besprochen und entschieden werden. Insbesondere ist dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß die kommende Katholikenversammlung, das stets so schöne Bild einhelligster katholischer Arbeit, in keiner Weise durch eine Erwähnung der bestehenden Gegensätze getrübt und durch den Versuch einer Indienststellung für Kampfzwecke mißbraucht werde.

Die Unterzeichneten sind in dieser Erklärung einig, ohne damit ein Urteil über die Details einer der in den Unterschriften zur Vertretung kommenden Anschauungen auszusprechen.

Berlin, Köln, **München, Wien,** 15. August 1910.

Unterschriften:



Es kam dem Verfasser dieser Erklärung natürlich darauf an, eine öffentliche Kritik seiner unheilvollen Broschüre, wovon er sich nichts Gutes versprechen mochte, zu verhindern und einem allerdings zu befürchtenden ablehnenden Votum vorzubeugen. Das war eitle Liebesmüh. Der Landgerichtsdirektor Abg. Gröber hat auf der Augsburger Katholikenversammlung (1910) das Nötige gesagt und in seinen Worten den entrüsteten Gefühlen der allermeisten Katholiken energischen Ausdruck verliehen. (Stenogr. Bericht S. 538 f.)

* * *

Als Ziel seiner Broschüre Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus bezeichnet der Verfasser in seinem Vorwort: „Klarheit und Klärung auch um den Preis des Friedens, nicht aber um den Preis der Liebe!“ Die Lektüre des Buches läßt indes erkennen, daß es dem Verfasser in sehr vielen grundsätzlichen Punkten an der nötigen Klarheit fehlt und daß sein ganzes Unternehmen keine Klärung herbeiführt, sondern nur Irrungen und Verwirrungen schafft.

Das Buch behandelt in seinem ersten Teile „grundsätzliche Erörterungen“ (S. 1 bis 61), im zweiten Teile „Aktenstücke“ (S. 65 bis 166).

Im einleitenden Kapitel: Zur Fragestellung weist der Verfasser hin auf tiefgreifende Gegensätze, die innerhalb des deutschen Katholizismus in bezug auf die ernstesten und wichtigsten Lebensfragen bestehen. Ausgleich und Kompromiß sei nicht mehr möglich, der Streit müsse ausgefochten und in dem einen oder anderen Sinne entschieden werden. Der Grundgedanke dieses Kapitels deckt sich mit den zu Beginn der Osterdienstagskonferenz vorgetragenen Ideen. Der Verfasser spricht seine Behauptungen meist ganz apodiktisch aus, bringt keinerlei Beweise aus der Literatur oder aus dem Gebiet der praktischen Erfahrung. Er zitiert nur das letzte Buch seines Lehrers Prof. Schrörs: Gedanken über zeitgemäße Erziehung und Bildung der Geistlichen. Man braucht den Wert dieses Buches nicht herabzusetzen und kann dennoch denen zustimmen, die aus der näheren Kenntnis der Verhältnisse in der Erzdiözese Köln, soweit die Erziehung des Klerus in Betracht kommt, sagen, das Buch sei ebenso wie das zwei Jahre vorher erschienene des gleichen Verfassers: „Kirche und Wissenschaft. Zustände an einer katholisch-theologischen Fakultät“ in der Hauptsache zur Verteidigung rein persönlicher Ansichten und Forderungen geschrieben, sei mithin eine Tendenzschrift. Es ist also ein methodischer Mangel und ein sehr bedenkliches Verfahren, daß Schopen sich zum Erweis seiner eigenen Auffassung von der Lage und Stimmung im heutigen Katholizismus gerade auf diese Bücher stützt. Wo er sonst auf Urteile anderer sich beruft, tut er es meist so unbestimmt und ungenau, daß eine Kontrolle der Richtigkeit und des Zusammenhangs nicht möglich ist.

Das, was die Scheidung der Geister innerhalb des Katholizismus in jüngster Zeit herbeigeführt hat, so sagt der Verfasser im ersten Kapitel, ist ihre Stellung zum Protestantismus, das Verhältnis der Konfessionen zueinander. Aus den gewaltigen geistigen Kämpfen im Zeitalter der Religionskriege des 15. und 16. Jahrhunderts sei langsam und allmählich ein anderer Geist geworden. Das wird niemand bestreiten, aber was liegt nicht noch alles zwischen dem Jahrhundert der Glaubensspaltung und dem 20. Jahrhundert! Doch das überspringt der



Verfasser, um im direkten Anschluß an das Zeitalter „der in den Reaktionen des 15. und 16. Jahrhunderts entstandenen Weltanschauungsgegensätze" die gegenwärtige Zeit wie folgt zu charakterisieren: „Prinzipienmüdigkeit ist eingetreten. Ein Nivellieren der Gegensätze, ein absichtliches Vergessen der tiefsten Wesensgedanken haben eine Atmosphäre naturalistischer Indifferenz gegen die dogmatischen Unterschiede geschaffen, in der nur das subjektive religiöse Bedürfnis noch sein altes Recht behauptet. Befreiung vom Gegensatz der Konfessionen, so weit es geht, Befriedigung des religiösen Bedürfnisses ohne konfessionelle Einseitigkeit und Aeußerlichkeit, vielmehr aus dem tiefer als alle konfessionellen Unterschiede liegenden Wurzelboden der Religiösität."

Diese Behauptung in ihrer Allgemeinheit ist objektiv unrichtig. In seiner Besprechung der Schopenschen Schrift und eines kurz darnach erschienenen Aufsatzes: Die religiöse Krisis in der Apologetischen Rundschau sagt Prof. Mausbach:[1]) „Der Mangel an objektiver Auffassung und gerechter Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse, den diese Kampfschriften zeigen, erweckt für die Sache, die sie vertreten, kein günstiges Vorurteil." Wer nur einigermaßen aus eigener Anschauung in den verschiedenen Teilen Deutschlands und aus dem Verkehr mit Angehörigen verschiedener Stände die Auffassung der Katholiken kennt, die Beziehungen der Konfessionen beobachtet und sie aus Erfahrung weiß, wer die Literatur darüber verfolgt hat, der wird zugeben müssen, daß allgemein gesprochen das gerade Gegenteil von den Schopenschen Auffassungen der Wirklichkeit entspricht. Ist auch das Temperament nicht mehr dasselbe wie im Kulturkampf, da die brutalen Gesetze gegen die Kirche die Erregung aufs äußerste gesteigert und zur Siedehitze entfacht hatten, so ist doch der Streit um die Prinzipien des Glaubens, die Hervorkehrung der nun einmal vorhandenen Gegensätze der Konfessionen, das bewährte Festhalten der Katholiken an den Lehren ihrer Kirche gerade so ernst, so ehrlich und so tief und auch den ganzen Menschen erfassend als nur je zuvor. Und wenn der Katholik heute mit noch trefflicheren Mitteln dem Gegner gegenüber für die Wahrheit seines Glaubens eintreten kann, so verdankt er dies dem planmäßigen Religionsunterricht und den ausgezeichneten auch den modernen Bedürfnissen Rechnung tragenden Religionslehrbüchern, der Fülle von gelehrten und populären apologetischen Werken, der, abgesehen von Predigt und Missionen, fast überreich gebotenen Gelegenheit, in Vorträgen die Einwände gegen die Glaubens- und Sittenlehre der Kirche kennen zu lernen und ihrer Widerlegung zu folgen. Es sei nur an die großartige und erfolgreiche Tätigkeit des Volksvereins und des Borromäusvereins in dieser Hinsicht erinnert. Eine Menge von protestantischen Gelehrten und Pastoren weisen in ihren Büchern, in Zeitschriften und Reden darauf hin, daß die prinzipiellen Gegensätze schärfer geworden seien, so daß sich, wie einer derselben sagt, die beiden Religionen nicht mehr verstünden! Und was wird in der Apologie der Kirche und ihrer Einrichtungen nicht alles Tag für Tag von der katholischen Presse geleistet! Im Jahre 1880 gab es im Deutschen Reich nur 186 katholische Zeitungen und kirchlich-politische Zeitschriften, im Jahre 1900 waren es 419 und in diesem Jahre rund 500! Läßt das auf „Prinzipien-

[1]) Der Katholik, Jahrg. 1910, August.



müdigkeit" und auf „ein Nivellieren der Gegensätze, ein verflachendes Vergessen dessen, was Religion bedeutet," auch nur entfernt schließen?

Schopen charakterisiert unsere Zeit kurz dahin: „Es ist eine Zeit der Unklarheit und der Verwirrung, der Selbsttäuschung und der Harangierung, der Zugeständnisse und der Taktik, ein Ringen und Durcheinanderfluten der Gegensätze, des Wahren und Falschen, des Berechtigten und des Unberechtigten, der Reformen und der Auswüchse, eine Situation, wie sie fast immer den großen Häresien vorausging." Die Prädikate, die da in dem ersten Teile des Satzes unserem Zeitalter gegeben werden, passen — mutatis mutandis — auf jede kulturell bewegte Aera, damit ist gar nichts Besonderes ausgedrückt. Was aber den Schlußteil des Satzes betrifft, wir hätten heute eine Situation, wie sie fast immer den großen Häresien vorausging, so ist auch diese Behauptung objektiv unwahr. Sie wäre nur dann wahr, wenn der Verfasser zu zeigen vermöchte, daß ein erheblicher Bruchteil der Katholiken der Kirche so entfremdet sei, daß er einer auf die Lösung der mit obigen Worten angedeuteten Fragen und Gegensätze durch das oberste Lehramt der Kirche bezüglichen Entscheidung sich widersetzte und sich dem Irr- und Unglauben zuwendete. Dieser Beweis ist nicht erbracht, kann auch nicht erbracht werden, daher ist die ganze Behauptung subjektiv und im höchsten Grade willkürlich.

Auf der gleichen Stufe stehen des Verfassers weitere Behauptungen: „Es ward der Gedanke geboren, in der großen nationalen Idee der wiedergewonnenen Einheit die konfessionellen Kämpfe für immer sterben zu lassen." Wer hat diesen Gedanken geboren? Wo ist er von berufener Seite ausgesprochen und vertreten worden? Der Gedanke, „die konfessionellen Kämpfe für immer sterben zu lassen", klingt so über alle Maßen irenisch, so weltfremd und von aller Wirklichkeit der Dinge unbeeinflußt, er hat so wenig Aussicht auf Erfüllung, daß es eigentlich eine Torheit wäre, wenn jemand in richtunggebender Stellung ein solches Programm von seinen Zeitgenossen fordern wollte.

Und weiter: „Die Masse des katholischen Volkes, in den Zeiten Windthorsts und seiner Freunde zu einem festgefügten Block zusammengegossen, untrennbar wie ein Mann, löste sich allmählich friedlich und vertrauend auf." Wo sind die Bataillone des katholischen Volkes, die sich aufgelöst haben, die der Leitung der Führer nicht mehr folgen und mit den Gegnern fraternisieren? Als die Zentrumspartei bei den vorletzten Reichstagswahlen im Januar und Februar 1907 den Kampf gegen zwei Fronten führte, den Bülowblock und die Sozialdemokratie, da stand die ganze Partei „untrennbar wie ein Mann", sie brachte eine noch erheblich größere Stimmenzahl auf als 1903, und die vereinigten Gegner, sie bissen auf Granit!

Also auch in diesen Punkten eine auf Tatsachen gestützte glatte Widerlegung der Schopenschen Sätze.

Der Verfasser will dem katholischen Deutschland ein Programm geben, „in dem alle seine Führer, mögen sie von der Kanzel, von der Bühne des Parlaments oder aus der Redaktionsstube zu ihm reden", vollständig einig sind. Programmpunkte für das katholische Deutschland war ja der Titel der Schrift, wie sie ursprünglich in Trier erscheinen sollte und wie anfangs der Restbestand der ersten Auflage mit neuem Titelblatt benannt werden sollte!



Befremden muß es von vornherein, daß die obigen drei Kategorien von „Führern" des katholischen Deutschlands unter einen Gesichtspunkt gestellt werden, obschon von der Tribüne des Parlaments und auch in der Redaktionsstube doch Interessen und Aufgaben des Volkes besprochen werden, die nicht auf der Kanzel erörtert zu werden pflegen, und umgekehrt. Und dann kommen wegen ihres tiefen und nachhaltigen Einflusses auf die jüngeren, aber in der heutigen Ausdehnung des Hochschulwesens sehr zahlreichen Vertreter unseres Volkes als „Führer" doch auch die Professoren an den Universitäten, Lyceen, Seminarien usw. mit an erster Stelle in Betracht! Oder wagt sich der Verfasser an diese nicht heran?

Dieses Programm bespricht der Verfasser nach drei Richtungen, zunächst als sog. politisches Problem. Wir stehen, wie er sagt, noch in der Periode des Parlamentarismus, die man die Zeit der Weltanschauungsparteien nennen könnte. Als solche betrachtet er die Konservativen als parlamentarische Vertretung des orthodoxen Protestantismus, die Liberalen als Vorkämpfer und Vertreter des liberalen Protestantismus, das Zentrum als Konzentration und Verkörperung der katholischen Auffassung und die Sozialdemokratie als solche des konsequenten Materialismus. Konservative und Liberale verkörpern ihrerseits den individualistischen Gedanken, Zentrum und Sozialdemokratie den Gemeinschaftsgedanken.

Diese schematische Einteilung, in der ganz wesentliche Merkmale der Parteien als Glieder des Staates übersehen sind, findet in etwa ihre Anwendung nur im Deutschen Reichstag, nicht in den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten. Sie ist nicht nur an sich falsch, sondern auch in ihrer Verallgemeinerung verfehlt. Gleich im zweitgrößten deutschen Parlament, im preußischen Abgeordnetenhaus, gab es bis vor kurzem überhaupt keine Sozialdemokraten, und auch jetzt spielen sie dort keine wirksame Rolle. Daß es in Preußen trotzdem eine große Zahl von Anhängern der Sozialdemokratie gibt, tut hier nichts zur Sache, denn der Verfasser stellt als leitenden Gedanken den Satz auf: „Das sind die vier großen Weltanschauungsparteien unseres gegenwärtigen deutschen Parlaments." Das ist, wie gesagt, eine ganz willkürliche Verallgemeinerung. Im sächsischen Parlament scheidet das Zentrum als gleichwertiger Faktor aus, im badischen, elsaß-lothringischen die Konservativen, in Bayern spielen im Parlament die Sozialdemokraten keine Rolle. Die Aufstellung des Verfassers ist also nicht nur sehr schematisch, sondern auch sehr „problematisch".

Von diesen vier Weltanschauungsparteien behauptet der Verfasser nun schlankweg, daß sie bald durch soziale Standesabgeordnete zersplittert und abgelöst würden; diese Bewegung habe bereits unser ganzes Volk erfaßt usw. „In verhältnismäßig kurzer Zeit werden unsere Weltanschauungsparteien von ihr verdrängt sein, und die neue, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sich vollziehende Konstellation wird ein ständisches Gepräge tragen."

Diese Behauptung ist weder neu noch richtig. Es war ganz am Anfang der neunziger Jahre, da hielt der spätere preußische Finanzminister v. Miquel gelegentlich einer Abendveranstaltung, an welcher auch der Kaiser teilnahm, einen politischen Vortrag, dessen kurzer Sinn war: Die alten Parteien haben sich überlebt, sie werden ganz bald von der Bildfläche verschwinden und neue Parteien, an erster Stelle die von Bildung und Besitz, werden die Herrschaft



antreten. Was Miquel damals ausführte, war eine politische Phantasie, der Wunsch dieses Politikers war der Vater seiner Gedanken, vor allem wollte er dem Zentrum, das damals mehr als früher ausschlaggebende Partei im Reichstag geworden war, den Boden für die Zukunft entziehen. Allein von dieser Prophezeiung hat sich nichts erfüllt, trotzdem seitdem 20 Jahre verflossen sind und sechsmal Reichstagswahlen stattgefunden haben. Alle „alten" Parteien sind noch auf dem Plan, das Zentrum in seiner ehemaligen Stärke, und nur die liberale Partei, deren Führer Miquel einst selber war, hat fast keine ganz sicheren Sitze mehr.

Auch die neue Schopensche Prophezeiung ist falsch, wie überhaupt seine ganze Beweisführung dadurch fehlerhaft ist, daß er zu viel beweist. Wohl ist es zutreffend, daß die Parteien das Streben haben, ihre Abgeordneten aus den verschiedensten sozialen Schichten zu rekrutieren, und daß die wirtschaftlichen und sozialen Interessengruppen das Streben haben, Vertreter in den politischen Parteien zu bekommen. Daß aber gerade die sozialdemokratische Partei, die sich als Klassen- und Arbeiterpartei bezeichnet, im neuen Reichstag unter ihren 110 Vertretern nur kaum 5 wirkliche dem Stand der Handarbeiter angehörige Mitglieder hat, widerlegt die These Schopens gründlich. Eine ungerechtfertigte Verallgemeinerung ist es dann wiederum, wenn der Verfasser behauptet: „Wer die(!) Agitationsreden der Parteiorgane lauscht, wird überall mangelhafte oder systematische Standesvertretung als glücklichstes Motiv der Wahlbeeinflussung verwendet hören." Daß dies nicht „überall" der Fall ist, bedarf keines Beweises; eine „systematische Standesvertretung" aber ist nach der Reichsverfassung überhaupt ausgeschlossen. Ob sie einmal möglich sein wird, wenn das Schopensche Zukunftsbild „in verhältnismäßig kurzer Zeit" verwirklicht sein wird? Eine ungerechtfertigte Verallgemeinerung ist es ferner in dem gleichen Kapitel, wenn der Verfasser zusammenfassend sagt: „Jetzt bestehen unsere Parteien aus den Vertretern der verschiedensten sozialen Interessengruppen, wenn sie nur ein und dieselbe Weltanschauung haben, während die Parteien der Zukunft aus den Vertretern der verschiedensten Weltanschauungen sich zusammensetzen werden, wofern dieselben nur ein und derselben Interessengruppe angehören." Daß dies, wenn man den Gedanken konsequent ausführt, zu Dutzenden von Parteien im Parlamente führen würde, die sich gegenseitig aufheben oder doch wieder nach allgemeinen prinzipiellen Gesichtspunkten gliedern, also wieder Weltanschauungsparteien werden müßten, hat der Verfasser bei seiner aprioristischen Konstruktion gar nicht bemerkt.

Wie soll nun das Zentrum gegenüber dieser immer mächtiger anstürmenden Gefahr in Zukunft erhalten und das katholische Volk vor einer planmäßigen Protestantisierungspolitik bewahrt werden? Bei der Lösung dieses Problems mischen sich bei dem Verfasser richtige, halbrichtige und ganz falsche Gedanken durcheinander und das Ganze gibt eine Hypothese, die mit der Wirklichkeit in nichts übereinstimmt. „Die Richtung Julius Bachem" — erklärt der Verfasser kühn und apodiktisch — „sucht das Zentrum entsprechend dem künftigen Milieu umzuwandeln in eine rein wirtschaftliche Partei, die kraft ihres sozialen Programms in der neuen Epoche des deutschen Parlamentarismus die wirtschaftlich heterogenen Elemente zu einer großen Reichspartei zusammenführt. Aus diesem Grunde wurde seit etwa einem Jahrzehnt immer schärfer und ostentativer der



interkonfessionelle Charakter der Partei betont. Hand in Hand damit ging die weitgehendste Berücksichtigung der Interessenvertretung bei der Bestimmung der Kandidaten für die Wahlen. Auf diese Weise sollte das Wahlmotiv allmählich aus dem kirchlich-konfessionellen Bereich in den wirtschaftlich-interessierten hinübergeleitet werden. . . Das Zentrum soll eine reine Wirtschaftspartei, ein soziales Organ im sozial aufgebauten Staate werden. Dieser Schritt ist noch nicht ausgeführt, aber bereits geplant, und die Formel, die auch das christliche Element ausscheidet, ist bereits gefunden. . . Im Zeitalter der Weltanschauungsparteien war sie (die Zentrumspartei) Weltanschauungspartei, im Zeitalter der Wirtschaftsparteien wird sie die große, sammelnde Wirtschaftspartei werden, und da muß sie sich so umwandeln, daß ihr Bestand nicht allein durch die mächtigen Umwälzungen der nächsten Jahrzehnte nicht gefährdet wird, sondern glücklich durch sie hindurchsteuert, dauernder als die Periode, der sie entstammt und angehört, nicht mit ihr fallend, sondern sie abstreifend und mit verjüngter Kraft in neuem Gewande einer größeren Zukunft entgegengehend."

In diesen Sätzen sind Tatsachen, Folgen und Folgerungen so bestimmt und gewiß hingestellt, daß der Leser zu glauben versucht ist, an ihrer Richtigkeit sei gar kein Zweifel denkbar. Beweise dafür seien in Hülle und Fülle vorhanden. Doch dem ist nicht so! Nicht den Schatten eines tatsächlichen Beweises, eines urkundlichen Beleges bringt der Verfasser für seine die gesamte Zentrumspartei berührenden Behauptungen und Vorhersagungen. Die gegen Julius Bachem erhobene Anschuldigung, er wolle das Zentrum, dem er, so wie es war und ist, die Arbeitskraft seines ganzen langen Lebens gewidmet hat, in eine rein wirtschaftliche Partei, in der und von der bloß noch um Geld und Geldeswert gekämpft und gehandelt wird, ist so ungeheuerlich und dabei so kindlich, daß man es begreift, wenn der Angegriffene öffentlich erklärte, er lehne es ab, sich gegen solche Verdächtigungen zu verteidigen. Diese Erklärung lautet folgendermaßen (Köln. Volksztg., Nr. 462, 4. Juni 1910):

Köln, 4. Juni 1910.

Die mir von der Hermann Waltherschen Verlagsbuchhandlung in Berlin freundlichst in den Aushängebogen zugesandte, im Geist der sog. Osterdienstagskonferenz gedachte Schrift mit dem sonderbaren Titel: „Köln", eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus macht sich, wie ich sehe, zum großen Teil mit der Kölnischen Volkszeitung und meiner „Richtung" zu schaffen. Ich lehne es ab, mich gegenüber dem Verfasser, Herrn Kaplan Schopen in Stotzheim, gewissermaßen zu verantworten. Im Hinblick auf meine mehr als 40jährige Tätigkeit an dieser Stelle und meine gesamte langjährige Tätigkeit im öffentlichen Leben möchte ich glauben, einer solchen Aufgabe enthoben zu sein. Es gereicht mir dabei zum Troste, daß die Köln. Volkszeitung mit dem Volksverein für das katholische Deutschland und den ausgezeichneten Männern, welche ihn mit unermüdlichem Eifer und unverkennbarem Erfolge leiten, in derselben Verdammnis ist und daß nach ziemlich allgemeiner Meinung der Katholizismus da, wo nach „Kölner" und M.Gladbacher Art auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse gearbeitet wird, nicht schlechter und schwächlicher, sondern besser und selbstbewußter dasteht als da, wo nach Schopenscher Manier a priori konstruiert wird.

Ganz besonders lehne ich es ab, mich gegen die den Kernsatz des Abschnittes „Das politische Problem" bildende Behauptung des Verfassers zu verwahren, daß ich das Zentrum „in eine rein wirtschaftliche Partei umwandeln" wolle. Diese Behauptung ist schlechthin lächerlich. Ich will lediglich, daß das Zentrum eine politische nichtkonfessionelle Partei bleibe, wie die Gründer und alten Führer des Zentrums, Windthorst an der Spitze, es gewollt und die heutigen Führer des Zen-

trums in der Berliner Erklärung vom 28. November 1909 es erneut bekräftigt haben. Ich will nicht, daß das deutsche Parlament zum Tummelplatz konfessioneller Kämpfe gemacht werde, die das Gemeinwohl schwer schädigen und den berechtigten Interessen des katholischen Volksteiles sicher nicht förderlich sein würden. Während Herr Kaplan Schopen offenbar der Ansicht ist, „der Kampf der Religionen" müsse auch im Reichstag und im Landtag „ausgefochten" werden, halte ich es auch in dieser Beziehung mit dem großen Lehrmeister der deutschen Zentrumspartei, Windthorst, der auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Bochum (1889) erklärte: „Die Kontroversfragen der Konfessionen gehören nicht in die politische Agitation, sondern in die wissenschaftliche Diskussion, in den Katechismusunterricht und auf die Kanzel, und auch da werden sie auf beiden Seiten in einer würdigen und angemessenen Sprache zu behandeln sein."

Wenn Herr Kaplan Schopen am Schlusse seiner Schrift in Fettdruck erklärt: „Nach dem Siege der Richtung Bachem kann ein weiterer Versuch, den katholischen Geist der Kirche in Deutschland zu erhalten, nicht mehr erwartet werden," so sieht er wirklich zu schwarz und weist mir eine herostratische Bedeutung zu, die ich entschieden ablehnen muß. Der „katholische Geist der Kirche", zu dessen Erhalter doch eigentlich Herr Kaplan Schopen nicht bestellt ist, hat von mir und meiner „Richtung" nichts zu befürchten. Im übrigen will ich auch über niemanden „siegen", auch über den Abg. Roeren nicht, den Herr Schopen mir immer gegenüberstellt und den er zum Träger all der Spekulationen macht, die ihn selbst bewegen. Vielleicht gereicht das Herrn Schopen einigermaßen zur Beruhigung.

Dr. Jul. Bachem.

Die Zentrumspartei hat in den letzten 25—30 Jahren das Programm einer ausgleichenden Sozialpolitik verwirklicht bezw. an seiner Verwirklichung mitbestimmenden, oft ausschlaggebenden Anteil gehabt. Doch damit wollte sie sich keineswegs, wie Schopen annimmt, „zum politischen Organe der wirtschaftlichen Verbände machen", sondern damit hat sie das Programm gelöst, das von ihren ersten Gründern und Vertretern mit dem Entstehen des Zentrums bereits aufgestellt und im Reichstage verfochten worden war.

Der Richtung Bachem stellt dann der Verfasser die Richtung Roeren gegenüber. Den tiefsten Unterschied politischer Taktik zwischen beiden Richtungen findet er darin, daß jener die Partei als solche über alles geht und um des Nutzens und der Größe der Partei willen auch das katholisch-kirchliche Interesse zurücktreten müsse, während bei dieser Richtung die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland der eigentliche Ausgangspunkt ihrer Ideen sei. Ihr sei die Partei parlamentarische Verwirklichung einer Weltanschauung, und darin liege ihr Wesen.

Wir wollen dem Verfasser in seinen Gedankengängen folgen, und wir werden sehen, wohin sie führen: Die Weltanschauung dieser Partei und Richtung kann nur die katholische sein; eine solche haben nur Katholiken; also wäre das Zentrum die parlamentarische Vertretung bloß des katholischen Volksteiles; also wäre es eine spezifisch konfessionelle Partei und Fraktion; also stünde es im Widerspruch mit der Reichsverfassung, im Widerspruch mit den Absichten seiner Gründer, mit seiner Geschichte, Tradition und Praxis!

Was Schopen hier sagt, nämlich das Zentrum sei die parlamentarische Verkörperung der katholischen Weltanschauung, das kennen wir schon aus dem Streit um die Osterdienstagskonferenz. In der Koblenzer Rede vom 9. August 1909 erklärte der Abg. Dr. Bitter: „Das Zentrum ist von Katholiken gegründet. Das Zentrum kann deshalb nur gegründet sein auf dem Boden der katholischen Weltanschauung!" Und was sagte Windthorst: „Wir sind nicht nur keine kon-



fessionell gebildete Fraktion, sondern wir wollen es auch nicht sein; wir sind es prinzipiell nicht nach unserem Programm, wir sind es tatsächlich nicht, insofern wir bekanntlich im Reichstag auch protestantische Mitglieder zählen." Und zwei Jahre später (1874) gab er im Reichstage die Erklärung ab: „Die Zentrumsfraktion hat nach langer Ueberlegung und Diskussion mit vollem Bewußtsein ausgesprochen, daß die Zugehörigkeit zu irgend einem Bekenntnisse gar kein Erfordernis sei, um an ihr teilzunehmen. Es sind mehrere protestantische Mitglieder im Abgeordnetenhause wie hier mit der Zentrumsfraktion in die innigste Verbindung getreten." [1])

Wie stellt sich aber Schopen zu der Zugehörigkeit von Protestanten zum Zentrum? Er sagt: „Als Katholiken gehen sie (die Freunde der Roerenschen Richtlinien) auf das Gebiet der allen gemeinsamen Interessen. Sie suchen nicht die Andersgläubigen, weil diese andersgläubig sind, sie beobachten aber ebensowenig eine praktische Exklusivität. Jeder, auch der Andersgläubige, der das gleiche soziale Programm verfolgt, ist herzlich willkommen!" Warum auf einmal nur das soziale Programm? Windthorst, Aug. Reichensperger u. a. verlangten ganz allgemein die Zustimmung zu dem Programm, und dieses enthält doch noch andere Grundsätze und Forderungen als bloß soziale.

Fast wörtlich wie bei Schopen hatte es Dr. Bitter schon in seiner Koblenzer Rede vom 9. August 1909 gesagt, nur mit schärferer Wendung gegen die Anhänger der anderen Richtung, die er dabei ohne Grund verdächtigte: „Es werden

---

[1]) Ganz im gleichen Sinne sprach sich der Zentrumsführer Präsident Dr. Spahn in einer großen Zentrumsversammlung zu Bonn am 28. Dezember 1910 aus, indem er sagte: „Bei der Gründung der Zentrumsfraktion beteiligten sich Protestanten, nicht bloß Hannoveraner, sondern auch Preußen und Badener. Die Einleitung des Kulturkampfes durch Bismarck stieß bei diesen vom Standpunkt ihrer Religionsgesellschaften aus auf nicht minder heftigen Widerspruch wie seitens ihrer katholischen Fraktionskollegen. Bismarck war es nicht leicht, den Kaiser Wilhelm I. in den Kulturkampf hineinzuziehen. Ihn ließ gerade die Wahrnehmung zaudern, daß Evangelische Schulter an Schulter mit den Katholiken kämpften. Dazu kam, daß auch in der konservativen Fraktion des Landtages eine Anzahl evangelischer Altkonservativer Gegner der Kulturkampfgesetze geblieben waren. Die anfängliche Unschlüssigkeit des Kaisers ist zwar äußerlich überwunden worden, auf den Abbruch des Kulturkampfes ist sie aber nicht ohne Einfluß geblieben. Daraus sollten die, welche die Konfessionalisierung der Zentrumspartei erstreben, die Lehre des Irrtums ihrer Bestrebungen ziehen. In voller Würdigung der Verhältnisse haben die Gründer der Zentrumsfraktion diese auf den Verfassungsboden gestellt und jeden konfessionellen Charakter abgestreift; sie haben umgekehrt die Zugehörigkeit Evangelischer zur Fraktion aus sachlichen Gründen begrüßt. Diese Zugehörigkeit würde prinzipiell unmöglich werden, wenn die Konfessionalisierungsbestrebungen von Erfolg begleitet wären. Mit ihnen würden wir den Charakter unserer Partei zu unserem eigenen Schaden verändern. Schon die Soester Richtlinien der Zentrumspolitik haben nur kirchenpolitische Fragen berührt: die Erhaltung der Selbständigkeit und Rechte der Kirche, Abwehr jeden Angriffs auf die Unabhängigkeit der kirchlichen Organe, auf die Entwickelung des religiösen Lebens und die Entfaltung christlicher Liebestätigkeit, Durchführung der Parität der anerkannten Religionsbekenntnisse. Die Richtlinien haben an sich sogar mit der christlichen Weltanschauung nichts zu tun. Für den Charakter der Fraktion sind aber die Richtlinien maßgebend geworden." (S. Nr. 1092 der Kölnischen Volkszeitung vom 29. Dez. 1910.)



die Andersgläubigen nicht, weil sie mit dem Zentrumsprogramm als gläubige Christen einverstanden sind, in der Partei herzlich willkommen geheißen . . ."

Und in seiner Rede zu Neunkirchen: „Das hindert aber nicht, daß überzeugte evangelische Christen sich auf den Standpunkt des Zentrums stellen. Wenn sie alle Konsequenzen aus dem Christentum ziehen wollen, so sind sie herzlich willkommen."

Und in der Osterdienstagskonferenz derselbe Abgeordnete: „Tritt ein Andersgläubiger ganz auf den Boden unseres Programms, will er in unserem Sinne mitarbeiten, dann ist er uns herzlich willkommen."

Schopen erklärt, er wisse kein trefflicheres Beispiel, woran man sich den Charakter des Zentrums klar machen könne, als den katholischen Gesellenverein! Er fährt dann gleich fort: „Und worin soll diese Katholizität bestehen? Nicht in einem kirchlich-kanonischen Charakter, der diese Zentralen (welche sagt er nicht!) als formell abhängige Organe des Episkopates arbeiten läßt unter direkter Leitung der offiziellen kirchlichen Autorität. Das wäre nur der Fall auf dem Gebiete des kirchlichen Schul- und Erziehungswesens und überall da, wo der direkte oder indirekte Einfluß derartiger Zentralen auf unmittelbare Domänen der kirchlichen Interessensphäre einen Einfluß gewinnt, daß eine direkte Leitung durch die kirchliche Autorität zur inneren Notwendigkeit wird. Die Katholizität dieser als selbständige Laienorganisationen (welcher?) gedachten Zentralen besteht eben in der vollen Anerkennung und Zugrundelegung katholischer Grundsätze bei den Betätigungen des menschlichen Gesellschaftslebens, in dem klaren Bewußtsein, daß, die gesamte Kultur in der sie tragenden Weltanschauung wurzelt organisch aus ihr hervorwächst und ihre detaillierte Eigenart von ihr empfängt. . . . Die letzten Grundlagen aller menschlichen Betätigung sind religiös-sittlicher Natur, sind Weltanschauungsgrundlagen. Daher hat die Kirche ein Recht auf die indirekte Leitung auch der außerreligiösen Lebensäußerungen."

Auf die theologischen Irrtümer, die in diesen Sätzen enthalten sind, hat schon Prof. Mausbach (a. a. O.) hingewiesen, indem er u. a. bemerkte: „Die katholische Kirche lehnt es selbst entschieden ab, die einzige oder positiv verantwortliche Lehrerin und Leiterin weltlicher Wissenschaft und Kunst, die alleinige Schöpferin der Weltkultur zu sein. Ihr Zweck und ihre Vollmacht ist eine erhabenere: die Vermittlung der himmlischen Wahrheiten und Gnaden, die Förderung des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit. Dieses höhere, jenseitige Ziel zu fördern, war sie oft genötigt, den schärfsten Kampf mit der Welt, die größte Armut und Niedrigkeit auf sich zu nehmen. Den Weg zu ihm mit Sicherheit zu weisen, dazu besitzt sie die Gabe der Unfehlbarkeit — in rebus fidei et morum, nicht in rein weltlichen Dingen, die sie den Erörterungen der Menschen überläßt". Mit allem Nachdruck, den die Notwendigkeit der Abwehr solch irreführender, die Lehre der Kirche selbst entstellender Theorien erheischt, hebt er hervor, daß auch nach katholischer Auffassung, ja gerade nach ihr, Philosophie und Kunst, Technik und Wirtschaftsleben nach eigenen, inneren Gesetzen geordnet sind und insofern nicht erst ihre Ordnung vom Christentum erwarten. Darum habe auch das katholische Mittelalter das philosophische System des Aristoteles in weitem



Umfange zur Grundlage seiner theologischen Spekulation gemacht und habe damit ein weitherziges Verständnis für die Gemeinsamkeit geistiger Kulturgüter sogar zwischen dem Christentum und Heidentum bekundet. Schon die altchristliche Zeit hatte das Studium und die Nachahmung der Klassiker nach einigen Bedenken in den Jugendunterricht eingeführt; als im 19. Jahrhundert Stimmen dafür laut wurden, statt dieser heidnischen Autoren die griechischen und lateinischen Kirchenväter zu wählen, waren es gerade katholische Ordensschulen, die für die bisherige Ueberlieferung eintraten; so pflegen wir selbst im Jugendunterricht Kulturelemente, die nicht „wurzelhaft aus der religiösen Weltauffassung aufgewachsen sind". Mausbach zeigt dies noch an anderen Beispielen und schließt diesen Teil seiner Ausführungen mit den Worten: „Wollten wir erst zu den Detailwissenschaften, der Naturwissenschaft, Medizin, Geschichte, oder in das Reich der technischen Fertigkeiten und Fortschritte übergehen, so bedürfte es keines Wortes mehr, um einzusehen, wie sehr man das Verhältnis von Natur und Uebernatur verkennt, wenn man sagt, es gebe kein von der Religion und Konfession unabhängiges Gebiet profaner Kultur." (Die katholische Moral und ihre Gegner, S. 356 ff.)

Schopen stellt am Schlusse des ersten Kapitels die Gegensätze noch einmal scharf gegenüber und behauptet, ohne auch nur den Versuch eines Beweises angetreten zu haben: „Bachem sagt: Der Weltanschauungscharakter und die Interessenvertretung des katholischen Volksteils müssen aufgegeben werden, um die Partei als wirtschaftliche Sammelpartei der Zukunft zu erhalten."

Der Verfasser, der einen Mann, dessen politisches und kirchenpolitisches Wirken in Wort und Schrift vor aller Augen liegt, öffentlich in solcher Weise verdächtigt und ihm so herostratische Absichten andichtet, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn der Angegriffene darauf antwortet:

„Diese Behauptung ist schlechthin lächerlich."

Prof. Walther Köhler in Gießen, der die politischen und religiösen Lebensäußerungen im deutschen Volke genau verfolgt und darüber wohl ein sachkundiges Urteil hat, sprach sich in der Christlichen Welt (Nr. 35, 1. Sept. 1910) über diesen Teil der Schopenschen Broschüre folgendermaßen aus:

An die berüchtigte Kölner Osterdienstagsversammlung knüpft vorliegende Broschüre an: der geistliche Verfasser ist Kaplan Schopen = der Autor des Protokolls der Kölner Versammlung. Es gilt den Kampf gegen die Richtung Julius Bachem. Schopen kennzeichnet sie so: „Die Richtung Julius Bachem sucht das Zentrum umzuwandeln in eine rein wirtschaftliche Partei, die kraft ihres sozialen Programmes in der neuen Epoche des deutschen Parlamentarismus die wirtschaftlich heterogenen Elemente zu einer großen Reichspartei zusammenführt. Aus diesem Grunde wurde seit etwa einem Jahrzehnt immer schärfer und ostentativer der interkonfessionelle Charakter der Partei betont." Der erste Satz dieser Charakterisierung ist zum mindesten schief; von einer Prägung des Zentrums zur rein wirtschaftlichen Partei ist bei Bachem keine Rede; richtig ist, daß Bachem auf den interkonfessionellen Charakter des Zentrums Wert legt. Aber er tut das nicht aus Gründen der Wirtschaftspolitik, sondern von dem richtigen Gedanken aus, den Katholizismus in lebendiger Fühlung und in innerem Austausch mit der Gesamtbildung und Kultur zu halten. Man kann über die Formulierung Bachems — der hier übrigens nur Windthorst wiedergibt: das Zentrum ist keine konfessionelle Partei — streiten, aber was Bachem damit sagen will, sollte deutlich sein. Schopens Broschüre ist theologisch herzlich unbedeutend und oberflächlich, das Beste sind die im Anhang abgedruckten Aktenstücke zur Frage des Katholischen Volksvereins, zum Gewerkschaftsstreit, zur katholischen Presse 2c. Aber das Buch hat leider symptomatische Bedeutung, hinter



ihm stehen die Herren Roeren, der bei der Entstehung des Machwerkes eine etwas eigenartige Rolle spielte, Bitter und Genossen. Sehr der Aufklärung bedürftig ist eine angebliche Aeußerung des Bonner Kirchenhistorikers Schrörs (S 60): „Der Sieg der Kölnischen Volkszeitung [über Roeren=Bitter] ist ein Pyrrhussieg. Die Reaktion wird kommen, und Ihre Richtung [die Schopensche] wird sich durchringen" Eine Erläuterung dazu von Schrörs selbst wäre sehr erwünscht, zumal die Kölnische Volkszeitung ihn wiederholt darauf gestoßen hat.

Das zweite Kapitel: Das nationale Problem besteht zunächst aus einer Erörterung über den konfessionellen Frieden, die der Verfasser schon früher geschrieben, aber aus Opportunitätsgründen nicht veröffentlicht hat. Wieder vermißt man für die oft krausen und sprunghaften Behauptungen den Beweis. Zwar erklärt er, an die Lösung gerade dieses bedeutsamen Problems müsse mit sittlichem Ernst und wissenschaftlicher Tiefe, mit voller Aufrichtigkeit herangetreten werden. Diese Forderung ist etwas ganz Selbstverständliches. Der sittliche Ernst und die volle Aufrichtigkeit des Verfassers in Ehren, ich bin weit davon entfernt, nur im geringsten daran zu zweifeln, aber — wissenschaftliche Tiefe? Vakat.

Seine Prämissen sind so unbestimmt und leer wie nur möglich, und doch operiert er damit wie mit wissenschaftlich feststehenden Wahrheiten oder mit in zwingender Beweisführung als richtig erkannten Sätzen. Sein Gewährsmann ist in den allerwichtigsten Fragen das unbestimmte Fürwort „Man". So sagt er gleich zu Beginn seiner Erörterung: „Seit geraumer Zeit hört man da und dort in Deutschland den Ruf: Friede unter den Konfessionen!" Wer mitten im Leben steht, wer die Verhandlungen der Kongresse für freies Christentum und die Beratungen des Evangelischen Bundes und zahlreicher anderer Organisationen verfolgt, der hört da und dort ganz andere Parolen, und sie sind alle auf den einen Ton gestimmt: Klar zum Gefecht!

An einer anderen Stelle sagt der Verfasser: „Sollen da (bei der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Theismus und Atheismus) die verschiedenen Nuancierungen auf der Linie der theistischen Welterklärung und Lebensauffassung, so ruft man uns entgegen, sich getrennt gegenseitig befehden und der machtvollen atheistischen Antithese eine ohnmächtige Zersplitterung gegenüberstellen?" Wann und wo hat auf katholischer Seite irgend ein Mensch von einigem Ansehen so gerufen?

Die Annäherung der Konfessionen im Sinn einer Abschwächung des Dogmatismus ist dem Ziele der gesamten Annäherungspolitik, so heißt es weiter (S. 32), nämlich dem Schutze der Religion, geradezu schädlich.

So richtig der Gedanke an sich ist, so falsch und unbegründet ist seine Anwendung auf die tatsächlichen Verhältnisse bei den Katholiken im Deutschen Reiche, die studierten wie die nichtstudierten, die gebildeten wie die eigentlichen Volkskreise. Denn kein Katholik (der nicht willens wäre, sich von der Kirche loszusagen) denkt daran, eine Annäherung der Konfessionen in dem Sinne herbeizuführen, daß dadurch die Glaubens= und Sittenlehren abgeschwächt oder gar eine davon preisgegeben würde! Und auch kein „Politiker" im Zentrum denkt auch nur daran, wie Schopen unterstellt, „den Dogmatismus in einem verschmolzenen, nicht einigen, sondern nur einig gemachten, unierten Christentum aufgehen zu lassen". Der Verfasser wird nicht imstande sein, „die Freunde dieser



Politik" namhaft zu machen, und da, wo er einer „Richtung" solche Absichten insinuiert, ist es nicht schwer, den Beweis zu führen, daß seine Hypothese überhaupt falsch und hohl ist.

Der Verf. unterschiebt nun aber gerade solche Absichten der „Richtung Julius Bachem" und behauptet von ihr: „Der Grundsatz, das Trennende nicht zu betonen, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, war ihr oberstes Prinzip." Und was ist sein Beweis? Er soll in dem Satz enthalten sein: „Aus diesem Grunde stellte man den Begriff »christliche Weltanschauung« in den Vordergrund und sprach von den sich die Hände reichenden beiden Schwesterkirchen."

Mit der sog. Richtung Julius Bachem identifiziert der Verfasser die Kölnische Volkszeitung, ebenso wie dies auch seine Gesinnungsgenossen immerfort tun. Nun hat Julius Bachem und hat die Kölnische Volkszeitung, wenn sie von der „christlichen Weltanschauung" sprachen, so oft dies in rein dogmatischem Sinne gemeint war, dies niemals in anderem Sinne getan, als in dem von katholischer Weltanschauung oder Weltanschauung der katholischen Kirche. Wo sie aber von christlicher Weltanschauung in Fragen der konfessionellen Volksschule, des konfessionellen Erziehungswesens und sonstiger rechtlich und gesetzlich konfessionell gestalteter Einrichtungen sprachen, da geschah es und geschieht es unter Berücksichtigung der Tatsache, daß alle, die auf den Namen Christi getauft sind, die an Christus glauben, wenn sie auch nicht zur katholischen Kirche gehören, auch Christen sind und eine der nichtchristlichen, atheistischen oder pantheistischen Weltanschauung entgegengesetzte christliche Weltanschauung besitzen.

Das zweite Beweisstück des Verfassers für seine Behauptung, die Richtung Julius Bachem habe den obersten Grundsatz, das Trennende der Konfessionen nicht zu betonen usw., nämlich der Satz: „Man sprach von den sich die Hände reichenden beiden Schwesterkirchen", ist in doppelter Hinsicht wertlos und verfehlt; trotzdem wurde er noch wiederholt von den Anhängern Schopens gegen die Kölnische Volkszeitung ausgebeutet; so namentlich von Dr. Kaufmann in der Apolog. Rundschau, Juni 1910. Und als dieser über die wirkliche Herkunft des Ausdrucks belehrt worden war, nämlich der Ausdruck „Schwesterkirchen" sei einmal vor langen Jahren Windthorst bei einer parlamentarischen Debatte entfallen, erwiderte er im Juliheft seiner Zeitschrift: „Das weiß ich nicht, ich weiß nur, daß ein sehr berufener und sehr hochstehender kirchlicher Würdenträger mir und anderen gegenüber den Ausdruck rügte, nicht weil er in einer konfessionell gemischten parlamentarischen Versammlung in der Hitze des Wortkampfes entfallen war, sondern weil er in der Kölnischen Volkszeitung wiederholt gedruckt stand." Seitdem wurde schon zu mehreren Malen in der Kölnischen Volkszeitung festgestellt, daß dieser Ausdruck überhaupt niemals in ihren Spalten gestanden hat! Er liegt über dreißig Jahre als eine rein zufällige, keinerlei Tendenz oder Programm bezeichnende nichtkorrekte Wendung eines einzelnen Führers des Zentrums zurück, und es ist durchaus ungehörig, die Kölnische Volkszeitung dafür verantwortlich zu machen und sie obendrein als Beweis für das sog. oberste Prinzip der Richtung Bachem zu gebrauchen. Auch dieser ganze Beweis ist falsch, weil eben die Prämissen falsch sind. Das gleiche gilt von dem, was der Verf. weiterhin als Wesensmerkmale der Richtung Bachem auf-



zeigt. „Wiederum derselbe Grundgedanke endlich ist es, der sie zu planmäßiger Förderung der Laieninitiative in selbständiger Loslösung von der kirchlichen Hierarchie folgerichtig hinführt. »Die starre, unversöhnliche Orthodoxie, die dogmatische Konsequenz des orthodoxen Klerus beider Lager, so etwa (!) sagen sie, können niemals Träger einer verschmelzenden Tendenz sein, die sich in der Trennung mit dem Aeußersten des Notwendigen begnügt. Laientheologie ist weniger doktrinär und mehr realpolitisch.« Darum beobachten wir auf beiden Seiten ein systematisches Ausschalten des Klerus und auf katholischer Seite vor allem der Hierarchie." Wir brauchen hier nur an die Worte der Kardinäle Fischer und Kopp über den Volksverein zu erinnern, um zu zeigen, daß die ganze Theorie des Verfassers mit der Wirklichkeit in offenem Widerspruche steht. Der Verf. beruft sich auf einen Artikel in den Histor.-Polit. Blättern (1907, 6) und sagt: Dort wurde das Wort Paulsens notiert: Die Katholiken, auch die treuen Söhne ihrer Kirche, haben aufgehört, eine stumme und passive Herde zu sein, die blindlings dem Klerus folgt usw. — Was der Protestant Paulsen hier vorträgt, ist eine ganz unkatholische Auffassung; weder soll die hörende Kirche stumm und passiv sein, noch soll sie dem Klerus blind folgen; ihr Glaube und ihr Gehorsam soll nach dem Worte des Völkerapostels nicht blind, sondern „vernünftig" sein. Was Paulsen dann weiter über „die Macht der Laienführer, mit denen die Kirche mehr und mehr werde rechnen müssen" usw. sagt, das hat er sicher nicht innerhalb des Katholizismus gehört, so ungefähr liest man's oft genug in liberalen Blättern und Schriften.

Die Richtung Bachem geht, sagt Schopen, auf dem von ihm konstruierten Wege zielbewußt weiter. „Ist doch — ich glaube (!), es war bei Erscheinen der (!) Fuldaer Pastorale — sogar das Wort gefallen: »Wenn Rom seine Politik macht, so machen wir die unsrige!«" So werden hier die „Beweise" in die Welt gesetzt! „Man sagt", „so etwa sagen sie", „ich glaube, es war". Fama crescit eundo. Und etwas bleibt bei denen, die die wirklichen Verhältnisse und die wirklichen Zusammenhänge nicht kennen, ja immer hängen! Im übrigen hat Dr. Kaufmann nicht verfehlt, auch dieses Schopensche Beweisstück in seiner Zeitschrift (Juli 1910) entsprechend zu fruktifizieren, wobei er den früheren Hauptredakteur der Kölnischen Volkszeitung, Dr. Cardauns, als denjenigen benannte, der die obige Aeußerung getan habe. Dieser antwortete in der Kölnischen Volkszeitung auf diese Denunziation folgendermaßen:

Herr Dr. Karl Kaufmann zitiert in seinem Aufsatze in der Apologetischen Rundschau (S. 339) aus einem Artikel der Trier. Landesztg. vom 20. September 1906 einen „Ausspruch, den der Chefredakteur der Kölnischen Volkszeitung in Rom selbst vor einigen Jahren getan hat. Es wurde ihm gesagt, daß seine Ansicht in der Gewerkschaftsfrage nicht mit der des Papstes übereinstimmte. Er erklärte darauf: Macht der Papst seine Politik, dann machen wir die unsrige." Da ich 1903 als Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholikenversammlungen in Rom war — wo mein damaliger Kollege Dr. Jul. Bachem niemals gewesen ist — kann nur ich gemeint sein. Herr Kaufmann wird ebenso wenig in der Lage sein zu beweisen, daß diese Aeußerung gefallen ist, als ich mich derselben erinnere. Ich erinnere mich nur, bei einer geselligen Zusammenkunft in der Anima mit einem Gegner der christlichen Gewerkschaften mich über letztere unterhalten zu haben. Die Beantwortung der Frage, ob eine solche Privatunterhaltung zum Gegenstand öffentlicher Anklagen gemacht werden darf, überlasse ich den Lesern. Die Form der angeblichen Aeußerung vertrete ich nicht; in der Sache würde sie dasselbe sagen, was ganz



kurz nach dem 20. September 1906 der Heilige Vater selbst (Handschreiben an Herrn Kardinal Fischer vom 30. Oktober 1906) gesagt hat: „Dieser Gehorsam (der deutschen Katholiken gegenüber der Autorität des Apostolischen Stuhles) läßt einem jeden volle und uneingeschränkte Freiheit in den Angelegenheiten, welche die Religion nicht berühren." Uebrigens war ich in der Gewerkschaftsfrage stets derselben Ansicht, wie der Herr Kardinal und Erzbischof von Köln, der sich bekanntlich in öffentlicher Versammlung warm für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat, und habe dankbar die Note des Osservatore Romano vom 23. Januar 1906 begrüßt, laut welcher „Seine Heiligkeit mit gleichem Wohlwollen beide Organisationen (d. h. die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine Sitz Berlin) lobt und ermutigt".

Auf derselben Seite des Kaufmannschen Aufsatzes liest man: „Als Rom in Sachen des Taxilschwindels auf eine Umfrage eine amtliche Erklärung abgegeben hatte, da nannte die Kölnische Volkszeitung diesen Entscheid einer höchsten römischen Kircheninstanz einen Orakelspruch." Es ist kein Geheimnis, daß die Entlarvung des Schwindlers Taxil in der Kölnischen Volkszeitung großenteils von mir besorgt worden ist. Ob ich selbst dabei einmal von einem „Orakelspruch" gesprochen habe, kann ich nicht mehr feststellen. Nach meiner Erinnerung ist der Ausdruck gebraucht worden, als die sogen. römische Kommission (Ausschuß der römischen Antifreimaurer-Vereinigung), an welche der Antifreimaurer-Kongreß zu Trient den Taxilschwindel verwies, am 22. Januar 1897 trotz aller zerschmetternden Beweise eine Entscheidung in Sachen der famosen Diana Vaughan, d. h. der Taxilschen Lügen, ablehnte. Von einer „amtlichen Erklärung" „Roms" oder „einer höchsten römischen Kircheninstanz" in Sachen Taxils ist mir nicht das mindeste bekannt.

Bei dieser Gelegenheit noch eine Bemerkung allgemeiner Natur In den gegnerischen Erörterungen über die „Kölner Richtung", auch wenn sie in die Zeiten vor meinem Ausscheiden aus der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung (Frühjahr 1907) zurückgreifen, ist stets nur mein alter Freund und Kollege Dr. Jul. Bachem Gegenstand oft bitterer Angriffe. Da lege ich doch Wert darauf zu erklären: In der Vertretung dieser „Richtung", ganz besonders auch in der Hochhaltung der Windthorstschen Ueberlieferungen über den politischen und nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums waren wir stets, vor wie nach meinem Austritt und bis auf den heutigen Tag, einer und derselben Meinung, und eine Menge derjenigen Artikel, die heute zu Angriffen auf die Kölnische Volkszeitung verwendet werden, ist aus meiner Feder geflossen. Speziell ist dies der Fall bei einem von Herrn Kaufmann (S. 342 f.) angegriffenen Artikel über die Münsterische Index-Bewegung. Ich habe die Beteiligung an dieser Bewegung, die ich übrigens nie für eine „geheime Organisation" gehalten habe, in aller Form abgelehnt; als dann aber eine römische Korrespondenz sie zum Gegenstande einer m. E. weit übertriebenen Polemik machte, bin ich diesen Uebertreibungen entgegengetreten und habe dabei die von Herrn Kaufmann zitierte Wendung tant de bruit pour une omelette gebraucht. Von einer Verwerfung durch „Papst und Bischöfe", „Vorgehen der kirchlichen Behörden" usw. war damals überhaupt noch keine Rede.

Bonn, 21. Juli 1910. Dr. Hermann Cardauns.

Der zweite Satz der von dem Verfasser behaupteten „Laienbewegung" ist mehr Dichtung als Wahrheit. Wieder wird er durch die einleitende Wendung: „Diese Richtung sagt etwa (!) so" in ein bedenkliches Zwielicht gerückt, so daß man auf den ersten Blick nicht recht sehen kann, ob man es mit einem Vogel oder mit einer Fledermaus zu tun hat. Was sagt nun etwa die Richtung weiter? In der konfessionell engherzigen Ausschaltung der Katholiken von dem vielgestaltigen, hochstrebenden und weiterstürmenden deutschen Kulturweben, dessen Träger und Förderer nun einmal Protestanten sind, sehen wir eine gefährliche Isolierung, die den Katholiken schließlich im stehenden Wasser antiquierter Auffassungen zur selbstverschuldeten Nichtachtung, zur Unfähigkeit, zur Inferiorität verurteilt. Als bezeichnendes Wort für die ganze Richtung wird eine Stelle aus einer Rede zitiert, die Prof. Albert Ehrhard auf der Festversammlung der katholisch-



österreichischen Studentenverbindungen Austria und Rudolfina am 28. Januar 1899 in Wien gehalten und dann „allen deutschen Studenten an österreichischen Hochschulen“ gewidmet hat. Weder an dem oben angedeuteten Programm, noch an der zunächst ja für österreichische Verhältnisse berechneten Ausführung Ehrhards wird etwas Wesentliches auszusetzen sein. So sprachen ja schon lange vorher oftmals Windthorst, Graf Ballestrem, Dr. Hitze, Dr. Lieber, Dr. v. Orterer, Dr. Porsch und viele andere. Was aber Schopen willkürlich aus eigenem hinzutut, das verzerrt geradezu die obigen Gedanken und stellt sie auf den Kopf. Um die Gefahren zu zeigen, die durch die Befolgung der obigen Ratschläge und Anregungen entstehen werden, behauptet er ganz allgemein: „Eine Minorität, die ihre Geschlossenheit auflöst, um an den höher stehenden Kulturgütern der Majorität teilzunehmen und von ihr anerkannt zu werden, wird sich unwillkürlich dieser Majorität assimilieren.“ Doch wer von allen, die von den Katholiken in Deutschland gefordert haben, daß sie mit ihrem Pfunde wuchernd auch ihrerseits in entsprechender Weise an dem Streben nach den Kulturgütern teilnehmen, hat von ihnen gefordert, daß sie dabei „ihre Geschlossenheit aufgeben“? Diese petitio principii zieht sich durch den ganzen ferneren Abschnitt. „Auflösung des katholischen Volksteiles unter dem evangelischen . . .“; „Aufgabe einer unter den hiesigen Verhältnissen selbst in engster Geschlossenheit schwer zu behauptenden Eigenart . . .“ „Mit dem Absorbieren einer Kultur, die auf fremdem Boden geschaffen wurde, gehen auch die in ihr enthaltenen protestantischen Gedanken (!) in das Denken und Fühlen des katholischen Volkes über. Profane Kultur und religiöse Weltanschauung haben nun einmal eine gewisse Homogenität. In natürlicher Entwicklung wächst die erstere aus der letzteren hervor.“ Schon Mausbach hat auf die Irrtümer dieser Anschauung hingewiesen. Abgesehen davon, daß es eine ungerechtfertigte Verallgemeinerung ist, anzunehmen, die höher stehenden Kulturgüter, die ja allein ein Streben danach verlohnen würden, enthielten unter allen Umständen „protestantische Gedanken“, kommt es für die Größe, Weite und Dauerhaftigkeit der wahren Kultur auf seiten der Katholiken nicht nur auf die Fülle der ihnen zugewiesenen himmlischen Gnaden, sondern auch auf die Kraft und Ausdauer, mit der sie die natürlichen Kulturgüter, das Reich der natürlichen Schöpfung erwerben, um sie zu besitzen und zu beherrschen. „Die natürlichen Arbeitsgebiete haben — sagt Mausbach a. a. O. S. 360 f. — ihre eigenen, durch die Schöpfung grundgelegten Gesetze, deren lohnende Verwertung oft nur der eindringendsten Forschung und Anstrengung gelingt. Daher soll die Energie des christlichen Strebens und Schaffens nicht bloß von oben beginnen, nicht nur der Schönheit und Wahrheit der katholischen Ideale vertrauen; sie muß zugleich von unten aufbauen, in geduldiger, dem Einzelgebiet angepaßter Arbeit allmählich emporstreben, um den rechten Einklang zwischen Ideal und Wirklichkeit zu erreichen. Sie darf sich dabei nicht scheuen, auch vom Gegner zu lernen; läßt es sich doch nicht leugnen, daß Menschen und Zeitalter, die dem Christlichen und Uebernatürlichen fremd, ihre Kraft ganz auf die Natur konzentrierten, im einzelnen eben wegen dieser Konzentration eine überraschende Feinheit und Sicherheit der Erkenntnis, eine hohe Meisterschaft der praktischen Arbeit erlangt haben. Ich erinnere noch einmal an die, vom kirchlichen Lehrbetrieb so hochgeschätzte sprachliche Vollkommenheit der alten Klassiker, an die



staunenswerten Fortschritte der neueren Naturwissenschaft und Naturbeherrschung, an die hochgesteigerte Ausdrucksfähigkeit der modernen Kunst, an naheliegende, aber oft übersehene Verfeinerungen der pädagogischen Methode. Es ist keine Verleugnung katholischer Grundsätze, eine solche Beherrschung natürlicher Denk- und Machtmittel, auch wenn sie auf fremdem Boden erwachsen ist, den Katholiken anzuempfehlen und selbst hierin mit gutem Beispiel voranzugehen." Das nennt aber Schopen „unser katholisches Volkstum aufgeben aus Augenblicksopportunitäten" und schreibt ihm die furchtbarsten Folgen für unser deutsches Volkstum und unser ganzes Staatswesen zu: „Das nationale Problem zu lösen durch eine Abschwächung der beiderseitigen Orthodoxie, durch eine Indifferentismus erzeugende Vermischung der Konfessionen im möglichsten Vergessen der Unterscheidungslehren, das muß die religiöse Frische und damit die ethische Kraft unserer Nation untergraben." Abschwächung der Orthodoxie, Indifferentismus erzeugende Vermischung der Konfessionen, möglichstes Vergessen der Unterscheidungslehren — es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß weder auf katholischer noch auf protestantischer Seite ein überzeugtes und urteilsfähiges Mitglied der betreffenden Kirchengemeinschaft im Ernst solche Gedanken hat und solche Ziele verfolgt. Denn daß man die Kraft einer Nation nicht erhalten kann, wenn man sie ihrer besten und festesten Stützen beraubt, das ist eine Binsenwahrheit.

Am Schluß des Kapitels stellt der Verfasser die vermeintlichen Forderungen der beiden Richtungen einander gegenüber und unterschiebt der Richtung Julius Bachem folgende Bestrebungen:

Bachem sagt: Die nationale Einheit des konfessionell zersplitterten deutschen Volkes fordert katholischerseits den weitgehendsten Zusammenschluß in überkonfessioneller, nationaler Kulturgemeinschaft, und im Zurückdrängen aller auf konfessionelle Beeinflussung hinstrebenden Elemente muß das katholische Deutschland die Sicherung seiner Zukunft suchen durch völliges Eintauchen in die Gesamtkultur des übrigen Deutschland.

Demgegenüber sagt Roeren: „Die Schäden der von der Reformation verursachten Zersplitterung können nur durch strenge Durchführung der verfassungsmäßigen Parität, niemals aber durch Preisgabe (!) des dem Vaterlande notwendigen katholischen Volkstums verhütet werden."

Wo hat Bachem eine solche These aufgestellt? Hätte er es irgendwo und irgendwann getan, sie wäre doch bekannt geworden, und sie wäre unanimiter als Hirngespinst bezeichnet worden und in Kürze der verdienten Vergessenheit anheimgefallen. Und nun gar eine „überkonfessionelle Kulturgemeinschaft"! Wer kennt sie außer der Osterdienstagskonferenz? Sie mag sie behalten und sich weiter an ihrem Phantasiegebilde erfreuen!

Die folgende Programmforderung behandelt das kirchliche Problem. Vorangestellt ist ein Satz Dr. Kaufmanns aus der Apologetischen Rundschau, der in dem Buche wie in der Zeitschrift nicht geringes Aufsehen erregt. Er lautet: „Die Versöhnung des Katholizismus mit der modernen Kultur ist das wichtigste Problem, das die Katholiken der Gegenwart zu lösen haben." Das ist ein Gedanke, den Schell oft mit denselben Worten ausgesprochen hat. Jedenfalls hat Schell diesen Satz aber nie so aufgefaßt wie Schopen. Während jener forderte, daß der Katholizismus vermöge der ihm innewohnenden Kräfte die in der modernen Kultur errungenen Werte in sich aufnehme, in sich verarbeite und in höherem Sinn einige und vollende,



stellt Schopen mit Bezug auf seine Gegner den überraschenden Satz auf: „Wir stehen im planmäßigen Bestreben einer Protestantisierung des katholischen Volksteiles von innen heraus." Wiederholt spricht er von der „innerlichen Entkatholisierung vieler Gebildeten". Man sollte meinen, wenn dem so wäre, dann gäbe es auch Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Organisationen, in denen ein solches „planmäßiges Bestreben" Ausdruck gefunden hätte, und sicherlich hätte der Verfasser auch mit solchen für ihn so wertvollen Beweisen nicht zurückgehalten. Aber es gibt einfach solche Beweise nicht, weil eben das planmäßige Bestreben, den katholischen Volksteil von innen heraus zu protestantisieren, d. h. nicht durch staatliche Machtmittel, sondern die Aufnahme protestantischer Ideen durch die Katholiken selber, einfach nicht gibt. Zu diesen Ideen rechnet Schopen: 1. „die Abschwächung des Begriffes »katholische Kirche« zur »katholischen Konfession« als spezielle Ausprägung der »christlichen Weltanschauung« ist eine aus evangelischer Anschauungsweise geborene Entmaterialisierung des historischen Kirchenbegriffs." Da diese These auf die sich die Hände reichenden beiden Schwesterkirchen hinausläuft und dieses Wort zwar längst historisch ist, aber nicht zu den geflügelten gehört, können wir sie auf sich beruhen lassen. 2. „Die Betonung einer Mitbetätigung der Laien auf kirchlichem Gebiete ohne organisatorische Unterordnung unter die Hierarchie ist ein Hineintragen der evangelischen Laiendemokratie in die hierarchische Priesterkirche des Katholizismus." Jeder unterrichtete Katholik weiß, daß er ohne entsprechende Unterordnung unter die Hierarchie weder für sich allein noch in Verbindung mit anderen auf kirchlichem Gebiete sich mitbetätigen kann und darf. Darum hat der unterrichtete Katholik gar keine derartigen Aspirationen, und der Schopenschen These fehlt jede Möglichkeit einer Substantiierung. Man müßte denn an den Volksverein für das katholische Deutschland denken, aber dieser kann sich, wie Mausbach (Katholik, 127) sagt, zwar einer vielseitigen sozialen, apologetischen, volksbildenden Tätigkeit mit Recht rühmen; doch betätigt er sich nicht wie die evangelische Laiendemokratie auf kirchlichem Gebiete. Nun hat ja die Osterdienstagskonferenz den Leitsatz aufgestellt, der Volksverein bedürfe in Anbetracht seiner eminent angewachsenen Bedeutung eines engeren organisatorischen Anschlusses an den Episkopat. Dieser Anschluß ist im Sommer 1909 erfolgt, mithin ist auch die zweite These Schopens erledigt.

Während den beiden ersten Thesen einfach der tatsächliche Boden fehlt, enthält die dritte einen schweren und gegebenenfalls verhängnisvollen theologischen Irrtum. Sie lautet: „Die Grundidee der überkonfessionellen Kulturgemeinschaft, innerhalb deren die Konfessionen ihre Gotteshäuser aufrichten, basiert auf dem evangelischen Prinzip der Einschränkung der kirchlichen Interessensphäre auf das religiöse Innenleben gegenüber der katholischen Auffassung, daß die profane Kultur in ihrer Eigenart wurzelhaft aus der religiösen Weltanschauung aufwächst und von ihr durchtränkt wird." Eine überkonfessionelle Kulturgemeinschaft erstrebten vor etwa sieben Jahren gelegentlich der Hetze gegen die katholischen Studentenkorporationen einige Hauptschreier in ihren Brandreden und daneben die Zeitschrift Die Deutsche Hochschule, aber diese Leute waren neuheidnische Wodansverehrer und standen jenseits von katholisch und protestantisch. Innerhalb der gebildeten Katholiken gibt es eine interkonfessionelle Kulturgemeinschaft



nicht. Was aber die theologischen Schiefheiten in dieser These betrifft, so gibt Mausbach die entsprechende Antwort darauf: „Die Kirche erkennt manches Nicht-katholische als innerlich gut und kulturell wertvoll an; so die gültige Ehe der Heiden, die sie deutlich von der katholischen unterscheidet; so die Autorität des heidnischen Staates, den sie keineswegs dem christlichen und katholischen Staate gleichstellt; so den Inhalt des Naturgesetzes, von dem sie lehrt, er sei gut, nicht weil sie ihn befiehlt, sondern sie befehle ihn, weil er gut ist. Es ist nicht die »katholische Einheit von Kirche und Welt«, die sich in jener Amalgamierung der Begriffe natürlich = gut und katholisch ausspricht, vielmehr ein schwerer Irrtum, der tatsächlich zum Naturalismus führt.“

Um den Gegensatz zwischen den beiden Richtungen möglichst scharf, deutlich und präzis zu fassen, versucht es Schopen mit der folgenden krassen Gegenüberstellung: „Konfession und Kultur haben nichts miteinander zu tun!“ und „Konfession und Kultur sind organisch verbunden“! — das sind in letzter Linie die beiden Antithesen der Richtungen Bachem und Roeren.

Es handelt sich hier nur um die katholische Konfession; ihr gehören die Vertreter der beiden genannten Richtungen an. Diese Konfession ist aber, um nur einige Punkte herauszuheben, das Bekenntnis zu einem außerweltlichen Gott, der Himmel nnd Erde erschaffen hat; das Bekenntnis zur Erlösung des Menschen durch den Heiland Jesus Christus, das Bekenntnis zum Heiligen Geist und zur einen, heiligen, allgemeinen und apostolischen Kirche, sowie zum ewigen Werte der menschlichen Seele und zu einer ewigen Vergeltung. Damit sind die wesentlichsten und wichtigsten Voraussetzungen und Faktoren, die bei der allgemeinen Kultur in eminentem Sinne mitentscheidend sind, gegeben, und es wäre ein Nonsens für einen denkenden Katholiken, zu sagen, Konfession und Kultur hätten nichts miteinander zu tun. Ob man diese Forderung nun als eine gradlinige Weiterentwicklung katholischer Gedanken nach den Forderungen der Zeit oder als ein Abweichen vom katholischen Wege in evangelische Gedankengänge auffaßt, wie Schopen anheimstellt, tut nichts zur Sache. Im übrigen erklärt der Verfasser, daß die Richtung Bachem über das kirchliche Problem keine besonderen Anschauungen besitze, als nur die im Verlaufe der Abhandlungen über das politische und das nationale Problem bereits erwähnten. Das hält ihn nicht ab, gleich hinterher zu behaupten, das kirchliche Problem sei für die Richtung Bachem die Achillesferse, wozu er folgende geradezu monströse Begründung gibt: „Die Richtung Roeren hat eines nicht verloren, was die ätzende Säure der scheinbar so machtvollen Zeitumgebung im Herzen der Bachemschen Richtung zerstörte: das katholische Selbstbewußtsein, das nicht in der Außenwelt Heilung und Erneuerung für den Katholizismus sucht, sondern im Katholizismus das einzig tragfähige Prinzip für eine gesunde Weltkultur erkennt.“ Schon in den Agitationsreden zu Neunkirchen und Koblenz war viel vom „katholischen Stolz“ und vom „katholischen Selbstbewußtsein“ die Rede; doch waren diese Reden, wie man nachher aus dem Wahlkreis Osnabrück vernahm, Schall und Rauch. Soviel steht unumstößlich fest und ist durch die geschichtlichen Tatsachen unseres Zeitalters erhärtet, daß überall da, wo mit den zeitentsprechenden Mitteln der sog. Richtung Bachem in Versammlungen, Organisationen und Tagespresse sowie sonstiger politischer, kirchenpolitischer, schul- und sozialpolitischer Literatur energisch, um-



sichtig, zielbewußt gearbeitet worden ist, der Katholizismus im öffentlichen Leben feste und im Kampf und Sturm bewährte Positionen einnimmt, und daß er in Köln, wo seit Jahrzehnten nach dieser Methode gearbeitet wird, eine Rolle spielt wie in keiner anderen katholischen Stadt der Welt. Mit voller Einsicht in diese Sachlage urteilt darum Prof. Mausbach über solche Gedankenverirrungen, wie sie sich in den obigen Sätzen Schopens finden, über die rege und allseitige Mitarbeit der Katholiken an den neueren Zeitaufgaben, wie folgt: „Diese Stellungnahme ist für den Einfluß der Kirche wirksamer und heilsamer, als immer wieder »das katholische Selbstbewußtsein«, »den katholischen Stolz« auf die einzige, auch im Weltlichen »alleinseligmachende« Kulturmacht der Kirche anzurufen, — einen Stolz, zu dem das Evangelium mit seinen innerlichen Verheißungen keine Anleitung gibt, zu dem sich aber die quietistische Eigenliebe zu gern flüchtet bei Enttäuschungen, die sie selbst verschuldet hat." (a. a. O.)

Daß es Schopen und seinen Neben- und Hintermännern nur um den Kampf und die Niederwerfung und damit die Vernichtung der sog. Richtung Bachem zu tun ist, beweist des ersteren wiederholt abgegebene Versicherung, daß Verständigungen und Kompromisse nur den Aufschub der unvermeidlich zu lösenden Fragen bedeuteten! Bezüglich des Volksvereins war doch ganz im Sinne der Osterdienstagskonferenz — wie in Koblenz mit Genugtuung und Befriedigung festgestellt wurde — die Stellung des Episkopates klargelegt und dem Vorstande dieses Vereins mitgeteilt. Bezüglich des Charakters des Zentrums war am 28. November 1909 die parteioffizielle Erklärung abgegeben worden, die auch der Abg. Roeren unterschrieben hat. Daß es aber der ganzen Richtung trotz alledem noch um ein mehreres zu tun ist, das zeigt überraschend und deutlich der Satz, in dem Schopen ihren modus procedendi verteidigt. Er erwähnt, man habe Roeren einen Vorwurf daraus gemacht, daß er mit seinen Angriffen bei der Kölnischen Volkszeitung und beim Volksverein eingesetzt habe, und antwortet darauf: „Demgegenüber muß man betonen, daß diese beiden Organisationen doch die Väter und eigentlichen Träger der von Roeren bekämpften Ideen, die extremste Verkörperung der von ihm für bedenklich erachteten Gedanken sind. Alle die anderen Organisationen, die im gleichen Bachemschen Sinn arbeiten, wie Augustinusverein, Frauenbund usw., sind ja nur Schöpfungen von Bachem und M.Gladbach. Wenn Roeren in konkreter Weise sich an Vertreter der von ihm bekämpften Richtung halten wollte, dann mußte er dies tun gegenüber den eigentlichen und Hauptvertretern, und das sind die Kölnische Volkszeitung und M.Gladbach." So viel Sätze und Satzteile — so viel objektive Unwahrheiten. Der Verfasser ist offenbar mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im mindesten vertraut; doch ist hier nicht der Ort, ihn darüber zu belehren. Nur darauf sei hingewiesen, daß er in seinen Schlußbemerkungen, in denen er urteils- und kritiklos alles von ihm vorher Gesagte noch einmal durcheinander wirft, ein gelegentliches Wort eines einzelnen als offizielles Programm hinstellt, vielen seiner katholischen Glaubensgenossen den rechten katholischen Glauben abspricht, selbst von ganz unkatholischen, naturalistischen, Rousseauschen Grundgedanken ausgeht. Er stellt wie ein unzweifelhaft richtiges Axiom den Satz auf: „Alles wahrhaft Natürliche ist wahrhaft gut, alles wahrhaft Gute ist katholisch. Das ist die Universalität, die Weitherzigkeit des katholischen, d. i. des universalen



Gedankens. Mag dies Katholische in der Weltkultur sich bei Protestanten oder Atheisten finden, wir nehmen es an, wenn es innerlich katholisch ist. ... Alles, was in diesem großen Sinn auf literarischem oder sozialem, auf politischem oder erzieherischem Gebiete dieses innerlich katholischen Stigmas entbehrt, das lehnen wir ab, weil es nicht katholisch und darum kulturell wertlos ist und zur Dekadence führen muß, nicht nur auf religiösem, sondern auf wirtschaftlichem und künstlerischem, auf staatlichem und unterrichtlichem Gebiete." Die liberale Presse wußte wohl, warum sie mit sichtlicher Befriedigung von der Erklärung Roerens Notiz nahm, daß die Schopensche Schrift „trotz einiger Uebertreibungen wegen der durchaus zutreffenden grundsätzlichen Darlegung des Streites die weiteste Verbreitung verdient." Die Liberalen wissen eben, daß ein Katholizismus, der auf solchen moraltheologischen Irrtümern beruht, bald aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet sein wird, weil er keine Daseinsberechtigung haben würde. Es ist ein Verdienst Mausbachs, daß er Schopen gegenüber, der den Satz aufstellt: „Die Menge, auch die Menge der »Gebildeten«, auch die »Menge« der Führer, denkt gar wenig", das objektiv Unwahre in den obigen Gedanken und Formulierungen deutlich herausgestellt hat. (Katholik, S. 126): „Hier ist doch mit dem Worte Katholisch ein Spiel getrieben, das bis zur Absurdität geht; hier zeigt sich auch die nahe Berührung extremer Irrtümer, indem alles Natürliche als katholisch bezeichnet, also faktisch die wesentliche Uebernatur des Katholischen geleugnet wird. Nach dieser Deduktion wären das Genie Alexanders und die Dichtkunst Homers, die griechischen Architekten und das römische Recht, die Erfindung der Dampfmaschine und der Luftschiffe Zeppelins, die preußische Heeresverfassung und Bodelschwinghs Wohltätigkeitspflege innerlich katholisch; sie würden schlechtweg abzulehnen sein, falls sie „dieses innerlich katholischen Stigmas entbehrten!" Nach der richtigen Auffassung besteht die Universalität der Kirche darin, daß sie in einzigartiger Weise imstande ist, alles natürlich Gute und Schöne ihrem Organismus einzuverleiben, dadurch zu reinigen und zu heben; alles natürlich Gute kann katholisch werden, es ist aber nicht eher katholisch, als bis es von ihr sein „katholisches Stigma" empfängt — wie auch der natürliche Mensch bei reichster Anlage und bestem Streben erst katholisch wird, wenn er die Taufe empfängt." Einer der Gesinnungsgenossen Schopens hat dessen Anschauungen auf das Gebiet der Literatur übertragen und den Satz, daß alles wahrhaft Natürliche wahrhaft gut und darum wahrhaft katholisch sei, auf die altheidnische Literatur angewandt, indem er mit einem Hinweis auf Horaz die Augusteische Kultur als klerikal bezeichnet. Das „epikuräische Schweinchen" ein klerikaler Dichter! Danke.

Am Schluß seiner Ausführungen leitet Schopen die Richtung Bachem zurück auf „ein unbewußtes und ungewolltes Schwinden übernatürlicher Auffassung der Kirche"; „Mangel an katholischer Empfindung und katholischer Wärme bildet das Wesensmerkmal aller Aktion." Ja er läßt seine Schrift in den fettgedruckten Satz ausklingen: „Nach dem Siege der Richtung Bachem kann ein weiterer Versuch, den katholischen Geist der Kirche in Deutschland zu erhalten, nicht mehr erwartet werden."

Auf diese Harangierung hat Jul. Bachem selbst, wie schon oben angeführt ist, eine deutliche Antwort in der Kölnischen Volkszeitung gegeben! Es wäre kein

gutes Zeichen für die Urteilsfähigkeit der deutschen Katholiken, wenn sie solchen unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptungen ohne weiteres Glauben schenkten. In treffender Weise beleuchtete ein hervorragender älterer Zentrumspolitiker in der Köln. Volksztg. (Nr. 890 vom 22. Oktober 1910) die skrupellose Methode des Verfassers, ohne irgendwelche beweiskräftige Belegstelle solche allgemeine Verdächtigungen gegen einzelne Mitglieder der Zentrumspartei und gegen die Kölnische Volkszeitung zu richten.

Ist es zuviel gesagt, wenn wir solche Beschuldigungen ungeheuerlich genannt haben? Wir können hinzufügen: wenn sie — wie in unserem Falle — völlig beweislos und ebenso unbeweisbar sind, dann sind sie einfach — nun sagen wir: unverantwortlich! Wären sie berechtigt, so hätte die „Richtung Bachem" bezw. die Kölnische Volkszeitung sich keiner geringeren Verfehlung schuldig gemacht, als des vollendeten Abfalls von der Grundlage der katholischen Kirche Der Glaube an ihre übernatürliche Herkunft und ihre übernatürlichen Aufgaben ist ein Kernsatz des Glaubensbekenntnisses der katholischen Kirche. Wer ihn nicht festhält, ist kein Katholik mehr. Niemals hat die Kölnische Volkszeitung auch nur im mindesten ihn angetastet. Er ist für sie wie für alle Katholiken ein streng verpflichtender Teil des katholischen Glaubens. Herr Kaplan Schopen aber trägt kein Bedenken zu behaupten, er sei der Kölnischen Volkszeitung oder der Richtung Bachem „verloren gegangen", Wiederum — wir können es nicht oft genug betonen — ohne eine Spur von Beweis, ohne den mindesten Versuch sogar so etwas wie einen Beweis zu konstruieren.

Was soll man nun zu solchen törichten, gehässigen und völlig haltlosen Verdächtigungen sagen? Die Kölnische Volkszeitung ist gewiß nicht ohne Fehl, und in der Hitze des täglichen politischen Kampfes, von dessen Schwere ein junger Mann wie der Kaplan Schopen wohl keine Ahnung hat, wird sie gewiß manchmal etwas verfehlt oder versäumt haben. Aber jeder unbefangene Beobachter wird ihr zugeben, daß zu all den obigen Unterstellungen, Andeutungen, Verdächtigungen und Beschuldigungen wirklich nicht der mindeste Anlaß gegeben ist. Jeder ihrer Leser weiß auch, mit welcher Aufopferung und Hingabe sie für die katholische Sache, nicht nur für die weltlichen Interessen der katholischen Kirche, sondern ebenso und noch mehr für deren Glauben gekämpft, nicht im Sinne eines opportunistischen Feilschens über diesen oder jenen Punkt, der etwa den Protestanten zuliebe aufgegeben werden könnte, sondern einfach im Sinne eines treuen Bewahrens des gesamten depositum fidei, welches Christus der Herr seiner Kirche anvertraut hat.

Daß die Voraussetzung Schopens, die Anhänger der „Richtung Bachem" huldigten den von ihm ersonnenen falschen Ideen, nur auf willkürlicher Annahme beruht, zeigt auch Mausbach in seinem mehrfach erwähnten Aufsatz (a. a. O. 123 und Katholische Moral 355), indem er folgende Sätze mit an die Spitze seiner Darlegungen stellt: „Es muß zunächst im Interesse der objektiven Berichterstattung wie der sachlichen und friedlichen Auseinandersetzung festgestellt werden, daß sämtliche bekannte Vertreter der beiden katholischen Richtungen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die katholische Glaubenslehre als Offenbarung Gottes, die katholische Kirche als alleinige gottbestellte Hüterin der Offenbarung und Heilsanstalt anerkennen, daß sie ebenso in der Sittenlehre an dem übernatürlichen Lebensziele des Menschen und seiner absoluten Verpflichtung gegenüber allen irdischen Kulturforderungen festhalten. Eine Aeußerung, die man als Bekämpfung oder Bezweiflung des katholischen Dogmas und Lebensgesetzes deuten, die man im Ernste als Modernismus oder Naturalismus bezeichnen dürfte, ist bisher keinem der Wortführer nachgewiesen worden."

Schopen begrüßt es zu verschiedenen Malen, daß der „Kampf" gekommen sei, er will ihn mit aller Entschiedenheit durchgeführt wissen, eine Verständigung würde nur einen Aufschub der Lösung der Streitfragen bedeuten. Doch sollte

der Kampf „nicht um den Preis der Liebe“ geführt werden! Mag er persönlich auch von solcher Gesinnung beseelt werden, sein Gutachter Roeren ist es nicht, und ihn selbst trifft der Vorwurf, daß er sich dessen Korrekturen auch um den Preis der Liebe unterworfen hat. Ein Teil der Schrift lag in der Fassung, wie sie in der Paulinusdruckerei zu Trier bereits gesetzt war, dem Abg. Roeren zur Begutachtung vor. Letzterer hat die Abzüge genau geprüft und mit Randbemerkungen versehen, die darauf schließen lassen, daß es ihm vor allem darauf ankam, den Kampf gegen die Richtung Bachem sachlich und persönlich zu verschärfen! Die Kölnische Volkszeitung hat die Beweise dafür in ihren Akten.

8. Der Ausgang des Streites.

Im Sommer und Herbst 1910 wurde der Streit um den Zentrumscharakter weitergeführt, aber die Auseinandersetzungen gestalteten sich nach Inhalt und Form immer mehr derart, daß jede ernstliche Diskussion erschwert wurde. Die grundsätzlichen Fragen über das Wesen des Zentrums traten in den Hintergrund, und dafür versuchte man, die religiöse Ueberzeugungstreue der führenden Kreise der Partei, des Volksvereins, der Gewerkschaften und ganz besonders der Zentrumspresse durch ein raffiniertes System der Verdächtigung in Zweifel zu ziehen. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, die Geschichte dieses Verdächtigungsfeldzuges, der bald ins Ausland hinübergespielt wurde und damit eine internationale Färbung gewann, darzustellen. Ich übergehe daher die Polemik mit Dr. Kaufmann, die im Juni 1910 wegen verleumderischer Artikel in seiner Apologetischen Rundschau einsetzte, und begnüge mich damit, festzustellen, daß im Oktober 1910 der verstärkte Landesausschuß der Zentrumspartei die Deutungs- und Definitionsversuche der Osterdienstagskonferenz zurückwies. Diese Erklärung der maßgebenden Instanz der Zentrumspartei hat folgenden Wortlaut:

Der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei, verstärkt durch die nichtpreußischen Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion sowie durch mehrere Vertreter der Zentrumspresse, hielt am 24. Oktober 1910 im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. In derselben wurde eine Anzahl schwebender Fragen erörtert. Dabei gab der Abg. Roeren nach eingehender Beratung die folgende Erklärung ab, deren Veröffentlichung beschlossen wurde.

1. Ich trete nunmehr unzweideutig und vorbehaltlos auf den Boden des Beschlusses des Landesausschusses vom 28. November 1909 und werde alle weitere direkte oder indirekte Vertretung einer anderen Formulierung unterlassen.

2 Nachdem sich gezeigt hat, daß die Schopensche Broschüre: Köln, eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus die Einigkeit in der Zentrumspartei gefährden kann, will ich die frühere Empfehlung derselben nicht mehr aufrecht erhalten.

3 Ich hoffe und wünsche, daß der ganze Streit, der sich an die sog. Osterdienstags-Konferenz geknüpft hat, auf Seite der Teilnehmer der Konferenz wie ihrer Gegner, weder in der Presse noch in Versammlungen fortgesetzt wird.

Während des Jahres 1911 setzte sich die Diskussion noch in der Form der bereits gekennzeichneten internationalen Verdächtigung fort, die durch das im Juni des genannten Jahres erschienene Buch des P. Albert Maria Weiß Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart neue Nahrung erhielt. In einer



eigenen Schrift wird über diesen Feldzug das Nötige gesagt werden. Das Eingreifen ausländischer Preßorgane, vor allem der Correspondance de Rome, wird darin besonders beleuchtet werden. Mit den deutlichen Erklärungen der Fraktion mußte ja die ganze Debatte als beendigt gelten, und darum schließe ich diesen geschichtlichen Rückblick damit ab.

Bemerkt sei nur noch, daß der Abg. Roeren unterm 29. März 1912 für seine Person endlich die Konsequenzen zog und seinen Austritt aus den Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses und die Niederlegung seiner beiden Mandate mit nachstehender „Erklärung" mitteilte:

Solange ich dem Zentrum angehöre, habe ich es stets als selbstverständlich betrachtet, daß sich die Tätigkeit desselben — in allen Fragen natürlich, bei denen die Weltanschauung überhaupt in Betracht kommt — im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu befinden hat. In diesem Sinne habe ich auch stets, solange ich im politischen Leben stehe, also länger als dreißig Jahre hindurch, in meinen Reden oder schriftlichen Ausführungen, die auf den Charakter oder das Wesen des Zentrums sich beziehenden Fragen behandelt.

Erst vor einigen Jahren wurde gegen die Festlegung dieses Satzes von einem Teile der Presse Widerspruch erhoben mit der unbegründeten Anklage, daß dieser Satz mit dem Begriffe des Zentrums unvereinbar sei und zur Umwandlung des politischen Charakters in einen nichtpolitischen, konfessionellen führen müsse. Der unerquickliche Streit, der darauf in der Presse entstand, hat den verstärkten Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei in der Sitzung vom 28. November 1909 beschäftigt, in der die bekannte Erklärung über das Wesen des Zentrums erlassen wurde. In dieser Erklärung, an deren Formulierung ich selbst mitgearbeitet habe, wird der politische Charakter ausdrücklich festgestellt. Ich bin derselben, da der politische Charakter des Zentrums von mir stets betont worden ist, beigetreten, jedoch, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, unter der ausdrücklichen Betonung, daß ich an dem angegebenen Grundsatze bezüglich des Einklangs mit der katholischen Weltanschauung festhalte.

Die Erwartung, daß die Preßfehde hiernach aufhören oder doch in ruhigere Bahnen gelenkt würde, hat sich nicht erfüllt. Es fand deshalb eine zweite Sitzung des Landesausschusses am 24. Oktober 1910 statt, in welcher abermals eine Aufforderung erging, den Streit in der Presse und in den Versammlungen beiderseits ruhen zu lassen. Ich meinerseits unterstützte diese Aufforderung noch durch eine besondere Erklärung, in der ich außerdem bestätigte und wiederholte, daß ich vollständig auf dem Boden des Beschlusses vom 28. November 1909 stehe und auf jedwede anderweitige Formulierung dieses Beschlusses verzichte. Letzteres konnte ich um so eher, als mir schon bisher jede Aenderung an der Fassung des Beschlusses ferngelegen hatte.

Es trat für kurze Zeit einige Ruhe ein, dann aber begannen wieder, und zwar in steigender Heftigkeit, die alten Angriffe gegen die „Nörgler", „Hyperkatholiken" und wie sonst man die Vertreter der katholischen Weltanschauung im Gegensatz zu den Vertretern der sog. „allgemein-" oder „gemeinsam-christlichen" Weltanschauung zu bezeichnen pflegte. Ich habe mich trotzdem von jeder weiteren Behandlung der Streitfrage und trotz aller Provokationen von jeder Erwiderung zurückgehalten, vielmehr die Angelegenheit in loyaler Weise vor der unter diesen Umständen allein gegebenen Stelle, nämlich in der am 14. d. M. im Abgeordnetenhause stattgefundenen Fraktionssitzung, in der über den Streit auf katholischer Seite verhandelt wurde, zur Sprache gebracht.

Die Auseinandersetzungen, die sich hieran anknüpften, haben ergeben, daß eine Verteidigung des von mir vertretenen Grundsatzes, selbst den fortgesetzten Provokationen gegenüber, für mich in meiner Stellung als Mitglied der Fraktion als ausgeschlossen gelten muß. Diese Lage würde für mich unerträglich sein, ich müßte sie als unwürdig bezeichnen. Ich bin deshalb nicht in der Lage, mein Mandat länger beizubehalten, und zwar weder dasjenige zum Abgeordnetenhaus, noch auch in Konsequenz davon dasjenige zum Reichstag. Ich scheide ohne Bitterkeit, aber nicht ohne Wehmut aus einer Fraktion, der ich nahezu



dreißig Jahre lang, schon unter Windthorst, angehört und mit Begeisterung angehangen habe und an die mich so manche Erinnerung früherer Zeiten unzertrennlich geknüpft hat. Deshalb werden diejenigen der Gegner, die vielleicht jetzt eine Verschärfung des „Streites im eigenen Lager" erhoffen, jedenfalls, was meine Person angeht, sich enttäuscht sehen. Ich werde das Haus, in welchem ich so viele Freundschaft und so treue Freunde gefunden habe, beim Verlassen nicht mit Steinen bewerfen. Ernste Fragen müssen ernst und sachlich behandelt werden. Und wenn das geschieht, dann wird sich, eher als man vielleicht jetzt erwartet, die Einsicht Bahn brechen, daß der Grundsatz — die Tätigkeit des Zentrums habe sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu befinden —, wahrlich nicht als „Hyperkatholizismus" oder „Quertreiberei" zu bezeichnen ist, sondern daß es der Grundsatz des alten v. Mallinckrodt-Windthorstschen Zentrums ist, dem auch der Rest meines Lebens gehören soll.

Von den Reichstagsabgeordneten, welche auf dem Boden der Osterdienstagskonferenz standen, gehört jetzt keiner den Fraktionen des Zentrums mehr an, und es ist auch kein sonstiges Mitglied dieser Fraktionen gewillt, die Definition der Osterdienstagskonferenz zu vertreten. Damit ist die Sache für das Zentrum erledigt. Wer trotzdem im Inland oder im Ausland, sei es in der Presse oder in Versammlungen, noch versuchen sollte, an dem politischen nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums zu rütteln, der muß wissen, daß er dies im offenen Gegensatz zu den Zentrumsfraktionen im Reichstag und in den Landtagen der betreffenden Deutschen Bundesstaaten tut.

9. Schluß.

„Alles was in diesem großen Sinne (d. h. der Mitarbeit von Protestanten) auf literarischem oder sozialem, auf politischem oder erzieherischem Gebiete dieses innerlich katholischen Stigmas entbehrt, das lehnen wir ab, weil es nicht katholisch und darum kulturell wertlos ist und zur Dekadence führen muß nicht nur auf religiösem, sondern auf wirtschaftlichem und künstlerischem, auf staatlichem und unterrichtlichem Gebiete." Mit diesen Worten bezeichnet Schopen im Schlußkapitel seiner Schrift die Grundlage des Kampfes, von der aus die von ihm vertretene Richtung ihn führen will. Die innere Umwandlung des katholischen Deutschlands auf dieser Grundlage ist ihm das Ziel des Kampfes, den er selbst um den Preis des Friedens ausgefochten wissen will. Es ist von theologischer Seite schon gezeigt worden, daß die obigen Sätze der kirchlichen Lehre direkt widersprechen. Unsere gesamte Kultur beruht ebenso wie die unserer Altvordern auch auf den Grundfesten der antiken heidnischen Kultur, wenn die letztere auch durch das Christentum verklärt und veredelt und in Beziehung zu den absoluten Werten unserer Religion gebracht worden ist. Eines der großartigsten Beispiele ist die Synthese, die der hl. Thomas auf philosophischem Gebiete zwischen der christlichen Lehre und dem Aristotelismus hergestellt hat.

Es liegt aber auch ein intoleranter Hochmut in der Behauptung, alles was nicht katholisch sei, sei kulturell wertlos und führe notwendig zur Dekadenz. Wenn diese Auffassung in weiteren katholischen Kreisen Platz griffe, so würden die Katholiken nach und nach vom Wettbewerb mit den anderen Konfessionen sich zurückziehen, deren Initiative und Streben und Schaffen das öffentliche

Wirken überlassen und somit zuletzt aufhören, im öffentlichen Leben eine entscheidende, richtunggebende Rolle zu spielen. Ihre Lage würde dann wieder eine solche werden, wie sie Graf Montalembert in seiner berühmten Rede auf der Katholikenversammlung zu Mecheln im Jahre 1863 geschildert hat, indem er sagte: „Das öffentliche Leben, dieses glorreiche Erbteil der gereiften Nationen, dieses Regime der Freiheit und der Verantwortlichkeit, welches den Menschen die Kunst lehrt, sich selbst zu vertrauen und sich selbst in Schranken zu halten, fehlt, von Belgien abgesehen, am meisten den Katholiken der Gegenwart. Sie zeichnen sich aus im Privatleben, sie unterliegen in der Oeffentlichkeit. Ohne Aufhören und überall werden sie überholt, besiegt und getäuscht von ihren Gegnern oder ihren Bedrückern, bald von den Ungläubigen, bald von den Protestanten, hier von den Demokraten, dort von den Despoten." [1]) Mit schmerzdurchzuckten Gefühlen gab der edle Graf der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Zustand nicht immer und allerorten fortdauern werde. Für Deutschland ist sowohl im Reiche wie in mehreren Bundesstaaten diese Hoffnung in großem Umfang in Erfüllung gegangen. In den letzten vier Jahrzehnten ist die Organisation, welche die Katholiken nebst ihren politischen Gesinnungsgenossen sich im öffentlichen Leben gegeben haben, immer mehr erstarkt, sie hat in den schwierigsten Lagen standgehalten und wird von allen katholischen Völkern, ja auch von gegnerischen Parteien als vorbildlich angesehen. Im Deutschen Reiche zumal hat das Zentrum das Gewicht seiner rund hundert Stimmen in entscheidenden Momenten in die Wagschale gelegt zugunsten wahrer kirchlicher und staatlicher Autorität und Freiheit, aber es hat diese Entscheidungen doch nur herbeiführen können, weil es auf verschiedenen Gebieten das, was nicht katholisch ist, nicht eben deshalb für „kulturell wertlos" hielt, sondern alles Wahre und Gute der Allgemeinheit nutzbar machte.

Der Katholizismus ist weitblickend und weitherzig. Das lehrt die Geschichte der Kirche, und das haben auf beinahe sechzig Generalversammlungen der deutschen Katholiken Redner aus dem geistlichen und aus dem Laienstande den Teilnehmern an zahlreichen konkreten Beispielen gezeigt. Enge Köpfe, ängstliche Seelen hat es immer gegeben. Aber wenn sie überhand nehmen und als Ketzerriecher und Splitterrichter den Weitblickenden, den treibenden Kräften beständig Fesseln anlegen, wenn sie allem, was sich im politischen, wissenschaftlichen, sozialen Leben regt, sofort Richtlinien geben, auch bei allem weltlichen Tun und Treiben die Kirchenfahnen vorangetragen wissen wollen, dann schädigen sie das wahre Ansehen der Kirche und tragen der Geistlichkeit den Vorwurf der „klerikalen Herrschsucht" ein. Hat nicht dieser Geist des ewigen Reglementierens und unaufhörlichen Bevormundens die Kirche in Frankreich so sehr geschädigt und in ihr die Initiative, die Mitarbeit weiter Kreise des Volkes lahmgelegt? Hat er nicht neben anderen Ursachen viele gebildete Laien in ihrem Schaffen verärgert und so viele von ihnen in ihrem Interesse für das kirchliche und sozialcaritative Leben kalt werden lassen? Als dieser Zustand einmal eingetreten war, da war es unendlich schwer, daß die Katholiken in unserem Nachbarlande sich aus der

---

[1]) **Comte de Montalembert, l'église libre dans l'état libre, 2e édition. Bruxelles, 1863, p. 6.**

tiefen Ohnmacht wieder emporarbeiteten und aus der Schmach, die die Regierungen ihnen so oft bereitet. In einem sehr ernsten, diese Lage beleuchtenden Artikel schreibt Der Elsässer in Straßburg (Nr. 355 vom 8. Aug. 1910): „Haben die französischen Katholiken wenigstens jetzt etwas vom Unglück gelernt? Haben sie sich gegen ihre Verfolger zum Kampfe gesammelt? Als das Unheil hereingebrochen war, konnte man in der Tat vielfach lesen, die Katholikenverfolgung werde den Katholizismus wieder stark machen. Wie steht's damit? Bis zur Stunde versprechen die Bemühungen noch nicht viel, die Aktion ist noch nicht konzentrisch, die Einigkeit läßt noch viel zu wünschen übrig."

Wie ist es nun angesichts solcher Tatsachen möglich, daß auch in Deutschland, um ein Wort des Grafen de Mun zu gebrauchen, Abgeordnete, Schriftsteller, Geistliche „den Rücken ihrer katholischen Brüder zum Amboß" nehmen? Aus ihren Schriften, Reden und Polemiken gewinnt man deutlich den Eindruck, als sei eine ihrer stärksten Triebfedern die Besorgnis, der katholische Glaube könne Schaden leiden, wenn nicht alle Lebensbetätigungen der Katholiken durch die Etikette „Katholisch" geschützt seien. Es ist psychologisch interessant zu beobachten, wie Männer, die von der Wahrheit ihrer Religion überzeugt und dafür begeistert sind, so wenig Vertrauen in die siegreiche Kraft und den Einfluß dieser Wahrheit auf Herz und Handeln der Bekenner dieser Wahrheit haben. Und doch sagt schon der hl. Anselm von Canterbury: Neglegentiae mihi esse videtur, si, postquam confirmati sumus in fide, non studemus, quod credimus intellegere.

Die Lehre der Kirche muß durch das ihrem sichtbaren Oberhaupt und den mit ihm verbundenen Bischöfen übertragene dreifache Amt von Irrtum rein und unversehrt erhalten werden, und niemand wird den kirchlichen Behörden das Recht bestreiten, darüber zu wachen, daß die kirchlichen Grundsätze nicht verdunkelt und entstellt werden. Sollen aber diese Grundsätze auch im öffentlichen Leben sich auswirken, so gehört dazu hingebungsvolle Arbeit des einzelnen in allen Lebenslagen, in die ihn seine Verhältnisse bringen, und darum muß man ihm in dieser Hinsicht auch möglichst freie Hand lassen und ihm Vertrauen schenken, denn ohne Vertrauen keine Arbeitsfreudigkeit und keine Opferwilligkeit. Je mehr man durch äußere Vorschriften und ängstliche Ueberwachung und nicht durch den eigenen Trieb und das eigene Selbstbewußtsein der einzelnen Katholiken die Betätigung ihrer katholischen Ueberzeugung in der Oeffentlichkeit zu erreichen sucht, desto mehr wird man die freudigen Mitarbeiter verlieren und zu den oft geschilderten französischen Zuständen gelangen. Es wird das eintreten, was der Jurist Jarcke im Jahre 1849 einmal sagte, daß an dem Tage, wo die Laien die Angelegenheiten der Kirche als dem Kreise ihrer Betätigungen fremd ansehen, es alsbald dahin kommen würde, was man in Oesterreich erlebte: die Kraft und das Leben der Kirche würden gebrochen sein. (Vgl. Gges. Goyau, L'Allemagne religieuse, III, 99.)

Schopen und seine Geistesverwandten befürchten, daß das Zentrum sich in Interessengruppen auflöse. Diese Befürchtung ist nicht neu, sie ist in Zeiten bewegter wirtschaftlicher Kämpfe schon wiederholt ausgesprochen worden. Aber diese Kritiker dürfen überzeugt sein, das Wort „Katholisch" und der Ruf „Wir wollen ein katholisches Zentrum" allein wird nicht ausreichen, die Wähler bei der Zentrumsfahne zu halten — das Beispiel der ehemaligen „katholischen



Fraktion“ hat es gezeigt — wenn man nicht wie bisher in allen politischen, wirtschaftlichen und Kultusangelegenheiten im Sinne des Zentrumsprogramms arbeitet. Dr. Bitter hätte in seinem eigenen Wahlkreise von der Grundlosigkeit seiner Besorgnisse sich überzeugen können. Im Wahlkreise Osnabrück haben die katholischen Wähler mit Rücksicht auf ihre geringe Zahl bis zum Jahre 1906 (mit vielleicht einer Ausnahme) bei allen Reichstagswahlen für einen protestantischen Kandidaten gestimmt; ja sie sind nicht einmal als Zentrumspartei organisiert gewesen, sondern mit den protestantischen Wählern unter christlich-konservativer Fahne gemeinsam gegen die Liberalen und die Sozialdemokraten aufgetreten; und doch hat ihre „katholische Weltanschauung“ nicht darunter gelitten.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt, der von geistlichen Rednern schon häufig mit aller Schärfe betont worden ist, verdient auch hier berücksichtigt zu werden: Würde die von der Osterdienstagskonferenz ursprünglich beabsichtigte und später öffentlich wiederholt verteidigte Definition des Zentrums angenommen, so könnte es gar nicht ausbleiben, daß die Bischöfe, die doch wahrlich eine ganz andere Aufgabe zu erfüllen haben, in das Parteigetriebe und in den Preß- und Versammlungsstreit hineingezogen würden. Wer sonst als die Bischöfe sollte in einer katholischen Fraktion entscheiden, ob dieselbe auch nach Maßgabe und im Einklang mit der katholischen Weltanschauung tätig ist, mit den anderen Parteien Kompromisse schließt und wieder andere Parteien bekämpft? Dann aber würde man die Bischöfe bei der Regierung wie im Volke auch für die Entschließungen und für die Abstimmungen der Partei verantwortlich machen. Wie verhängnisvoll dies aber gegenüber der Regierung und den eigenen Glaubensgenossen im Inland wie im Ausland werden könnte, leuchtet ohne weiteres ein.

Unter der Spitzmarke: Es geht uns zu gut! schrieb der Elsässer in dem oben zitierten Artikel: „Indessen, auch die von den französischen verschiedenen, natürlich besser gelagerten Verhältnisse in Deutschland erlauben auf die Dauer keine Zwietracht, kein Mißtrauen im eigenen Lager! Keiner möchte schließlich die Folgen davon tragen. Darum ist es an der Zeit zu der so oft zitierten Union nécessaire, das ist die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenhaltens. Man lasse doch die Unart beiseite, daß man die Orthodoxie des Bruders anzweifelt, mit dem man Meinungsverschiedenheiten hat! Man überlasse die Sorge zunächst den berufenen Instanzen und erprobe seine Kraft und Kritik vor allem am Feind, nicht am Freund. Wenn wir in der Stunde der Gefahr zusammengehen wollen, müssen wir es so einrichten, daß wir einander immer in die Augen schauen können. Darum weg mit dem Mißtrauen, weg mit der Splitterrichterei, und geradeaus auf den Feind!“

Das sind Worte eines einsichtigen und weitblickenden Geistes, dem der Friede im eigenen Lager über alles teuer ist.

Die Zukunft des Katholizismus in Deutschland ist in der Neuzeit noch niemals, auch nicht in den härtesten Zeiten des Kulturkampfes, so sehr der Gegenstand ernstester Sorge vieler Geistlichen und treukatholischer Laien gewesen, als es zurzeit der Fall ist. Seit langer Zeit ist der Jubel im liberalen Lager und die Hoffnung auf einen Niedergang des Katholizismus und damit auch des Zentrums nicht so groß gewesen wie in der gegenwärtigen Zeit. Mitte Oktober 1910 erklärte (laut einem Privatbriefe an den Verfasser dieser Schrift)



in Düsseldorf einer der angesehensten liberalen Führer: „Das hätte ich mir wirklich nie träumen lassen, daß ich noch den Untergang des Zentrums erleben würde. Heute sehe ich, daß ich noch Hoffnung dazu habe!" Und worauf gründete er seine Hoffnung? Er hofft, daß die Verdächtiger des deutschen Katholizismus und fast aller deutschen katholischen Einrichtungen und sogar der einzelnen deutschen Katholiken, an maßgebenden Stellen allen Erfolg haben werden. Das nächste Ziel des Liberalismus müsse dann sein, daß die großen Organisationen, die der deutsche Katholizismus geschaffen habe, wie die Zentrumspartei, der Volksverein, die Görresgesellschaft, der Katholische Frauenbund, von Rom aus aufgelöst würden oder ihr Weiterbestehen an Bedingungen geknüpft werde, die nach Maßgabe der Verhältnisse im Deutschen Reich ihre fernere Wirksamkeit unmöglich machen. Und die erste Folge würde sein, daß die gebildeten katholischen Laien von jeder öffentlichen Wirksamkeit im katholischen Leben sich zurückzögen, wenn sie sähen, daß ihnen am Ende eines arbeits- und opferreichen Lebens im Dienste der katholischen Sache als Dank die Verdächtigung ihrer Glaubenstreue durch einzelne Katholiken bevorstehe. Damit werde aber bald auch die Liebe zur Kirche überhaupt schwinden, und die katholische Männerwelt werde sich um dieselbe kaum noch kümmern.

Es ist bemerkenswert, daß dieser Liberale für unsere Zeit dieselbe Beobachtung aufstellt, wie es Jarcke für seine Zeit tat; nur hob jener in dem Gespräche noch als besonderen liberalen Herzenswunsch hervor, daß die konfessionelle Schule und der konfessionelle Religionsunterricht in der Schule dann auch bald beseitigt werde; denn die Bischöfe und Priester allein, so meinte jener Liberale, würden sie ebensowenig zu retten vermögen, wie sie ohne die Laien im Kulturkampf die katholische Kirche hätten retten können.

Welche Folgen daraus für die Kirche ebenso wie für den bürgerlichen Frieden in unserem deutschen Vaterland entstehen würden, das braucht man sich angesichts der herrschenden konfessionellen Spannung nicht im einzelnen auszumalen. Wer die Katholiken dahin bringt, daß sie sich gezwungen sehen, ihre bisherigen Positionen aufzugeben, sich gewissermaßen auf ihr Altenteil zurückzuziehen, der versündigt sich an ihrem Glauben, an ihren bürgerlichen Pflichten und ihrer Geschichte. Welt und Kirche, alte und neue Geschichte, sie ermahnen die Katholiken aller Länder zu allseitigem Schaffen und Ringen, wie es der Apostel ihnen zuruft: Omnia vestra sunt. Anderseits bleiben sie auch verbunden mit dem Erlöser, mit Gott — trotz aller freudigen und weltzugewandten Mitarbeit an dem Kulturfortschritte; sagt ja der Apostel gerade an der gleichen Stelle: Vos autem estis Christi, vos estis Dei.





Berlin NW., den 21. Febr. 1898. Reichstag.

Verehrter u. sehr lieber Freund! Eben erhalte ich Ihren lieben Brief. Das Zentrum ist keine religiöse, keine konfessionelle, keine kirchliche, sondern eine politische Partei. Mit diesem, im ganz bewußten u. entschiedenen Gegensatze zur alten „Katholischen Fraktion" genommenen u. jederzeit klar u. bestimmt behaupteten Standpunkte steht u. versinkt es selbst. Nicht der „Katholik", sondern der „Anhänger des Parteiprogramms", wie es in Satzungen u. Wahlaufrufen seit 1870 fest beschlossen niedergelegt ist, muß zur Mitgliedschaft verlangt, aber auch zugelassen werden. Dr. Brüel u. v. Gerlach, der Heidelberger Rechtsanwalt Schulz, alle alten Hannoveraner waren wirkliche Mitglieder, nicht bloße Hospitanten, der Fraktionen. Und was von diesen gilt, muß auch von den Z.-Vereinen festgehalten werden. Gruß!

Lieber.

Mit dem S. 65 dieser Schrift erwähnten Briefe des Abg. Dr. Lieber an den Fürsten Karl zu Löwenstein deckt sich inhaltlich vorstehend faksimilierte Briefkarte Dr. Liebers an einen Freund in Hagen i. W. Es handelte sich damals um die Frage, ob ein in Hagen zu gründender Zentrumsverein nur aus Katholiken bestehen dürfe.

Inhalt.



Verlag von J. P. Bachem in Köln.

Josef Bachem, seine Familie und die Firma J. P. Bachem in Köln. Die Rheinische und die Deutsche Volkshalle. Die Kölnischen Blätter und die Kölnische Volkszeitung. Zugleich ein Versuch der Geschichte der katholischen Presse und ein Beitrag zur Entwickelung der katholischen Bewegung in Deutschland. Von Dr. iur. utr. Karl Bachem.

I. Band: **Bis zum Jahre 1848.** Mit einem Titelbild, XVIII u. 404 S. Lex. 8°. Geh. M **5.—**, geb. M **6.—**.

II. Band: **1848—1855.** Die Rheinische und Deutsche Volkshalle. Entwickelung des katholischen Pressevereins seit 1848. Mit dem Bildnisse Hermann Müllers. Lex. 8°. Geh. etwa M **5.—**, geb. etwa M **6.—**. (Erscheint Herbst 1912.)

III. Band: (Erscheint 1913).

In diesem Werke schildert der Sohn das Leben seines Vaters. Der Wert desselben für weitere Kreise liegt darin, daß die Tätigkeit Josef Bachems für die Entstehung einer katholischen, später der Zentrumspresse, geschildert ist auf dem breiten Hintergrund einer allgemeinen Geschichte der katholischen Presse in Deutschland, und daß diese Geschichte der katholischen Presse dargestellt ist in stetem lebendigem Zusammenhang mit der allgemeinen kirchenpolitischen Entwicklung in Deutschland, namentlich im Rheinland.

Das Werk wird für alle öffentlichen Bibliotheken unentbehrlich sein, ebenso für alle Privatbibliotheken, welche die Entwicklung des Katholizismus in Deutschland berücksichtigen. Da es auch reiches neues Material zur Entstehung der Zentrumspartei bringt, wird es für alle Anhänger dieser Partei sowie deren Gegner von größtem Interesse sein.

Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs.

Von **Dr. Hermann Cardauns.** Mit einem Titelbild. Geheftet M **3.60**, geb. M **4.60**.

Der frühere Hauptredakteur der Kölnischen Volkszeitung bietet in diesem Buche eine Fülle interessanter Erinnerungen aus der Jugendzeit, aus seinem langjährigen Wirken als Journalist, Politiker und Schriftsteller und aus der späteren Zeit der Muße. Er ist mit zahlreichen bedeutenden Personen der Kirche und Politik in mehr oder weniger enge Verbindung getreten und hat Kenntnis von vielen Dingen erhalten, die dem großen Publikum verborgen blieben.

Männer des öffentlichen Lebens und der Politik können dies Buch nicht unbeachtet lassen Trotz der Diskretion, die der Verfasser sich auferlegt hat, werden sie manches Neue darin finden. Auch der reiferen, insbesondere der studierenden Jugend ist es zu empfehlen, besonders wegen der einleitenden Kapitel So wird es sie interessieren zu lesen, wie es vor fast fünfzig Jahren in deutschen Universitäten ausgesehen hat, wie die politischen und Preßverhältnisse in der rheinischen Hauptstadt sich entwickelten, und wie der Aufstieg der deutschen Katholiken und der Zentrumspartei im öffentlichen Leben sich vollzog.

Ludwig Windthorst, Sein Leben — sein Wirken. Von Dr. Eduard Hüsgen. **Neue billige Volksausgabe.** 7.—16. Tausend. Mit 148 Abbildungen und Titelblatt nach einer Zeichnung Albrecht Dürers. Lex. 8°. Geh. M **4.50**, in Orig.-Einband M **5.—**, in Halbfranzband M **6.—**.

„Für alle, welche den Kulturkampf miterlebt, mögen es genußreiche Stunden sein, wenn sie an der Hand des vorliegenden Buches diese verhängnisvolle und doch wieder so große Zeit wiedererleben, wenn sie Männer wie Windthorst und seine Kampfgenossen wieder an ihrem Auge vorbeiziehen lassen. Für die jüngeren unter uns ist es ein Buch reicher Belehrung, in das sie sich mit Liebe versenken und aus dem sie neue Begeisterung für unsere katholische Sache schöpfen werden. Das Buch ist ausgestattet mit einer großen Anzahl von trefflichen Bildern Windthorsts in verschiedenen Lebensaltern sowie seiner bedeutendsten Zeit- und Streitgenossen.“ (Akademia.)

Durch jede Buchhandlung.

Verlag von J. P. Bachem in Köln.

Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der deutschen Katholiken.

Von Dr. oec. publ. **Hans Rost.** Geh. M 5.—, geb. M 6.—.

„Das verdienstvolle Werk Rosts, das selbst wieder ein Markstein auf der aufwärtssteigenden Linie der katholischen Bewegung ist, ist getragen von dem stolzen Bewußtsein, daß, was die deutschen Katholiken heute erreicht haben, sie alles ihrer politischen und sozialen Organisation und der Stoßkraft ihrer Weltanschauung zu verdanken haben.“ (Allg. Rundschau.)

Es ist ein unentbehrliches Hilfs- und Nachschlagewerk für jeden Gebildeten, insbesondere Politiker, Geistliche, Lehrer sowie für Bibliotheken, Redaktionen usw.

Der Kampf um die Schule in Preußen 1872 bis 1906.

Von **Dr. Jos. Heß**, Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses. Geh. M 3.40, geb. M 4.—.

„Allen denen, die sich für das schwierige, aber auch wichtige Gebiet der Schulfrage interessieren, kann das Werk von Dr. Heß nur aufs wärmste empfohlen werden. Geistliche, Lehrer, namentlich auch Politiker werden viele Anregungen, manche neue Gesichtspunkte über die Entwicklung unseres Schulwesens in Preußen bei dem Studium des Buches finden.“ (Oberlandesgerichtsrat W. Marx in der Kölnischen Volkszeitung.)

Schulkommissionen.

Ein wenig gewürdigtes aber höchst bedeutungsvolles Organ der örtlichen Schulverwaltung. Von **Peter Malzbender**, Rektor in Ems. Geh. M 1.—.

Die nach dem preußischen Gesetz betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1906 zugelassenen Schulkommissionen haben zum Schaden der Volksschule vielfach nicht die Würdigung gefunden, die sie verdienen.

Die hiermit als Broschüre vorgelegte Schrift will weitere Kreise, Schulinteressenten und Schulfreunde in Gemeinde, Kirche und Elternhaus, sowie Kollegen und Kolleginnen über die geringe Würdigung und die große Bedeutung der Schulkommissionen informieren.

Geschichte der General-Versammlungen der Katholiken Deutschlands.

Im Auftrage des Zentralkomitees herausgegeben von Pfarrer **Jos. May.** Mit 39 Bildnissen bisheriger Präsidenten. 2. Aufl. In Ganzleinen geb. M 5.—.

„Die Geschichte dieser katholischen Generalversammlungen Deutschlands bietet ja durch ihren nächstliegenden Stoff schon ein gutes Stück Geschichte der katholischen Kirche in deutschen Landen seit dem Revolutions- und Freiheitsjahre 1848. Ueberdies ist sie aber hier dargestellt auf dem Hintergrunde der allgemeinen politischen und besonders der kirchenpolitischen Zustände Deutschlands jener Zeiten und auch Deutsch-Oesterreichs bis kurz nach dem Trennungsjahre 1866. Für den, der vieles davon noch miterlebt oder gar mitgemacht, liest sich das wie eine lebenswahre und lebensfrische Erinnerung. Für unser jüngeres Geschlecht aber wird es sich vielfach geradezu als eine Offenbarung von ihm bisher völlig unbekannten und doch nicht bloß hochinteressanten, sondern auch hochwichtigen Vorgängen und Zuständen lesen lassen. Wir empfehlen deshalb jenen wie diesen die Lektüre aufs angelegentlichste; man wird für Herz und Kopf viel Nutzen daraus schöpfen.“ (Westf. Merkur.)

Durch jede Buchhandlung.



